WEG UND ZIEL

1/1999

Marxistische Zeitschrift

ARBEIT!

ARBEIT?

57. Jahrgang 50 Schilling ISSN 0043/2024

antimilitarismus information

Lesen verzögert den Krieg.

2/99

ami

- Rot-grüne Bomben in Wittstock?
- Kassler Friedensratschlag
- USA und ihre "Schurkenstaaten"
- Westfälischer Frieden
- Ostspione in die NATO?
- Krieg in Tschdschikistan
- Nahost nach Wye
- 50 Jahre Menschenrechte?
- Öcalan-Kapriolen uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-; Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto). ***Probeheft gratis***
Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de http://userpage.fu-berlin.de/~arend/ami.html Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

WEG UND ZIEL

Themenschwerpunkte 1999:

		Redaktionsschluß
2/99	**Exotismus**	15. Feber
3/99	**Jugend**	5. Mai
4/99	**Weltwirtschaft**	31. August
5/99	**Postmoderne**	5. November

heftübergreifend:

Perspektiven der Linken

BAHAMAS

Nr. 27 Winter 1998

Wir sind alle Individuen

Kosovo: Ethnien im deutschen Völkerrecht – Walsers Mahnmal-Bashing – Kritik deutscher Mentalitätsgeschichtsschreibung – Antideutsche Ressentiments und Jean Améry – Mißlungene Kritik am Schwarzbuch – Was Fakt ist, bestimmt die Theorie – Arbeit, Ehre, Dienst und Zwang u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorauskasse / Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

isw sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente

isw-report

erscheint vierteljährlich
5,- DM zzgl. Versand (Jahresabo: 30,- DM)

Süd-Globalisierung Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft (Nr. 36, August 1998)
Weltwirtschaftskrise ?!
(Nr. 37/38, Nov. 1998), 8,- DM
Alternative Wirtschaftspolitik an der Jahrtausendwende
Beiträge des 7. isw-forums
(Nr. 39, Febr. 1999), 5,- DM

isw-spezial

Die Krise in Rußland
Erweit. Kapitel zu Rußland aus report 37/38
(Nr. 11, Nov. 1998), 4,- DM + Versand

isw-wirtschaftsinfo

Fakten & Argumente
zu Produktion, Produktivität, Gewinne, Löhne, Investitionen, Pleiten, Fusionen ...
(Nr. 28, Febr. 99), DM 5,- + Vers.

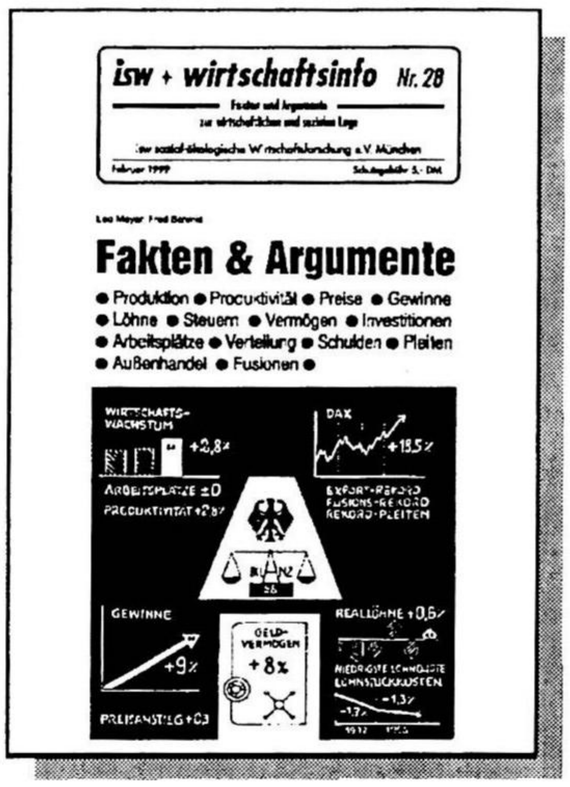
isw-grafikdienst

Der Steuerskandal
(Nr. 3, Juni 1996) 10,- DM + Versand
Armut und Sozialabbau
(Nr. 4, Jan. 1997) 10,- DM + Versand
Arbeits-Los
(Nr. 5, April 1998) 10,- DM + Versand

Prospekte anfordern, bestellen, abonnieren, fördern

isw – institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Neu bei isw!



WEG VON DER STRAßE

Das Video über das Thommy-Weißbecker-Haus in Berlin-Kreuzberg

seit 25 Jahren selbstverwaltet

Eine Produktion der Jugendvideoinitiative (Berlin). Erhältlich für 39,80 DM zzgl. 3,- DM Versand bei ANARES Nord · Pf 2011 · 31315 Sehnde

WEG UND ZIEL
Marxistische Zeitschrift

Medieninhaber und Herausgeber:
Kommunistische
Partei Österreichs,
1040 Wien, Weyringerg. 33
Redaktionsadresse:
Weyringergasse 35/DG, 1040
Wien, Fax.: ++43/1/503 66 38
Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Melina Klaus
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. E. San Juan Jr. (Korrespondierendes Mitglied, USA)
Redaktionskoordination:
Dr. Maria Wölflingseder
Vertrieb:
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste
KEG, Schottengasse 3a/1/4/59,
1010 Wien
Telefon ++43-1/535 11 06
Telefax ++43-1/532 74 16
Bestellungen, Stornos, Änderungen bitte ausschließlich schriftlich (faxlich)!

Layout:
Matthäus Zinner
Herstellung:
Resch & Vana
Lichtgasse 10, 1150 Wien
Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich
Abonnement-Preise:
5 Hefte 250,– S / 45,– DM

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Die nächste Nummer
erscheint im
Mai 1999
Themenschwerpunkt:
Exotismus

Inhalt

Nr. 1, März 1999, 57. Jahrgang

George Orwell

Stefan BRONIOWSKI: Die Liebe zum Großen Bruder –
George Orwells „1984“ und die Frage nach der Macht 2

Arbeit! Arbeit?

Franz SCHANDL: Das Verwesen der Arbeit 8
Volker HILDEBRANDT: Alte „Neue Arbeit“ – Oder:
Wie sich neue Ansätze in ihr Gegenteil verkehren können 16
Clemens STEPINA: Aristoteles und der Begriff
des menschlichen Handelns 22
Ernst LOHOFF: Zuckerguß für eine bittere Pille – Zur linken
Diskussion um das garantierte Mindesteinkommen 27
Hubert SCHMIEDBAUER: Ohne Arbeit kein Mensch –
kein Mensch ohne Arbeit! 33
Johanna RIEGLER: Unseren täglichen Platz am Schirm
gebt uns heute! 38
Fritz BETZ: SoHo ist überall – Digitalisierung und
die Erschöpfung des Produktionsparadigmas 40

Globalisierung

Stephan GRIGAT: Markt und Staat in der Globalisierung –
Zur Kritik eines falschen Gegensatzes 46
Martin HART-LANDSBERG: Die Hintergründe der
asiatischen Krise 51

Kommunalisierung

Paul LAFARGUE: Herr Geier 56

LeserInnenbrief

. 61

Titelbild: Walisische „Chain Gang“, Pontypridd, 1937
Bilder im Heftinneren aus: The Hulton Getty Picture Collection, 1920.
Könemann Verlag, Köln 1998

Die Liebe zum Großen Bruder

George Orwells „1984“ und die Frage nach der Macht

Stefan BRONIOWSKI

Was ist Macht? Wie wird sie ausgeübt? Und warum? Fragen an George Orwells Roman „1984“, der vor fünfzig Jahren erschienen ist.

Seit anderthalb Jahrzehnten ist es eigentümlich still geworden um George Orwells berühmten Roman „Nineteen Eighty-Four“[1]. Es ist, als hätte das Verstreichen des Jahres 1984, ohne daß es zur weltweiten Machtergreifung totalitärer Parteien und zur endgültigen Aufteilung der Welt unter drei Superstaaten gekommen wäre, den vermeintlichen Prophezeiungen Orwells jeden Reiz und jede Relevanz genommen. Ein halbes Jahrzehnt später tat dann der Untergang des osteuropäischen Realsozialismus ein Übriges, um jede Warnung vor der Bedrohung von Freiheit und Menschenwürde durch oligarchischen Kollektivismus als obsolet erscheinen zu lassen.

Allerdings bekommt es dem Orwellschen Text durchaus, wenn er nicht mehr als die Schreckensvision einer unvermeidlich eintretenden Zukunft gelesen wird, als die er nie gedacht war, sondern als zeitbedingte Auseinandersetzung mit bestimmten Entwicklungen einerseits, und als grundsätzliche Analyse dessen, was es heißt, ein Mensch unter den Bedingungen einer Totalisierung des Politischen zu sein, andererseits. Wenn es sich bei „1984“[2], wie sein Autor[3] meinte, um „eine Utopie in Romanform“[4] handelt, dann gewiß nicht im Sinne einer präzisen Prognose oder eines futurologischen Schauermärchens. Vielmehr ging es George Orwell, dessen Anspruch es stets war, „in künstlerischer Form politisch zu schreiben“[5], bei der Niederschrift von „Nineteen Eighty-Four“ nach eigenem Bekunden darum, „die geistigen Implikationen des Totalitarismus mit den Mitteln der Parodie aufzuzeigen.“ (Nach Crick, S. 738)

Bevor ich mich nun näher mit dem, was Orwell die „geistigen Implikationen“ nennt, befasse, scheint es mir ratsam, auf das Reizwort „Totalitarismus“ näher einzugehen, um zu verhindern, daß manche LeserInnen dieser marxistischen Zeitschrift spätestens an dieser Stelle die Lektüre meines Textes abbrechen.

Exkurs: Orwells Antikommunismus

In gewissen linken Kreisen hatte „1984“ nie einen guten Ruf. Gleich bei seiner Veröffentlichung 1949 traf es der offizielle Bannfluch der kommunistischen Weltbewegung. Zu deutlich erkannte man im schnurrbärtigen Gesicht des Großen Bruders den Genossen Stalin wieder und im Ministerium für die Liebe die Staatssicherheitsbehörden der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Zugegeben, George Orwell war Antikommunist. Aber dabei handelte es sich nicht um eine Art Schrulle oder Persönlichkeitsdefekt (wie bei seinem nachdrücklichen Patriotismus, seinen Anflügen von Rassismus und sogar Antisemitismus, seiner massiven Schwulenfeindlichkeit). Orwells Gegnerschaft zum Kommunismus war vielmehr durch und durch politisch motiviert und beruhte auf persönlicher Erfahrung. Gerade als überzeugter Sozialist kritisierte Orwell die autoritären Praktiken anderer Sozialisten. „Sein Zorn über die Kommunisten richtete sich nicht nur gegen ihre Despotie, ihren verschwenderischen Umgang mit Menschenleben sowie ihre Verachtung der Freiheit, sondern auch gegen ihre Diskreditierung des demokratischen Sozialismus.“ (Crick, S. 16) Orwell hatte als unabhängiger Linker auf republikanischer Seite am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen; die unmittelbare Anschauung, die er dabei vom Verleumdungs-, Verdrängungs- und Vernichtungskampf der spanischen und sowjetischen Kommunisten gegen die Anhänger anderer linker Richtungen erhielt, überzeugte ihn davon, „daß die Zerstörung des sowjetischen Mythos wesentlich ist, wenn wir die sozialistische Bewegung wiederaufleben lassen wollen“. (Orwell, zitiert nach Crick, S. 603)

Erst aufgrund seiner desillusionierenden, geradezu am eigenen Leib erlebten Erfahrungen gelangte Orwell, wie viele andere Linke zu der Erkenntnis, „daß, wie schrecklich und paradox dies auch sein mochte, Stalinismus und Faschismus sowohl in Stil als auch Methode Gemeinsamkeiten aufwiesen“. (Crick, S. 456) Um diese Gemeinsamkeiten gegenüber den selbstverständlich bestehenden Unterschieden hervorzuheben, bediente sich Orwell (wie zahlreiche andere Autoren seiner Zeit auch – Crick verweist auf Borkenau, Koestler, Malraux und Silone) des zugegebenermaßen fragwürdigen Ausdrucks „Totalitarismus“.

„Orwell hatte seinen Totalitarismusbegriff erstmals nach seinem Entkommen aus Spanien formuliert. Er stellte die These auf, sowohl im Stalinismus als auch im Nationalsozialismus seien Entwicklungen im Gange, die der Erhaltung und Ausdehnung der Macht durch die innere Partei-Elite dienten. Dies führe dazu, daß der Staat die gesamte Gesellschaft mobilisiere, als gelte es, einen endlosen totalen Krieg zu führen, und diese Gemeinsamkeit der Entwicklung sei bedeutsamer als die verkümmernden und nur dem Namen nach antagonistischen Ideologien.“ (Crick, S. 27)

Mag „Totalitarismus“ in späterer Zeit zum Schlagwort im sogenannten Kalten Krieg geworden sein – der Ausdruck geht übrigens wohl auf die Selbststilisierung von Mussolinis Italien als „stato totalitario“ zurück –, zunächst sollte er dazu dienen, konkrete Erfahrungen zu reflektieren und im Namen des Sozialismus vor dessen Entstellung und Pervertierung durch den real existierenden Stalinismus zu warnen.

George Orwells bekannteste, in diesem Sinne antikommunistische Bücher waren „Animal Farm“ („Farm der Tiere“) und eben „Nineteen Eighty-Four“ – beide in den vierziger Jahren geschrieben, demnach zu einer Zeit, in der Großbritannien und die USA noch mit der Sowjetunion verbündet waren, vom Kalten Krieg also noch keine Rede sein konnte. Der antisozialistische Gebrauch, der von seinen Texten dann sehr bald vor allem in den USA gemacht wurde, überraschte und empör-

te Orwell. Man kann ihm in dieser Hinsicht Naivität und ein gewisses Maß an Unbedachtheit vorwerfen. Für ihn selbst hingegen war es freilich ganz entschieden so: „Mein letzter Roman („1984") ist NICHT als Angriff auf den Sozialismus (...) gemeint (...)." (Nach Crick, S. 764)

„1984" lesen

Wer sich also heute noch einer Lektüre von „1984" mit dem Argument verweigert, dabei handle es sich doch bloß um die antikommunistische Polemik eines Kalten Kriegers, muß entweder Orwells sozialistisches Selbstverständnis der Unaufrichtigkeit zeihen – oder nach wie vor den sowjetischen Kommunismus der dreißiger und vierziger Jahre verteidigen. Nach 1989 aber sollte wohl endgültig der Weg frei geworden sein für eine unvoreingenommene Lektüre, die an „1984" das zu entdecken bemüht ist, was heute noch erhellend und brauchbar ist.

Einiges davon möchte ich im Folgenden herausarbeiten. Meine Überlegungen stellen allerdings keine literaturwissenschaftliche Studie dar. Auch ist es im Rahmen eines Zeitschriftenbeitrages unmöglich, die Fülle der in „1984" angesprochenen oder unausgesprochen enthaltenen politischen und philosophischen Probleme zu erörtern. Ich werde mich daher im Folgenden darauf beschränken, den Text unter einer einzigen, ihm selbst entnommenen Fragestellung zu lesen: Was ist Macht? Wie wird sie ausgeübt – und vor allem warum? Diese Frage wird zum Problem möglichen und unmöglichen Widerstands führen, die Themen des gesunden Menschenverstands und der Sexualität streifen und sich zuletzt als offene Frage nach der Liebe zum Großen Bruder erweisen.

Zunächst aber ist es wohl sinnvoll, zur Erinnerung (oder ersten Begegnung) eine Skizze dessen zu geben, was im Roman geschieht. Im Jahre 1984 lebt der neununddreißigjährige Winston Smith im ziemlich heruntergekommenen London. Drei totalitäre Superstaaten (Ozeanien, Eurasien, Ostasien) haben die Welt unter sich aufgeteilt. Der Alltag ist von Kriegszustand und Entbehrung geprägt. Über allem herrscht die allmächtige Partei, die durch Propaganda und Terror das Leben jedes einzelnen fest im Griff hat. Ihr Führer oder genauer ihre Verkörperung ist der Große Bruder. Die Gesellschaft ist streng hierarchisch in drei Klassen aufgeteilt: es gibt die Mitglieder der Inneren und der Äußeren Partei und die Proles. Winston Smith, Mitglied der Äußeren Partei, arbeitet in einer der vier einzigen Behörden Ozeaniens, im sogenannten Wahrheitsministerium, das unter anderem mit der ständigen, der jeweiligen Gegenwart angepaßten Umfälschung aller Zeugnisse der Vergangenheit befaßt ist, um so die Unfehlbarkeit der Partei zu sichern. Winston beginnt immer stärker, an den offiziellen Glaubenssätzen zu zweifeln; er glaubt entgegen der Parteipropaganda an objektive Wahrheit und sehnt sich nach der vorrevolutionären Vergangenheit, an die er freilich nur noch eine schwache Erinnerung besitzt. Schließlich beginnt er eine selbstverständlich verbotene Liebesbeziehung mit der um dreizehn Jahre jüngeren Julia. Die beiden entscheiden sich dafür, Widerstand zu leisten, und werden auch tatsächlich auf ihren Wunsch hin vom hohen Parteifunktionär O'Brien in die geheimnisumwitterte „Bruderschaft" der Parteigegner aufgenommen. Noch bevor sie freilich mehr tun können, als „das Buch", also die grundlegende parteifeindliche Abhandlung „Theorie und Praxis des oligarchischen Kollektivismus" zu lesen, werden sie von der Gedankenpolizei verhaftet. Winston erfährt Erniedrigung und Folter. O'Brien entpuppt sich als fanatischer Anhänger der Partei und der Macht. Durch Folter und Gespräche will er Winston, den er bereits seit sieben Jahren überwacht, „heilen", denn die Partei verlangt die vollständige Bekehrung der Gedankenverbrecher, bevor sie sie unweigerlich vernichtet. Am Ende hat Winston alles verraten, was er zuvor geliebt und woran er geglaubt hatte, Julia und den gesunden Menschenverstand inbegriffen. Er überlebt als gebrochener Mann, der tatsächlich daran glaubt, daß zwei und zwei fünf ist, wenn die Partei es so will. Folgerichtig lautet der Schlußsatz des Romans: „Er liebte den Großen Bruder." (273)[6]

Totale Herrschaft der Partei

Zu den beeindruckendsten und erschreckendsten Passagen von „1984" gehören die Darstellungen des Terrors, der gegen alle Bewohner Ozeaniens, besonders aber gegen die Mitglieder der Äußeren Partei, beständig ausgeübt wird. Es gibt keinerlei Möglichkeit selbstbestimmter Lebensführung. Die Partei vereinnahmt jeden Augenblick des Tages. Ihre ebenso primitive wie suggestive Propaganda ist allgegenwärtig. „Das Schreckliche (...) war nicht, daß man gezwungen wurde, mitzumachen, sondern im Gegenteil, daß es unmöglich war, sich der Wirkung zu entziehen." (16) Eine unausgesetzte Überwachung aller wird nicht nur durch anonyme und weitgehend im Verborgenen agierende Institutionen wie die Gedankenpolizei durchgeführt, sondern außerdem überwacht jeder jeden – auch sich selbst. Die Parteimitglieder sind darin geschult, alles zu glauben und für gut zu befinden, was die Partei vorgibt, auch wenn es dem Augenschein oder der Logik widerspricht. Schon der leiseste Zweifel an den Vorgaben der Partei wird als Gedankenverbrechen gebrandmarkt.

Diese totale, monolithische, lückenlose Herrschaft der Partei über alle Lebensbereiche ist ein Gedankenexperiment (oder, mit Orwells Worten, ein „Mittel der Parodie"), eine Fortschreibung dessen, was zu Orwells Zeit allenfalls in, wenn auch grauenhaften, Ansätzen realisiert wurde. Keines der damaligen, als totalitär bezeichneten politischen Systeme, weder Hitlerdeutschland noch die UdSSR unter Stalin, vermochten tatsächlich eine so umfassende Kontrolle und widerspruchslose Ordnung zu verwirklichen. Im Gegenteil, gerade die mangelnde Geschlossenheit der Machtausübung verbürgte ihre dynamische Stabilität, denn in der verwirrenden Vielfalt der Zuständigkeiten, in der hemmungslosen Konkurrenz der Institutionen, in der unvorhersehbaren Willkür der Entscheidungen hatte der einzelne erst recht kaum eine Chance, sich zu wehren, zu entkommen oder anders als im Sinne des Regimes zu agieren.

„Im entschiedensten Gegensatz zur populären Auffassung, die den autoritären Systemen Entschlußkraft und Durchsetzungsvermögen nachrühmt, ist es denn auch die größere Nähe zum Chaos, die sie von anderen Formen der staatlichen Organisation unterscheidet, und alles Ordnungsgepräge nicht zuletzt ein Versuch, die herrschaftstechnisch motivierte Konfusion hinter grandiosen Fassaden zu verbergen. (...) [Hitler:] ‚Man muß die Menschen sich reiben lassen, denn durch Reibung entsteht Wärme, und Wärme ist Energie.' Doch verschwieg Hitler, daß es verbrauchte Energie war, wovon er sprach, herrschaftstechnisch neutralisierte Kraft, die keine Bedrohung darstellte. (...) Nicht zu Unrecht hat man diesen Führungsstil als ‚institutionellen Darwinismus' gekennzeichnet und die verbreitete Auffassung seiner

größeren Effizienz die ‚Lebenslüge' aller autoritären Systeme genannt."[7] Der „organisatorische Dschungel des NS-Regimes"[8] besaß ebenso wenig wie das Terrorsystem Stalins und seiner willigen Vollstrecker die auf ihre Weise wieder erschütternde Transparenz der Herrschaft des Großen Bruders.

Mangel und Macht

Zwar erfahren wir in „1984" nichts Genaueres über die Organisation des politischen Systems. Allenfalls der Umstand, daß auch hohe Parteifunktionäre nicht davor gefeit sind, in Ungnade zu fallen, zu „Unpersonen" erklärt und „vaporisiert" zu werden, gestattet die Annahme, daß interne Machtkämpfe die Dynamik des Regimes mitbestimmen. Aber auch in anderer Hinsicht ist George Orwells Modell totaler Herrschaft keineswegs so geschlossen, einheitlich und effizient, wie es angesichts des eindrucksvoll geschilderten Ineinandergreifens von Propaganda, Terror und Selbstkontrolle scheinen könnte: „Ein großer Teil des Lebens spielte sich, selbst für ein Parteimitglied, auf einer neutralen und unpolitischen Ebene ab und bestand darin, sich mit langweiliger Arbeit abzuplagen, sich einen Platz in der Untergrundbahn zu erobern, eine zerrissene Socke zu stopfen, eine Sacharintablette zu erbetteln, einen Zigarettenstummel aufzubewahren. Das von der Partei angestrebte Ideal war etwas Großes, Schreckliches, Gleißendes (...). Die Wirklichkeit aber waren zerfallende, heruntergekommene Städte, durch deren Straßen unterernährte Menschen in durchlöcherten Schuhen schlichen und in deren notdürftig ausgebesserten Häusern aus dem neunzehnten Jahrhundert wohnten, wo es immer nach Kohl und schadhaften Aborten roch." (70)

Gerade in der Allgegenwart des Mangels, der Versagung und des erzwungenen Verzichts zeigt sich die Macht der Partei. In diesem Sinne ist der jämmerliche Alltag keineswegs „neutral" und „unpolitisch". Als Resultat der Politik der Partei läßt er zum einen jeden die eigene Endlichkeit verspüren. Zum anderen gibt er den größtmöglichen Widerspruch zu den Behauptungen der Partei ab, die offiziell die Produktion unaufhörlich steigert, die Lebensbedingungen unentwegt verbessert und überhaupt von Sieg zu Sieg voranschreitet – Behauptungen, die von denen, die es besser wissen, gerade deshalb geglaubt werden müssen, *weil* sie falsch sind.

Und sie werden auch *tatsächlich* geglaubt. Die Zustimmung der Parteimitglieder zur Herrschaft der Partei ist nicht geheuchelt, kein Lippenbekenntnis, sondern innerste Überzeugung. Das ist vielleicht das entsetzlichste Element in Orwells Modell: Daß die Beherrschten ihrer eigenen Ausbeutung, Erniedrigung und Verhöhnung zustimmen – und zwar wider besseren Wissens und doch mit ganzem Herzen.

Den Widerspruch von Propaganda und Realität, von offzieller Darstellung und eigener Anschauung gleichzeitig wahrzunehmen und zu leugnen, diese Kunst nennt Orwell Zwiedenken: „*Zwiedenken* bedeutet die Gabe, gleichzeitig zwei einander widersprechende Ansichten zu hegen und beide gelten zu lassen." (197) Die in „1984" geschilderten Anwendungen mögen extrem sein, der Sache nach jedoch war und ist Zwiedenken durchaus eine gern geübte Praxis, nicht nur in totalitären Systemen der Vergangenheit, sondern auch noch in heutigen politischen Organisationen.

Produktivität und Widerstand

In keinem Fall aber gibt sich die Partei „zufrieden mit negativem Gehorsam". (234) Sie verlangt eben nicht bloß Unterwerfung, sondern Einwilligung in die Unterwerfung. Die Macht der Partei ist nicht bloß repressiv, sondern auch produktiv.[9] Oder, wie O'Brien, Winstons Folterer und Lehrmeister es formuliert: „Das Gebot des alten Despotismus lautete: ‚Du sollst nicht'. Das Gebot der totalitären Systeme hieß: ‚Du sollst'. Unser Gebot ist: ‚Sei'." (235) Die Parteimitglieder sind nicht lediglich passive Opfer eines grausamen, von außen auf sie einwirkenden Terrorregiments, sie sind zugleich immer auch mehr oder minder eifrige Agenten des von ihnen getragenen Systems und damit auch sich selbst als bereitwillige Subjekte konstruierende Akteure desselben.

George Orwells „1984" kehrt die zentrale These von Thomas Hobbes „Leviathan" um: Der machtvolle Staat ist nicht der Garant dessen, daß die Menschen möglichst gewaltfrei miteinander leben können. Vielmehr hat die totale Herrschaft der Partei den Krieg aller gegen alle zum Dauerzustand erhoben, indem sie ihn in der Form der Bespitzelung und Denunziation, der wechselseitigen und der Selbstkontrolle institutionalisierte. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf: jedem Menschen, auch sich selbst. Indem Haß und Angst die Grundlagen des Zusammenlebens sind, ist die Herrschaft derjenigen gesichert, die über die Mittel verfügen, Haß und Angst zu kanalisieren, zu instrumentalisieren und beides überhaupt beständig zu erzeugen.

Die Funktion des oligarchischen Kollektivismus aber ist es, einer kleinen Clique, den Mitgliedern der Inneren Partei, zu ermöglichen, einem nicht enden wollenden „Rausch der Macht" (ebd.) zu frönen. „Die Macht ist kein Mittel. Sie ist ein Endzweck. Eine Diktatur wird nicht eingesetzt, um eine Revolution zu sichern: sondern man macht eine Revolution, um eine Diktatur einzusetzen. Der Zweck der Verfolgung ist die Verfolgung. Der Zweck der Folter ist die Folter. Der Zweck der Macht ist die Macht." (242) Und Macht versichert sich ihrer selbst am nachdrücklichsten dadurch, andere leiden zu lassen: „Wenn Sie sich ein Bild von der Zukunft ausmalen wollen", sagt O'Brien zu Winston, „dann stellen Sie

sich einen Stiefel vor, der in ein Menschenantlitz tritt – immer und immer wieder." (246)

Diese apokalyptische Utopie ist die Antwort, die O'Brien Winston auf dessen Frage nach dem Warum der Macht gibt. Sie ist ebenso banal wie grandios: Es gibt nichts hinter der Macht. Die Macht ist die Macht. Im Grunde ist sie grundlos. „Gott ist Macht." (243) Die Begeisterung, mit der O'Brien gegenüber Winston von der Macht spricht, deren „Priester" (ebd.) er zu sein beansprucht, beruht freilich in gewisser Weise auf Selbsttäuschung. Denn genau genommen kennt die Macht weder einen Souverän, auch keinen kollektiven, noch gründet sie auf den sie ausübenden Subjekten. Die Mitglieder der Inneren Partei sind nicht weniger Gefangene des Systems als alle anderen, als Individuen sind sie austauschbar und vergänglich. Nur als Funktionsträger haben sie Teil am Spiel der Macht, ohne jedoch im Ganzen darüber zu verfügen.

Auf verblüffende Weise nimmt George Orwells Roman damit Gedanken vorweg, die in der zeitgenössischen Machttheorie (siehe Anm. 9) entfaltet wurden: Die Macht ist dezentralisiert, subjektlos, relational, produktiv, sie durchzieht die Körper und erzeugt Wissen. Und sie bewirkt Widerstand.

Widerstand, Proletariat und Wahrheit

„Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht." (Michel Foucault[10]) Innerhalb von Orwells Modell bedeutet das, daß es immer Gedankenverbrecher geben muß, weil das System der totalen Herrschaft der Partei sie hervorbringt, hervorbringen muß, um sie zu vernichten und so die eigene Macht zu verwirklichen. „Den Ketzer, den Feind der Gesellschaft, wird es immer geben, so daß er immer wieder besiegt und gedemütigt werden kann." (246)

Bevor aber O'Brien gegen Ende von „1984" dieses desillusionierende Konzept einer totalen Herrschaft, die noch den Widerstand gegen sich selbst den eigenen Zwecken dienstbar macht, formuliert, läßt George Orwell seinen Romanhelden Winston Smith sehr wohl noch einige, wenn auch geringe Hoffnungen auf einen ganz anderen, nämlich systemsprengenden oder doch immerhin punktuell subvertierenden Widerstand hegen. Diese Hoffnungen richten sich auf die Proles, auf den gesunden Menschenverstand und auf die Sexualität.

Daß ausgerechnet eine Auflehnung der untersten der drei Gesellschaftsklassen der Herrschaft der Partei ein Ende bereiten könnte, ist mehr ein Wunsch Winstons als eine realistische Möglichkeit. Zwar erscheinen ihm die sogenannten Proles als menschlicher, unverdorbener und freier; und tatsächlich werden sie von der Partei weniger scharf überwacht und eher mit billigen Vergnügungen ruhig gehalten als zu allzu großer Begeisterung angehalten: „Man darf ihnen getrost geistige Freiheit einräumen, denn sie haben keinen Geist." (194); aber gerade deshalb ist von „den Proletariern (...) nichts zu befürchten". Sie zu Hoffnungsträgern politischer Veränderung, gar eines Umsturzes zu machen, entspringt eher Winstons Sentimentalität und Nostalgie als einer Analyse der Wirklichkeit.

„Die größte aller Ketzereien war der gesunde Menschenverstand [common sense]. (76 [68]) Und diesen will Winston sich bewahren: „Das Handgreifliche, das Einfache und das Wahre mußten verteidigt werden. Binsenwahrheiten sind wahr, daran wollte er festhalten! Die stoffliche Welt ist vorhanden, ihre Gesetze ändern sich nicht. Steine sind hart, Wasser ist naß, jeder Gegenstand, den man losläßt, fällt dem Erdmittelpunkt zu." (76f.) Fast triumphierend notiert Winston darum in sein – selbstverständlich geheimes und verbotenes – Tagebuch: „Freiheit ist die Freiheit zu sagen, daß zwei und zwei gleich vier ist. Sobald das gewährleistet ist, ergibt sich alles andere von selbst." (ebd.) An der Unbezweifelbarkeit der objektiven Wahrheit der Naturgesetze soll der Machtanspruch der Partei zuschanden werden. Auch wenn Winston in der Praxis davon nicht viel erwartete. „Er war ein einsamer Gast [ghost!] auf dieser Erde, der eine Wahrheit verkündete, die niemand je hören würde. Aber so lange er sie verkündete, war auf eine geheimnisvolle Weise der rote Faden nicht abgerissen. Nicht indem man sich Gehör verschaffte, sondern indem man sich unversehrt bewahrte [staying sane], gab man das Erbe der Menschheit [human heritage] weiter. (28 [26])

Am Ende wird er nach Folter und Indoktrination nicht nur einsehen, daß er keineswegs „sane" geblieben, sondern wie O'Brien sagt, im Sinne der Partei, die allein über die Kriterien von Wahrheit und Wirklichkeit verfügt, „mentally deranged [geistesgestört]" (197 [226]) ist. Nach seiner sogenannten Heilung sodann ist er nicht nur bereit zu *sagen*, daß zwei und zwei fünf ist (wenn die Partei es befiehlt), sondern er ist auch felsenfest davon überzeugt, er *sieht* es. „Die Naturgesetze machen wir", sagt die Partei. (243)

Sexualität als Rebellion

Was ein richtiger Roman ist, der enthält auch eine Liebesgeschichte. „1984" macht darin kein Ausnahme. Von den drei Teilen des Buches ist der mittlere ganz der Romanze von Winston und Julia gewidmet.

Zunächst konnte Winston der jungen Frau nichts abgewinnen. Zu sehr entspricht sie seinem Bild der Frauen in der Partei, denen man seiner Meinung nach jede Erotik ausgetrieben hat. Julias scheinbar fanatische Parteitreue widert ihn an. Er fühlt sich von ihr verfolgt und glaubt sich von ihr bespitzelt. Eines Tages aber steckt sie ihm heimlich einen Zettel zu, der nur die schlichte Botschaft enthält: „I love you." (89) Das bewirkt Winstons vollständigen Sinneswandel: Nun liebt

auch er sie. „Erst vor fünf Wochen wollte er ihr in Gedanken mit einem Pflasterstein den Schädel einschlagen, aber das hatte nichts zu bedeuten. Er dachte an ihren nackten, jugendlichen Körper (...)." (102)

Aber es ist nicht bloß Geilheit, die Winston zu Julia treibt. Er versteht Sex als Rebellion. „Der Akt der geschlechtlichen Verschmelzung, wenn er glückhaft vollzogen wurde, war ein Akt der Auflehnung." (65) Fast scheint es, als wolle George Orwell damit Wilhelm Reich parodieren: „Beim Liebesspiel [when you make love] verbraucht man Energie (...)." (123 [109]) Zumal dann, wenn „make love" zugleich ein „make war" ist: „Ihre Umarmung war ein Kampf gewesen, der Höhepunkt ein Sieg. Es war ein gegen die Partei gerichteter Schlag. Ein politischer Akt." (117)

Die Partei habe nämlich ein intensives, wenn auch negatives Interesse an der Sexualität: „Nicht so sehr die Liebe, als vielmehr die Erotik wurde als Feind betrachtet, sowohl in wie außerhalb der Ehe." – „Es gab sogar Organisationen wie die *Jugendliga gegen Sexualität*, die für das vollkommene Zölibat beider Geschlechter eintraten." – „Ihre [der Partei] wirkliche, unausgesprochene Absicht ging dahin, den sexuellen Akt aller Freude zu entkleiden." – „Die Partei versuchte, das Sexualgefühl abzutöten, oder doch zu verbiegen und in den Schmutz zu ziehen." – „Der einzig anerkannte Zweck einer Heirat war, Kinder zum Dienst für die Partei zur Welt zu bringen." – „Der Geschlechtsakt selbst hatte als eine unbedeutende und leicht anrüchige Sache zu gelten, wie ein Klistier." (Alle Zitate 62f.)

Und warum der ganze Aufwand? Die Doktrin der Partei zur Sexualität „wurde aufrechterhalten, nicht nur weil Sexualität eine Welt für sich zu schaffen vermag, die außerhalb der Kontrolle der Partei lag, so daß sie nach Möglichkeit unterdrückt werden mußte, sondern vor allen Dingen, weil die sexuelle Enthaltsamkeit zur Hysterie führte und damit ein erstrebenswertes Ziel erreicht wurde, denn diese Hysterie konnte in Kriegsbegeisterung und Führerverehrung umgewandelt werden." (123)

Keinen Augenblick kommt es Winston (oder Orwell?) in den Sinn, daß Sexualität nichts Naturwüchsiges, sondern selbst ein durch und durch soziales Phänomen ist, das demzufolge auch dann, wenn sie nicht unterdrückt wird, keineswegs außerhalb der Macht steht – und darum auch nicht gegen sie. Nun kann man Orwell (oder Winston) schwerlich vorwerfen, daß er Foucaults Arbeiten zur Sexualität nicht berücksichtigt hat, die ja erst drei Jahrzehnte später geschrieben wurden. Allerdings hätte Orwell den engen Zusammenhang von Macht und Sex selbst entdecken können: An einer Stelle erzählt er nämlich von den pornografischen Broschüren, die von einer Unterabteilung der Literaturabteilung des Wahrheitsministeriums (ganz zufällig Julias Arbeitsstelle!) produziert werden, „die heimlich von Jugendlichen aus dem Proletariat gekauft wurden, armen Ahnungslosen, die damit etwas gesetzlich streng Verbotenes und im Geheimen Hergestelltes zu erstehen glaubten". (121) Daß Winstons Glaube an Sex als Widerstand selbst von Ahnungslosigkeit zeugt, scheint Orwell hingegen nicht zu ahnen.

Winstons Julia

Daß Sexualität als Widerstandsnest dann doch nicht in Frage kommt, hat einerseits mit der merkwürdigen Stellung des Weiblichen (verkörpert durch Julia) in Winstons (und Orwells?) Weltbild zu tun, andererseits mit einem fundamental defizienten Begriff von Sexualität. Denn diese wird ganz problemlos mit Heterosexualität[11] gleichgesetzt, ein Verfahren, daß wegen des damit implizit gestellten Anspruchs auf Normalität, jede Hoffnung auf ein Entkommen zunichte macht: Die Norm ist dem Begehren immer schon eingeschrieben.

Das Verhältnis Winstons zu Julia, das George Orwell beschreibt, ist zudem eine Fundgrube patriarchaler Klischees. Der plötzliche Umschlag von tödlichem Haß in nicht weniger gewaltsames Begehren wurde bereits erwähnt. Hinzu kommt, daß das Begehren offensichtlich weniger der Person als vielmehr der Frau gilt, wobei Weiblichkeit selbstverständlich erst inszeniert werden muß: Als Julia sich einmal mit Lippenstift, Rouge und Puder ausstaffiert, die ansonsten von Parteifrauen nicht verwendet werden, stellt Winston fest: „Julias Erscheinung hatte sich in verblüffender Weise verschönt. Mit nur wenigen Farbstrichen an den richtigen Stellen war sie nicht nur sehr viel hübscher, sondern vor allem viel weiblicher geworden." (132)

Selbst das Urbild der Frau als Leiche[12] fehlt nicht: „Sie war tot!" (119) ist Winston überzeugt, als er sich nach einem Bombenangriff über Julias scheinbar leblosen Körper beugt. „Erst als er sie an sich preßte, entdeckte er, daß er ein lebenswarmes Gesicht küßte (...)." (ebd.)

Nach seiner Verhaftung wird Winston dann selbstverständlich von seiner großen Liebe getrennt. „An Julia dachte er kaum." (211) Kein Wunder inmitten der ständigen Erniedrigungen und Mißhandlungen. „Er liebte sie und würde sie nicht verraten; aber das war nur eine Tatsache, die ihm so vertraut war wie die Regeln der Arithmetik." (ebd.) Und die genauso wenig haltbar sein würde wie diese. Denn schon im nächsten Satz heißt es: „Er empfand keine Liebe für sie und fragte sich sogar kaum, was wohl mit ihr geschah." (ebd.) Am Ende dann verrät er Julia nicht nur, sondern auf dem Höhepunkt seiner Folterungen, in der Konfrontation mit seinem allerpersönlichsten Grauen – einem vors Gesicht geschnallten Käfig voller hungriger Ratten – schreit er den inbrünstigen Wunsch heraus, nicht ihm, sondern ihr solle das angetan werden. (Da Winston das Ministerium für die Liebe, also die Folterkammern der Gedankenpolizei, lebend verläßt, kann man vermuten, daß dieser Wunsch bei ihm den mehrfach als unausweichlich angekündigten Genickschuß ersetzte.)

Nach seiner Entlassung schließlich sieht Winston Julia wieder. Auch sie hat selbstverständlich ihn verraten. Von ihrer beider Liebe ist nichts geblieben. Wenn es je eine Rebellion gegeben hat, hat die Partei sie besiegt.

Eine Stimme im Traum

Weit dauerhafter als die Liebesbeziehung mit Julia ist Winstons Verhältnis zu O'Brien. Sieben Jahre (!) bevor die Romanhandlung einsetzt, hatte Winston einen Traum, in dem eine Stimme ihm verheißt: „Wir wollen uns wiedersehen, wo keine Dunkelheit herrscht." (26) Später identifiziert Winston die Stimme im Traum mit der Stimme O'Briens. Im dritten Teil des Romans wird sich dann der Ort, an dem „keine Dunkelheit herrscht", als das Tag und Nacht künstlich beleuchtete Innere des Ministeriums für die Liebe herausstellen.

Sieben Jahre lang hatte O'Brien Winston beobachtet. Er kannte dessen Gedankenverbrechen schon, bevor sie begangen wurden. Und er ist es am Ende, der Winston von seiner als Geisteskrankheit betrachteten Abweichung heilt. Er ist Winstons schicksalshafter Gefährte. „O'Brien war ein

großer, grobschlächtiger Mann mit dickem Nacken und einem derben, humorvollen und brutalen Gesicht. Ungeachtet seines wuchtigen Äußeren lag ein gewisser Charme in seiner Art, sich zu bewegen. (...) [Winston] fühlte sich aufrichtig zu ihm hingezogen, und das nicht nur, weil ihn der Gegensatz zwischen O'Briens höflichen Manieren und seinem Preisboxertypus fesselte. Er beruhte vielmehr auf einem heimlich gehegten Glauben – oder vielleicht nur der Hoffnung –, daß O'Briens politische Strenggläubigkeit nicht vollkommen sei." (13) Winston möchte in dem gesellschaftlich weit über ihm Stehenden einen Gleichgesinnten, einen Widerständler gegen die Partei sehen.

Als er seinen Glauben, seine Hoffnung (oder genau genommen: seine Liebe) auf die Probe stellt, sich (mit Julia) in O'Briens Wohnung begibt, um diesen zu bitten, ihn (und Julia) in die parteifeindliche Verschwörung der „Bruderschaft" aufzunehmen – deren Existenz er übrigens keineswegs für gewiß hält –, kommt es zu einem dramatischen Moment: „Zu der Furcht, die bereits von Winston Besitz ergriffen hatte, kam noch so etwas wie ganz gewöhnliche Verlegenheit hinzu. Es schien ihm durchaus möglich, daß er ganz einfach einen dummen Irrtum begangen hatte. Denn welchen Beweis hatte er in Wirklichkeit, daß O'Brien ein politischer Verschwörer war? Nur einen getauschten Blick und eine einzige, zweideutige Bemerkung: darüber hinaus lediglich seine eigenen, auf einen Traum gestützten Hoffnungen." (155)

Ein paar dutzend Seiten später erweisen diese Hoffnungen sich als trügerisch. O'Brien ist keineswegs ein Verschwörer, im Gegenteil, er ist als gläubiger Diener der Partei mit dem Aufspüren und Vernichten von Verschwörern befaßt. Aber O'Brien sagt Winston auf den Kopf zu, daß er das immer schon gewußt habe. „Ja, erkannte er jetzt, er hatte es immer gewußt." (220)

Die Liebe zu O'Brien

„Er war der Peiniger, der Beschützer, der Inquisitor, der Freund." (225) Das Verhältnis O'Briens zu seinem Folteropfer, zum Gegenstand seiner Belehrungen und zum Ergebnis seiner Säuberung ist in seiner widersprüchlichen Mehrdeutigkeit doch am ehesten gewissermaßen väterlich oder – da Ozeanien eine gleichsam väterlose Gesellschaft ist – das Verhältnis eines älteren Bruders zum jüngeren. Winston bewundert O'Brien, er sieht zu ihm auf. Aber mehr noch. Er vertraut ihm, er liebt ihn – ungeachtet des Schmerzes und der Erniedrigung, die der andere ihm absichtlich und mit Genuß zufügt. „Einen Augenblick klammerte er sich an O'Brien wie ein kleines Kind, seltsam getröstet durch den um seine Schultern gelegten schweren Arm. Er hatte das Gefühl, O'Brien sei sein Beschützer (...). Beim Anblick dieses ernsten, tiefgefurchten Gesichts, das so häßlich und so klug war, schien sich ihm das Herz umzudrehen. (...) Noch nie hatte er ihn so tief geliebt wie in diesem Augenblick (...). Das alte Gefühl, daß es im Grunde nichts ausmachte, ob O'Brien ein Freund war oder ein Feind, hatte sich wieder eingestellt. O'Brien war ein Mensch, mit dem man reden konnte. Vielleicht will man nicht so sehr geliebt als verstanden sein. O'Brien hatte ihn bis zum Wahnsinn gefoltert, und nach einer kleinen Weile würde er ihn mit Bestimmtheit dem Tod überliefern." (231f.)

Der Große Bruder, diese übermenschliche Führergestalt, der die frenetische Hingabe aller rechtschaffenen Parteimitglieder und Proles gilt, ist die „Verkörperung der Partei" (238), der Inbegriff ihrer Macht und Herrlichkeit, aber – so darf man vermuten – keine Person aus Fleisch und Blut. Wenn es daher von Winston im letzten Satz des Textes heißt, daß er den Großen Bruder liebt – womit wohl seine endgültige Kapitulation und Selbstaufgabe und seine Neuerschaffung als gehorsames Subjekt im Sinne der Partei bezeichnet ist –, dann bleibt diese glaubwürdig behauptete Liebe merkwürdig abstrakt.

Von O'Brien ist auf den letzten Seiten des Romans nicht mehr die Rede. Aber von Anfang an war Winstons Verhältnis zu ihm (Glaube, Hoffnung, Liebe) das zugleich bestimmende und geheimnisvolle Moment der gesamten Erzählung. „1984" ist nicht nur das klar und deutlich geschilderte, schlüssig argumentierte Modell totaler Herrschaft, in dem die Macht über den Widerstand triumphiert, weil sie ihn in sich begreift. Das Buch enthält in der rätselhaften, in keiner Erklärung ganz aufgehenden Beziehung von Winston zu O'Brien, von O'Brien zu Winston auch ein sozusagen sphingisches Element: Wenn überhaupt, dann wäre die Antwort auf die Frage nach der Subvertierbarkeit der Macht wohl nur dort zu finden. ■

Stefan BRONIOWSKI ist freier Autor.

Anmerkungen

1 George Orwell, Nineteen Eighty-Four. A Novel, London 1949 (zitiert nach der Penguin-Books-Ausgabe, London 1954).

2 George Orwell, 1984. Roman. Aus dem Englischen von Kurt Wagenseil, Zürich 1950 (zitiert nach der Ullstein-Taschenbuch-Ausgabe, Frankfurt 1980).

3 Der Romanautor und Essayist George Orwell, mit bürgerlichem Namen Eric Blair, lebte von 1903 bis 1949.

4 Zitiert nach Bernhard Crick, George Orwell. Ein Leben, Frankfurt a. M. 1984 (engl. London 1980), S. 739.

5 George Orwell, Warum ich schreibe, aus: ders., Im Inneren des Wals. Erzählungen und Essays. Übersetzt von Felix Gasbarra, Zürich 1975, S. 14. („Why I Write" wurde 1946 geschrieben und ist auf englisch in The Collected Essays, Journalism und Letters of George Orwell 1920-1950, London 1968, zugänglich.)

6 Bloße Zahlenangaben in Klammern verweisen auf die deutsche (Anm. 2) bzw. englische (Anm. 1) Ausgabe von „1984".

7 Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973; Taschenbuchausgabe 1997, S. 573f.

8 Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, S. 439.

9 Leider kann hier nicht näher auf die zeitgenössischen Machttheorien im Anschluß an die Arbeiten Michel Foucaults (siehe nächste Anmerkung) eingegangen werden. Immerhin aber sei verwiesen auf Wolfgang Detel, Macht, Moral, Wissen. Foucault und die klassische Antike, Frankfurt 1998. Insbesondere das erste Kapitel bietet eine interessante Analyse des Begriffs der Macht unter Verwendung der neueren Literatur.

10 Michel Foucault, Der Wille zum Wissen, Frankfurt a. M. 1977 (frz. Paris 1976), S. 116.

11 Homosexualität wird nur ein einziges Mal in „1984" erwähnt, als Teil der Schrecknisse der Zwangsarbeitslager: „Es gab dort Bestechung, Bevorzugung und organisiertes Verbrechertum aller Art, es gab Homosexualität und Prostitution, es gab sogar aus Kartoffeln heimlich gebrannten Schnaps." (209).

12 Vgl. Elisabeth Bronfen, Nur über ihre Leiche. Tod, Weiblichkeit und Ästhetik, München 1994 (engl. 1992).

Das Verwesen der Arbeit

Franz SCHANDL

Auch wenn sich alle streiten, sind sich alle einig. Arbeit muß geschaffen werden. Alle sind dafür, und niemand fragt, warum.
Nicht so der folgende Beitrag.

Eines der gängigsten Vorurteile ist: Arbeit hat es immer gegeben, Arbeit wird es immer geben, Arbeit zeichnet den Menschen aus. Diese Liebe zur Arbeit nannte schon Paul Lafargue eine „seltsame Sucht". Heute nun gibt es nicht mehr genügend Drogen, um diese Sucht zu stillen. In Zeiten der Ernüchterung verhalten sich die Süchtigen aber wie Abhängige auf Entzug. Überall trachten sie daher, Arbeit aufzustellen. Schließlich will man die „Schlacht für die Arbeit" (Lionel Jospin) gewinnen.

Die Slogans weisen alle in dieselbe Richtung: „Arbeit durch Umwelt" (Grüne), „Arbeit durch Wirtschaft" (ÖVP) „Arbeit für alle" (eigentlich alle). „Arbeit, Arbeit, Arbeit" plakatieren die Parteien und schreien die Arbeitslosen. Trotz aller politischen Differenzen gab und gibt es einen starken und breiten Konsens, ein unhinterfragtes Bekenntnis zur Arbeit. Arbeitsplatzmangel wird meist auf irgendeine falsche Politik zurückgeführt oder gar auf böswilliges neoliberales Agieren: Die Politik könnte es schon richten, wäre sie nur die richtige.

Alles Arbeit?

Alle reden von Arbeit. Aber reden alle, wovon sie wissen? Grundgelegt ist diesem Gerede ein ontologischer Arbeitsbegriff, der versucht, alles, was nur irgendwie in den Bereich einer Tätigkeit fällt, für sich zu vereinnahmen. Für den Systemtheoretiker Niklas Luhmann etwa ist die Arbeit nichts anderes als eine Operation, die unmittelbar zur Beseitigung von Knappheit dient.[1] So als würden unschuldige Stoffe und materielle Bedürfnisse ein fröhliches Stelldichein veranstalten. Die Behauptung: „Arbeit ist ein Zentralbegriff des Menschseins, so wie Freiheit oder Tod oder Liebe" (Gerhard Schwarz)[2] ist naheliegend, aber falsch.

Der Terminus Arbeit versucht sich nun, nach seiner Etablierung, immer stärker räumlich, aber auch zeitlich auszudehnen. Die ausufernde Begrifflichkeit ist allerdings zum Irrläufer geworden. Einmal in die Welt gesetzt, soll die Welt mit ihr identisch werden. Der kolonialistische Überfall der Gegenwart auf die Vergangenheit und die Zukunft erscheinen als natürliche Betrachtungsweise. Was dem vormodernen Menschen Gott, ist für das moderne Individuum die Arbeit. Ihm gilt es, sich zu opfern und zu überantworten.

Selbst in durchaus interessanten Publikationen, wie im von Ina Paul-Horn herausgegebenen Sammelband „Transformation der Arbeit" schreibt dieselbe: „Arbeit heißt eine Tätigkeit, in der sich gegenwärtiges Handeln planvoll auf einen zukünftigen Zweck ausrichtet."[3] Wenn das Arbeit heißt, was kann ein erweiterter Tätigkeits- oder Werkbegriff dann noch außerhalb dieser umfassen? Wohl nichts mehr, würden wir meinen. Die Assoziation von Arbeit ist also völlig differenzlos in den Tätigkeitsbegriff gefallen. Da ist auch Radfahren Arbeit, denn das Treten der Pedale (=gegenwärtiges planvolles Handeln) erfüllt eine gewünschte Ortsveränderung (=zukünftiger Zweck). Man nennt das wohl jetzt *Bewegungsarbeit*. Wenn ich angeregt diskutiere (=gegenwärtiges planvolles Handeln, um einen Streit aus der Welt zu schaffen (=zukünftiger Zweck), dann ist das Arbeit, *Beziehungsarbeit* nennt sich das heute.

Außerdem, was sind Tätigkeiten, die Handeln nicht auf einen zukünftigen Zweck ausrichten? Heißt das dann, daß der Rest der Tätigkeit, der Nichtarbeit ist, auf zwecklose Tätigkeiten aus ist? Ferner: Was ist der Inhalt des angeführten Zweckes? Das bürgerliche Individuum sieht vor lauter Arbeit keine Differenz mehr. Ihm ist wahrlich alles gleich. Arbeit ist Arbeit ist Arbeit. Was Arbeit ist, ist damit aber keineswegs gesagt. Je mehr man überall Arbeit sieht, desto weniger kennt man sich aus.

Kabarettistisches Stelldichein

Von der Trauerarbeit bis zur Beziehungsarbeit, von der Pflegearbeit bis zur Erziehungsarbeit, alles hat Arbeit zu sein und sein zu wollen. Daß die Trauer vielleicht Trauer, die Erziehung Erziehung ist, scheint vergessen zu sein. Je prekärer es für die Arbeit wird, desto mehr treibt sie ideologische Spielchen, ja sie nistet sich in der gesamten Sprache ein und brütet einen Schwachsinn nach dem anderen aus. Wie ein Virus bewegt sie sich durch die geläufige Terminologie, und alle scheinen befallen, quargeln das Unverdauliche nach als sei es selbstverständlich. Die aggressive Ausbreitung und die Vehemenz ihrer unterschiedlichsten Propagandisten läßt aufhorchen. Je weniger die Arbeit reell trägt, desto mehr blüht sie ideell auf.

Der Kabarettist Werner Schneyder brachte das erst unlängst auf den Punkt. Die Persiflage wider Willen liest sich so: „Der Mensch hat nicht ein ‚Recht auf Arbeit', er hat ein ‚Recht auf Geld', also auf Gewinnbeteiligung, Bruttosozialproduktanteil. Das Wort ‚Arbeitslosenunterstützung' ist eine ideologische Frechheit. Es müßte heißen: ‚Freizeitgestaltungshonorar'. (...) Es gibt unzählige Möglichkeiten, durchaus auch gesellschaftlich wichtige, Freizeit als Arbeitszeit zu begreifen. Beginnen wir beim menschlichen Körper. Dessen Pflege – Frisur, Rasur, Kosmetik – ist Arbeit, Dienst an der Mitmenschheit, weil deren Ausblicke durch Anblicke verschönert werden. Gleiches gilt für Hosen bügeln, Schuhe putzen, Flecken entfernen. Pflege der Blumenbeete, des Rasens, der Hausfassade erfordert Arbeit, ist Arbeit. Lesen mit dem Ziel der Information oder Erkenntnis ist Arbeit. Das Erlernen von Musikinstrumenten, um nicht nur sich, sondern auch der Mitmenschheit Freude zu machen, ist Arbeit. Das nach Ende der Ausbildung mögliche Freudemachen mit Musik ist Arbeit. Das Gespräch, die Diskussion zur Meinungsfindung ist Arbeit."[4]

Wir vervollständigen: Zähneputzen ist Arbeit. Und Socken wechseln. Und Schlauchboot fahren. Warum sollte es nicht bezahlt werden? Und auch Besuche machen? Fragt sich jetzt nur: Zahlt der Besuchte oder der Besucher, der Nationalstaat oder die Europäische Union? Und was, wenn jene sich in einem Lokal treffen, dann teilen sie sich wohl die Bewegungsarbeit, die sie selbstverständlich austauschen müssen. Und warum nicht auch küssen

und streicheln und bumsen? Denn das ist *Vergnügungsarbeit*. Oder hat da irgendwo die Arbeit aufgehört? Etwa beim Schlafen? Nein, das ist jetzt *Schlafarbeit*. Alles was ist, ist Arbeit. *Dasein soll Arbeit sein*, so lautet das erste Universalgebot im überkonfessionellen okzidentalen Gebetbuch.

Ein Grundirrtum der Jetztzeit ist, daß wir unser Tun nur als Arbeit begreifen können. Diese Maßlosigkeit subsumiert alle Tätigkeiten unter dem Dach der Arbeit. Die Kategorie ist irre geworden, sie überfällt unschuldige Hauptwörter. Wie ein Krebsgeschwür wuchert sie vor sich hin. Vom Kanzler bis zum Künstler: alle blöken von Arbeit. Selbst viele Kritiker figurieren als die willfährigen Überträger all dieser Unsinnigkeiten.

Arbeit als Abstraktion

Was haben Brötchen backen, Straßen kehren, Gefangene beaufsichtigen, Kranke pflegen, Obst verkaufen, Kühe melken, Artikel schreiben, Geld transportieren und Bomben werfen gemeinsam? Daß sie eben als entlohnte Arbeit anerkannt sind, daß es Geld für sie gibt. Alle können in Euro ausgedrückt werden. Können sie es nicht, dann sind sie trotz aller Mühe und Anstrengung keine Arbeit gewesen, weil sie eben vom Wesen der Verwertung nicht erfaßt worden sind. Vom Wert her betrachtet kann die gleiche Tätigkeit Arbeit sein oder eben auch nicht. Das ist abhängig davon, in welcher Konstellation sich diese gesellschaftlich entfaltet. Der spezifische Charakter der Tätigkeit ist von einer außermonetarischen Sinnlichkeit jedenfalls nicht zu erfassen.

Gegen den gesunden Menschenverstand gilt es festzuhalten: Arbeit ist eine wertbildende und somit auf den Markt bezogene Tätigkeit zum Zwecke der Verwertung. Arbeit muß sich für den Markt qualifizieren und quantifizieren. Stets ist sie auf der Suche nach Möglichkeiten zur Äquivalierung. „In ihrer spezifisch historischen Gestalt ist sie nichts weiter als die abstrakte betriebswirtschaftliche Vernutzung von menschlicher Arbeitskraft und Naturstoffen,“[5] schreibt Robert Kurz. Arbeit läßt sich nur als abstrakte Arbeit denken: „Das Allgemeine und Objektive in der Arbeit liegt aber in der *Abstraktion*, welche die Spezifizierung der Mittel und Bedürfnisse bewirkt, damit ebenso die Produktion spezifiziert und die Teilung der Arbeiten hervorbringt.“[6]

Die so dechiffrierte Arbeit ist somit keine ontologische Größe, sondern eine historisch begrenzte Notwendigkeit. Wenn hier also von Arbeit gesprochen wird, dann ist darunter Erwerbsarbeit zu verstehen. Im Deutschen ist die äußerst sinnvolle Differenzierung zwischen *Arbeit(en)* und *Werk(en)* im Laufe der letzten Jahrhunderte weitgehend verloren gegangen. Der Umgang mit der Kategorie „Arbeit“ ist daher äußerst problematisch, da es anders als zum Beispiel im Englischen keine Unterscheidung zwischen „work“ und „labour“ gibt.

Zu tun gibt es wahrlich genug. Was ausgeht, ist die Lohnarbeit. Warum glauben wir nun akkurat, daß sie uns erhalten bleiben soll? Die einfache Antwort darauf ist, daß unser Auskommen am Einkommen hängt. Daß somit Arbeit als existentielle Notwendigkeit auftritt. Wir uns ein Leben ohne sie gar nicht vorstellen können, nein: dürfen. Alles, was heute über die Marktwirtschaft hinausdenkt, wird als Halluzination diskreditiert, da mag es den bürgerlichen Individuen noch so dreckig gehen. Ein positiv gewendeter Abschied von Arbeit, Geld und Wert erscheint als ein völlig utopisches Hirngespinst. Doch in negativer Form veranstaltet er sich mit all seinen zerstörerischen Auswirkungen gerade eben jetzt an den Betroffenen.

Der Arbeitskritiker André Gorz schreibt in seinem allerneuesten Buch: „Das unbedingte Bedürfnis eines ausreichenden Einkommens dient als Vehikel, um im Gegenzug das ‚unbedingte Bedürfnis nach Arbeit‘ einzuschmuggeln.“[7] Aber auch dieses „unbedingte Bedürfnis nach Einkommen“ ist zu hinterfragen, es ist selbst bloß ein durch die Warengesellschaft bedingtes. Gorz bleibt in seiner Kritik auf halbem Wege stehen. Auch er versteht Einkommen primär als monetäre Größe. Nicht Arbeit und Einkommen wären zu entkoppeln, sondern das individuelle Auskommen ist vom Zwang zum individuellen Einkommen – sei es direkt oder indirekt – zu befreien.

Zu *essen* ist ein unbedingtes Bedürfnis, *Geld zu haben* lediglich ein sozial bestimmtes. Nichtsdestoweniger ist für die modernen Subjekte Arbeit oder Geld das, was für den mittelalterlichen Menschen Gott gewesen ist: der Überfetisch. „Arbeit existiert notwendig“ könnte man gegenwärtig frei nach Spinoza sagen. Detto Geld. Doch dieses abendländische Prinzip von *ora et labora* ist schwer erschüttert, und zwar in all seinen Varianten, vom Protestantismus bis zum Sozialismus. Da nützen Kreuzzüge ebensowenig wie Beschäftigungsoffensiven.

Kapital liebt Arbeit

Arbeit als zentrales Formprinzip ist ein spezifisches Produkt der kapitalistischen Modernisierung, der Durchsetzung von Wert und Ware. Vorher hat es Arbeit als verbindliches Prinzip schlichtweg nicht gegeben, bzw. spielte sie als solche nur eine äußerst marginale Rolle. „Als ich dem arbeitswütigen G. gegenüber beiläufig erwähnte, daß es Arbeit, gemessen am Alter der Menschheit, erst seit einer relativ kurzen Zeit gebe, da schnappte er nach Luft,“[8] schreibt Günther Anders.

Arbeit ist kein physiologischer Terminus, sondern eine gesellschaftliche Realkategorie. Ihr Aufstieg verläuft parallel zu Aufklärung und Kapitalismus. Alles, was uns heute so vertraut ist – Demokratie, Recht, Sozialstaat, Politik, Nation, Vertrag, Ware, Markt etc. gehört demselben historischen Kontinuum an, kann von diesem nicht abgelöst werden, obwohl gerade das immer wieder geschieht. Deren Durchsetzungs- wie Verfallsgeschichte ist ein und dieselbe, auch wenn es Ungleichzeitigkeiten in ihren Ausformungen und Entwicklungen geben mag und spezifische Überlappungen einmal ausgeblendet werden.

Warum sowohl Bourgeois als auch Proletarier sich mit der Arbeit identifizieren, ist vorgegeben, weil sie als die jeweiligen konstanten und variablen „Kapitalteile“[9] (Marx) nichts anderes sind als dynamische Daseinsweisen der Arbeit. Sie identifizieren sich richtigerweise mit sich selbst, ihrer objektiven Bestimmung. Die Arbeit, das bin ich, bekennen die stets falsch bezeichneten, weil umgekehrt zu bezeichnenden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Kapital liebt Arbeit, weil es Arbeit ist. Tote Arbeit, die sich lebendige aneignet und sich somit verwertet. Ohne Arbeit kein Kapital. Das Kapitalverhältnis ist nichts anderes als die Akkumulationsmaschine der Arbeit. Kapital und Arbeit bilden also keinen antagonistischen Gegensatz, sondern sind vielmehr der Verwertungsblock der Kapitalakkumulation. Wer gegen das Kapital ist, muß gegen die Arbeit sein.

Abrichtung zur Arbeit war eines der erklärten Ziele der abendländischen Modernisierung. Selbstbestimmung und Arbeitszwang können durchaus als komplementäre Größen

Säuberung der Albert Bridge, London 1926

betrachtet werden. Auch wenn etwa bei Kant die Kategorie der Arbeit noch keineswegs zu den zentralen gehörte, sondern bloß in ihrer embryonalen Begriffsform erscheint, so war das ganze Programm der Arbeit angelegter Bestandteil seines Denkens. Bezeichnenderweise im Kapitel „Vom Gefühl der Lust und Unlust" seiner Anthropologie[10] doziert er in belehrendem, ja abgefeimtem Ton: „Junger Mensch! (ich wiederhole es) gewinne die Arbeit lieb; versage dir Vergnügen, nicht um ihnen zu entsagen, sondern so viel als möglich, immer nur im Prospekt zu behalten."[11] Arbeit ist säkularisierte Religion: die Verheißung auf ein Jenseits der Arbeit sollte sich im wahrsten Sinn erst dort, im Jenseits erfüllen. Hier und heute jedoch, im Diesseits hatte gearbeitet zu werden.

Arbeit ist demnach die nicht verwirklichte, aber stets in Aussicht gestellte Verwirklichung der Lust durch Liebe der Unlust. Disziplinierung meint, das leiden zu wollen, was einen leiden läßt. Und das ist auch, was die lebensverschwendende Arbeit versprechen sollte: Wer viel leistet, kann sich viel leisten! Es ist ein Imperativ, der den Mitgliedern der modernen Gesellschaft abverlangt wird. „Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen," so übersetzte der Volksmund den Kantschen Leitspruch in die Alltagssprache. Aus dem kategorischen Imperativ ist ein obligatorischer Indikativ geworden, der als apriorische Selbstverständlichkeit gar nicht mehr als Befehl auftreten muß.

Erwerb. Beschäftigung. Job. Stelle. Dienst. Arbeit ist die freie Knechtschaft. Daß wir etwas *verdienen* müssen, bedeutet, daß wir zu *dienen* haben. In der Erwerbsarbeit sind wir die Diener der Verwertung. Ob jemand dies oder jenes verdient, und vor allem wieviel er verdient, ist einerseits zu einer vorrangigen Frage der Alltagsgespräche geworden, andererseits aber auch zu einem gut gehüteten privaten Geschäftsgeheimnis. Das auf Gerechtigkeit getrimmte bürgerliche Subjekt fragt daher geradezu pflichtgemäß wie penetrant, ob eins auch wirklich verdient, was es bekommt, auch wenn es selbst immer mehr bekommen will, als ihm laut ihm zustünde. Niemanden geht etwas an, wovon alle wissen möchten. In dieser kollektiven Schizophrenie wächst und gedeiht die allseitige Verdächtigung.

Entäußerung als Entwesung

Arbeiten zu müssen ist das Kennzeichen von Knechtung, sagt Hegel ganz unzweideutig seinen Nürnberger Gymnasiasten: „Der Knecht hat ein fremdes Selbst in ihm und ist dessen äußerlicher Wille; der Herr vermittelt sich durch diesen seinen äußerlichen Willen mit den Dingen. Als der fürsichseiende Wille verhält er sich gegen diese als verzehrende Begierde; der Knecht aber als nicht fürsichseiender Wille verhält sich dagegen als arbeitend und formierend."[12] Arbeit bedeutet einem Ding gleichwerden, sich zu *verdingen*.[13]

Arbeiter sein meint Enteignung seiner selbst: „Durch die Veräußerung meiner ganzen durch die Arbeit konkreten Zeit und der Totalität meiner Produktion würde ich das Substantielle derselben, meine allgemeine Tätigkeit und Wirklichkeit, meine Persönlichkeit zum Eigentum eines anderen machen."[14] Die Phrase vom „eigenen Herr sein" ist so falsch nicht. Sein eigener Herr ist man demnach nur, wenn man nicht unter fremdem Kommando arbeitet. Aber auch wenn man nun eigener Herr ist, bedeutet das, daß man sich selbst kommandieren muß, um dem Markt zu entsprechen. In der Marktwirtschaft ist man sein eigener Herr nur, wenn man auch sein eigener Knecht ist. Herr und Knecht sind also

nur bedingt brauchbare Figuren, weil sie allzu schnell die Selbstbestimmung der Bestimmer unterstellen, und dabei die Bestimmung der Bestimmer vergessen.

Des Arbeiters Entäußerung ist „aber nicht positive Arbeit – [sie ist] vielmehr seine negative. Sie erhält ihr Dasein durch die *eigene* Entäußerung und Entwesung des Selbstbewußtseins, welche ihm in der Verwüstung, die in der Welt des Rechts herrscht, die äußerliche Gewalt der losgebundenen Elemente anzutun scheint. Diese für sich sind nur das reine Verwüsten und die Auflösung ihrer selbst; diese Auflösung aber, dies ihr negatives Wesen, ist eben das Selbst; sie ist ihr Subjekt, ihr Tun und Werden."[15] „Diese ihre Entfremdung ist das *reine Bewußtsein* oder das *Wesen*."[16]

Entäußerung der Arbeit bedeutet *Entwesung* des Menschen. Selbstbestimmung bedeutet Fremdbestimmung, und zwar nicht erkannte, aber anerkannte. Das Wesen des Kapitals hat die permanente Entwesung der Menschen zur Bedingung. Deren Wohlergehen, deren Gesundheit, deren freundschaftliches Miteinander sind ihr nicht primäres Mittel oder Ziel, sondern bestenfalls erkämpfbarer Zusatz. Das bürgerliche Individuum, das ist wahrlich „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen".[17]

Marxsche Ambivalenzen

Marxens Haltung zur Arbeit war durchaus ambivalent, wenngleich zugegeben werden muß, daß Marx (vor allem im „Kapital") selbst zur Ontologisierung neigte, indem er jene als überhistorische Bedingung charakterisierte. „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber."[18] Der Arbeitsprozeß gilt demnach als „allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam".[19]

Es finden sich aber auch bemerkenswerte Ausnahmen. „Es ist eins der größten Mißverständnisse, von freier, gesellschaftlicher menschlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die ‚Arbeit' ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, von Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung der Arbeit gefaßt wird."[20] Und auch in der vielzitierten „Deutschen Ideologie" schreiben Marx und Engels, daß die Proletarier, „um persönlich zur Geltung zu kommen, ihre eigne bisherige Existenzbedingung, die zugleich die der ganzen bisherigen Gesellschaft ist, die Arbeit, aufheben",[21] daß die „kommunistische Revolution sich gegen die bisherige *Art* der Tätigkeit richtet, die Arbeit beseitigt und die Herrschaft aller Klassen mit den Klassen selbst aufhebt (...)".[22] Hier wird also ausdrücklich festgehalten: Jede Arbeit ist Tätigkeit, aber nicht jede Tätigkeit ist Arbeit!

Marx ist in unserem Fall aber doch mehr ein Problem als eine Lösung, obwohl er auch in dieser Frage um vieles höher einzuschätzen ist, als der Epigonenauflauf der Marxisten, die nicht einmal das Niveau Marxens halten konnten, ja alles, was ihnen nicht in den Kram paßte, ganz einfach vergessen machen wollten. Nichtsdestotrotz hat er in seinen Hauptwerken weitgehend dem allgemeinen Sprachgebrauch hinsichtlich Arbeit nachgegeben. Noch deutlicher war das bei Engels, bei dem die Ambivalenzen der Marxschen Theorie fast gänzlich verschwinden.

Arbeiterbewegung als Arbeitsbewegung

Der Arbeiterbewegungsmarxismus ist in seiner Vorstellung von Arbeit eigentlich nie über das Engelssche Manuskript „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen"[23] hinausgekommen. Der Aufstieg der Arbeiterbewegung war so gekennzeichnet von einer beständigen Verdrängung prinzipieller Kritik der Arbeit, eben weil die Arbeiterbewegung nichts anderes als den Aufstieg der Arbeit symbolisierte. Die Arbeiterbewegung ist der personifizierte und politisierte Ausdruck der Lohnarbeit, ihre Daseinsweise ist die des variablen Kapitals. Erst ihr Abstieg, der ja ebenfalls nichts anderes ist als Ausdruck der Krise der Arbeit, erlaubt wieder das Aufkeimen und die Entfaltung der Arbeitskritik.

Wilhelm Liebknecht schrieb: „Die Arbeit ist die Grundlage allen menschlichen Fortschritts, durch die Arbeit *allein* (Hvhb. F.S.) ist es der Menschheit gelungen, sich über das Tier zu erheben, sich von der Sklaverei der Natur zu befreien. Aber das Mittel der Befreiung ist zum Mittel der Unterdrückung geworden.

Statt frei zu sein durch die Arbeit, ist der Arbeiter Sklave der Arbeit. Von dieser Sklaverei der Arbeit muß der Arbeiter befreit werden."[24] Daß die Sklaverei die Arbeit ist, wollte in den sozialdemokratischen Dickschädel nicht hinein. Die Arbeit wurde dieser Logik zufolge mißbraucht, weil von den Kapitalisten gegen die Arbeiter instrumentalisiert. Das Lohnsystem selbst wurde keiner Fundamentalkritik unterzogen. Man hatte sich darin eingerichtet, und alle Forderungen letztendlich darauf ausgerichtet. Auch der Klassenkampf hat sich davon nie emanzipiert, reell sowieso nicht, aber auch ideell nie. Dort ging es immer um die Verteilung des Geschaffenen, nicht um den Inhalt des Geschaffenen und um die Form des Schaffungsprozesses selbst. Das waren stets Nebensächlichkeiten.

Die Arbeit ist zur Religion der Arbeiterbewegung geworden. Die Arbeit, sie ist die Angebetete. „Hauptsache, Du hast eine Arbeit", ist heute noch ein geflügeltes Wort. In Zeiten wie diesen verstärkt sich das noch, für die allermeisten gilt es, irgendwo unterzukommen. Für einen sicheren Job, ja für eine Stelle überhaupt, ja selbst schon für die Taglöhnerei ist man bereit, unzählige Demütigungen hinzunehmen. Hauptsache Arbeit. Die Arbeiterbewegung wurde so zur Bewegung zum Kampf *für* die Arbeit. Das ist sie heute noch – zumindest was von ihr übrig geblieben ist.

Kommunismus als Arbeitsgesellschaft

„Der Kommunismus beginnt dort, wo *einfache Arbeiter* in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz *eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen* und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen ‚Nahestehenden' zugute kommen, sondern ‚Fernstehenden', d.h. der ganzen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, den Dutzenden und Hunderten Millionen von Menschen, die zunächst in *einem* sozialistischen Staat vereinigt sind und später in einem Bund von Sowjetrepubliken vereinigt sein werden."[25]

Lenin hat das geschrieben. Natürlich, wir sollten schon die Jahreszahl dieser Schriften genau anschauen, und uns die frühsowjetischen Zustände und Bedrohungen vergegenwärtigen. Kritisiert wird nicht Lenins unmittelbare Haltung – die war durchaus adäquat und nur sie konnte die Sowjetmacht über den desaströsen Bürgerkrieg und die Intervention retten –, kritisiert wird, daß der Begriff der befreiten Gesellschaft an die unmittelbaren Aufgaben der revolutionären Modernisierungsmacht gekoppelt wird.

Es war gerade die Doktrin des Marxismus-Leninismus, die in berüchtigter Manier diese Notzustände ideologisierte, ja zum Inbegriff des Sozialismus stilisierte. Der Kommunismus erscheint bei Lenin und im Leninismus nicht als die von der Arbeit befreite Gesellschaft, sondern als die allseitige Arbeitsgesellschaft. „Der Kommunismus ist die höchste Entwicklungsstufe des Sozialismus, wo die Menschen arbeiten, weil sie die Notwendigkeit erkannt haben, zum Nutzen der Allgemeinheit zu arbeiten."[26] „Als Kommunismus bezeichnen wir eine Gesellschaftsordnung, in der die Menschen sich daran gewöhnen, ihren gesellschaftlichen Pflichten ohne besonderen Zwangsapparat nachzukommen, in der unentgeltliche Arbeit zum Nutzen der Gemeinschaft zur allgemeinen Erscheinung wird."[27]

Organischer Verfall

Daß die Arbeit ausgeht, liegt darin, daß sich die organische Zusammensetzung des Kapitals seit jeher zugunsten des konstanten Kapitals entwickelt. Die lebendige Arbeit, das variable Kapital, nimmt in jeder einzelnen Ware im Durchschnitt tendenziell ab. Heute kommt diese Entwicklung durch die mikroelektronische Revolution in aller Kenntlichkeit zu sich. Das Neuartige ist, daß die freigesetzten Arbeiter nicht mehr ausreichend anderweitig kompensiert werden können, wie das in der fordistischen Ära in den zentralen kapitalistischen Ländern noch funktionierte. Konventionelle Lösungen dieses Problems sind nicht in Sicht. Im Gegenteil: das Tempo der Arbeitsvernichtung nimmt zu.

„Wachstum in der Anzahl der Fabrikarbeiter ist also bedingt durch proportionell viel rascheres Wachstum des in den Fabriken angelegten Gesamtkapitals. Dieser Prozeß vollzieht sich aber nur innerhalb der Ebb- und Flutperioden des industriellen Zyklus. Er wird zudem stets unterbrochen durch den technischen Fortschritt, der Arbeiter bald virtuell ersetzt, bald faktisch verdrängt. Dieser qualitative Wechsel im Maschinenbetrieb entfernt beständig Arbeiter aus der Fabrik oder verschließt ihr Tor dem neuen Rekrutenstrom, während die bloß quantitative Ausdehnung der Fabriken neben den Herausgeworfnen frische Kontingente verschlingt. Die Arbeiter werden so fortwährend repelliert und attrahiert, hin- und hergeschleudert, und dies bei beständigem Wechsel in Geschlecht, Alter und Geschick der Angeworbnen."[28] Bezüglich des fortschreitenden Maschinenbetriebs notiert Marx: „Er verwandelt einen Teil des Kapitals, der früher variabel war, d.h. sich in lebendige Arbeitskraft umsetzte, in Maschinerie, also in konstantes Kapital."[29] Kurzum: „Das Arbeitsmittel erschlägt den Arbeiter."[30]

Aber es reicht bei weitem nicht aus, gegen das Arbeitsmittel zu protestieren. Das wäre Maschinenstürmerei. Auf verdeckter Ebene wird dies übrigens durch die Vertreter der sogenannten *Maschinensteuer* betrieben, die ja selbstredend nichts anderes bedeuten kann, als daß Arbeiten, die Geräte ausführen, durch Verteuerung zu den menschlichen Arbeitskräften zurückverlagert werden. Die organische Zusammensetzung des Kapitals soll wieder zugunsten des variablen Kapitalteils verändert werden. Teilweise geschieht dies auch „freiwillig", also abseits fiskalischer Anreize und Zwänge. Um auf dem Weltmarkt bestehen zu können, verkaufen Menschen ihre Arbeitskraft so billig, daß sie wiederum mit den Maschinen in Konkurrenz treten können. Den Käufer interessieren Resultat und Preis. Unter welchen Bedingungen die Ware entstanden ist, wie hoch der Ausbeutungsgrad gewesen ist, oder gar die Wertzusammensetzung der Kapitalteile, das alles ist ihm herzlich egal.

Schilda läßt grüßen: Was eine Maschine in einer Stunde kann, das können fünf Menschen in fünf Stunden schon lange. Logisch ist das nur, wenn Arbeitsplatzfetischisten in Arbeitsplätzen rechnen. Das Arbeitsmittel ist freilich nur der Feind des Arbeiters, solange beide als Waren am Markt konkurrieren. Tun sie das nicht, ist ihr Verhältnis ein völlig anderes, dann ist das Arbeitsmittel wirklich Werkzeug geworden, der Arbeiter Werktätiger, die Ware zum Gegenstand und der Markt zu einem Distributionsort, zu einer profanen Abgabe- und Entnahmestelle.

Die Minimierung der Arbeit in einem Produkt respektive auch in einer Dienstleistung ist an sich positiv. Negativ wird sie erst, so schreibt Marx im ersten Band des „Kapitals" durch ihre typisch kapitalistischen Folgewirkungen. Es ist demnach so, daß „die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg der Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt, ihn verpaupert usw".[31]

Marasmus der Arbeit

„Das Postulat der Vollbeschäftigung wird also umso weniger erfüllbar sein, je höher der technologische Status einer Gesellschaft ist. Wenn gewisse mitteleuropäische Politiker vorgeben, den technologischen Stand ihrer Länder deshalb steigern zu wollen, weil sie dadurch Vollbeschäftigung gewährleisten können, dann sind sie entweder denkunfähig oder Volksbetrüger."[32] Man kann es sich aussuchen, wenngleich das auch beides nicht unbedingt ein Widerspruch sein muß.

„Tatsächlich sind die ‚Arbeitsplätze' heißenden Produkte so wichtig, daß Politiker, die nie welche erfinden oder organisieren, ebensogut gleich ihren Hut nehmen können. Die keine versprochen haben, gibt es keine. Freilich auch keine, die auf die Dialektik von heute, die Geläufigkeit von steigender Technik und sinkendem Bedarf an Arbeitern bzw. Arbeitsplätzen eine Antwort wüßten."[33] Konträr zur mehrheitlichen Stimmungslage gilt es festzuhalten: Arbeiterfeindlich ist der, der die Arbeiter als Arbeiter erhalten will, nicht der, der sie aus der Knechtung der Arbeit befreien will.

Die Arbeit leidet an Marasmus. Sie frißt ihre Arbeitskräfte auf, und hat die Fähigkeit der generellen Regeneration verloren. Daß nicht einmal mehr in den führenden kapitalistischen Ländern die Arbeit vor dem sozialen Absturz bewahrt, davon zeugen auch tiefliegende Löhne. *Working poor* ist mehr als ein Schlagwort, es ist bittere Realität für viele Arbeitsplatzbesitzer. Das Arbeitslager gleicht einem globalen Lazarett und Leichenschauhaus. Entwesung geht in die Verwesung über. Ein Viktor Klima ist somit nichts ande-

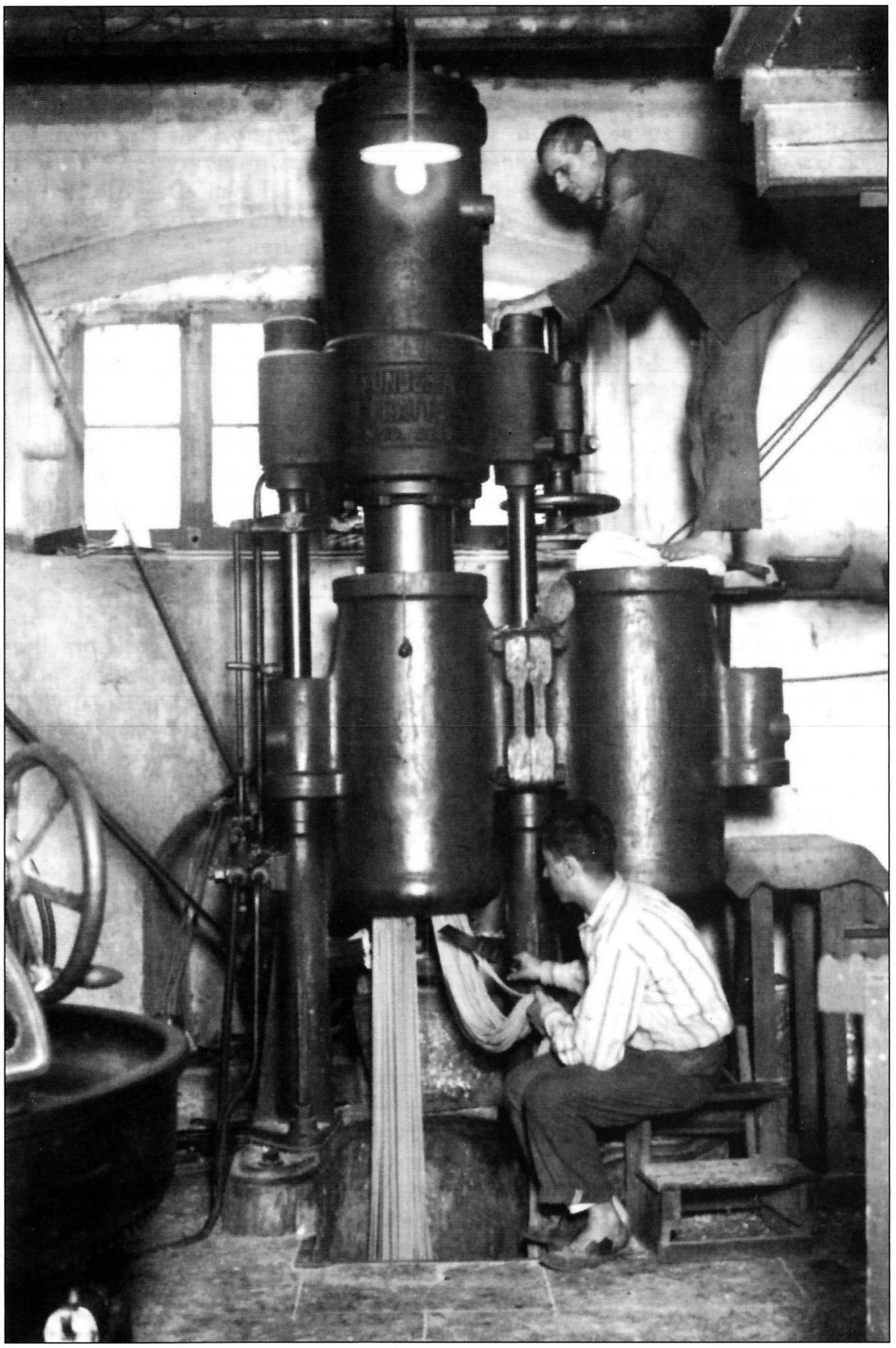
res mehr als – frei nach Hegel oder Nestroy – der örtliche Verweser der Arbeit.

Arbeitsbefreiung als Arbeitslosigkeit

Wir haben uns auf den Märkten in Konkurrenz aufeinander zu beziehen, nicht in Unterstützung und Solidarität unsere Bedürfnisse zu regeln. Wir sind nicht füreinander da, sondern haben einander zu bekriegen. War Konkurrenz einst ein notwendiges Mittel, die Menschen ideell und materiell der Beschränktheit der Scholle zu entreißen, ein dynamisches Prinzip sondergleichen, so ist sie heute zu einem Selbstleger geworden. „Die Leitnorm des herrschenden Wirtschaftssystems heißt expansive Verdrängungskonkurrenz. Sie ermöglicht es, Sinnfragen und Abwägungen einem äußerst simplen Vorteilskalkül unterzuordnen: Was sich durchsetzen läßt, ist richtig; was in der Konkurrenz den Kürzeren zieht, hat damit sich als falsch erwiesen“, schreibt Erich Kitzmüller in seinem ganz ausgezeichneten Aufsatz „Von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft“.[34] Mangels Ausweitungsmöglichkeiten vernichtet die Konkurrenz sich selbst. Das bedeutet aber auch: je besser es in Teilbereichen (Branchen, Regionen etc.) gelingt, wirklich in der Konkurrenz zu bestehen, und somit auch Arbeitsplätze zu schaffen, desto mehr werden sie woanders abgeschafft. Standortsicherung ist eine eliminatorische Größe.

Arbeitslos sein bedeutet als Arbeitskraft konkurrenzunfähig zu sein. Und das ist mit sozialer Degradierung verbunden. Zweifellos, die Arbeitslosigkeit ist ein Schrecken. Aber diesen Schrecken richtet die Arbeit an, nicht die Untätigkeit. Wenn Arbeitslosigkeit Elend schafft, dann ist sofort einzuwenden, daß die Arbeitslosigkeit eine subordinierte Komponente der Arbeit selbst ist, nicht deren Gegenteil, als die sie so oberflächlich erscheint. Arbeitslosigkeit meint Entwertung, und dies in einer Gesellschaft, in der der Wert das vorherrschende Gesetz ist. Psychisch erleben die ausgestoßenen Personen einen wahren Entwertungsschock. Nicht zufällig stammen Wert und Würde, wie Marx schon betonte,[35] vom gleichen gotischen Begriff (*vairths*) ab.

Arbeitslosigkeit tritt auf als Schande, als Schwäche, als Unfähigkeit, als *Wertlosigkeit*. Und genau so muß sie auch in dieser Gesellschaft gedacht werden. Die Betroffenen sind getroffen und gezeichnet. *Sozialfälle* nennt man sie. Ohne gesellschaftliche Alternativen geraten sie leicht in die unselige Versuchung, Sündenböcke zu suchen, die sie direkt für ihre Situation verantwortlich machen. Denn in diesen Bahnen haben sie fühlen gelernt. Die soziale Perspektivlosigkeit der sozial Deklassierten birgt rassistischen Sprengstoff der übelsten Sorten.



Makkaroni-Maschine, Neapel 1929

Arbeit meint nicht Erfüllung des Lebens, sondern Mühsal der Existenz. *Arbeitszeit ist gestohlene Lebenszeit.* Daß Arbeitsplätze in einer Situation, wo sie sich als überflüssig erweisen, geradezu angebetet und erfleht werden, daß man sich nicht freuen kann, wo Freude angesagt wäre, ist eine perverse Groteske sondergleichen. Eine marktwirtschaftliche, wohlgemerkt. Da gilt es eisern zu Nestroy zu halten und dagegen zu sein: „Nein, Arbeit verlang' ich keine mehr, denn das wär' überflüssig, und ich darf nur das Notwendige verlangen.“[36]

Nicht Fatalismus ist angesagt. Es geht nicht darum, die kapitalistischen Verwüstungen hinzunehmen oder gar als Naturnotwendigkeit zu bejahen und zu propagieren. Die Arbeitslosen haben recht, wenn sie gegen ihre Arbeitslosigkeit protestieren. Aber sie

dürfen nicht stehen bleiben. Wer gegen die Arbeitslosigkeit kämpft, darf nicht für die Arbeit kämpfen, also für die Verursacherin derselben. Das ist natürlich nicht einfach zu vermitteln, wo doch der einzelne auf die Arbeit angewiesen ist, will er gesellschaftlich bestehen. Naheliegender ist so der dem gesunden Menschenverstand entspringende Gedanke, aus der Notwendigkeit des Individuums auf die Notwendigkeit der Allgemeinheit zu schließen. Dies freilich ist ein Kurzschluß, ganz ähnlich übrigens dem, daß der vernünftige Gesamtwille sich aus den Einzelinteressen ableite. Gerade in der Überwindung solcher Kurzschlüsse besteht eine immense strategische Herausforderung.

Selbstentwirklichung

Arbeit ist Übel. Arbeit ist Leid. Arbeit richtet die Menschen psychisch und physisch zugrunde. Einst unabdingbar für das Fortkommen, wird sie heute immer unnotwendiger und unmöglicher. Arbeit ist *Selbstentwirklichung*. Sie wird getan, weil sie Lohn bringt. Nach dem Sinn der Beschäftigung soll erst gar nicht mehr gefragt werden. Wichtig ist, ob sie sich rentiert, ob sie Profite, Löhne, Arbeitsplätze abwirft. Die Leute haben gefälligst zu arbeiten. Arbeit ist der Aggressor der Moderne. Und er sitzt auch in den Individuen selbst. Arbeit macht nicht frei, sie ist die Unfreiheit par excellence, der aufgeherrschte Zwang zur Entmenschlichung, was heißt, sich zu *verdingen*, zu *verkaufen*, zu *verwerten*.

Arbeit zeichnet den Menschen nicht aus, sie zeichnet ihn vielmehr. Die Fabriken, die Büros, die Verkaufshallen, die Baustellen, sie sind legale Institutionen zur Vernichtung menschlicher Substanz. Die Spuren der Arbeit, wir sehen sie täglich an den Gesichtern und an den Körpern. An nichts laborieren die Menschen mehr als an der ihnen zugemuteten und angetanen Arbeit.

Auch die verblödende Massenkulturindustrie hat ihre Bedingung nicht in ihr selbst, sondern in den demotivierenden Alltagsprozessen der Menschen, vor allem in der Lohnarbeit. In deren Wesen haben geistige Beschränktheit und praktische Angepaßtheit ihre Wurzeln. Sie ist der Grund von Abgestumpftheit und Abgeklärtheit der bürgerlichen Individuen. „Der Betrieb ist der Ort, an dem der Typ des medial gewissenlosen Menschen hergestellt wird, der Geburtsort des Konformisten“,[37] sagt Günther Anders. Arbeit stumpft ab. Arbeit macht dumm.

Arbeit ist Demütigung. Etwas, das über uns hereinbricht, eine Heimsuchung, derer wir uns erwehren müssen, so gut wir können. Die Alternative dazu ist ja nicht die Untätigkeit, sondern das individuelle und kollektive Bereiten eines sinnvollen Werkens und Wirkens in den unterschiedlichsten Bereichen. Aus der Nichtarbeit folgt keine Untätigkeit oder gar Nichtsnützigkeit. Im Gegenteil: die Überwindung der Arbeit ist die Voraussetzung der Verallgemeinerung der Kreativität. Sie wird aus ihrem Dasein als Randexistenz befreit. Kommunismus kann ja überhaupt nichts anderes sein, als sich in aller Kreativität einander zu schenken.

Es war nicht schlichtweg die Arbeit, die die Menschen voranbrachte, sondern das mit Geist erfüllte Tätigwerden. Es war und ist die Kreativität, die sich in den verschiedensten Formen gesellschaftlich akzentuierte, die jeweils die obligaten Kreisläufe zu durchbrechen bewerkstelligte und so etwas wie (Vor)Geschichte, Aufstieg und Fortschritt – auch wenn man stets nach deren Qualität fragen muß – ermöglichte.

Entwertung der Werte

Während man gemeinhin davon ausgeht, daß jede Arbeit (wieder) *etwas Wert werden* soll, gehen wir davon aus, daß Arbeit sich fortwährend *entwertet*, und daß das eigentlich positiv ist. Negativ wird es nur dadurch, weil die konstruktive Entwicklung an einen destruktiven Gesamtzusammenhang gebunden ist und an ihm verunglückt. So wird eben aus der Arbeits*befreiung* eine Arbeits*losigkeit*. Es geht nicht um die Umwertung der *Werte* (womit der ganze Rattenschwanz von der Arbeit über die Demokratie bis zur Freiheit gemeint ist), sondern darum, daß die negative Entwertung positiv gewendet werden kann. Die Aufhebungsbewegung hat eine *Entwertungsbewegung* zu sein.

Der Kampf gegen die Realabstraktion Arbeit kann durchaus als Auftakt einer noch weitergehenden *Kampagne der Entwertung der Werte* interpretiert werden. Genau das steht an: das definitive „Würdelos-Machen“ heiliger Begriffe und Prinzipien im öffentlichen Diskurs. Das reell Prekäre muß auch im Kopf prekär werden. Das Marode muß als marod benannt werden. Anstatt den Irrglauben zu stärken – so etwa die Propagandaagenturen, allen voran die Sozialdemokratie –, gilt es diesen stets zu hinterfragen, zu unterlaufen, und schlußendlich zu überwinden.

Transvolutionäre Blasphemie ist angesagt. Sie bedeutet, die Achtung der Arbeit in die Ächtung überzuführen. Verächtlichmachen durch beharrliche Ideologiekritik ist ihr Mittel, Ächtung von Arbeit, Wert und Geld ihr Ziel. Nicht Transformation der Arbeit steht an, sondern ihre Entformierung als gesellschaftliches Formprinzip. Sie geht nicht über, sie geht unter. Aufzupassen gilt es also, daß die Leute nicht mit ihr untergehen, sondern sich gegen sie emanzipieren können, sich aus ihrem Joch zu befreien verstehen.

Kampagne gegen die Arbeit

Das Heldenlied der Arbeit steht vor seinem Abgesang. Ungeachtet dessen intoniert sich jenes noch einmal als politischer Leitkanon aller Gläubigen. Ob Katholiken oder Sozialisten, Protestanten oder Faschisten, Grüne oder Liberale, Wirtschaftstreibende oder Gewerkschafter, die Arbeit eint ihre Heere zu einer einzigartigen abendländischen Prozession. Die rituellen Sprechchöre, die da nach Arbeit schreien, sind ja nicht zu überhören. Auch wenn ihnen zusehends etwas Gespenstisches anhaftet.

Was ansteht, ist das Gegenteil des Aufgeführten: Nicht ein Bündnis *für* die Arbeit, sondern eine Kampagne *gegen* die Arbeit. Eine, die die geistigen Beschränkungen der alten Arbeiterbewegung, aber auch der neuen Arbeitsloseninitiativen zu überwinden versteht. Soziale Perspektive und sozialer Kampf sind nicht mehr prinzipiell an einer affirmativen Bezugnahme auf Arbeit und Geld auszurichten. Auch wenn es das unmittelbar nicht spielen sollte, muß dieser Tabubruch passieren, um den Paradigmenwechsel zu ermöglichen.

Der Feierabend der Arbeit ist potentiell vielversprechend, in seinen konkreten Verwirklichungen aber barbarischer Natur, weil die Fortschritte als Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit oder Perspektivlosigkeit über die Leute hereinbrechen. Neue Formen der Solidarität, und zwar abseits der obligaten Forderungen nach (mehr) Arbeit und Geld, sind deswegen hier vonnöten. Nicht das einmal Erreichte ist zu sichern oder gar zurückzuholen, sondern es geht darum, Zukunft zu ent-

werfen. Notwendig ist die direkte Anerkennung des Gegenüber in der Kommunikation. Das *Wer bist du?* hat über die Frage des *Was bist du?* zu obsiegen, sodaß die Menschen sich als sie selbst, nicht als und über ihre bürgerliche Rolle definieren müssen. Somit sich der Charaktermaske entledigen. Arbeit ist bloß Anerkennung der Menschen auf einem Umweg gewesen.

Der rechts-linke Konsens von „Arbeit schaffen" muß negiert werden. Ganz ketzerisch ist zu fragen: Wer soll eigentlich wozu vollbeschäftigt werden? – Nicht um das „Recht auf Arbeit" ist zu kämpfen, sondern um einen selbstverständlichen „Anspruch auf Leben". Und das meint nicht die bloße Existenz, sondern ganz profan die Teilhabe an der erzeugten Güter- und Leistungsfülle, die heute global hervorgebracht werden kann. Der Vorsatz „Wir wollen fleißig arbeiten" ist durch den Ansatz „Wir wollen gut leben" zu ersetzen. Selbstbewußtsein ist angesagt, nicht Bittstellerei. Mut statt Demut.

Dem Recht auf Arbeit ist aber kein Recht auf Faulheit entgegenzusetzen. Es gilt, einen kreativen Müßiggang ins Auge zu fassen, ein produktives Tätigsein, das frei ist vom Zwang zur Verwertung. Langsamkeit und Effektivität schließen sich da nicht aus. Muße ist anstatt von Müssen zu etablieren. Das Bewußte hat das Bewußtlose abzulösen. Kreativität und Produktivität, Aktivität und Solidarität stehen im Mittelpunkt zukünftiger Praxis, ja selbst das scheinbar abgeschmackte Wort der *Werktätigkeit* könnte unversehens wieder zu Ehren kommen. Zweifellos: Getan werden wird. Gearbeitet werden muß deswegen noch lange nicht.

Ziel ist die Abnahme der gesellschaftlich gebundenen Zeit. Emanzipation heißt Kampf gegen den existentiellen Kampf und schließlich dessen Überwindung, zumindest was die materielle Seite anbetrifft. Es geht um den Schritt vom *Überleben* zum *Leben*. Um nichts weniger als um den Austritt aus der menschlichen Vorgeschichte: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion."[38] Auf der Tagesordnung steht eine emanzipatorische Aneignung der Zeit. Damit die Zeitgenossen auch Zeitgenießer werden. ■

Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

Anmerkungen

1 Niklas Luhmann, Die Wirtschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1994, S. 210.
2 Gerhard Schwarz, Utopien der Arbeit; in: Ina Paul-Horn (Hg.), Transformation der Arbeit. Prozeßwissenschaftliche Erforschung einer Grundkategorie, Wien 1997, S. 19.
3 Wilhelm Berger/Ina Paul-Horn, Arbeit und Bedürfnisse. Thesen zu einem Interpretationsmodell, In: Ina Paul-Horn (Hg.), Transformation der Arbeit, S. 133.
4 Werner Schneyder, Anmerkungen eines Solisten; in: Josef Cap/Heinz Fischer (Hg.), Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 306.
5 Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Frankfurt am Main 1991, S. 11.
6 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), Werke 7, S. 352.
7 Hier zit. nach dem Vorabdruck: André Gorz, Die Überwindung der Lohngesellschaft. Mehrfachtätigkeit als gesellschaftliche Alternative, »Widerspruch« 34, Zürich, Dezember 1997, S. 5.
8 Günther Anders, Ketzereien, München 1892, S. 230.
9 Karl Marx, Das Kapital. Erster Band (1867), MEW, Bd. 23, S. 223-224. Die Bezeichnung *Kapitalteil* ist deswegen deutlicher als Kapital, weil sie besser die konstitutive Immanenz des Kapitalteils zum Kapitalverhältnis zu Tage fördert, es also weniger leicht ist, zu behaupten, dem Arbeiter sei seine Kapitalfunktion von außen aufgedrängt, anstatt, daß sie ihn ausmacht.
10 Immanuel Kant, Anthropologie in pragmatischer Absicht (1798), Werkausgabe Band XII, Frankfurt am Main 1977, S. 549-579.
11 Ebenda, S. 559.
12 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Bewußtseinslehre für die Mittelklasse (1808/09); Werke 4, Frankfurt am Main 1986, S. 81.
13 Ebenda, S. 82.
14 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), Werke 7, Frankfurt am Main 1986, S. 144-145.
15 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Werke 3, Frankfurt am Main 1986, S. 360.
16 Ebenda, S. 361.
17 Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (1844), MEW, Bd. 1, S. 385
18 Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, S. 192.
19 Ebenda, S. 198. Vgl. auch S. 57.
20 Karl Marx, Über Friedrich List (1845), Berlin 1972, S. 24.
21 Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1845/56), MEW, Bd. 3, S. 77.
22 Ebenda, S. 69-70.
23 Friedrich Engels, Dialektik der Natur (1873/83), MEW, Bd. 20, S. 444-455.
24. Wilhelm Liebknecht, Zu Trutz und Schutz. Festrede, gehalten zum Stiftungsfest des Crimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871; Kleine politische Schriften, Leipzig 1976, S. 125.
25 Wladimir I. Lenin, Die große Initiative (1919); LW, Bd. 29, S. 417.
26 Wladimir I. Lenin, Rede auf dem I. Kongreß der landwirtschaftlichen Kommunen und Artels, 4. Dezember 1919, LW, Bd. 30, S. 189.
27 Wladimir I. Lenin, Referat über die Subotniks auf der Moskauer Stadtkonferenz der KPR(B) am 20. Dezember 1919, LW, Bd. 30, S. 273.
28 Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, S. 477.
29 Ebenda, S. 429.
30 Ebenda, S. 455.
31 Ebenda, S. 465.
32 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band II, München 1980, S. 99.
33 Günther Anders, Sprache und Endzeit, §14.
34 Erich Kitzmüller, Von der Arbeitsgesellschaft zur Tätigkeitsgesellschaft; in: Ina Paul-Horn (Hg.), Transformation der Arbeit, S. 174.
35 Karl Marx, [Randglossen zu Adolph Wagners „Lehrbuch der politischen Ökonomie"] (1879/80), MEW, Bd. 19, S. 372.
36 Johann Nestroy, Das Notwendige und das Überflüssige. Posse mit Gesang in zwei Akten. Bearbeitet von Karl Kraus, II. Akt, 3. Szene, in: Karl Kraus, Nestroy und die Nachwelt, Frankfurt am Main 1975, S. 189.
37 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band I, München 1956, S. 289-290.
38 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band (1894), MEW, Bd. 25, S. 828.

viel eher als ein weitblickender Denker, der weiß und verkündet, wohin sich ein entfesseltes kapitalistisches Arbeitssystem entwickeln wird? Der Wissenschaftler Michael Kent, in dessen Universitätsbüro ein großes Poster mit einem Bild von Bergmann hängt, sagt zu „New Work" und dessen Begründer: „Heute sind seine Prognosen ein Allgemeinplatz, eine alltägliche Erfahrung. ‚New Work' ist ein Teil von dem, was die Zukunft der Arbeit ist." Kurzum: „New Work" als ein bloßer Abdruck des blinden Kapitalvergesellschaftungsprozesses.

Das Schicksal vom „wirklich, wirklich wollen"

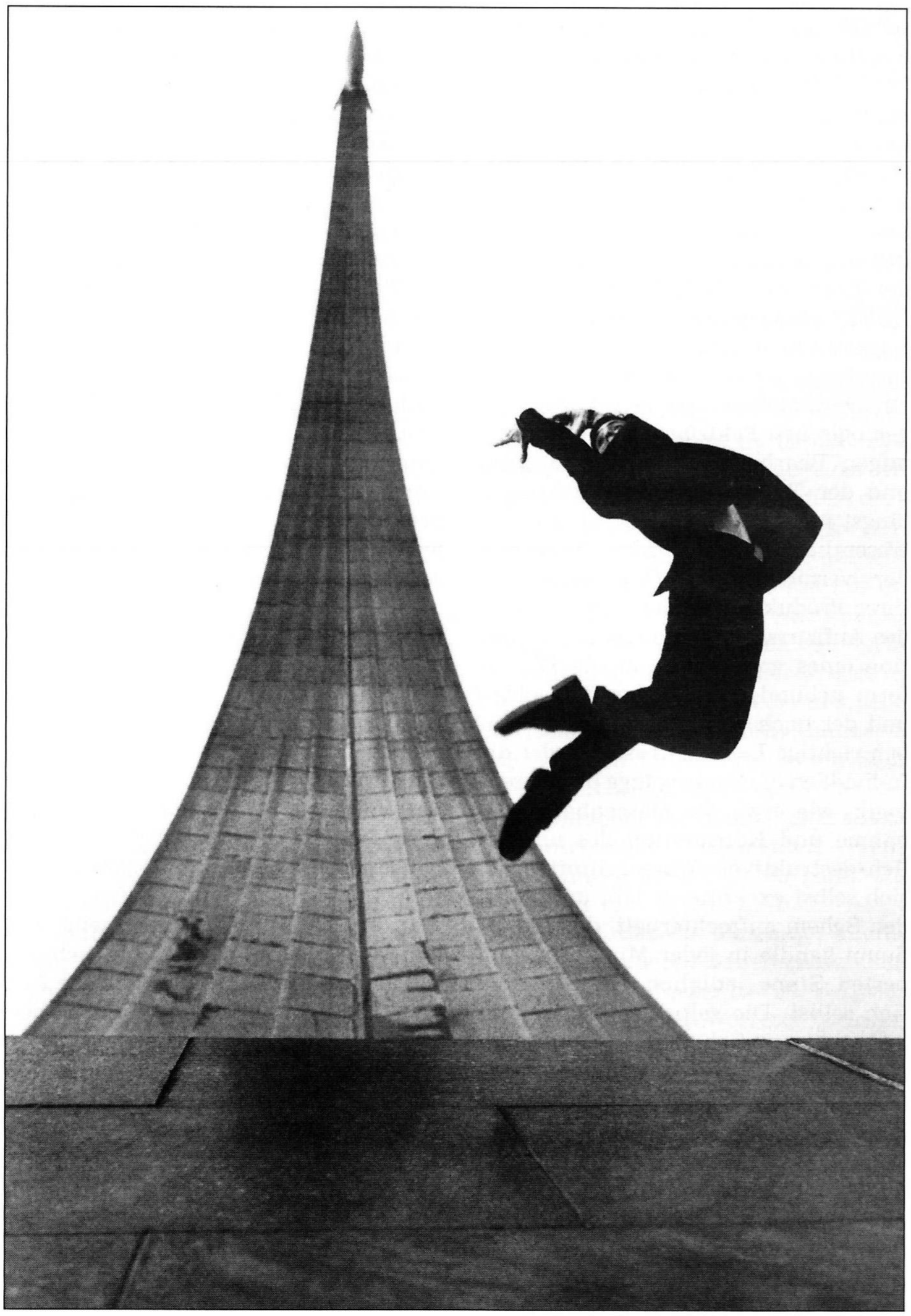
Bergmanns Idee vom „wirklich, wirklich wollen", eine Idee, die er auch vorzugsweise mit dem religiösen Begriff des Calling, auf deutsch: der Berufung, begrifflich faßt, ist nun zwar nicht fixiert auf die Phantasmagorie einer Selbstverwirklichung in der Lohnarbeit. Hier gibt es Diskrepanzen zwischen den Vorstellungen einiger „New Worker" und dem Philosophie-Begründer. Das Leben für die, das Handeln nach der eigenen Berufung soll, nach Bergmanns Überlegungen, hauptsächlich außerhalb der Job-Arbeit stattfinden. Deswegen setzt er auf die möglichst drastische Verkürzung der Arbeitszeit und ist einer der engagiertesten Fürsprecher von Jobkiller-Technologien.

Bergmann folgt der Krisenentwicklung des Kapitals, insofern er das Ziel der Vollbeschäftigung und des Normalarbeitsalltags für jederMann zu Grabe trägt. Damit Einzelkapitale aber unter den Bedingungen der betrieblichen Vernichtungskonkurrenz überleben und, so wohl die versteckte Hoffnung, zumindest in ihrem Standort-Wirkungskreis Callings ermöglichen können, dient sich „New Work" der Logik und den Notwendigkeiten des einzelkapitalistischen Betriebes an: „Im Kern und im Ansatz von dem, was ich unter ‚Neuer Arbeit' verstehe, ist verankert, daß das gleichzeitig besser für Unternehmer ist und besser für die Arbeitenden. (...) eine ‚win-win-Lösung' (...) Denn die Produktivität ist zunehmend verknüpft mit Ideen haben, mit Innovation, mit fortschrittlich sein, mit sich schnell entwickeln können. Das kann nur ein Betrieb, in dem die Leute verhältnismäßig frei arbeiten."[7]

Nomen est omen: Der Begriff des Calling ist, wie Bergmann mit einem gewissen Stolz öfter betont, calvinistischer Provenienz und „New Work", als Schützenhilfe für kranke Männer am Weltmarkt, droht sich einerseits in eine Wiederbelebung protestantischer Arbeitsethik, unter freilich neuen Vorzeichen, zu verkehren. Von der anderen Seite betrachtet, scheint sich „New Work", und das unter Zustimmung von Bergmann selbst, als Versuch eines neuen Management-Konzeptes herauszukristallisieren. Mit mindestens zwei Schritten wird der erste Schritt gegen die Lohnarbeit hintertrieben – von der „Neuen Arbeit" zur Verteidigung des kränkelnden Lohnarbeitsverhältnisses.

Nicht nur könnte das Fatum der Berufung dadurch besiegelt sein, daß im Zeichen verschärftester Konkurrenz aller Wahrscheinlichkeit nach wohl die wenigsten Unternehmen auf die Segnungen der (gar nicht so neuen) „Cow Sociology", die Steigerung des Melkertrages durch das Glücklichmachen der Arbeitskühe, setzen werden. In den letzten 15 Jahren gab es so gut wie keine Unternehmen, die auf breiter Front und dauerhaft Raum für Callings im Sinne der Bergmannschen Idee geschaffen haben. Charakteristisch ist, was ein jahrelanger „New Work"-Aktivist und -Kenner aus den Vereinigten Staaten von Amerika sagt: „Bergmann spricht gelegentlich von künftigen Projekten, als ob sie bereits völlig umgesetzt seien."

Nicht nur deshalb droht dem Konzept der Berufung ein randständiges Schicksal, weil sogar die meisten Be-



triebe, die reine „New Work"-Projekte sind (und nicht in einen bereits existierenden Betrieb im nachhinein implementierte Organisationsentwicklungskonzepte darstellen), kein solides Fundament für die Verbreiterung dieses Konzeptes abgeben können. In dem Vancouverer „Living Wall Garden Project" (Lebende-Mauer-Garten-Projekt), nach Bergmann das Vorzeigeprojekt des „New Work", gab es in einer Fünftagewoche gerade mal einen Tag, an dem die Teilnehmer aufgefordert waren, sich um ihre Berufung zu kümmern. Dabei ist es Bergmann selbst, der immer wieder, und darin ist ihm zuzustimmen, betont, daß man nicht an einem Tag in der Woche das herausfinden und machen kann, was man „wirklich, wirklich will". Deswegen propagiert Bergmann längere Auszeiten (wie ein halbes Jahr oder mehrere Jahre) von der Lohnarbeit. Das Problem ist nur, daß die „New Work"-Projekte von Sponsoren, häufig und in diesem speziellen Fall ist der Staat der Sponsor, abhängig sind. Der Glaube daran, solchen Geldgebern, die allzuoft selber in Geldnöten sind und deren Hauptkriterium für die Vergabe von Geldern die Effizienz im ökonomischen Sinne ist, es schmackhaft machen zu können, *im großen Stile* die humanistische Selbstverwirklichung des Individuums zu finanzieren, mutet, bei allem Respekt vor den Motiven eines solchen Wunschglaubens, naiv an; der Versuch, diesen Glauben in Realität zu überführen, dürfte sich als ein donquichotteskes Unterfangen erweisen. Besagtes Projekt (mit seinem Berufungskonzept auf Sparflamme) hat es mal gerade zu einer Finanzierung für ein knappes Jahr (1997) gebracht, und selbst mit diesem äußerst limitierten Rahmen ist es noch einer der *wenigen* leuchtenden Sterne am „New Work"-Himmel.

Die Verwirklichung des Berufungskonzeptes scheint auch und gerade daher dem Verhängnis verfallen zu sein, daß es in sich höchst widersprüchlich, unhaltbar ist. Die Contradictio in adjecto heißt „Paid Calling". Hinter diesem „Paid Calling" verbirgt sich nicht bloß – wie oben bereits aufgezeigt – die direkte und indirekte, die staatliche und privatwirtschaftliche Subventionierung von Nischen für die Realisierung der eigenen Berufung, also nicht bloß ein philanthropisches Goodwillprodukt warenförmiger Verhältnisse. Sondern „wirklich, wirklich wollen" und Warenform werden ganz unmittelbar zusammengedacht. Allen Ernstes und in aller Unschuld stellt Bergmann es als „Weihnachts- und Vorzeigebeispiele" dar, daß ein General Motors-Arbeiter bei dem „HerausArbeiten" seines Callings zum Bestseller-Autor avanciert ist, ein anderer ein Yoga-Studio aufgemacht hat.

Der Erfolg auf dem Markt, der Erfolg, seine Fähigkeiten als Kleinunternehmer am gewinnbringendsten zu verkaufen, wird auf diese Weise subkutan als ein Kriterium dessen eingeführt, daß Menschen sich selbst verwirklichen. Das Problematische an dieser Art von „New Work"-Humanismus besteht nun nicht darin, daß die Humanisten sich eine Finanzierungsgrundlage zueignen müssen – das mußten diese seit eh und je –, vielmehr ist das eigentliche Problem: die Angleichung des Ideals an die Realität; mithin wird die Sache der Selbstperfektionierung des Individuums eine Angelegenheit des Homo oeconomicus. Statt spannungsvoller Distanz zur kapitalistischen Wirtschaft das totale Abmarkten der eigenen Person, statt des Zieles der Vervollkommnung der Menschheit die wertförmige Partikularität. Das Ideal verdoppelt die Realität, zugleich perpetuiert sie diese aber auch, denn der Zwang, sich auf dem Warenmarkt zu entäußern, wird direkt idealisiert und habituell zementiert. Harrison James, Unternehmer, Anleiter verschiedenster kanadischer „New Work"-Projekte und nach Bergmann einer der fähigsten „New Work"-Mentoren, brachte die Maxime von „New Work" auf die unvergleichliche, atemberaubende Formel: „Sehe dich selbst als ein Unternehmen, mache dich selbst zu einem Unternehmen."[8] Born to be a business, zu nichts anderem berufen als zum Markt, Berufung pro nihilo.

Kreuzzug für das Business

Der Aufbau einer Frontstellung gegen die Lohnarbeit ist eine der in emanzipatorischer Hinsicht absolut ernstzunehmenden Intentionen des Bergmannschen Ansatzes, gleichwohl wir gesehen haben, wie schnell sich dieser in das schiere Gegenteil verkehrt. „Im Kern der Erwerbsarbeit steht der Akt des Mich-Verkaufens, ich behandle mich wie ein Stück Ware. Ich stelle mich auf einen Block wie ein Sklave und hoffe, daß irgend jemand mich kauft (...). Für mich ist der Unterschied zwischen Sklavenarbeit und Erwerbsarbeit nicht so schrecklich groß."[9] Aus der Infragestellung des Agens der kapitalistischen Gesellschaftsformation folgt aber nicht, wir hatten es oben bereits angedeutet, daß die große Zukunftsvision von Bergmann eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus wäre: „ich bezeichne das als ideologisch, wenn man denkt, das Geld ist irgendwie vom Teufel, der Markt ist vom Teufel, man muß sich davon befreien und man muß direkt miteinander kommunizieren; außerdem ist das utopisch im schlechten Sinn von Utopie: ich finde, eine wirkliche Wirtschaft ohne Geld aufzubauen, ist einfach eine Rückkehr und nicht möglich."[10] Was kann das aber für eine Gesellschaft sein, ohne Lohnarbeit, aber auch ohne die direkte, kommunikative und freie Verabredung der Menschen zu ihren Zwecken gesellschaftlichen Produzierens? Diese Frage kann in der Konsequenz der bisherigen „New Work"-Entwicklung letztlich nur mit einer der unvorstellbar regressivsten Utopien beantwortet werden: die totale Marktgesellschaft, in der jeder „wirklich, wirklich" sein eigenes Business sein „will". Hier, und nicht bei einer Geld- und Marktkritik auf der Höhe der Zeit, muß es heißen: Das ist Rückkehr, eine in den Bereich kleinunternehmerischer Phantasiewelten und dazu nicht im entferntesten eine zu erwünschende.

Zu einem „New Work"-Curriculum (Lehrprogramm) für junge Leute gehören dementsprechend die Lehreinheiten „Starting A Business" und die Erziehung zum „Karriere-Unternehmer". Auch wenn an die Gemeinschaft gedacht wird, etwas für die eigene Gemeinde getan werden soll, auch wenn vorübergehend sich in Lohnarbeit verdingt wird, stets ist der Ausgang das sich als sein eigenes Unternehmen konzipierende Individuum. Insofern sind wiederum solche „New Work"-Vorstellungen nur in ihrer radikalisierten Fassung illusionär, in pragmatischer Gestalt hingegen folgen sie der übermächtigen Tendenz einer totalen Entfesselung des Kapitalismus, in der der vereinzelte einzelne zum Unternehmer seiner eigenen Arbeitskraft wird.

Solche rückwärtsgewandten „Utopien" finden einigen Anklang, solche Unternehmer-Orientierung läßt dort hoffen, wo es längst nichts mehr zu hoffen gibt. Vor allem bei denjenigen, die der Weltmarkt in seiner krisenhaften Entwicklung zu Verlierern degradiert hat, erscheint „New Work" als rettender Anker, um sich Lebensverhältnisse auf eine Weise einrichten zu können, daß die Existenz als Warensubjekt ja nicht in Frage gestellt wird. In einem der ärmsten Schwarzenghet-

tos der USA, in der Detroiter Eastside verspricht ein „Unternehmensentwicklungs-Zentrum", ein „New Work"-Zentrum, an das Bergmann seine größten Hoffnungen der nächsten Zukunft knüpft, den Bewohnern: „Die New Work-Philosophie spricht schlecht bezahlte, unausgebildete Arbeiter an und gibt ihnen die Gelegenheit, besser entlohnte Unternehmenseigentümer zu werden."

Die Idee des Calling, eine Idee, die unter der Voraussetzung, konsequent ernstgenommen zu werden, durchaus Sprengkraft gegen das Warensystem hat, bleibt auf der Strecke. Die Leiterin des Detroiter Zentrums hat bislang 100 Anwärter auf das freie Kleinunternehmertum betreut; für sie zählt dabei die Bergmannsche Idee, das zu machen, wozu man sich berufen fühlt, lediglich, insofern sich damit auch wirklich eine Geschäftsidee verbinden läßt. Aus dem Calling wird so die Suche nach der Marktnische. Das beliebteste Geschäft ist die „Kinderaufsicht und -betreuung". Problematisch ist dabei nicht nur, daß dies offensichtlich nicht eine Befreiung der bislang unterdrückten Möglichkeiten des einzelnen und nicht eine allseitige Entfaltung des Individuums bedeutet. Sondern Strukturen der lokalen Selbsthilfe und Nachbarschaftlichkeit, die bereits existieren oder noch entstehen könnten, werden zudem in die Zwangsjacke der Marktvermittlung getrieben. Auf diese Weise könnte selbst noch an den Orten, an denen der Weltmarkt längst irreversibel vorübergezogen ist, die Chance, die auch in der Krise steckt, vertan werden, denn die Fixierung auf den Markt bleibt – ohne daß sich seine Segnungen einstellen werden – und eine Suche nach emanzipatorisch neuen Wegen wird verhindert.

Wird die konkrete Arbeit vieler „New Work"-Projekte in Augenschein genommen, so läßt sich feststellen, daß hier – trotz des rechtlichen Nonprofit-Charakters – alles getan wird, damit in (und statt) den Menschen die Ware denkt. Meistens überreicht die Detroiter Zentrumsleiterin ihren Klienten als erstes eine einschlägige Unternehmer-Zeitschrift, damit sie lernen, „die Welt des Business zu entdecken". Bei dem ersten „New Work"-Vorzeigeprojekt in Vancouver, ein Projekt, bei dem „Jugendlichen der Geist und die Praxis des Unternehmertums beigebracht" werden sollte, bestanden zwei Drittel der Arbeit aus „Business Workshops" und „Lifeskills Workshops", Workshops für Lebenskompetenzen. Workshops dieser Art versuchten auf jeweils eigene Weise, die psychostrukturellen Voraussetzungen für den Eintritt und das Bestehen des einzelnen im „Job- und Unternehmerkrieg" zu schaffen; beispielsweise Workshops zum „Ärger-Management" und „Streß-Management". Allein schon die Formulierung „Management" spricht Bände, weist auf den instrumentellen Charakter, auf die Selbstzurichtung des Individuums hin – das betriebliche Kommandoregime zwecks optimaler Verdinglichung und Vernutzung lebendiger Menschen dient als Vorbild für das Verhältnis des „New Work"-Individuums zu sich selbst.

Ein Warensubjekt denkt nicht nur in warenlogischen Kategorien, wo immer es auch möglich zu sein scheint, nein, es will auch verkaufen, treibt zum Markt. Beim weltweiten Schrumpfen der Kaufkraft ist die Suche nach den letzten warenförmig zu usurpierenden Nischen erbittert, das trifft auch das „New Work-Business". Eine bevorzugte Nische von „New Work"-Projekten ist die klassische der sich via Vermarktwirtschaftlichung selbst aufgebenden Alternativbewegung, eine klassische Nische für alle Nachzügler des Marktes: das gesellschaftliche Feld, das sich durch sein Angewiesensein auf einen sozialen Nahbereich am besten eignet, einen sozial-ökologischen Warenmarkt zu kreieren. In Vancouver war die „ökologisch-innovative Idee", wie es so schön im „New Work"-Unternehmerjargon heißt, bezogen auf „städtisches Agrarwesen"; es wurden „vertikale Gärten", mit Biomasse gefüllte Container auf Dächern von Stadthäusern und neben einem Schwimmbad geschaffen. Nachdem das gemeinnützige Projekt seine – hauptsächlich vom Staat erhaltene – Förderung nicht mehr erhielt, versuchten einige Aktive, die gelernten Lektionen in Sachen Marktwirtschaft in ein profitables Unternehmen umzusetzen. Sie erlitten bereits nach wenigen Monaten Schiffbruch.

Wir möchten Bergmann an seine eigenen Worte gemahnen: „Junge Menschen zu ermutigen, ganz auf sich gestellt one-persons businesses zu gründen (...) erinnert mich an die Kinderkreuzzüge im Mittelalter, auf denen Tausende (...) zur ‚Befreiung' des Heiligen Grabes ausgeschickt und auf dem Weg niedergemetzelt wurden."[11] Wir erinnern uns daran, daß Bergmann junge Menschen dazu ermutigt, group businesses zu gründen, und wir sehen a fortiori nicht ein, warum das aus einem (Markt-)Kreuzzug eine Wallfahrt machen sollte. Und wir erinnern Bergmann daran, daß das, was er als Kreuzzug zu Recht geißelt, das ist, was das von ihm getragene Detroiter Zentrum Tag für Tag macht.

Bedeutungslosigkeit von High-Tech-Self-Providing

„New Work" ist zum großen Teil in die Apotheose von und Mitarbeit an Verhältnissen umgeschlagen, in denen sich die Menschen selber und gegeneinander eine Ware sind. Dies muß sich auch auswirken auf den Bestandteil von „New Work", der in emanzipatorischer Hinsicht am Zukunftsträchtigsten ist. Wir reden vom High-Technology-Selfproviding, der Selbstversorgung auf hochtechnologischem Niveau – die Menschen, so Bergmanns Idee, sollen sich damit, zumindest stückweise, sowohl (durch Selbstversorgung) vom Zwang zum Sich-Verkaufen als auch (durch den Einsatz neuester Technologien) von der Plackerei der „Alten Arbeit" befreien.

Da für Bergmann die Waren- und Kapitalform nicht zur Disposition steht, und auch nicht stehen kann, ist für ihn der sachliche Zustand des Kapitals kein Gegenstand grundlegender Kritik: „Der Vorschlag ist die Selbstarbeit, das Bauernhafte (...) mit dem Hochtechnischen, mit dem Ultramodernen zu verknüpfen. (...) man müßte sich ein Warenhaus voller Werkzeuge und Computer und allem, was raffiniert, was modern ist, denken und inmitten einen Menschen vorstellen, der versucht, mit all diesen Apparaten umzugehen (...) der all das benützt, um über sein Leben Herr zu werden, um sich selbst dadurch sein Leben zu gestalten, und vor allem um mit dieser Vielfalt von Mitteln selbst das herzustellen, was er braucht."[12]

Es ist kein Zufall, daß (hohe und gelungene) Technik hier mit einem positiv besetzten Begriff von Moderne gleichgesetzt wird, denn in dem Vorschlag ist der Mensch als gegenständlich produzierendes Wesen von seiner selbst produzierten Gegenständlichkeit getrennt gedacht und genau das ist, was den Kapitalismus ausmacht. Auf der einen Seite das „Warenhaus" menschlicher Gegenstände, Produktionsmittel, auf der anderen Seite der Mensch, der ja eigentlich diese Gegenstände hergestellt hat, dennoch treten sie, seine eigenen Geschöpfe, unabhängig vom Produzenten in Erscheinung, als eine fremde Macht. Genau dieser

Verlust der Gegenständlichkeit, diese Entäußerung in der Tätigkeit ist kein genuin neuer Arbeitstypus, macht statt dessen die Entfremdung und Sklaverei der durch die „Alte Arbeit" bestimmten Welt aus.

Was eben verschwiegen wird: Der verlorengegangene Gegenstand, die Sache beherrscht den Menschen. Schon allein dadurch, daß für die Selbstarbeit in diesem Zukunftsmodell die Sklaverei der „Alten Arbeit" wieder notwendig wird (um sich schlichtweg die Gegenstände per Geld aneignen zu können). Bergmann weiß das auch, baut dies in seiner Vision ein, stellt dabei aber den grundlegenden Prozeß auf ideologische Weise dar: „Stellen Sie sich eine Pyramide vor: Unten ist die Selbstarbeit, das ist die Basis. Als zweites stellen Sie sich die Job-Arbeit vor und die Unternehmerarbeit. Also, das Traditionelle wird zu einer Mittelschicht. Das, was wir bisher hatten, hört nicht plötzlich auf, die Neue Arbeit ist nicht einfach etwas ganz Neues, sondern der Job-Arbeit wird etwas angefügt [sic!], nämlich erstens die Selbstarbeit und dann drittens die Zielarbeit (...) das (...) calling."[13]

Je mehr wir den Verästelungen der „New Work"-Vision und -Praxis folgen, desto mehr tritt das Alte, freilich mit neuer Bemäntelung, hervor. Die anvisierte totale Marktgesellschaft, in der jeder sein eigenes Business ist, wird, an verschiedenen Stellen des widersprüchlichen Konzeptes, auf kapitalistische Normalität zurechtgeschnitten. Und in dieser taucht die Job-Arbeit als Zentrum auf, dem andere Formen der Tätigkeit „angefügt" werden; unter der Hand, oder vielleicht sogar ganz offen, wird aus dem „jeder sein eigenes Business" das Lebensprinzip des Kapitalismus, sich „auf einen Block wie ein Sklave" (Bergmann, s.o.) zu stellen, um von einem („New Work"-)Unternehmer für die betriebliche „Sklavenarbeit" (Bergmann) eingekauft zu werden. Die einen sind die Unternehmer, die anderen die Lohnarbeiter, das ist keine neue Vision, das ist Business as usual. Sklavenvernutzende Unternehmer sind dabei nicht nur solche, die nachträglich zum neuen „Arbeitsphilosophen" geworden sind, ebenso die genuinen Produkte von „New Work" verlangt es nach der Möglichkeit, menschliches Sklavenmaterial verwerten zu können: In der Detroiter Eastside ist es das ausdrückliche Ziel der „New Work"-Politik und -Koalition, dereinst die Beschränkung auf Small Business-Gründungen hinter sich zu lassen und große Unternehmen, die viele Sklaven nötig haben werden, zu gründen.

Das Bild von der Pyramide ist von Grund auf falsch. Denn die Selbstarbeit ist nicht die Basis, wenn sie in diesem Modell, wie Bergmann richtig festgestellt hat, der Job- und Unternehmer-Arbeit angefügt ist. Ein adäquateres Bild, so befürchten wir, könnte das eines konzentrischen Kreises sein, bei dem die Sklavenarbeit der Mittelpunkt ist, nach dem die anderen Teile wie Selfproviding und Calling hinstreben. Auf diese Weise würde sich auch erklären lassen, warum die meisten „New Work"-Aktivisten nicht vom Selfproviding, sondern von „Self-sufficiency", also von Unabhängigkeit, Selbständigkeit, sprechen. Der Begriff der Selbständigkeit läßt sich unmittelbar an die terms der freien Marktökonomie assimilieren, und von daher ist das große Ziel der Detroiter „New Worker" nicht mit dem Aufbau von Formen des Selfproviding in der Community verknüpft, vielmehr bekennen sie, daß es ihnen im wesentlichen um den Aufbau von Self-sufficiency mittels einer starken lokalen Unternehmer-Ökonomie geht. In Deutschland gibt es seit knapp einem Jahrzehnt einen Ausdruck dafür: Standortpolitik.

Das eine ist also, daß für den großen Teil der „neu arbeitenden Klasse" – im Unterschied zu Bergmann – Produktion für den eigenen Bedarf nicht zählt. Gezählt werden vielmehr die marktbezogenen Möglichkeiten, mit den eigenen Ressourcen und eigenen Produkten im verschärften allgemeinen Wettbewerb sich und den eigenen Betrieb am Leben zu erhalten. Für einen kanadischen „New Work"-Mentor und Unternehmer, wohnhaft in einer berückenden Landschaft, bedeutet Selbstversorgung, daß er neuerdings seine Garage für Urlauber vermietet. Selfproviding und warenförmige Reproduktion sollen zusammengeführt werden, wo es nur geht. Dies war bei den „New Work"-Projekten in Vancouver so; aus dem staatlich finanzierten Umgang mit Biocontainern sollte ein Geschäft werden, die drastische Reduzierung der eigenen Lebenshaltungskosten durch die eigene Bioproduktion war dementgegen realiter und unter dem Strich kein Thema. Und es ist nicht anders bei Bergmanns Vorzeigebeispiel von „High-Tech Selfproviding", bei dem ein Mitarbeiter einer Kirche an einem heiligen (oder besser: entweihten) Ort via Internet-Recherche Warenkonsumenten berät, wo sie am günstigsten ihr auf dem Markt erworbenes Geld wieder auf dem Markt anlegen können. Daß Bergmann in einem Atemzug „das Aneignen, das Einkaufen"[14] sagt, zeigt, wie wenig genuine Reproduktionsformen jenseits der Akte des Kaufens und Verkaufens für möglich gehalten werden und wie sehr diese im „New Work"-Konzept (noch) auf die Bereiche beschränkt bleiben, in denen sie unvermeidlich sind.

Das andere ist, daß außerhalb der programmatischen Erklärungen wirkliche Selbstversorgung bei der derzeitigen Verfaßtheit der „New Work"-Bewegung so gut wie keine oder zumindest eine äußerst nachrangige Rolle spielt. Der Umfang tatsächlicher Eigenarbeit ist in der Regel weit, wir möchten meinen Lichtjahre, von dem entfernt, was Bergmann als sein Konzept bezeichnet, nämlich die Bestreitung eines Drittels der Lebenstätigkeit. Es ist nicht untypisch, daß bei Teilnehmern von „New Work"-Projekten das Selfproviding privat betrieben wird und mehr oder minder die Gestalt eines Hobby-Agrarwesens annimmt. Genausowenig untypisch: Bei einem Zweig eines sehr großen US-amerikanischen Nonprofit-Unternehmens, dieser Zweig arbeitet mit über 300 Leuten, nimmt die Integration des Konzeptes Selfproviding – mangels anderer Möglichkeiten – Ausmaße an, die auch auf dem Balkon eines ökologisch orientierten Ein-Personen- oder WG-Haushaltes zu besichtigen wären.

Einen Bereich der Eigenarbeit gab es im Kapitalismus schon immer; da er nicht die Basisoperation der Gesellschaft darstellt, wird er informeller Sektor genannt. Seine Funktion war und ist die Bereitstellung von Vor- und Komplementärleistungen für den Verwertungsprozeß von Sklavenarbeit (wir bleiben bei der Bergmannschen Terminologie, sie gefällt uns in diesem Fall). Wir können nicht erkennen, wieso sich mit „New Work" dadurch etwas ändern soll, wieso das „High-Tech-Selfproviding", sollte sich das „New Work"-Gesellschaftsmodell in seinem gegenwärtigen Zuschnitt durchsetzen, die gesellschaftliche Basistätigkeit werden sollte.

Vorzuwerfen ist der „New Work"-Philosophie nicht, daß sie noch nicht in großem Umfang neue Reproduktionsformen, Reproduktionsformen im Ansatz jenseits des Kapitalismus, geschaffen hat. Das wäre der zweite

Fortsetzung Seite 64

Aristoteles und der Begriff des menschlichen Handelns

Clemens STEPINA

Der Begriff der Praxis ist bei Aristoteles ein geschichtlich gewachsener. In einer seiner ersten Formen scheint er als kosmologisch-biologische Bedeutung auf, die in zwei Kategorien gefaßt ist: Bewegung im allgemeinen Sinne und Lebensvollzug bei Pflanzen, Tieren und Menschen.[1]

In den sozialphilosophischen Quellen wird diese Polarität auf das menschliche Handeln selbst übertragen: Praxis nennt Aristoteles einerseits das ethische Handeln. Davon zu unterscheiden ist die Poiesis, das bloße Machen und Herstellen. Die formalen Bewertungen des Tuns an sich als einerseits sittliches Handeln, andererseits unsittliches Hervorbringen haben sozialen und klassenspezifischen Charakter und sind somit im Kontext der antiken Gesellschaftsformation zu bewerten:[2] In der *Politik* wie in der *Nikomachischen Ethik* wird das menschliche Handeln in Herren*praxis*, in selbstzweckliches Handeln und sklavische *Poiesis*, in fremdzweckliches Herstellen differenziert.[3] Dabei drückt der Begriff der Praxis einen Zustand aus, der mehr Muße, höchster Lebensgenuß und Glückseligkeit (Eudaimonia) ist, als Handeln selbst. Mit dem Begriff der Poiesis hingegen ist ein unmenschliches Arbeiten gemeint, das einem zum Tier in Menschengestalt macht: Jemand, der unter die Knute der körperlichen Arbeit gerät, ist für Aristoteles kein Mensch mehr, sondern ein Werkzeug oder ein Tier.[4] Diese Bestimmungen sind aus einer Naturphilosophie ableitet, die die Kategorie der Natur aus einem ideologischen Kultur- und Staatsbegriff gewinnt: Aristoteles versteht den Menschen als ein Wesen, das sich seiner Natur gemäß entweder als Herrschender oder Beherrschter nur im sozialen Verbund der idealen Polis entwickeln kann. Die wirtschaftlichen Ausbeutungsverhältnisse der sich auflösenden attischen Polis versucht er als sozial gerechte Verhältnisse zu schildern, da sie der (menschlichen) Natur entsprächen.

Das läßt den Schluß zu, daß Aristoteles als ein vom athenischen Bürgertum ausgehaltener Philosoph dieses und ihr Handeln als gut und gerecht zu legitimieren, hingegen das ‚bloß' produktive Herstellen als abscheuliche und tierische Sklavenarbeit zu denunzieren hatte. Die von ihm entwickelte Sozialethik ist eine Ethik der auf Privateigentum basierenden Polis; eine Lehranweisung ‚sittlichen' Verhaltens für wohlhabende Bürger, die den Eigennutz und die Ausbeutung zur Grundlage des Handelns hat. Sie beschränkt sich aber nicht auf diese Lehranweisung, sondern versucht sie auf der ideologischen Basis von Kunst zu rechtfertigen: Deshalb nimmt, neben den schon angeführten Quellen wie darüber hinaus in der *Poetik* im speziellen, die Kunst im Sinne der legitimatorischen Nachahmung von Herrenpraxis einen besonderen Platz als ein ästhetisches Schöpfen ein, das als Mimesis von Herrenpraxis – im Medium der Tragödie vor allem – zu verstehen ist.[5]

Geistige und körperliche Tätigkeit: Praxis und Poiesis

Die Aristotelische Sozialphilosophie ist dem Ursprung nach eine Naturphilosophie: Der Mensch ist Teil der Natur. Indem er ihre Abläufe untersucht, gelingt es ihm, über seine eigene Natur Vernunftgründe aufzustellen. Aristoteles nennt die Vollzüge in der Natur das wirkende Natursein oder Physis, die Vollzüge in der menschlichen Natur Praxis. Physis und Praxis haben ein- und dieselbe Grundstruktur, wobei erstere letzterer vorgeordnet ist.[6] In zu unterscheidender Einheit sind die Vollzüge in der Natur von denen des Menschen zu trennen. Zwar ist das menschliche Handeln notwendige Widerspiegelung der Naturabläufe, doch geht es darüber hinaus: Die Natur treibt aus sich heraus nur Natürliches. Sie ist dem von Menschen gesetzten Ziel ihrer Vervollkommnung als Kultur blind gegenüber. Das von Menschenhand Gefertigte ist Ergänzung der Natur: Kultur. Sie stellt eine wirklich gewordene zweite Natur dar. Die Kultur ist das Ergebnis der Zielgerichtetheit davon, was das Mängelwesen Mensch sich erschaffen muß, um in der Natur zu überleben.[7]

Aristoteles rechnet allerdings diese Kulturarbeit weniger der materialen Naturzurichtung (Poiesis) als der Praxis menschlicher Geistesnatur zu. Das ist deshalb möglich, da er Kultur mit Staat (Polis) gleichsetzt; und in der Polis sind bekanntlich nur die Bürger und ihr ethisches Handeln beheimatet, nicht aber die Sklaven mit ihrem rohen Naturabbau.[8] Die geistig-praktische Tätigkeit (Prattein) der Bürger wird als ein dem äußeren Zwang enthobenes und somit selbstzweckliches Handeln, ferner als das handelnde Am-Werke-Sein (Energeia) verstanden. Obwohl es im engeren Sinne ein ökonomisches und (macht)politsches Handeln ist, firmiert es bei Aristoteles im Bereich des ethischen Handelns: Es ist ein Tun, das im wirtschaftlichen und politischen Tätigsein selbst einen Sinn, und somit die in der Polis verpflichtende sittliche Gesinnung (Ethos): die Autarkie des Staates anzustreben wie abzusichern, findet.[9] Diesem Tun wird die körperlich-produktive Tätigkeit (Poiein), das fremdzweckliche Herstellen oder Hervorbringen als Ziel (Telos) des bloßen Verrichtungswerks (Ergon) gegenübergestellt.[10] Das eigentliche Handeln also ist die Praxis als gemäß der Physis wahrer Seinsvollzug des menschlichen Daseins. Es ist dann ein „gelungenes Handeln", wenn es das „gute Leben"[11] in der Polis bewirkt. Poiesis hingegen ist als materielle Produktion bestimmt; ihr Telos ist die Zurichtung der Natur als Rohmaterial für das ökonomische (Warentausch) und politische (symbolische Waren wie Macht) Handeln als die eigentlichen Kulturakte der Polisträger.[12]

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß Aristoteles in bezug auf den Begriff des menschlichen Handelns ein doppeltes Spiel treibt: Im Tätigkeitsbegriff an sich wird eine Differenzierung in Poiesis und Praxis, körperlich-pro-

duktive und geistig-praktische Verrichtung vorgenommen. Er führt diese Unterteilung anthropologisch in der Figur von Herr und Knecht näher aus; freilich nicht ohne sie hinter der sozialen Folie seines Polisideals zu lesen: So wie in jedem Menschen das Selbst nur in Regentschaft der herrisch-selbstdisziplinierenden Vernunft (Nous) über den sklavisch-fremdbegehrenden Trieb (Orexis) sich setzen kann, so abbildlich als Sozialgefüge das abstrahierte Selbst aller Menschen, die substantielle Polis als selbstaufstufendes Ziel der akzidentiellen Hausgemeinschaft (Oikos), durch die Herrschaft des Nousträgers (Herr) über den Orexisträger (Sklave). Dieses Beziehungsverhältnis wird, da es von einem ideologischen Naturbegriff und nicht von tatsächlichen Ausbeutungsverhältnissen entwickelt wird, ausdrücklich als gerecht und naturgegeben deklariert.[13]

Die Argumentation des Aristoteles trägt hier offen den Charakter eines schlechten Zirkelschlusses: Das Verständnis von Poiesis und Praxis, von Orexis und Nous, von Sklave und Herr wird von einem Naturbegriff abgeleitet, der durch sein Kultur- und Polisideal vordefiniert ist. Die Natur ist quasi nur dazu da, um von den Sklaven zu höheren geistigen Kulturzwecken der Polisträger zubereitet zu werden. Da aber dieses Hervorbringen (Poiesis) nicht seinen Zweck in sich hat, sondern allein für die Selbstzwecke der Herren erarbeitet wird, können die Sklaven auch nicht Teil der Polis sein. Die Behauptung, daß die soziale Ordnung der Naturordnung nachgebildet sei, kann daher nur die Behauptung eines Philosophen sein, der selbst der Herrscher- und Ausbeuterklasse angehört.[14] Der Herr wird als Handlungsbevollmächtigter zur Zeugung des symbolischen Kulturakts begriffen. Seine soziale Praxis als Ausbeutungsverhältnis setzt sich durch den Sklaven, der als ein Werkzeug, als ein Produktionsmittel verstanden wird.[15]

Die Denunziationsstrategie in der aristotelischen Theorie um den Tätigkeitsbegriff ist an einer Polislehre aufgehängt, welche die herrschende Klasse wie das von ihr gesetzte Recht als Legitimation der existierenden, auf Klassenungleichheit basierenden Gesellschaftsordnung verteidigt. Teil dieser Verteidigung der ‚angestammten' Rechte der herrschenden Klasse ist es, nicht nur körperliche Arbeit aus dem Bereich höherer praktischer Tätigkeit auszuschließen, sondern auch durch diesen Ausschluß die Früchte des Herstellens und Machens als bloßen Bestandteil des Bodens zu sehen: Was der ‚minderfähige' Mensch als Poiesisträger in unmittelbar triebhafter Naturbezwingung an tränenreichem Werk herauswindet, geht im pathetischen Vorschein objektiv-naturgesetzlicher Produktionsverhältnisse als schon gefertigtes, nun zum Werden selbst sich stiftendes Kulturmaterial des Praxisträgers ein.[16] Indem Poiesis verdinglichend selbst zum Produkt des Arbeitsprozesses geworden ist, erscheint die ökonomische und politische Praxis des Bürgers als die alleinige Handlungsebene, die zur Stiftung kultureller Werte in der Polis befähigt und vorhanden ist. Der Sklave wie seine Poiesis wird gar nicht als Basis und Vorbedingung von Kultur gesehen, sondern er wie seine Arbeit wird als Teil der unbändigen Natur betrachtet, die es durch das ökonomische und politische Handeln zu bändigen, das heißt zu Münze und Staat zu machen gelte.

Schwarze Taxifahrerin, Paris 1929.

Aristoteles mit seiner ‚von Natur gegebenen' Polistheorie ist das ideologische Sprachrohr der Bürger und der Herrschenden in der Polis. Da das ethische Handeln bei ihm die Autarkie der Polis bedeutet, ist alles Handeln, welches diese Autarkie begründet und fördert, ein ethisches und somit ein in sich selbstzweckliches: Wirtschaften und Machtpolitik sind für ihn die ‚ethischen' Garanten eines autarken Staats. Dabei übersieht er aber, daß um wirtschaftliche und politische Ziele zu erreichen, Handlungsstrategien angewandt werden müssen, die außerhalb des ethischen Handelns selbst liegen: Ein auf wirtschaftlichen Tauschbeziehungen zwischen Privateigentümern (Bürgern) basierendes System politischen Handelns, das auf der einen Seite die allgemeine Freiheit und Gleichheit der Bürger postuliert, setzt andererseits notwendig Unfreiheit und Rechtlosigkeit im Medium der Ausbeutung der Sklavenarbeit durch die Herrschenden voraus. Die Sicherung der autarken Polis kann nicht als das Resultat einer friedlichen Aneignung der Natur und eines gewaltlosen Austausches von Arbeitsprodukten verstanden werden. Staatliche Autarkie kann sich nur durch ökonomische und politische Handlungsweisen so konstituieren, indem sie den Armen, den Rechtlosen, den Nichteigentümer – also den Sklaven hervorbringt.

Ästhetisches Handeln als Vermittlung von Poiesis und Praxis

Neben den bisher angeführten und voneinander divergierenden Formen menschlichen Handelns: fremdzweckliche Poiesis und selbstzweckliche Praxis spricht Aristoteles noch von ästhetischer Tätigkeit, die er als deren Vermittlung sieht.[17] Künstlerisches Handeln ist, da es eines Ursprungs mit dem Hervorbringen und dem Handwerken ist, dem Begriff der materialen Poiesis verwandt. Nach aristotelischer Auffassung ist herstellendes Tun (Poiesis) aber dem praktischen Handeln (Praxis) strikt untergeordnet und nimmt als bloßer Sklavendienst den untersten so-

zialen Rang in der Polis ein. Kunstausübung und (Kunst-)Handwerk werden deshalb zwar ihrer Wurzel nach als Hervorbringung verstanden; als eine solcher Art aber, die ein durch Wissen (Techne) geleitetes Tun darstellt.[18] Sie ist damit der rohen und ursprünglichen Poiesis, der Sklavenarbeit überlegen, da diese nur Anweisungen und Befehle entgegenzunehmen wie auszuführen vermag: Der Sklave ist dem Künstler ein Werkzeug des Tuns, da seine unselbständige Arbeit schon vorausgesetzt wird.

Das verbindet ästhetische Poiesis mit der Praxis ethischen Handelns: So wie der Bürger sich der Sklavenarbeit bemächtigt, um durch sein wirtschaftliches und politisches Handeln dem Ethos des autarken Staates gerecht werden zu können, hat der Künstler die Aufgabe, durch sein Handeln dieses Ausbeutungsverhältnis ästhetisch zu legitimieren. Was die Herrschenden an Ausbeutungsverhältnisse als unverrückbare Naturzustände und höchstes Ethos in der Polis durch ihr wirtschaftliches und politisches Handeln proklamieren, haben die Künstler im schönen Schein der Kunst zu verfestigen, nachzulegitimieren.[19] Damit ist der Künstler einem doppelten Zangendruck von oben ausgeliefert: Solange er als Staats- und Hofkünstler in seinem Kunstwerk nur das blind reproduzieren darf, was der Propaganda und Legitimation der Polis zuträglich ist, kann sein Schaffen nicht als originär begriffen werden. Damit es aber in seiner Unoriginalität nicht zur bloßen Handwerkskunst oder gar zum Sklavendienst herabsinkt, muß es die Herrschaftspraxis nachahmen. Im ästhetischen Handeln findet also die erpreßte Versöhnung von Poiesis als wissensgeleitete Hervorbringung (Techne) und Praxis als Mimesis von Herrenpraxis statt. Deshalb wird bei Aristoteles Kunsthervorbringung als ‚selbstzwecklicheʻ Poiesis verstanden, die im scharfen Kontrast zur fremdzwecklichen, sich bloß reproduzierenden Sklavenarbeit wie im tendentiellen Unterschied zur bloßen Urbildnachfertigung der Handwerksfertigkeit steht.[20]

Künstlerisches Schaffen ist somit die höchstmögliche Poiesisform, aber auch die niedrigste Praxis: Einerseits ist das Kunstwerk, allein besehen seelenloses érgon, da es, wie die Erzeugnisse des Handwerkers und Sklavens, verformte Materie ist.[21] Jedoch erschließt sich gerade über das Werk der Prozeß seiner eigenen Teleologie, die énergeia, welche über den Prozeß mit dem Werk hinausgeht und die eigentliche Lebenstätigkeit entbirgt: Die Freundschaft, die Liebe zum Leben; welche allerdings nicht dem Künstler zugestanden wird, sondern dem Auftraggeber des Kunstwerks.[22] Denn nur unter den Direktiven der ökonomischen und politischen Handlungsebene der Bürger ist Kunst geduldet. Mit anderen Worten: Kunst wird nur dann als Kunst akzeptiert, wenn es zur Propaganda der Herrschenden, der Bürger in der Polis taugt. Nach Aristoteles ist der Wille des Mäzens die eigentliche Kunstform, und nicht das Kunstwerk selbst.[23] Der Künstler ist also auch nur eine Form von Sklave, wobei ihm – da er eine gefinkeltere Wissensschau als der Sklave und der Handwerker um den technisch-künstlerischen Formungswilllen besitzt – nicht bloße Reproduktion zum Selbsterhalt wie Fremderhalt der Bürger und Herrscher aufgehalst wird, sondern Legitimation der Herrenpraxis zugestanden wird. Diesen Propagandadienst, diese Legitimation von politischer und ökonomischer (Ausbeutungs-)Praxis nennt Aristoteles Filia, Freundschaftsdienst.[24]

Eine Hand wäscht die andere: Der Bürger und Herrscher sorgt dafür, daß der Künstler nicht das Schicksal seiner recht- und ehrlosen Poiesisgenossen, der Sklaven und Handwerker teilen muß. Dafür muß der Künstler die Ausbeutung dieser Recht- und Ehrlosen legitimieren. Indem er seine eigentlichen poietischen Wurzeln zugunsten von Herrendienst verleugnet, erscheint zwar sein Handeln auch als Praxis, nur hat es nichts mehr mit der Freiheit der Kunst zu tun: Genauso wie der Bürger in seiner ökonomischen und politischen Praxis, beutet er die Unterschicht der Sklaven und Handwerker aus. Der Künstler ist der Herrscherklasse nichts anderes als ein Legitimationsinstrument der eigenen Macht. Der ästhetischen Poiesis kommt die Aufgabe zu, die Praxisvollzüge der Herrenklasse nachahmend-affirmativ zu schildern.[25] Als solche ist sie knutenhafte Mimesis. Wenn Aristoteles das Wort gibt: „die Kunst ahmt die Natur nach“,[26] so hat doch Mimesis bei ihm wahrlich mehr an Begriffsdynamik inne, als bloße Ergänzung der von Naturheit an in die Welt geworfenen Selbstfertigung zu sein.

Nicht durch die Nachahmung der Natur, sondern in Wahrheit durch die Nachahmung der Herrenkultur als zweite Natur erblickt das Kunstwerk das Licht der Welt: Der Begriff Mimesis darf nicht als bloßer Allgemeinplatz im ästhetischen Bereich von Darstellung verstanden werden,[27] sondern muß auf die Genesis ihres sozioökonomischen Beweggrundes zurückgeführt werden. Wenn das gelingt, dann kann auch eine Teilrehabilitierung des Begriffs ästhetischer Poiesis erreicht werden, indem sie – wie bei Lukács und Adorno – nach dem Entstehungs- und Zerfallsstadium der Polis klassifiziert wird:[28] Im Entstehungsstadium der archaischen Polis ist weder die Natur noch der sich an ihr körperlich abarbeitende Mensch mit einem Fluch belegt und die agrarische Produktion erscheint nicht als Strafe der Götter.[29] Um das unbezwingbare Ganze der Natur durch die Poiesis im gestalterischen Gemeineigentum in Teilen zu begreifen, hat der Mensch in den ersten Zeiten der Polis sein Wesen an der konkreten Abarbeitung der Natur durch „Rhythmus und Harmonie“[30] der Arbeit erfahren.[31] Die an der Naturbezwingung sich manifestierende Arbeitswirklichkeit wird in ihren periodisch statuierten Abfolgen und Verrichtungen zu einer wahren ästhetischen Praxis als Nachahmung von poietischer Handhabe versinnbildlicht: Im Mysterienkult werden die hinter dem Naturobjekt steckenden wahrhaftigen Objekte der Begierde, die eudaimonisch-naturgöttlichen Manifestationen des kosmologischen Prinzips, durch abstrahierende Gebärden rituell nachvollzogen. Der konkrete Arbeitsvollzug als Subjektsetzung wird im Ritus (Dromenon) durch die Objekterfahrung orgiastisch nachgeahmt. In dieser magisch-primitiven Nachahmung ist allerdings schon die Effektivität wie Ineffektivität der authentischen Reinigung (poietische Katharsis) bekundet: Die Natur wird in der ästhetischen ‚Poiesis-Praxisʻ höchstens als materiales Vorverhältnis von Kultur widergespiegelt; eine tatsächliche Mimesis des geistigen Verhältnisses zur Natur als Kulturstiftung ist ihr aber widersagt.[32]

Da die archaische Poiesis im Ritus nicht über die Magie als Verstehenshorizont des Naturverständnisses und Kulturvorverständnisses hinauskommen kann, fällt sie de facto hinter sich als mythische Verirrung zurück. Die innere, gesellschaftliche Logik produktiver Tätigkeit ist dem Arbeiter im Ritus nur äußerlich, als naturgöttliche Motivation seiner Handlungen gegeben. Der Ritus kann aus diesem Grunde keine exemplarische Darstellung menschlicher Existenz sein, da die ästhetische Poiesis keine eigene selbstverantwortliche Handlung des Men-

schen darstellt, sondern sein Dasein einer magisch überhöhten Natur überantwortet (die ironischerweise die zweite Natur der Herrschenden ist). Deshalb zeigen sich „die rituellen Funktionen (...) als nicht fähig, die Gesellschaft allein zu leiten, und sind kritisierbar als ineffektiv und unwahr. (...) Magie ist unmittelbar praktische Mimesis und als solche durchaus produktionseffektiv. Sie wird ineffektiv mit der Trennung der Magie als Ritus von der Produktion, mit ihrer Verselbständigung, in welcher die Magie Mittel aristokratischer Herrschaft ist."[33]

Damit ist aber schon der Zerfall der Polis, und somit die Travestie von emanzipatorischer Poiesis in die ‚Magie' herrschaftslegitimierender Praxis angesprochen: Im Laufe der sich manifestierenden hochökonomischen Polis, da der Schein des Gemeinwesens sich auf der Basis von Privateigentum abspielen muß, hat sich wahre ästhetische Praxis vom Kult in die selbstreferentielle Praxis der ausbeuterischen Polis zu verkehren. Der Mythos mit seinem naturkultischen Deutungshorizont menschlicher Handlung wird vom Logos und seinem polisrealen Deutungshorizont verdrängt. An die Stelle der göttlich-natürlichen Motivation der Handlung, wie sie der körperlich Arbeitende erfahren hat, tritt ihre ethische Logik des geistigen ‚Arbeiters': der Mensch und seine vernünftige Natur im freien Stand des Bürgers.[34] Der Ritus travestiert zum Theater. Die im Kultus noch vorgefunden gewesene dialektische Einheit von Poiesis und ästhetischer Praxis wird in der wirtschaftlichen Kulturwerdung der Polis mit ihrem Anspruch auf ein naturgegebenes Ausbeutungsverhältnis aufgespalten: Ästhetische Poiesis und Praxis werden nun nicht nur als zwei strukturell verschiedene Tätigkeiten begriffen, sondern einer hierarchischen Beziehung von Mimesis der Herrenpraxis und Herrenpraxis selbst unterworfen.

Geglückte ästhetische Kompensation (praktische Katharsis) als geglücktes Resultat einer Nachahmung von Herrenpraxis meint in diesem Zusammenhang Nachlegitimation von ökonomischer und politischer Tugend- und Handlungsfähigkeit wie von Formen der Unterdrückung und Ausbeutung als Naturverhältnis für den in Herrenideologie schon vorgebildeten Zuschauer. Dieser ist der durch das Ideologieinstitut Tragödie legitimationsbedürftige Bürger.[35] Er lernt nach Aristoteles das im Dargestellten Allgemeine – der Herr herrsche ökonomisch und politisch über den Sklaven – mit dem Besonderen – dem Helden, der ein durchschnittlicher Bürger ist – in seiner Person zusammenzufügen. Die Figur des Helden als die des Bürgers oder „mittleren Mannes"[36] ist die zentrale ästhetische Kategorie in der aristotelischen Tragödienkonzeption: Der Charakter und die Handlungsmotivation des Helden muß dem des Zuschauers ähnlich sein, um seinen erkennenden Mitvollzug zu bewirken, aus dem sich allerdings nicht die affektische Anteilnahme, sondern Kompensation erwirkt.[37] Die Handlungsgrundlage des mittleren Mannes ist ein reines ethisches Tun als Sittlichkeits- und Gerechtigkeitsstreben, das sich durch sein wirtschaftlich-politisches Handeln manifestiert: Durch dieses findet er sein persönliches Glück wie darüber hinaus das an sich seiende ethische, indem die Autarkie des Staates durch eine gut florierende Wirtschaft gestärkt wird. Dieses Glück (Eudaimonia) erleidet aber durch einen Fehlgriff (Hamartia) den Umschwung zum Unglück (Kakodaimonia):[38] Dieser Fehlgriff wird durch die Tragik der sozialen Grundlagen einer in Verblendung sich befindlichen antiken Marktwirtschaft mit ihren Ausbeutungsverhältnissen ausgelöst.[39] Das idealiter dem äußeren Zwang enthobene wirtschaftliche und politische Handeln verfehlt sein eigenes Ziel einer ethischen Form (so die Ursprungsbedeutung von Hamartia) und gehorcht den äußeren Zwängen der antiken Klassengesellschaft: Der Held kann die ideale Polis nicht anders als die wirklich vorhandene Klassengesellschaft deuten. Damit versteht er sich und sein Handeln als das eigentlich Tragische, da die von ihm selbst mitproduzierten Ausbeutungsverhältnisse ihn zu einem Handeln zwingen, das außerhalb seiner Praxis steht. Der emanzipatorische Mythos von der Naturunterwerfung des Poiesisträgers verdreht sich so zu einem Logos der Menschenunterwerfung des Praxisträgers.

Das ist die Dialektik der aristotelischen Tragödienauffassung, die jene der antiken Gesellschaftsformation nur widerspiegeln kann: Die Poiesis ist der Praxis als Mittel zum (Selbst-) Zweck subordiniert. Das Herstellen wird am externen Gesichtspunkt der zweckrationellen Nützlichkeit für das politische und wirtschaftliche Handeln gemessen. Das heißt, nicht die körperliche Arbeit in ihrer Stofflichkeit an sich hat unvollkommene Bewegung (Kinesis), fremdzweckliches Bestreben, sondern die ihr übergestülpte gesellschaftsformative Herrenpraxis macht sie zu dem, was sie sein soll: minderwertige, nicht menschenwürdige Sklavenverrichtung. Es ist nicht zu gewagt, behaupten zu wollen, daß mit der Denunzierung der Poiesis als tierische Arbeit die eigentliche Tierheit der bürgerlichen Praxis verschleiert werden soll: Die Gewalt, die dem Sklaven angetan wird, daß er seine Arbeit als entfremdete, verdinglichte, somit außerzweckliche annimmt, verweist auf die eigentliche Fremdbestimmtheit ökonomischen und politischen Handelns: Um ihre Ziele zu erreichen, die außerhalb des ethischen Handelns liegen, muß man erstens die Bedingung dieses selbst, das tränenreiche Hervorbringen als menschenunwürdig, sowie zweitens den somit erreichten Erfolg wirtschaftlicher und politischer ‚Poiesis' als wahre Praxis an sich klassifizieren.[40] Das künstlerische Schaffen, mustergültig das theatrale Handeln, ist hierfür Legitimations- und Propagandainstrument. ■

Clemens STEPINA ist Philosoph.

Anmerkungen

1 Aristoteles: *De caelo* II, 6, 288 b 33 u. 12, 291 a 22 – b 4. In: ders., *Vom Himmel. Von der Seele. Von der Dichtkunst* [De caelo. De anima. De poetica.]. Hg. v. O. Gigon. Zürich/München 1987 (2).

2 Zeitgenössische Verfechter eines idealistischen Aristoteles-Bildes wie G. Bien sehen allerdings den Zusammenhang zwischen einer formallogischen Beurteilung des Begriffs Praxis und seinem sozialen Charakter nicht als evident an. Cf. ders.: Praxis.[Art.] In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Hrsg. v. J. Ritter und K. Gründer. Basel 1989, Bd. VII, 1284.

3 Aistoteles: *Politik* (Pol.). Hg. v. O. Gigon. Zürich/Stuttgart 1971 (2), VII, 3, 1325 a 32 u. 1326 a 22. Ders.: *Die Nikomachische Ethik* (Nic. Eth.). Hg. v. O. Gigon. München 1972, I, 1, 1094 a 5 ff. u. VI, 2, 1139 b 5 ff.

4 Pol. I, 1254 a 7 u. 16 f. wie VII, 2, 1337 b 5 – 15.

5 *Poetik* (Poet.) 1449 b 23 u. 1450 a 16 f. Entgegen A. Zierl *(Affekte in der Tragödie, Orestie, Oidipus und die Poetik des Aristoteles*, Berlin 1994, bes. 41 ff., 73) ist der Vf. mit H. Flashar (Die Handlungstheorie des Aristoteles, in: *Poetica Zs. f. Sprach- und Literaturwissenschaft,* 8/1976, 336 ff.) der Meinung, daß die Poetik

nicht von den sozialethischen Quellen zu trennen, wie folglich separativ zu interpretieren wäre, sondern in Anbetracht ihres Fragmentcharakters sehr wohl von außen (d. h. von der *Nikomachischen Ethik* wie der *Politik*) belehrt werden muß.

6 Pol. VII, 17, 1332 a 38. u. VII, 15, 1334 b 12 ff.

7 Pol. VII, 17, 1337 a 1 f. u. Nik. Eth. III, 5, 1112.

8 Pol. I, 1, 1252 a sowie VII, 15, 1334 b 15 u. VI, 4 f. Siehe auch Nik. Eth. VI, 5, 1140 b 5 f.: „Das Hervorbringen [*poiein*] hat ein Ziel außerhalb seiner selbst, das Handeln [*prattein*] nicht. Denn das gute Handeln ist selbst ein Ziel [...]."

9 Um das ökonomische Handeln als ein Handeln bestimmen zu können, welches seinen Ethos in sich hat, hat Aristoteles es von der Chrematistiké abgegrenzt, die als widernatürliche Praxis angesehen werden muß (Pol. I, 1256-1258): Das Geldgeschäft dient nicht dazu, um die Autarkie des Staates anzustreben wie abzusichern, sondern um außerzwecklich Reichtum ad infinitum zu produzieren. Im Schein von prakteologischem Handeln für das gute Leben in rechter Staatswirtschaftlichkeit hat der Geldhandel ein zutiefst poietisches Motiv (Poiesis im denunziatorisch-aristotelischen Sinne verstanden): Das Ziel des Handelns liegt außerhalb seiner vor; nicht mehr die Harmonie der rechten und ethischen Ökonomie ist Ziel des Wirtschaftens, sondern der unbegrenzte Zweck der Kapitalakkumulation als soziale Herrschafts- und Ausbeutungspraxis. Alles in allem scheint es überhaupt so, daß Aristoteles das ökonomische, und das von ihm abgeleitete politische Handeln nur in bezug auf seine ideologische Soziallehre als ein ethisches Handeln halten kann; eine historische Analyse hingegen würde aufzeigen, wie völlig haltlos dieser Anspruch ist (cf. M. I. Finley: *Die Sklaverei in der Antike*. Ffm. 1985, pass).

10 Nik. Eth. I, 1, 1094 a ff.

11 Nik. Eth. I, 5, 1098 a 21 f.

12 Nik. Eth. VI, 1140 a 1 ff. Cf. M. Riedel: *Metaphysik und Politik*. Ffm. 1975, 100: „Was die Poiesis in der [...] Auseinandersetzung mit der Natur herstellt, dient [...] dem Gebrauch, welchen die Praxis davon macht."

13 Pol. I, 1254 b – 1255a: „Einige Menschen sind von Natur aus frei und andere sind Sklaven; für die letzteren ist die Sklaverei angemessen und gerecht zugleich. [...] Ein Mensch, der von Natur aus nicht sich selbst gehört, sondern einem anderen, ist von Natur aus ein Sklave. [...] Der Sklave entbehrt jeder Fähigkeit zu denken."

14 Pol. I, 1254 a 29 ff. Cf. K. R. Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Tübingen 1992, II, 7.

15 Pol. I, 1254 a 16 f. sowie III, 1280 a 13 ff.

16 Pol. I, 1318 b 15 ff. sowie 1329 a 25 ff.

17 Poet. 1460 a 7.

18 Zum Begriff der aristotelischen techné siehe C. Castoriadis: *Durchs Labyrinth. Seele, Vernunft, Gesellschaft*. Ffm. 1981, 198 f.

19 Pol. 1254 a 5-8.

20 Pol. 1282 a 3. *Metaphysik* (Met.). *Schriften zur Ersten Philosophie*. Übers. u. hg. v. F. F. Schwarz. Stuttgart 1984, I 981 a 25-981 b.

21 Nic. Eth. I, 1, 1094 a 9.

22 Nic. Eth. IX, 7, 1168 a 6. u. 1168 b 15 ff.

23 Nik. Eth. IX, 1168 a 3 f. Cf. dazu: A. Hauser: *Kunst und Gesellschaft*. München 1988, 184: „Die Antike gleicht den inneren Widerspruch zwischen ihrer Geringschätzung der Arbeit und ihrer Wertschätzung der Kunst durch eine merkwürdige, dem modernen Geniebegriff entgegengesetzte Trennung der Kunstprodukte von der Person des Künstlers aus: sie verehrt die Werke und verachtet ihre Erzeuger."

24 Nik. Eth. IX, 7, 1168 a 19 f. u. b 15 ff.

25 Poet. 1450 a 22.

26 Aristoteles: *Physik* (Phys.). Übers. u. hg. v. H.-G. Zekl. Hamburg, 1985, 193 b.

27 G. Gebauer, C. Wulf: *Mimesis. Kultur-Kunst-Gesellschaft*. Reinbeck b. Hamburg, 1992, 81 ff.

28 In Anbetracht der gebotenen Kürze kann hier nur nach den spezifischen Faktoren der Entwicklung ästhetischer Poiesis von der, der archaischen Polis korrespondierenden, rituellen Form zur, der hochökonomischen Polis korrespondierenden, theatralen Form aufgezeigt werden. Zu diesbezüglich historisch systematischen Arbeiten siehe v. a. den Marxisten G. Thomson: *Aischylos und Athen*, O-Berlin 1957 sowie *Forschungen zur altgriechischen Gesellschaft*, O-Berlin 1968/1974 (2. Bde.).

29 Deswegen kommt es nicht von ungefähr, daß die Wörter „Naturbearbeitung" (i.e.S.: Bearbeitung des Bodens) und „Kultur" etymologisch ein- und dieselbe Wurzel haben. Cf.: H. Römer: Kultur [Art.]. In: G. Klaus, M. Buhr (Hg.), *Philosophisches Wörterbuch*. Westberlin 1987(14), 684 ff.

30 Cf. den geschichtlichen Befund schon vor der *Poetik* bei Platon in dessen Gesetze (*Nomoi*, SW VII, Hamburg 1993), 653 e ff.

31 G. Lukács: *Die Eigenart des Ästhetischen*. Berlin/Weimar 1981, I, 235 ff. Schon vor Lukács versuchte K. Büchner (*Arbeit und Rhythmus*, Leipzig 1924, pass.) die Genese des Ritualverhaltens in der archaischen Polis ebenfalls im Lichte der marxistischen Arbeitstheorie zu fassen. Aus anthropologischer Sicht siehe dazu: P. Stefanek: *Vom Ritual zum Theater. Gesammelte Aufsätze und Rezensionen*. Wien 1992, 202 f.

32 Zu den Bedeutungsformen von Katharsis im Kult siehe L. Moulinier: *Le pur et l'impur dans la pensée des Grecs d'Homère à Aristote*. Paris 1952. Die hier unter Rekurs auf die marxistische Arbeitstheorie eingeführte Unterscheidung zwischen poietischer und praktischer Katharsis (s. weiters den Haupttext zu Anm. 46) findet ihren Analogismus in der anthropologischen Analyse zwischen „ritueller und theatralischer Mimesis, zwischen szenischem Ritual und theatralischer Darstellung" bei Stefanek (*op.cit.*, 225 ff.).

33 Th. W. Adorno: Notizen von einem Gespräch zwischen Th. W. Adorno und A. Sohn-Rethel am 16. 4. 1965. In: A. Sohn-Rethel, *op.cit.*, 224 f.

34 Pol. 1268 b 39.

35 Poet. 1141a 15 u. b 23 ff. sowie 1139 a 34 ff. u. 1149 b 24-27.

36 Poet. 1554 b 8-13 u. 1856 a 19 – 23.

37 Cf. dazu Th. W. Adorno: *Ästhetische Theorie*. Ffm. 1989, 354: „Die Reinigung der Affekte in der Aristotelischen Poetik [...] wahrt sie [scil. die Herrschaftsinteressen, ib.; Vf.] [...], indem sein Ideal von Sublimierung Kunst damit beauftragt, anstelle der leibhaftigen Befriedigung von Instinkten und Bedürfnissen des versierten Publikums den ästhetischen Schein von Ersatzbefriedigung zu instaurieren: Katharsis ist eine Reinigungsaktion gegen die Affekte, einverstanden mit Unterdrückung."

38 Poet. 50 a 2 f., 17 ff. u. Nic. Eth. 5, 1035 b.

39 Cf. dazu: K. Seelig: Zur Theorie des tragischen Charakters. In: R. Rohmer, J. (Hg.), *Beiträge zur Theaterwissenschaft. Theater hier und heute*. Berlin 1968, 197 f.

40 Cf. Pol. 1253 a ff.

Zuckerguß für eine bittere Pille

Zur linken Diskussion um das garantierte Mindesteinkommen

Ernst LOHOFF

Auf der Linken propagiert man seit den achtziger Jahren ein „garantiertes Mindesteinkommen". Es soll, so heißt es, die „Befreiung von falscher Arbeit" einleiten. Der Krisenstaat wird diesen Traum verwirklichen, allerdings ein bißchen anders.

Zeitlebens ist die Linke wesentlich Modernisierungslinke gewesen. Mit ihren Versuchen, das kapitalistische System zu überwinden, hat sie ein ums andere Mal nur dessen vollständigere Herausbildung unfreiwillig mitbefördert. Die Arbeiterbewegung war wild entschlossen, die Herrschaft des Kapitals zu brechen und der Arbeiterklasse ihr Recht zu erkämpfen. Am Ende jahrzehntelanger erbitterter Auseinandersetzungen und hochfliegender revolutionärer Projekte stand indes die Verwandlung der unterständischen proletarischen Massen in gleichberechtigte abstrakte Staatsbürger und ebensolche Kauf- und Verkaufssubjekte warenproduzierender Systeme, deren logische Grundlage (mit einer gewissen Variationsbreite) immer nur der kapitalistische Verwertungsprozeß sein kann. Die 68er-Bewegung wollte alle autoritären Strukturen hinwegfegen und träumte von der freien Entfaltung des Individuums. Sie erschütterte die Macht der Naziväter und der familialen Wohlanständigkeit aber nur, um letztlich einer Gesellschaft den Weg zu bahnen, die nun überhaupt nichts anderes mehr kennt als die inhaltsleere und deswegen absolute Autorität des Geldes. Selbst die enthusiastisch begonnene „Befreiung der Sexualität" leitete lediglich die Unterwerfung auch noch des Körpers unter die Gebote eines warenästhetischen Stylings ein.

Es wäre höchst ungerecht, die Diskrepanz zwischen kapitalismuskritischer Intention und kapitalismuskonformen Resultaten den Emanzipationsbewegungen der Vergangenheit zum Vorwurf zu machen. So wenig die Herausbildung der modernen Waren- und Arbeitsgesellschaft ohne überschießendes revolutionäres Moment und ohne die Umfunktionierung der Gegner kapitalistischer Vergesellschaftung zu deren Avantgarde denkbar gewesen wäre, ebensowenig hatte das kapitalismuskritische Lager in der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten des 20. Jahrhunderts jemals die Wahl, sich dieser seltsamen „List der Geschichte" zu entziehen. Nicht nur, daß die ach so abgeklärten Modernisierer unserer Tage angesichts des einstigen überschießenden revolutionären Moments gern die Nase rümpfen, zeugt von wenig historischem Verständnis; es ist genauso fehl am Platz, wenn die letzten Nachlaßverweser der revolutionären Tradition irgendwelchen verpaßten historischen Chancen nachtrauern.

Solange nämlich das System der abstrakten Arbeit seinen Entwicklungshorizont noch vor sich hatte und in der Lage war, im Prozeß seiner Verallgemeinerung immer größeren Teilen der Weltbevölkerung eine (wenn auch meistens schäbige) Lebensperspektive zu bieten, während zugleich die alten, auf einem jeweils früheren Entwicklungsstand des Systems beharrenden bürgerlichen Schichten erbitterten Widerstand gegen die Verallgemeinerung von „Freiheit, Gleichheit und Staatlichkeit" leisteten, mußte für die linke Opposition die unbedingte Verwirklichung dieser für die Totalisierung der Warengesellschaft unerläßlichen Prinzipien mit dem Begriff von Emanzipation überhaupt verschmelzen. Die sozialistische Umwertung der an sich bürgerlichen Kategorien von Arbeit, Recht und Politik schien völlig ausreichend, um einen Ausweg aus dem kapitalistischen Jammertal zu eröffnen. Die reale Überwindung dieser Kategorien mußte dagegen so gut wie unvorstellbar anmuten und blitzte allenfalls in den lichtesten Momenten gesellschaftskritischer Theorie auf; und auch das nur auf hohem Abstraktionsniveau. Für die praktischen Bewegungen lag eine solche Zielsetzung allemal völlig außerhalb ihrer Reichweite.

Die Zwangsreduktion von Befreiung auf kapitalistische Modernisierung läßt sich weder als „Versagen" der Systemopposition von ehedem, geschweige denn als „Verrat" an ihrer emanzipatorischen Mission interpretieren. Das rechtfertigt allerdings keineswegs, daß Teile der Restlinken heute immer noch mehr oder minder bereitwillig ihren Part im Rahmen kapitalistischer Modernisierung spielen möchten. Von dem zweischneidigen Prozeß der Überwindung überkommener (vormoderner und frühbürgerlicher) Formen von Herrschaft und der Unterwerfung unter die Sachzwanglogik der abstrakten Arbeit ist längst schon einzig und allein das letztere übrig geblieben. Keineswegs zufällig bezeichnet der Begriff „Reform" mittlerweile nicht mehr die Verbesserung, sondern immer nur die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen. Die Arbeitsgesellschaft hat ihren Zenit überschritten; und damit mutiert sie von einer Gesellschaft der Massenintegration zu einer der Massenausgrenzung.

Modernisierung hat unter diesen Umständen im Kern nur noch die Entwicklung möglichst lautloser und kosteneffizienter Selektionsmethoden zum Inhalt. Wer aber Stichworte dafür liefert, wie die Nichtverwertbaren entsorgt und die wachsenden Massen von Geldsubjekten ohne eigenen Zugang zu den Geldkreisläufen preisgünstig stillgelegt werden können, wird nicht nur hinter hochgesteckten emanzipativen Zielen zurückbleiben; das Geschäft, an dem er beteiligt ist, besteht in jeder Hinsicht gerade im Gegenteil von Befreiung.

Die konzeptionelle Zulieferarbeit für die kapitalistische Elendsadministration ist umso unverzeihlicher, als die Unvereinbarkeit kapitalistischer Modernisierung mit einer auch nur irgendwie emanzipatorischen Perspektive im Gegensatz zur Vergangenheit heute für jeden, der Augen hat zu sehen, offen zutage liegt. Die Vorstellung, der kapitalistische Modernisierungsprozeß biete in der Phase von Globalisierung und verschwindender Arbeit neben „Risiken" auch „Chancen" (Ulrich Beck), und es käme nun darauf an, diesen Prozeß weiterhin und neu emanzipatorisch zu besetzten, gründet entweder in bodenloser Naivität oder in abgrundtiefem Zynismus. Den Eman-

zipationsbewegungen der Vergangenheit muß man eins immer zugute halten: in ihrem Fall wurde erst ex post, also für die Nachgeborenen, überhaupt wirklich nachvollziehbar, wie das warengesellschaftliche System sie funktionalisiert hat und warum ihre Systemkritik zu kurz griff. Heute allerdings kann davon beim besten Willen nicht mehr die Rede sein; die Funktionalisierung linker Kritik in den unüberwundenen Systemkategorien wird gleichzeitig und unmittelbar deutlich.

Als ein Musterbeispiel dafür, wie halbgare Gesellschaftskritik heute fleißig an Blaupausen für künftige Formen kapitalistischer Krisenverwaltung mitzeichnet, kann die linke Debatte um ein „garantiertes Mindesteinkommen“ gelten. Sie dokumentiert, wie eine abgerüstete Gesellschaftskritik, indem sie sich aus dem Fundus sozialtechnokratischer Konzepte bedient und diese emanzipativ umzuinterpretieren sucht, mit ihrer Illusionsproduktion an der bürgerlichen Krisentechnokratie mitarbeitet.

Markbündel als Bausteine, preiswerter als Spielzeug, 1923

Die neoliberalen Wurzeln

Eigentlich sollte schon der Ursprung der grandiosen Idee vom „garantierten Mindesteinkommen“ zu denken geben. Eine größere Verbreitung hat das Bürgergeld-Konzept zwar erst gefunden, als es Anfang der achtziger Jahre vom linken Spektrum aufgegriffen wurde; und über diesen Umweg hat es überhaupt eine größere Ausstrahlung gewonnen. Die ersten Überlegungen in diese Richtung kamen aber keineswegs aus der sozialistischen oder alternativen Ecke. Zum geistigen Vater hat das Mindesteinkommen niemand anderen als den berüchtigten Vordenker des Hardcore-Neoliberalismus, den US-Ökonomen Milton Friedman. Bereits seit 1956 macht sich der Monetaristenpapst für eine Art „negative Einkommenssteuer“ stark, die sämtliche anderen Sozialleistungen ersetzen soll.

Friedmans Modell hat durchaus auf seine Weise Hand und Fuß und läßt, was die Zielsetzung angeht, an Deutlichkeit wahrlich nichts zu wünschen übrig. Sein Vorschlag ist auf eine radikale Doppelreduktion von sozialstaatlicher Bürokratie und sozialstaatlichen Leistungen ausgerichtet und paßt damit bestens zum neoliberalen Grundmotto: Wo Staat ist, soll Markt werden. Ein steuerfinanziertes Mindesteinkommen wird als die notwendige Ergänzung zu einem System privater Vorsorge propagiert, das der neoliberalen Dogmatik entsprechend an die Stelle aller bisherigen Sozialversicherungen treten soll. Vom marktradikalen Standpunkt aus gesehen hätte eine solche Neuordnung neben der Minimierung öffentlicher Ausgaben noch den bestechenden Vorteil, den letztlich aussichtslosen Kampf der staatlichen Institutionen gegen den angeblichen „Mißbrauch sozialer Leistungen“ von vornherein gegenstandslos zu machen. Weil das Mindesteinkommen, das jeder Bürger ohne Ansehen der Person und der sozialen Umstände beziehen darf, selbstverständlich nur so bemessen sein soll, daß es bestenfalls eine Ernährung auf Hundefutterbasis und das Kampieren im Bauwagen garantieren würde, bleibt die bedingungslose Arbeitsbereitschaft höchst marktkonform, also ohne allen bürokratischen Aufwand, von vornherein gesichert.

Friedmans Vorstoß blieb erst einmal ein bloßes Planspiel und ohne größere Resonanz. Er paßte nicht in die politisch-ökonomische Landschaft der fordistischen Boomzeit. Die historisch einmaligen Wachstumsraten und die Erschließung zusätzlicher Arbeitskraftreservoirs machten den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme nicht nur möglich, sondern auch unerläßlich. Der kapitalistische Verwertungsprozeß war in seinem historischen Fortgang zunächst auf zusätzliche Menschenmassen angewiesen, die den Verkauf ihrer Arbeitskraft in den Mittelpunkt ihrer Existenz rückten. Diese Massenarbeit konnte aber nur in dem Maße freigesetzt werden, wie die traditionellen Netze familialer Unterstützung durch die Leistungen der Sozialversicherungen ersetzt wurden (man denke in diesem Zusammenhang insbesondere an die Frauenerwerbstätigkeit).

Auch mit dem Ende des Wirtschaftswunders und der Herausbildung einer wachsenden und zyklusübergreifenden Sockelarbeitslosigkeit wuchsen die Chancen für die Verbreitung der Idee vom Mindesteinkommen in der Fassung von Friedman zunächst nicht. Die Krise des Sozialstaats wurde zwar zunehmend diskutiert, eine derart gigantische Enteignungsaktion wie die Einführung eines Existenzgeldes à la Friedman, die sämtliche Ansprüche gegenüber den diversen Sozialversicherungsträgern zur Makulatur machen würde, wagte indes niemand ernsthaft ins Auge zu fassen; und im kontinentalen Europa mit seiner keynesianischen Tradition schon gar nicht. In dieser Situation waren ausgerechnet Teile der Linken bereit, den liegengebliebenen neoliberalen Staffelstab aufzunehmen, indem sie das Mindesteinkommen zum Emanzipationsprojekt umdeuteten.

Arbeit nein danke – Geld ja bitte!

Am Eingang zur Hölle stehen für gewöhnlich halbrichtige Diagnosen sowie überaus freundliche Absichtserklärungen. Auch das klassische linke Plädoyer für die Idee eines Existenzgeldes, wie es seit Beginn der achtziger Jahre immer wieder formuliert wurde, nahm seinen Ausgangspunkt von Überlegungen, gegen die sich zunächst einmal schwerlich etwas einwenden läßt. Den Befürwortern einer sozialen Grundsicherung ist natürlich zuzustimmen, wenn sie die Krise der modernen Arbeitsgesellschaft als einen irreversiblen Prozeß bezeichnen. Mit der mikroelektronischen Revolution ist in der Tat wachsende Arbeitslosigkeit zur Dauerperspektive geworden; und nichts und niemand kann so etwas wie einen Zustand auch nur annähernder Vollbeschäftigung zurückbringen. Ebenso steht außer Frage, daß die Ausrichtung der sozialen Sicherungssysteme auf die Figur des klassischen fordistischen Normalarbeitsverhältnisses in demselben Maße anachronistische Züge annimmt, wie ununterbrochene Erwerbs- und Sozialversicherungsbiographien vom Regel- zum Sonderfall werden.

Erst recht gibt es keinen Grund, die Kritik „an der Ideologie vom segensreichen Charakter der Lohnarbeit" (Thomas Schmid), wie sie sich die linken Existenzgeld-Propagandisten auf die Fahnen geschrieben haben, zu relativieren. Dummerweise gewinnt dieser Angriff auf „das Allerheiligste des Kapitalismus" (Thomas Schmid) aber durch seine Verkopplung mit der Forderung nach dem Mindesteinkommen keineswegs praktische Konturen; er gleitet dadurch vielmehr entweder ins schlecht Utopische ab, oder – schlimmer noch – er schrumpft zu einer Kritik an der Fixierung auf das Normalarbeitsverhältnis innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Damit legitimiert er aber ideologisch nur den Prozeß, der sich sowieso längst unter unseren Augen mit ungeheurer Dynamik vollzieht. Was als „Befreiung von falscher Arbeit" (Thomas Schmid) firmiert, führt dann schnurstracks in eine Gesellschaft, die zunehmend von höchst prekären irregulären Arbeitsformen sowie von unterbeschäftigtem Elend und gleichzeitig von Überausbeutung geprägt wird.

Die linken Adepten haben offenbar den Ehrgeiz, aus einem lupenreinen neoliberalen Planspiel eine Art Trojanisches Pferd zu machen, mit dessen Hilfe sich antikapitalistische Inhalte in die warengesellschaftliche Festung schmuggeln lassen. Sucht man nach den praktischen Unterschieden zwischen den beiden Versionen der Existenzgeld-Idee, so stößt man nur auf ein quantitatives Kriterium: auf die Höhe. Wo Friedman und Co. eine Mindestsicherung angepeilt hatten, die weit unter dem heutigen Sozialhilfeniveau liegen würde, phantasierten sich die linken Fans des Mindesteinkommens ganz andere Beträge zurecht. In der Bundesrepublik kursierte das Konzept Anfang der achtziger Jahre für gewöhnlich als 1500-Mark-Forderung („Radikale" versteigen sich auch schon mal zu „5000 Mark netto für jeden"); und auch in Österreich bewegen sich die Befürworter mit 10.000 Schilling pro Monat und Person ungefähr im gleichen Rahmen. Ob das Existenzgeld eine drei- oder eine fünfstellige Höhe erreichen wird, erscheint dabei als reine Macht- und Durchsetzungsfrage. Geld jedenfalls, so heißt es regelmäßig, wäre allemal „genug da".

Die Möglichkeit einer radikalen Umwälzung der Distributionsverhältnisse ohne Angriff auf das zugrundeliegende Produktionsverhältnis wird von den Befürwortern des Mindesteinkommens im wesentlichen stets auf die gleiche Weise hergeleitet. Autoren wie André Gorz oder Thomas Schmid und ihre diversen Nachplapperer nehmen die enormen Produktivitätsfortschritte der letzten Jahrzehnte zum Ausgangspunkt und unterstellen, mit den wachsenden Güterbergen würden auch entsprechende Wert- und damit Geldmengen anfallen, die nur ihrer gerechten (Um)Verteilung harren. Theoretisch ist eine solche Verwechslung von stofflicher und wertmäßiger Produktion natürlich indiskutabel. Das Kapital wird hier ganz den fetischistischen Vorstellungen der bürgerlichen Vulgärökonomie entsprechend als eine Macht behandelt, die in der gleichen Weise ökonomischen Wert und damit Geld abwirft, wie „ein Birnbaum Birnen trägt" (Marx). Glatt übersehen wird dabei, daß das Kapital, indem es die wertproduktive Arbeit aus dem Produktionsprozeß hinausdrängt, seine eigene ökonomische Substanz eliminiert. Je größer die materielle Gütermenge wird, die durch die mikroelektronische technologische Revolution ausgestoßen werden kann, desto kleiner wird die damit noch darstellbare gesamtgesellschaftliche Wertgröße; ablesbar an struktureller Massenarbeitslosigkeit, Krise der Staatsfinanzen und Entkoppelung des Finanzüberbaus von der Realökonomie.

Genau das ist aber der springende Punkt: Eine Gesellschaft, die nicht mehr auf der ausreichenden Vernutzung lebendiger Arbeit beruht, kann ihren Verkehr auch nicht mehr über das Geld als die allgemeine Darstellungsform abstrakter Arbeit abwickeln. Die Krise der Arbeit ist logisch zugleich Krise der Finanzen und letztlich des Geldmediums überhaupt. Die Hoffnung, „die Besteuerung der automatisierten Produktion" erlaube es, „die abgeschaffte Arbeit ebenso zu vergüten wie die geleistete Arbeit, den Nicht-Arbeiter ebenso wie den Arbeiter" (André Gorz), ist schlicht grotesk. Es wäre nur dann egal, ob Arbeiter für den realen Verkauf ihrer Arbeitskraft Geld erhalten oder ob ohne diesen Verkauf monetäre Spielmarken („Sozial-lohn") verteilt werden, wenn das Funktionieren der kapitalistischen Verwertungmaschinerie tatsächlich, wie unterstellt, „auf der Maximierung des privaten Verbrauchs" (André Gorz) beruhen würde. Dummerweise hat der Verwertungsprozeß aber gar nicht das humane Ziel, möglichst viele mit möglichst vielem zu versorgen. Sein Inhalt ist die Verwandlung lebendiger Arbeit in tote, die Verwertung des Werts als Selbstzweck, und wo dieser absurde Selbstzweck nicht erfüllt wird, hört jede kapitalistische Gebrauchsgüterproduktion sofort auf – auch und gerade, wenn die technologischen Mittel reichlich vorhanden sind. Wie peinlich, daß es nötig ist, solche elementaren A-B-C-Erkenntnisse über das Wesen der kapitalistischen Produktionsweise ins Gedächtnis zu rufen.

Die Sozialdividende – kasinokapitalistischer Egalitarismus

Die theoretische Totalabrüstung allein kann nicht erklären, warum Linke, das ABC der Kritik der politischen Ökonomie vergessend, dem Trugbild einer vollautomatischen Gesamtfabrik, die ebenso vollautomatisch alle Bürger reichlich mit Geld versorgt, nachlaufen. Diese Fata Morgana verdankt ihre Entstehung einer ganz spezifischen historischen Konstellation: Sie ist ein genuines Produkt des Kasinokapitalismus. Zwanzig Jahre lang hat eine ungeheure allgemeine Bewegung von Verschuldungsdynamik und andererseits des „Sich-reich-Rechnens" die basale Krise der Verwertung ganz und die der Arbeit partiell überspielt. Mit den scheinbar ins Grenzen-

lose wachsenden Aktienkursen ist eine neuartige hochprekäre Form von Kapitalismus entstanden, in der eine fiktive (rein finanzkapitalistische) Verwertung von Geldkapital die erlahmende Realakkumulation als Motor der Ökonomie scheinbar ersetzt hat.

An die Stelle der Vernutzung von gegenwärtiger Arbeitskraft ist zusehends der Vorgriff auf die Wertschöpfung künftiger Arbeit getreten – Arbeit, die realiter nie geleistet werden wird, weil Rationalisierung und Automatisierung schon jetzt an ihre Stelle getreten sind. Selbstredend führt sich dieses Spiel auf Dauer ad absurdum. Solange indes die spekulative Pseudokonjunktur noch trägt (inzwischen freilich schon von schweren Kriseneinbrüchen des abgekoppelten „fiktiven Kapitals" begleitet), erscheint die verrückte Verkehrung des expandierenden Finanzüberbaus zur Wachstumsbasis zunächst einmal als Emanzipation des warengesellschaftlichen Reichtums von der abstrakten Arbeit. Die linke Forderung nach einem Mindesteinkommen gewinnt vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Verkehrung in der kapitalistischen Systemstruktur eine gewisse Logik. Sie ist im Kern nichts anderes als die Forderung nach demokratisch-politischer Teilhabe am berüchtigten Shareholder Value. All diejenigen, die von der Verwertungsmaschine als nichtverwertbar ausgespuckt werden, sollen nun als Staatsbürger und Gesellschafts-Aktionäre in spe an den Früchten der kasinokapitalistischen Dynamik mitknabbern dürfen.

Vor diesem Hintergrund des Kasinokapitalismus wird begreiflich, warum Linke sich in eine so haltlose Forderung wie die nach einer „Sozialdividende" – auch unter diesem schon ziemlich eindeutigen Titel firmiert das Existenzgeld bei etlichen seiner Vertreter bezeichnenderweise – verrennen können. Die ganze Zielsetzung wird dadurch aber weder realistischer noch gewinnt sie sympathischere Züge. In der Forderung nach dem Mindesteinkommen schwingt ein Moment mit, das mit Emanzipation überhaupt nichts zu tun hat: die abgeschmackte Utopie einer Gesellschaft, in der das menschliche Arbeitstier nur verschwindet, damit dessen alter ego, der passive Konsumidiot, als „Gesellschaftsaktionär" fröhliche Urständ feiert.

Der Abschied vom arbeitsstolzen lohnabhängigen Proletariat via Mindesteinkommen zielt nicht auf eine Aufhebung des kapitalistischen historischen Enteignungsprozesses. Daß alle produktiven gesellschaftlichen Potenzen beim Kapital liegen und den Menschen als fremde Macht gegenübertreten, ist im Existenzgeld-Konzept stillschweigend vorausgesetzt und akzeptiert. Diese Forderung fügt sich von daher bestens zu einer Lebenshaltung, die fatal an ein antikes Vorbild erinnert, nämlich an das Proletariat der römischen Kaiserzeit. Wie unter der Herrschaft von Caligula, Nero und Co. die imperiale Macht Roms ihren überflüssigen Bürgern Brot und Spiele gesichert hat, so wäre diesmal die Position des eigenen Wirtschaftsstandorts als Weltmarktgewinner in der gnadenlosen Konkurrenzschlacht die (ebenfalls stillschweigende) Voraussetzung, unter der die Sozialdividenden-Bezieher ihrer fröhlichen Existenz frönen könnten.

Bürgergeld für Bürgerarbeit

Nicht alle linken Anhänger des Existenzgeldes gehören der „Kaviar-für-alle-Fraktion" an (für alle Mitglieder einer vermeintlichen Siegergesellschaft des Weltmarkts, versteht sich) und propagieren das Existenzgeld, um ihren Traum vom dolce vita zu verwirklichen. Außer Leuten, deren einzige Kritik am herrschenden Warenhedonismus darin besteht, an dessen Segnungen nicht ausreichend partizipieren zu dürfen, haben von Anfang an auch Teile der ehemaligen Alternativbewegung am Mindesteinkommen Gefallen gefunden. Diese Unterströmung will das Bürgergeld als Instrument zur Aufwertung „alternativer Arbeitsformen" jenseits regulärer Lohnabhängigkeit nutzen.

Das Konzept wird dementsprechend von ihnen nicht als das Recht auf Bezahlung für die Nichtarbeit der kapitalistisch Überflüssigen verstanden, sondern zu einem „Soziallohn" geadelt, durch den all die Tätigkeiten endlich eine soziale Anerkennung erfahren könnten, die für die Reproduktion dieser Gesellschaft zwar ebenso wichtig sind wie die Lohnarbeit, im Gegensatz zu dieser jedoch von der herrschenden Marktlogik ausgeblendet werden. Dazu zählen neben der (weiblichen) Hausarbeit alle anderen Formen „marktunabhängiger" Eigenarbeit sowie jedes freiwillige soziale Engagement. Das Mindesteinkommen hätte dabei die beiden Abteilungen der angepeilten dualwirtschaftlichen Ordnung miteinander zu verklammern: Die bisher informellen Sektoren, die als Hort von Selbstbestimmung und Autonomie mißverstanden werden, sollen Eingang in den „Gesellschaftsvertrag" finden und künftig ein „autonomes" Gegengewicht zu der auf Profitproduktion ausgerichteten „heteronomen" Abteilung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion bilden.

Als Emanzipationskonzept taugt diese Vorstellung erst recht nichts. Keine Frau kann nur ein bißchen schwanger sein, keine Gesellschaft kann zugleich die versachlichte Gewalt von Markt und Profit anerkennen und sich daneben einen Bereich autonomen Wirtschaftens auf Geldbasis halten, der mehr wäre als ein Elends- und Abfallprodukt der herrschenden Wertverwertung. Das Kapital ist eine imperiale Macht, die nichts Autonomes neben sich duldet und alles, was sich der unmittelbaren ökonomischen Annektion sperrt, nur als Schattenreich zuläßt. Daß die Warengesellschaft Hausarbeit, Nachbarschaftshilfe und jedes nichtprofessionelle Engagement zu etwas Marginalem herabsetzt, ist dem Strukturprinzip dieser Gesellschaft geschuldet und keineswegs bloß Folge der herrschenden Lohnarbeitsideologie. Selbstbestimmung kann es nur gegen die kapitalistische Enteignungslogik geben, nicht friedlich neben ihr. Schon die Selbstverständlichkeit, mit der an Papa Staat appelliert wird, er möge durch Daueralimentierung das Überleben des selbstbestimmten Sektors sicherstellen, spricht Bände darüber, wie wenig ernst dieser Selbstbestimmungsgestus zu nehmen ist.

In der Alternativbewegung war das Aufgreifen der Idee vom Mindesteinkommen denn auch bereits ein Verfallssymptom. Diese Diskussion blühte seit den frühen achtziger Jahren nur in dem Maße auf, wie diese Strömung sich erschöpft hatte und das Konzept der alternativen Warenproduktion keine selbsttragende Kraft mehr besaß, sondern dabei war, sich in Bankrott einerseits und kapitalistische „Professionalisierung" andererseits aufzulösen. In dieser Situation schien sich die Rückkehr an die keynesianische Mutterbrust via Bürgergeld-Finanzierung der absaufenden Alternativprojekte als letzter Hoffnungsanker anzubieten.

Die Befreiung von falscher Arbeit als Zwangsarbeit

Die alternativ-arbeitsideologische Version des Mindesteinkommens läuft von einem gesellschaftskritischen Standpunkt aus gesehen nicht weniger auf Totalabrüstung und Kapitulation

hinaus als die hedonistische Version. Das macht sie indes keineswegs zwangsläufig bloß irrelevant. Im Gegenteil, gerade dort, wo die Existenzgeldbefürworter sich an den Staat wenden und den etatistischen Apparaten einen „Soziallohn“ als Mittel der Minimierung sozialer Kosten nahezubringen versuchen, kann sich ihre Debatte gleich in zwei große gesellschaftliche Entwicklungstrends einfügen und gewinnt damit durchaus eine (allerdings negative) Bedeutung. Zum einen wird dadurch ideologisch einer neuen Art von Arbeitssimulation der Boden bereitet, zum anderen Flankenschutz geleistet für den bevorstehenden Großangriff auf die bislang geltenden sozialen Mindeststandards.

Preiswerter als Tapete, Deutschland 1923

Der erste Gesichtspunkt erschließt sich unschwer. Wenn reguläre Arbeitsplätze zum knappen Gut werden und Massenarbeitslosigkeit zum Dauerzustand, steht die Politik als Instanz zur Aufrechterhaltung des arbeitsgesellschaftlichen Irrsinns vor der Wahl, entweder die Betroffenen als sozialen Bodensatz abzuschreiben oder die Abrichtung auf die nie mehr kommende Arbeit trotzdem als das Gut aller Güter selber mit etatistischen Mitteln in die Hand zu nehmen. Gerade die neuen „Linksregierungen“ in Europa zeigen sich zumindest fürs erste entschlossen, den zweiten Weg einzuschlagen. Vor allem ideologisch, teilweise aber auch praktisch räumen sie zu diesem Zweck dem „sekundären Arbeitsmarkt“ trotz der damit verbundenen zusätzlichen Kosten zunächst einmal deutlich mehr Gewicht ein als ihre Vorgänger.

Die Neudefinition von gesellschaftlich nützlicher Arbeit durch den aus der Alternativtradition kommenden Strang in der Existenzgeld-Debatte liefert dazu aber eine passende Legitimation. Die staatliche repressive Beschäftigungstherapie, der Einsatz von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern für Arbeiten, die zum großen Teil für die Betroffenen keinerlei Perspektive eröffnen und gesellschaftlich völlig sinnlos sind, erhält höhere Weihen, indem diese Maßnahmen in die Nähe „selbstbestimmter Bürgerarbeit“ gerückt werden. Der Sozialhilfeempfänger, der unter Androhung von Leistungsentzug in der Bundesrepublik genötigt wird, für zwei D-Mark Mehrbedarf täglich sich 38,5 Stunden in der Woche auf dem städtischen Recycling-Hof herumzudrücken, erfährt auf einmal, er leiste eine Arbeit, die ihren Lohn in sich selber trage.

Der Übergang von der freundlichen „Soziallohntheorie“ zur staatlichen Praxis ist allerdings mit einigen Verschiebungen verbunden. Die Kritik an der Fixierung auf die Lohnarbeit verschmilzt dabei seltsamerweise mit dem ursozialdemokratischen Schrei nach „Arbeit, Arbeit, Arbeit“. Was als „selbstbestimmtes Tun“ angekündigt wurde, realisiert sich als knallhartes Disziplinierungswerkzeug und nimmt seltsamerweise die Form von Zwangsarbeit an. Sicher wird diese Entpuppung dem einen oder anderen linken Befürworter des Mindesteinkommens nicht gerade gefallen. Andere scheinen sich dagegen damit im Stillen bereits angefreundet zu haben. Was beispielsweise Ulrich Beck in einem »Zeit«-Artikel (28. 11. 97) als Mitglied einer von den bayerischen und sächsischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und Kurt Biedenkopf eingesetzten „Zukunftskommission“ zum besten gab, liefert keinen Anhaltspunkt dafür, daß dieser prominente Anhänger von Bürgerarbeit und Bürgergeld mit einer derartigen Umsetzung irgendein Problem hätte.

In seinem Beitrag schwadroniert er zunächst blumig über die vielfältigen Möglichkeiten, „Themen wie Bildung, Umwelt, Gesundheit, Sterbehilfe, Betreuung von Obdachlosen, Asylbewerbern, Lernschwachen sowie Kunst und Kultur zum Gegenstand selbstorganisierter grundfinanzierter Bürgerarbeit unter der Regie eines Gemeinwohlunternehmers“ (!) zu machen. Im nächsten Absatz wird die Bürgerarbeit sogar als „dosierte Entzugstherapie für die arbeitsdrogenabhängige Gesellschaft“ gepriesen. Was die praktische Umsetzung angeht, so beschränkt sich Beck auf die Empfehlung, man möge lernen, „neubritisch zu schwärmen“.

Wie der beschwärmte neubritische Weg aussieht, diese Gesellschaft von ihrer Arbeitssucht zu befreien, verrät Beck vorsichtshalber nicht. Eine ziemlich präzise Auskunft erteilt indes der »Observer« vom 10. 1. 99 unter der Überschrift „Blair plans harsh relaunch“: „Jedem, der irgendeine Form von Unterstützung in Anspruch nimmt, wird künftig ein persönlicher Berater zugeteilt, der ihn auf der Arbeitssuche anleiten soll. Diese Ankündigung bringt den Tag näher, an dem alle Leistungsbezieher, einschließlich von Behinderten, Hinterbliebenen, Alleinerziehenden und Menschen, die ältere Verwandte betreuen, den Nachweis führen müssen, daß sie bereit sind, bezahlte Arbeit anzunehmen. Ansonsten riskieren sie den Verlust jeglicher Unterstützung. Sogar von Menschen, die offensichtlich nicht in der Lage sind,

unmittelbar eine Arbeit aufzunehmen, etwa Mütter von Säuglingen oder frisch verwitwete Frauen, wird erwartet, daß sie ihre weiteren Pläne offenlegen. Nur wenige, beispielsweise Menschen, die vor großen chirurgischen Eingriffen stehen, bleiben ausgenommen." (Übersetzung E.L.)

Der staatlich organisierte zweite Arbeitsmarkt bildet kein Gegengewicht zu diesen Zumutungen, sondern ist deren Bestandteil. Wo Beschäftigungsmaßnahmen nicht mehr in Lohnhöhe und Sozialversicherungsstatus regulären Arbeitsverhältnissen nachempfunden sind und stattdessen zur Bedingung für den Bezug von Sozialleistungen werden, macht der Staat es sich zur Aufgabe, den Preis der Ware Arbeitskraft zu drücken und dem Kapital billigstes Menschenmaterial zuzutreiben. Für die von den staatlichen Zwangsmaßnahmen Betroffenen bedeutet dies in gewisser Weise tatsächlich die Aufhebung der Lohnarbeit. Verschwunden ist peinlicherweise aber weniger die Arbeit, sondern mehr der Lohn.

Daß Leute wie Ulrich Beck einerseits so tun, als würden sie Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger ablehnen, andererseits aber im gleichen Atemzug die Zahlung der Sozialhilfe vom Ableisten „freiwilliger Bürgerarbeit" abhängig machen wollen, ist sicher zynisch; dieser Zynismus entbehrt aber nicht einer gewissen Konsequenz. Wenn das Mindesteinkommen mit der Arbeit begründet wird, die im sozialen Schattenreich für diese Gesellschaft geleistet wird, und wenn der Staat sie honorieren soll, dann muß er diese Arbeit auch kontrollieren und diktieren können. Wer kann schon ernsthaft erwarten, einen monatlichen Pflegesatz zu erhalten, nur weil er sich mutmaßlich zweimal am Tag die Zähne putzt, regelmäßig Hände und Gesicht wäscht und vielleicht gelegentlich der älteren Dame von nebenan die schwere Einkaufstasche hochträgt? Wer zahlt, schafft auch an!

Der Speck muß weg!

Der mit Selbstverantwortungs-Phraseologie kaschierte neue Arbeitsterror, der Versuch also, durch verschärften bürokratischen Druck Arbeitslose in den Billiglohnbereich des ersten Arbeitsmarktes zu komplimentieren oder in staatliche simulative Beschäftigungsmaßnahmen hineinzunötigen, wird die Krise der Arbeitsgesellschaft natürlich nicht lösen. Fallen die „Linksregierungen" auf ihre eigene Propaganda herein und versuchen sie tatsächlich im großen Stil „Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren", dann wird dies den Bankrott der Sozialversicherungssysteme beschleunigen statt ihn aufzuhalten. Wo mehr oder minder „freiwillige" Bürgerarbeit sich zumindest teilweise selber tragen soll, da verdrängt sie notwendigerweise reguläre Arbeit. Das ist in Ostdeutschland in einigen Branchen mittlerweile bereits in größerem Maßstab der Fall. Im Gartenbau, wo die ABM-Kräfte zur Schmutzkonkurrenz geworden sind, dürfte für zwei Menschen, die unter Staatsregie in Billiglohn und Billigbrot gesetzt wurden, mindestens ein Lohnabhängiger seinen Job verlieren. Wo dagegen ohne jede Marktanbindung auf Staatskosten Muskel, Nerv und Hirn verausgabt werden, reißt dies auf alle Fälle finanzielle Zusatzlöcher. Auch wenn die Zwangsarbeiter selber in den Simulationsbereichen nur ihre laufende Unterstützung weitererhalten, verschlingen die Arbeitsvoraussetzungen und die Beschäftigung von sozialpädagogisch ausgebildeten Sklaventreibern, Kontrolleuren und Zwangsberatern beträchtliche Mittel.

Ein an Arbeitszwang welcher Art auch immer gebundenes Mindesteinkommen ohne eine erweiterte Reabsorbtion von Arbeitskraft durch den kapitalistischen Akkumulationsprozeß selbst führt sich ökonomisch in jedem Fall ad absurdum. Trotz des herrschenden Arbeitsfanatismus ist aber keineswegs auszuschließen, daß man seitens des Staates über kurz oder lang auch damit liebäugeln könnte, ein zumindest faktisch von jeder Arbeitsverpflichtung entkoppeltes Bürgergeld einzuführen, allerdings ganz und gar nicht aus Einsicht oder mit emanzipatorischen Zielsetzungen. Angesichts der prekären und mittelfristig unhaltbaren Lage von Renten- und Arbeitslosenversicherung dürfte die Diskussion über das Mindesteinkommen künftig eine ganz neue Brisanz gewinnen; bei den zu erwartenden wirtschaftlichen Einbrüchen kann das schon sehr bald der Fall sein.

Ein aus dem Staatshaushalt finanziertes Mindesteinkommen bietet sich als letzte sozialstaatliche Auffanglinie geradezu an, wenn die „Krise der Arbeit" das bestehende Sozialsystem zum Einsturz bringt und die angehäuften Ansprüche mehr oder minder für nichtig erklärt werden müssen. Die Linke hat mit der Idee der Sozialdividende den seltsamen Traum eines kasinokapitalistischen Egalitarismus geträumt. Die kapitalistische Krisenwirklichkeit könnte die Politik durchaus drängen, den Gedanken einer Mindestsicherung aufzugreifen, allerdings als Katastrophen-Egalitarismus.

Radikale Kapitalismuskritik, die auf die Produktionsweise als solche zielt, sollte sich angesichts dieser Perspektive möglichst frühzeitig positionieren, um sich schon im Vorfeld zu eventuellen Umsetzungsversuchen einer repressiven sozialtechnokratischen Krisenverwaltung verhalten zu können. Worin die Hauptgefahr eines Mindesteinkommens besteht und zugleich der Hauptvorzug für die Staatsfinanzen, liegt auf der Hand. Als Pflichtversicherungs-Leistungen, mit denen Rechtsansprüche auf eine Gegenleistung im Versicherungsfall erworben werden, sind Renten und Arbeitslosenversicherung bei weitem nicht in der gleichen Weise komprimierbar wie ein vom Gesetzgeber festgelegtes Mindesteinkommen.

Selbst die heutige Sozialhilfe ist noch so konstruiert, daß sie – wenn auch in bürokratisch-reglementierender Weise – ein (mehr als bescheidenes) Auskommen sichern muß. Die „ständige Hilfe zum Lebensunterhalt" in der Bundesrepublik etwa entspricht dem Geldwert eines festgelegten Standard-Warenkorbes, während die Finanzierung von Teilen der Grundversorgung wie Miete, Gas und Strom zusätzlich in voller Höhe übernommen werden muß. Ob das Mindesteinkommen dagegen noch ein Auskommen auch nur in der Nähe dieses nicht gerade fürstlichen Niveaus ermöglichen würde, hinge bloß noch von den persönlichen Lebensumständen und vom aktuellen Zustand der Staatsfinanzen ab. Das elementarste Lebensniveau wäre garantiert nicht garantiert. In der Bundesrepublik klagen vor allem die Kommunen, daß sie als Träger der Sozialhilfe beständig mit unvorhersehbaren Kosten konfrontiert werden, die jede Haushaltsplanung zur Makulatur machen. Ein garantiertes Mindesteinkommen wäre durchaus geeignet, die Berechenbarkeit auf Kosten der Unterstützungsbedürftigen wiederherzustellen. Mehr Flexibilität wäre dann nicht von den staatlichen und kommunalen Haushalten gefordert, sondern von den Arbeitslosen bei der Gestaltung ihres Speisezettels. ■

Ernst LOHOFF ist Publizist und Mitherausgeber der Zeitschrift »Krisis«. Er lebt in Nürnberg.

Ohne Arbeit kein Mensch – kein Mensch ohne Arbeit!

Hubert SCHMIEDBAUER

Arbeit Arbeitskraft Arbeitsplatz Arbeitslohn Arbeitskosten Arbeitnehmer Arbeitgeber Arbeitsstreß Arbeitszeit Arbeitslust Arbeitsunfall Arbeitswut Arbeitsleid Arbeitslosigkeit Arbeitsmarkt Arbeitszeitverkürzung Arbeitsverweigerung was ist Arbeit was ist ein/e Arbeiter/in ist Arbeit nur Beschäftigung Die Arbeit hoch Arbeitsende Ende der Arbeit oder was ... Arbeitsthesen zu einem Arbeitsthema über die Zukunft der Arbeit

Mit dem Begriff „Arbeit" wird eines ausgedrückt: die Deckung menschlichen Bedarfs durch gesellschaftliches Zusammenwirken. Arbeit ist menschliche Tätigkeit innerhalb eines Sozialsystems, ob es nun wenige Individuen zählt oder eine milliardengroße arbeitsteilige Weltbevölkerung, also gesellschaftliche Arbeit in Wechselwirkung von körperlicher und geistiger Tätigkeit.

Arbeit ist nicht von irgendwoher gekommen und wurde nicht von irgendjemand geschaffen, sondern ist die dem Menschen eigene Form der Auseinandersetzung mit seiner natürlichen Umgebung bei bewußter Einwirkung auf den Arbeitsgegenstand durch Herstellung und Anwendung von Werkzeugen und anderen Hilfsmitteln. Dieser Arbeitsprozeß bildet den grundlegenden qualitativen Unterschied zwischen Tierwelt und Mensch und die Voraussetzung für die weitere Entwicklung des Menschen und seiner gesellschaftlichen Erscheinungsformen. Damit ist Arbeit sowohl Grundlage für die Menschwerdung als auch widersprüchliche Triebkraft aller Geschichte.

Einer der Widersprüche ist die Aneignung der Ergebnisse menschlicher Arbeitstätigkeit durch Herausbildung von Besitz- und Machtverhältnissen. Arbeit diente von einer bestimmten Phase in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft an neben der Deckung elementaren menschlichen Bedarfs zunehmend der Bereicherung besitzender Klassen durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Arbeitsprozesse unter Bedingungen einer Klassenherrschaft brachten SklavInnen, Leibeigene und IndustriearbeiterInnen hervor, deren Abhängigkeit von der ökonomischen und politischen Macht der herrschenden Klassen die Arbeit zu Schinderei, Frondienst und mörderischer Lohnarbeit herabwürdigte – im Gegensatz zu schöpferischer Arbeit mit Beziehung zum Arbeitsprodukt etwa in Handwerk oder Landwirtschaft. Schöpferische Arbeit hat sich natürlich auch in der kapitalistischen Industriegesellschaft bei qualifizierter Facharbeit und zunehmend im technischen und administrativen Bereich herausgebildet. Doch stets droht die sogenannte Proletarisierung – die Fesselung qualifizierter, relativ souveräner Tätigkeiten an Vorgaben technologisch bestimmter Leistungs- und Kontrollsysteme (Computer!).

Im Kapitalismus jedenfalls wird, unabhängig von der technologischen Entwicklung, menschliche Arbeitskraft als Ware wie andere Waren gehandelt – mit dem Unterschied, daß sie im Gegensatz zu den von ihr produzierten Waren den zu ihrer Produktion bzw. Reproduktion notwendigen Wert mehrfach hervorzubringen vermag.

Die Aneignung des Arbeitsprodukts durch das von einer Minderheit menschlicher Individuen kontrollierte Kapital hat zur hegemonialen Herrschaft über Produktion, Verteilung, Akkumulation, Investition, aber auch über Finanzwesen, Staats- und Machtapparat, Bildung, Ausbildung, Information, Meinungsbildung, Kultur geführt, die ebenfalls Warencharakter zeigen. Dies sollte vielleicht als eine erste These diskutiert werden.

Ohne Klarheit über die Aneignung der Arbeit durch das Kapital (die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft) und die dadurch hervorgerufenen Widersprüche (Arbeitsleid, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheiten usw.), sind diese Widersprüche nicht nachhaltig zu bekämpfen und schon gar nicht zu lösen. Lösung heißt Befreiung menschlicher und gesellschaftlicher Arbeit von Ausbeutungsverhältnissen als Voraussetzung für die freie Entfaltung des Menschen innerhalb von Arbeitsprozessen, in denen er bewußt die eigenen Bedürfnisse und die der Gesamtgesellschaft deckt und weiterentwickelt – die Vision von einer humanen Zukunft der Arbeit.

Menschwerdung

Als weitere These wäre die grundlegende Bedeutung der menschlichen Arbeit für die Entwicklung des Menschen aus dem Tierreich heraus zu behandeln. Dabei ist der historische Teil die Voraussetzung für das, was wir als Alternative, Perspektive, Zukunft, vielleicht auch als Vision hervorbringen. Daraus leiten sich aber letztlich die Positionen in der Tagespolitik ab. Wenn wir zu Ergebnissen kommen wollen, dann bleibt uns auch unter Berücksichtigung mancher Irrwege und Niederlagen in der bisherigen Praxis nur die Anwendung des marxistischen Instrumentariums, also des dialektischen und historischen Materialismus. Bezeichnen wir ihn ruhig als ein Werkzeug, das sich die Menschen im Laufe ihres gesellschaftlichen Arbeitsprozesses geschaffen haben, um eben den Gegenstand Gesamtgesellschaft „bearbeiten" zu können.

Ein kleiner Exkurs als Anregung (Literaturtips folgen unten): Karl Marx hat im „Kapital" den Arbeitsprozeß allgemein und dann in jeweils zeitbedingtem gesellschaftlichem Zusammenhang beschrieben. In den Schriften von Friedrich Engels werden weitere Ansätze geboten. Er hat schließlich mit seiner erst 1895 postum veröffentlichten (zwanzig Jahre zuvor entstandenen) Schrift über den „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen" den mythologischen „Schöpfungs"lehren das historisch-materialistische

Menschenbild gegenübergestellt.

Freilich hat schon Hegel die Arbeit als Grundlage des menschlichen Wesens bezeichnet. Dann kam die Darwinsche Evolutionstheorie mit ihrer für die Bewegungsgesetze der lebenden Materie so großen Bedeutung. Doch für Marx und Engels blieb Darwin gerade im Hinblick auf die Evolution des Menschen auf halbem Wege stecken. Erst sie erkannten die Herausbildung neuer Qualitäten in der Evolutionsgeschichte des Menschen durch die Veränderungen im Charakter des Arbeitsprozesses. Vor allem stellten sie den dialektischen Zusammenhang zwischen Arbeit, Sprache und Ausbildung des Gehirns her. Sie entdeckten die Entwicklung von Sozialverhalten und Sozialstrukturen des Menschen in Unterscheidung zum Tierreich, in dem es vergleichbare Formen nicht gibt.

Seit mehr als einhundert Jahren werden die historisch-materialistische Methode und ihre Ergebnisse von bürgerlicher und klerikaler Ideologie mit allen Mitteln – auch der Staatsmacht – bekämpft und mit Theorien von dubiosem Gehalt (z.B. Aggressionstriebtheorie) bis zu nobelpreisgekrönten Lebenswerken (z.B. Konrad Lorenz) zu widerlegen versucht. (Ähnliches ist besonders in den Wirtschaftswissenschaften zu beobachten.) Unentwegt werden „neue" bürgerliche Theorien hervorgebracht, wechseln alte Hüte Farbe und Form, verfangen sich nicht zuletzt gutmeinende, sich als „Linke" fühlende DenkerInnen im bürgerlich-idealistischen Denkschema. Kein Wunder, müssen sie ja ausnahmslos die Bildungsanstalten der hegemonialen Ideologie durchqueren. Darüber könnte anhand einer eigenen These diskutiert werden.

Arbeitsproduktivität

Für den Blick auf eine Zukunft der Arbeit ist ein Grundsatz der menschlichen Entwicklungsgeschichte zu erwähnen: Der Arbeitsprozeß ist nicht nur die bewußte Veränderung eines Arbeitsgegenstandes mit Hilfe von Arbeitsmitteln, sondern verändert unentwegt auch die Arbeitsmittel und damit den Arbeitsprozeß. All das geschieht unter Wechselwirkung von Arbeit, Bewußtheit, Sprache und Denken innerhalb sozialer Verhältnisse, die somit ebenfalls unentwegt verändert werden.

Die Verschmelzung von Hand- und Gehirnarbeit macht die Arbeitskraft zur entscheidenden Produktivkraft, von der nicht nur alle Produktion ausgeht, sondern auch die sich stets beschleunigende Weiterentwicklung aller Produktivkräfte in Form von Technik und Wissenschaft. Das hat nun dazu geführt, daß physisches Eingreifen der Arbeitskraft in den Produktionsprozeß zurücktritt. Eine beschleunigte Differenzierung der Arbeitsprozesse verändert das Gefüge der Lohnabhängigen. Die Arbeitsproduktivität steigt immer rascher an, dafür werden immer größere Anteile der Wertschöpfung aus der Warenproduktion für die verschiedensten Sparten des Dienstleistungssektors aufgewendet.

In Österreich beispielsweise verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in den Produktionssparten von 1986 bis 1994 um mehr als 100.000 (nur das Bauwesen zeigte eine deutliche Zunahme), während die Dienstleistungen um etwa 300.000 Beschäftigte mehr aufweisen. Der Handel legte um 57.000 zu, die Rechts- und Wirtschaftsdienste um 41.000, das Verkehrs- und Nachrichtensystem wuchs um fast 20.000, der Sektor Banken und Versicherungen um 10.000 Beschäftigte. Die mit der Warenproduktion zusammenhängenden Dienstleistungen haben also mehr Zuwachs als in der Warenproduktion selbst verloren wurde. Knapp 130.000 zusätzliche Beschäftigte weisen in diesem Zeitraum Gesundheit, Fürsorgewesen, Unterricht, Forschung und öffentliche Einrichtungen auf.

Die Eigenschaft der Arbeitskraft, Mehrwert zu produzieren, wirkt auch im produktionsbezogenen Dienstleistungssektor. Daher unterliegt dieser Bereich den Bedingungen der Kapitalverwertung und dem Erfordernis steigender Produktivität. Der durch solche Dienstleistungen steigende Wert der Waren enthält jeweils auch den dort zu erzielenden Mehrwert. Die Umwandlung öffentlicher Dienstleistungen in Kapitalgesellschaften unterwirft sie denselben Profiterwartungen und dem kapitalistischen „Wettbewerb" mit allen bekannten Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen. Soziale Dienstleistungen sind nur sehr bedingt den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung zu unterwerfen. Diese Komponenten werden in den letzten Jahren durch radikale Einsparungen in allen diesen Dienstleistungssektoren (Abbau, Sparpakete) sichtbar.

Die Verteilung gesamtgesellschaftlicher Wertschöpfung geschieht also einerseits über den Arbeitslohn und alle daran geknüpften Reproduktionskosten der Arbeitskraft (Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Gesundheit, Alter, Nachwuchs, Bildung und Ausbildung, kulturelles Leben, Sport und Urlaub usw.), in denen fälschlicherweise zwischen „Lohnkosten" und „Lohnnebenkosten" unterschieden wird; ein weiterer Verteilungsfaktor sind die über Steuern zu finanzierenden öffentlichen Ausgaben, die zum Teil ebenfalls den Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft zuzurechnen sind. Es ist nicht gleichgültig, in welchem Verhältnis diese Steuern und Abgaben vom Arbeitslohn oder vom abgeschöpften Mehrwert eingehoben werden. Die Tendenz ist stets auf Verringerung des Preises für die Arbeitskraft gerichtet. Daher ist der ständige Kampf gegen diese Tendenz und für einen Anteil an der steigenden Produktivität notwendig. Als weitere These ist daher die Umverteilung von Wertschöpfung, auch in Form von Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnverlust, für die Zukunft der Arbeit von elementarer Bedeutung.

Welche Menschheit?

Wenden wir uns den Perspektiven zu. Was hat die Menschheit zu erwarten, wenn es auf dieselbe Weise weitergeht, auf der unsere Gegenwart beruht? Wir entwickeln unsere Thesen übrigens nicht nur vom Blickwinkel der hochindustrialisierten und privilegierten „Industriegesellschaft" mit ihrem Krebsgeschwür Arbeitslosigkeit aus, sondern richten unsere Aufmerksamkeit darauf, wie auch die übrigen drei Viertel der Menschheit sich durch gesellschaftliche Arbeit für Bedarfsdeckung, Sozialwesen und kulturelle Weiterentwicklung – bei Vermeidung der brutalen, unsozialen, ökologisch mörderischen Geschichte des entwickelten Kapitalismus – aus ihrer benachteiligten Lage erheben können. Voraussetzung dafür ist ihre Befreiung von neokolonialen Abhängigkeiten, in welcher Gestalt sie auch auftreten (Schuldenkrise, Weltbankdiktat, Forderung nach „Sozialklauseln" statt Schutzklauseln gegenüber dem globalen Spekulationskapital mit seiner Ausbeutung von Arbeitskraft, Rohstoffen, Agrokultur usw.).

Als These kann die Definition von zwei Hauptrichtungen (siehe: Fleissner) möglicher gesellschaftlicher Entwicklung dienen: Menschliche Arbeit, gesellschaftliche Produktion, führt zu effektiverer Umgestaltung der Welt, und die eine Richtung zeigt den Vorrang dieser Effektivierung vor der Humanisierung, während die andere

„Arbeit ist für alle da!“

„Zukunft der Arbeit“ war das Thema einer Podiumsdiskussion beim Gewerkschaftstag der GPA im November 1998. Der Wirtschaftsprofessor Otto Kreye (Starnberg, Bayern) zeigte sich als eine Art Ehrenrettung der Veranstalter, aber auch der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, in denen die Rechtfertigungstheoretiker des Neoliberalismus die große gutbezahlte Mehrheit bilden.

„Arbeit ist für alle da“, lautet sein Motto. Schon das ist ein Hieb gegen alle theoretischen Quacksalbereien darüber, daß unserer Gesellschaft „die Arbeit ausgeht“. Es ist auch ein Hieb gegen jene, die beweisen wollen, daß nur mehr schlecht bezahlte, sozial nicht abgesicherte Arbeit Zukunft habe. „Dank massenhafter Verbreitung und ständiger Wiederholung solcher Argumente, was durch den praktisch ungehinderten Zugang zu den Medien einerseits und durch eine zu vorauseilendem Gehorsam erzogene und zu so gut wie jeder Rechtfertigung willigen Professoren-, Sachverständigen- und zum Teil auch Journalistenschaft (...) werden solche Argumente heute (...) selbst auf gewerkschaftlicher Seite für richtig angesehen und geglaubt. Dennoch sind sie falsch“, schrieb Professor Kreye schon im November 1995.

„Was ist wahr? Was wird wahrgenommen?“, zitierte er in der Podiumsdiskussion C.F. Weizsäcker, der sich mit dem Problem der vorenthaltenen Information über die reale Welt auseinandergesetzt hatte. Und er zeigte, wie herrschende Interessen und herrschende Politik die Marktwirtschaft ausschließlich in ihrer neoliberalen Ausprägung darstellen; mitsamt völligem Freiraum für transnational operierende Unternehmen, die sich selbst hoheitliche Befugnisse gegenüber den Staaten herausholen möchten (zum Beispiel durch das Investitionsschutzabkommen MAI).

Die Industrie wird weiterhin Produktivitätszuwächse aufweisen, stellt Professor Kreye (sinngemäß zitiert) fest; also wird die Gesamtgesellschaft reicher. Aber es müssen die Erträge dieser Zuwächse vermehrt der öffentlichen Hand zufließen, weil sie allein imstande ist, dort zu investieren, wo es nicht nur um kurzfristige Profiterwartungen geht. Das setzt politischen Willen voraus, eine soziale und demokratische Wirtschaft durchzusetzen, und ist nur möglich, wenn der Staat seine Verantwortung wahrnimmt und die abgeschöpften Gewinne entsprechend einsetzt: zur Finanzierung von Investitionen in den Bereichen der Bildung, der sozialen Dienste, der Ökologisierung.

Von den sechs Milliarden Erdbevölkerung Menschen sind drei Milliarden erwerbsfähig, aber ein Drittel davon ist arbeitslos. Von den restlichen zwei Milliarden sind nur 800 Millionen mehr oder weniger sozial geschützt. Was sie andererseits nicht vor Unsicherheit und Absturz in Armut bewahrt. Selbst in den westlichen Industrieländern leben 100 Millionen in absoluter Armut, 100 Millionen sind obdachlos, 200 Millionen haben eine Lebenserwartung unter 60 Jahren, 38 Millionen sind arbeitslos, meldet Kreye. Er hat eine Rechnung für die Bundesrepublik aufgestellt, die aber ohne weiteres auf Österreich und andere Länder umgelegt werden kann: Für die 3 bis 4 Millionen Arbeitslosen müßte die öffentliche Hand jährlich 150 bis 250 Milliarden DM aufwenden, um sie im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen sowie in neuer Infrastruktur, im Umweltschutz, in der Stadtsanierung, im Wohnungsbau, in Wissenschaft, Forschung, Kunst und Kultur zu beschäftigen. 50 bis 100 Milliarden würde man allein bei der Finanzierung der Arbeitslosigkeit einsparen (Ausgaben 1997: 168 Milliarden); 50 bis 100 Milliarden brächte eine Erhöhung der Steuersätze auf Einkommen aus Gewinn und Vermögen, die nicht produktiv, sondern spekulativ verwendet werden (100 bis 200 Milliarden fließen zur Zeit jährlich ins Ausland); eine sozial verträgliche Währungsreform anläßlich der Umstellung auf den Euro könnte 50 bis 100 Milliarden der gegenwärtig jährlich 200 Milliarden an Schuldendiensten der öffentlichen Haushalte einsparen; schließlich könnten weitere 50 bis 100 Milliarden von Geldern für den Verteidigungshaushalt, für Subventionen usw. umgewidmet werden. Insgesamt würden neben der Vollbeschäftigung (mit entsprechendem Rückfluß an Steuern und Abgaben) noch Mittel für die weitere Reduzierung öffentlicher Verschuldung übrigbleiben. Solche Aufgaben kann nur der Staat erfüllen, „mehr privat“ ist laut Kreye das falsche Signal, denn private Investitionen werden nur vorgenommen, wenn sie Gewinn versprechen. Eine „sozial-demokratische Politik der Vernunft“ sei die Alternative. „Es muß nur der politische Wille dafür vorhanden sein“, beschwor er.

In der Gewerkschaftsbewegung sind es seit jeher die linken Kräfte, deren Kapitalismuskritik auch Lösungsmodelle entwickelt. Nicht zuletzt beweisen die kämpferischen Aktivitäten der Gewerkschaften, daß Widerstand gegen Kapitalinteressen und Kampf um sozialen Fortschritt immer wieder neu entstehen.

Die Lösung des Problems Arbeitslosigkeit erfordert aber nicht nur politischen Willen. Das Kapital wird sich nicht ohne weiteres beschränken lassen. Es ist auch nicht so einfach in „gutes Investitionskapital“ und „böses Spekulationskapital“ zu trennen. Die von Kreye genannten etwa 35-40.000 transnationalen Unternehmen in der Welt beschäftigen zwar nur rund 75 Millionen Menschen, verfügen aber über mehr als die Hälfte der gesamten Wertschöpfung. Somit ist auch die Herkunft des Spekulationskapitals genannt.

Und wenn Kreye sich eine „sozialdemokratische“ humane Gesellschaft vorstellt, von der er ebenso wie viele Gewerkschaftsführer nach den Wahlen in England und der BRD träumen, dann vergißt er die jahrzehntelange Rolle der Sozialdemokratie als Führungskraft desselben Kapitalismus, der sich ungehindert zum unmenschlichen „neoliberalen“ System entwickelt hat. Kreye fordert, den Ballast neoliberaler Ideologie über Bord zu werfen. Das greift etwas zu kurz. Aber immerhin.

Hubert Schmiedbauer

Richtung den Vorrang in der Hervorbringung humaner Verhältnisse sieht. Anders gesagt: Geschieht die Entwicklung der Produktivkräfte unter dem Primat steigender Kapitalerträge oder mit dem Ziel der Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen? Wird die Zukunft der Arbeit dem Zufall überantwortet oder der bewußten Gestaltung durch den Menschen?

Zu dieser These gehört eine Parteinahme: einfache oder erweiterte Reproduktion? Die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen – unter Einbeziehung der Lebensumwelt – ist nur über erweiterte Reproduktion zu erreichen.

Daß die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsform den humanen Erfordernissen nicht dient, spricht sich allmählich auch in durchaus nicht als revolutionär geltenden Wissenschafts- und Politikbereichen herum. Ein Beispiel ist der Finanzspekulant George Soros, der sein Insiderwissen jüngst als Buch über den parasitären, „globalisierten" Kapitalismus und seinen notwendigen Sturz preisgab – zum Entsetzen der Finanzwelt. Ernsthaft befassen sich zunehmend Wirtschafts- und Sozialwissenschafter (siehe „Neoromantik oder Neomarxismus?", in »Weg und Ziel« 5/1997) mit Alternativen zum herrschenden System. Was sich durchsetzt, hängt von mehrerlei Umständen ab. Wenn wir heute mit täglich neuen Rezepten zur angeblichen Bewältigung der Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten zugedeckt werden, wenn die jeweiligen „Beschäftigungsgipfel" der EU stets nur das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit feststellen und neue „Sofortmaßnahmen" beschließen, dann steckt dahinter meist kurzfristiges politisches Kalkül, häufiger mehr oder weniger gutgläubige Naivität angesichts der brutalen Hegemonie des Kapitals und seiner VerwalterInnen.

Die Logik der Kapitalverwertung bringt die Tendenz sinkender Preise für die Arbeitskraft, zudem fallen dutzende Millionen Arbeitslose samt ihren Familien als KonsumentInnen weg, womit die Spirale an die Produktionsstätten zurückkehrt. Das wäre die materielle Seite. Wenn wir erkannt haben, daß der Mensch durch Arbeit zum Menschen wurde, so betrifft das nicht nur die prähistorische Phase. Was ist der Mensch ohne Bildung, Ausbildung, Beruf, Freizeitaktivitäten? Alles ist Arbeit, vom Individuum aktiv oder passiv erlebt. Was soll die Unterscheidung von „Erwerbsarbeit" und „nichtbezahlter Arbeit"? Als Gesellschaftsform hat sich der Kapitalismus herausgebildet und bestimmte Arbeitsformen zur Produktion und Reproduktion entwickelt. Das engmaschig verflochtene

Arbeiterinnen stanzen Wählscheiben, London 1924

Netz gesellschaftlicher Arbeitsteilung setzt eine nur mehr durch modernste Technologien beherrschbare Organisation von Produktion, Infrastruktur, Verteilung und Sozialsystem voraus. Soll das Primat der humanen Entwicklung durchgesetzt werden, muß in Produktion und Reproduktion anstelle der Herrschaft einer an Kapitalinteressen orientierten Minderheit die Mehrheit der Arbeitenden ihre Interessen durchsetzen.

Menschenrecht

Als These hingestellt sollte also unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen der Kampf um das Recht auf bezahlte Erwerbsarbeit als Kampf um das elementare Recht, Mensch zu sein, verstanden werden. Die Studien zur Arbeitslosigkeit und deren Folgen füllen seit Jahrzehnten ganze Bibliotheken und es müßte schamrot werden, wer aus der Position eigener Erfüllung aus tätiger Arbeit anderen empfiehlt, auf Erwerbsarbeit (wenn auch nur teilweise) „freiwillig" zu verzichten, womöglich unter der angeblichen Solidarität mit Arbeitslosen. Von der Vision einer von Ausbeutung befreiten Arbeit kann keine/r leben. Wer seine Arbeitskraft nicht um den Wert ihrer Wiederherstellung verkauft (verkaufen darf), senkt den Anteil der Lohnabhängigen an der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung.

Mit der Akzeptanz der Arbeitslosigkeit verbunden ist die Akzeptanz der Dequalifikation, wie sie zum Beispiel jetzt durch „neue Lehrberufe" für eine nicht einmal halbwertige Berufsausbildung praktiziert wird. Aber auch die neuen Sozialberufe, einem gesamtgesellschaftlichen Bedarf zufolge, müssen in ihrer Qualität von Ausbildung und Lohn her abgesichert werden. Radikale Finanzierungskonzepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit (z.B. Professor Otto Kreye, Starnberg, 1995, zuletzt auf dem GPA-Gewerkschaftstag 1998) werden längst diskutiert und stehen im Gegensatz zu allen Modellen, mit denen das Recht auf Arbeit sozial oder liberal verbrämt – womöglich als „links" verstanden – weggeschoben werden soll. Es ist nicht bekannt, ob solche Modelle in einer einzigen Regierung überhaupt behandelt wurden.

Hier wird nicht die Illusion von einer „Demokratisierung des Kapitals" vertreten, sondern die nötige Erkenntnis, den Bruch mit der Macht des Kapitals zu vollziehen. Und wer das tun kann und muß, ist Gegenstand einer weiteren These. Über die marxistische Theorie von der Arbeiterklasse als entscheidender Kraft zur Umwälzung ökonomischer und gesellschaftlicher Verhältnisse wurde in den letzten Jahren massiv diskutiert. Wenn auch der Begriff „Arbeiter" aufgrund der Veränderungen in der gesamtgesellschaftlichen Arbeitsteilung verwirrt, so ist nicht zu übersehen, daß den Kern der kapitalistischen Wirtschaft nach wie vor die industrielle Produktion bildet. Dort entstehen die Güter und Waren, dort geschieht die entscheidende Wertschöpfung. Dort ist die höchste Arbeitsproduktivität sowohl der Arbeiterstunde als auch aller Beschäftigten.

Es ist also die qualifizierte Arbeit der Lohnabhängigen in diesem Sektor (unabhängig von ihrer arbeitsrechtlichen Zuordnung), der auch die Macht über ihre eigene Produktionstätigkeit anvertraut werden kann. Sie sollten ebenso wie ihre Vorgänger in früheren kapitalistischen Etappen an entscheidender Stelle die Verwirklichung des Prinzips einer Produktion mit der Vorgabe Humanisierung durchsetzen und vollziehen. Da die Mehrzahl der Lohn-

abhängigen in anderen Bereichen – zum Beispiel im Verkehr und in der Telekommunikation, im Handel, bei Banken, Versicherungen usw., zum Teil auch im öffentlichen Dienst – in ihrer Arbeitswelt vergleichbare Bedingungen vorfinden, sind sie potentiell dazuzuzählen. Sie alle haben dieselben Auseinandersetzungen und Kämpfe um Lohn, soziale und politische Rechte, um die Neugestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse zu führen und gehen daher durch dieselbe Schule der Bewußtseinsbildung. Sie bilden zusammen mit den aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen die übergroße Mehrheit, um die Mittel der bürgerlichen Demokratie auszuschöpfen und schließlich eine wahrhaft demokratische, menschliche Ökonomie mit neuen Entwicklungschancen für Mensch und Arbeit zu gestalten.

Schlagkraft

So ergibt sich als letzte These die Frage der Organisation und deren wirksamer Funktionsweise. Marx und Engels sahen die Klassenorganisation durch die Organisation der kapitalistischen Industrie vorgegeben. In der vom Kapital organisierten Arbeitswelt entsteht die notwendige Solidarität trotz aller störenden Einflüsse aus der Konkurrenz der Arbeitskraft innerhalb ihrer eigenen Klasse. Es ist also abermals die Arbeit und die Arbeitswelt, in der die Wurzeln gesellschaftlicher Entwicklung und des Fortschritts liegen.

Und die politische Organisation? Es war jahrzehntelanger Kampf nötig, um das Recht auf politische Organisation zu erkämpfen. Die Gegner der Arbeiterbewegung – das Kapital, verwaltet von der Staatsmacht und als gesellschaftliche Norm im Rechtssystem abgesichert – haben diese Organisationen stets gefesselt oder gar verboten, wenn die Mittel der bürgerlichen Demokratie zur Machtausübung nicht reichten. Die letzten Jahrzehnte sahen eine „kalte“ Entmachtung durch verschiedene Formen der Klassenzusammenarbeit, in Österreich institutionalisiert in der sogenannten Sozialpartnerschaft.

Ein dem Kapital untergeordnetes Rechtssystem versucht Gewerkschaften zu entwaffnen (Großbritannien, USA, EU, Welthandelsorganisation, das vorerst abgewehrte MAI-Abkommen usw.). Die zuletzt sich verschärfenden Widersprüche aufgrund der brutalisierten „liberalen“ Marktwirtschaft haben auch zu neuen Angriffen auf die Organisationen geführt, vorgetragen über die Massenmedien, denen man es allerdings durch allerlei Mißstände leicht macht. Man mag den Gewerkschaften alles vorwerfen, was ihre Führungen zur Entwaffnung, Entpolitisierung, Entmachtung beigetragen haben. Doch sie waren und bleiben das wichtigste Instrument der Lohnabhängigen. Ihre Organe und MitarbeiterInnen bringen neben dem täglichen Ringen im Rahmen des kollektiven Arbeitsvertragssystems eine Fülle von Studien, Analysen und Argumenten für einen erfolgreichen Tageskampf und für Schritte in die Zukunft hervor, die bei weitem nicht voll genutzt werden. Eine wichtige politische Organisationsform in Österreich sind noch die Arbeiterkammern, deren Ausübung des Rechts zu Gesetzesanträgen und deren Rolle als gesetzliche Interessenvertretung mit Pflichtmitgliedschaft aller Lohnabhängigen von der politischen Qualität der in ihren Entscheidungsgremien vertretenen Fraktionen abhängt. Darüber gibt es anläßlich der ab Frühjahr 1999 abzuhaltenden Arbeiterkammerwahlen Gelegenheit zu ausführlicher Behandlung.

Von den politischen Parteien sind für eine andere, bessere Zukunft der Arbeit nur solche relevant, die marxistische Positionen zumindest in Teilbereichen anwenden und vertreten. Kommunistische Parteien haben jedoch nach dem Scheitern des ersten Versuchs eines alternativen Wirtschafts- und Sozialsystems Schwierigkeiten, ihren eigenen Weg und die nötige Öffentlichkeit zu finden, abgesehen davon, daß sie seit jeher prinzipiell bekämpft werden. Anders als Gewerkschaften mit ihrer vorrangigen Aufgabe als unmittelbare Interessenvertretungen haben die marxistischen Parteien gesamtpolitische, gesamtgesellschaftliche Ziele zu erarbeiten. Ihre Unentbehrlichkeit für die Organisierung der politisch bewußtesten Kräfte und für die Entwicklung langfristiger wie tagespolitischer Strategien wird in der Diskussion oft bestritten.

Bleibt nur noch eine zusammenfassende Formulierung der vorgeschlagenen Thesen, die keinesfalls als Abdeckung aller Fragen zum Thema verstanden werden wollen.

Acht (vorläufige) Thesen

1. Durch Besitz und Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel macht das Kapital die menschliche Arbeitskraft zur Ware und eignet sich deren Erträgnisse an.

2. Menschliche Arbeit und gesellschaftlicher Arbeitsprozeß sind die Voraussetzung für Entstehung und Weiterentwicklung des Menschen und der von ihm geschaffenen Lebensumstände.

3. Die historisch-materialistische Methode ist Voraussetzung für eine Loslösung von Theorie und Praxis aus der bürgerlich-idealistischen Verschleierung realer Verhältnisse.

4. Für die Zukunft der Arbeit etwas tun, heißt, die notwendigen aktuellen Kämpfe zur Umverteilung der Wertschöpfung zu führen und die Betroffenen dafür zu gewinnen.

5. Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen setzen ein weiteres Wachstum der Produktivität voraus, das jedoch unter humane und ökologische Vorgaben zu stellen ist.

6. Das Recht auf bezahlte Erwerbsarbeit gehört zu den Grundrechten und ist mit dem Recht auf Aus- und Weiterbildung eine Voraussetzung für die Humanisierung der Arbeit.

7. Die wichtigste Kraft zur Durchsetzung ihrer eigenen Rechte und zur grundlegenden Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse sind die Lohnabhängigen.

8. Für die Zukunft der Arbeit sind bewährte Organisationsformen wie Betriebsrat, AK und Gewerkschaften, aber auch eine marxistische Partei unentbehrliche Voraussetzungen. ■

Hubert SCHMIEDBAUER ist freier Journalist.

Verwendete Literatur (Auswahl)

Karl Marx und Friedrich Engels (diverse).
Gordon Childe: Der Mensch schafft sich selbst (Fundus 1959).
Walter Hollitscher: Mensch und Gesellschaft; Die menschliche Psyche. (Reihe Natur und Mensch, Globus, 1985).
Joachim Herrmann: Die Menschwerdung (Dietz, 1984).
Alfred Lemmnitz: Der Kreislauf des Kapitals (Dietz, 1974).
Peter Fleissner (Hrsg.): Technologien und Arbeitswelt in Österreich (ÖGB-Verlag, 1997) – Bundesarbeitskammer, Sozialwissenschaftliche Studien: Arbeitnehmer, AMV, Betriebe (1993).
Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen: Beschäftigungspolitik (1997).
Hans Sallmutter: Der Sozialstaat zur Jahrtausendwende (1998).

Unseren täglichen Platz am Schirm gebt uns heute!

Tele-Robot, der fröhliche Phönix aus der Asche der Industriegesellschaft

Johanna RIEGLER

Wenn sich Metallarbeiter an die Maschinen der Fabrik anketten, dann vollziehen sie im aktionistischen Protest gegen drohende Entlassung und Arbeitslosigkeit nicht nur eine dramatische Opfergeste, sondern nehmen damit bereits Formen künftiger Arbeitsorganisation vorweg: Sie kreuzigen sich als Freigelassene an ihrer Maschine, mit deren leichtgewichtigeren, mikroelektronischen Folgeprodukt sie tatsächlich das Weite suchen sollen, denn die Ära der normierten Raum- und Zeitbindung an einen Arbeitsplatz ist vorüber.

Im Namen der Informationstechnik und im Auftrag pankapitalistischer Kreuzzüge stehen enthusiastisch betriebene Rationalisierungen in allen Lebensbereichen an. Die klassische *Arbeit* der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft *macht nicht mehr frei*, sie steigert ihre Apparatepotenz neuerlich und entledigt sich gerade ihrer trägen Insassen zwecks unbeschwerter Zukunftsvisionen am Schirm. Die paradiesische Atmosphäre künftiger Funktionen ist in der herrschenden Rhetorik der Technikfetischisten und jener, die vorgeben, immer noch an die Gleichsetzung von technischem mit sozialem bzw. politischem Fortschritt zu glauben, meist mit dem Präfix „Tele" (Telematik, Telekommunikation, Telearbeit, Teleteaching, Telechirurgie usw.) gekennzeichnet. Die gepriesene Befreiung von den Ketten der industriellen Massenproduktion weist sich durch eine sanfte Ideologie der Erleichterung und Enthierarchisierung aus.

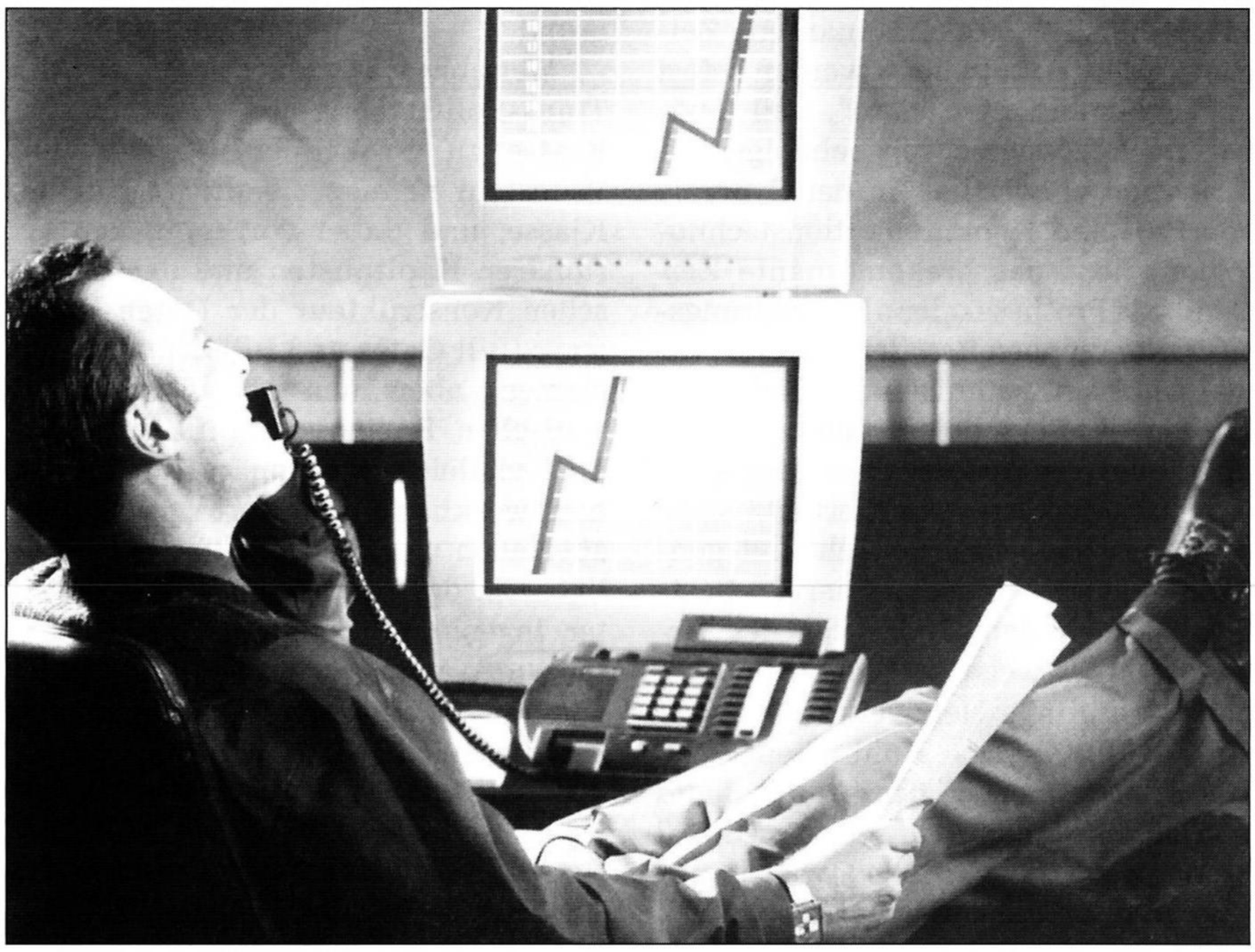
Produziert wird nach wie vor nicht nur ein quälender Überschuß an Konsumgütern, sondern auch an Kräften und Körpern, die sich selbst loswerden wollen. Die überschüssigen Arbeitskörper, die ausgedienten Arbeitsmannequins, sollen sich schleunigst als lernfähige Mikroorganismen im kybernetischen Sinne verstehen lernen, gemäß den revolutionären Standards der Informationstechnik. Denn bisher erbrachte individuelle Disziplinierungen und Rationalisierungsopfer der Industriegesellschaft erweisen sich angesichts verbesserter Apparate als störend und reichen nicht mehr aus, um dabei zu sein. Insofern ergänzen sich gesteigerte Opferbereitschaft und der Wille zur Virtualität. Einer der unterschwelligen Entsorgungstips und Mobilisierungsbefehle lautet daher: Steh auf und gehe mit der vernetzten Universalmaschine Computer nachhause bzw. nach überall, nütze die Chance der telematischen Autonomie am Bildschirmhorizont der dämmernden Informationsgesellschaft, reguliere und versorge Dich im Netz der digitalen Möglichkeiten. Kurzum: Verschwinde und entsende brauchbare Daten bzw. lasse Daten zirkulieren! Die modifizierte Arbeitsfunktion der Gegenwart wird den Entlassenen mittels Computer im wahrsten Sinne des Wortes nachgetragen. Die veralterte Beschäftigungsrhetorik des Angestelltseins wird durch eine kreative Partizipation an einer virtuellen Gemeinschaft abgelöst, die beinahe mythisch sozietären Charakter hat.

„Es gibt wieder eine Zukunft"

1983 hat ein Computerhersteller mit dem Werbeslogan „Es gibt wieder Zukunft" seine Produkte nach dem Slogan „wendiger, flexibler, weniger träge Masse" beworben.[1] Sowohl EU-Grundsatzpapiere und Forschungsschwerpunkte als auch nationalstaatliche Zielsetzungen bis hin zu den diversen Weiterbildungsinitiativen der Arbeitsämter halten sich nach wie vor blindlings an dieses alte Motto. Die Hoffnung auf Telearbeit zwecks Senkung der prekären Arbeitslosenzahlen ist eine der gefälligsten Lügen in Sachen Beschäftigungspolitik. Wie soll gleichzeitig „träge Masse" abgezogen und vermittelt werden? Zumal der Begriff Telearbeit keinen Arbeitsinhalt, sondern bloß die räumlich und zeitlich flexible Anbindung an das digitale Gerät bzw. Netz umschreibt. Dem gängigen Argument einer optimistischen Rationalisierungssicht, daß nämlich die erhöhte Verbreitung neuer Informationsdienste und das Wecken neuer Konsumwünsche die Freigesetzten wieder in den Arbeitsmarkt integrieren werden, sei nur eines der vielen ernüchternden und letztlich beliebigen Zahlenspiele der letzten Jahre entgegengesetzt: In einer gesamteuropäischen Firmenstudie ‚Neue Märkte und Multimedia' (1994) von Arthur D. Little wurde von drei Millionen neuen Arbeitsplätzen in der EU, 700.000 davon in Deutschland, gesprochen. Bereits 1996 kippte die Euphorie in folgende Bilanz: Bis zum Jahre 2010 werden nur noch 57.000 neue Arbeitsplätze erwartet, denen allerdings ein Rückgang von 910.000 Arbeitsplätzen in den wichtigsten Anwenderbranchen der Informations- und Kommunikationstechnik gegenübersteht.[2] Der allgemeine Tenor der journalistischen Resümees über diverse Arbeitsplatzstudien, bezogen auf telematisch gestützte Jobs, äußert sich daher in Titelzeilen wie „Starker Glaube, schwache Fakten"[3] oder „Highway wird doch keine Jobmaschine"[4].

Viel interessanter als die ohnehin leicht vorhersagbaren Ergebnisse dieser Studien, ist der daraus ablesbare Trend, daß so etwas wie eine „Jobmaschine" offensichtlich erwünscht bzw. gefordert ist. Günther Anders stellte bereits 1982 fest, daß dasjenige Produkt, das heute am meisten gefragt ist und jedes Vorgehen rechtfertigt, absurderweise der Arbeitsplatz selbst ist.[5] Er geht davon aus, daß im Zeitalter der Ersetzungspflicht der Menschen durch Apparate die Elektronik programmatisch Arbeitslosigkeit herstellt. Gleichzeitig wird aber die Mangelware Arbeit

zum panischen Motor weiterer exzessiver technischer Aufrüstung und Produktion, die ihre destruktiven Effekte gleichfalls steigert. Laut Anders führt die hochtechnisierte Weltbevölkerung einen „Dritten Weltkrieg" gegen sich selbst. Hier immer noch in sozialdemokratischer Manier die emanzipatorischen Potentiale von Technik oder die gerechte Verteilung bezahlter Telero-



botik zu fordern, heißt nur Waffengleichheit im sadistischen Kampf gegen sich selbst herzustellen.

Der aktuelle Frontschauplatz der paradoxen Überfluß- und Mangelproduktion ist das Streben nach reinem Datenverkehr und virtueller Produktion, die eine Art ökonomische Eugenik zur Folge hat – das heißt für ein diskretes Verschwinden der sogenannten ‚Modernisierungsverlierer' sorgt.

Doch Verliergestalten aller Art, wie unvermittelbare, übergewichtige Arbeitslose oder völlig idiotisierte Familienväter mit ihren Barbiepuppen-Frauen flimmern in Form medialer Reproduktionen (in bekannten Kurzserien wie El Bundy, Roseanne) wieder auf einem Schirm und wir lachen uns tot über die pointiert servierte Lächerlichkeit der Figuren. Oder wir haben Betroffenheit über schärferes Datenmaterial am Programm, live gesendet von diversen Schauplätzen der Verelendung, denn dort „tut sich noch etwas". Die mediale Darbietung, die Digitalisierung von Schlachtfeldern sozialer Wirklichkeiten ist entweder von einem schlagfertigen Zynismus geprägt oder bedient sich karitativ orientierter Betroffenheitsmoral und macht „Opfer zum Thema" ihrer Show. „Bill Gates und Mutter Theresa", die Beckschen Figuren einer künftigen Arbeitsorganisation sind bereits die Ikonen postmoderner Bildschirmbefindlichkeit. Zwei Missionstypen, die durch bevorstehende Verschmelzung des Arbeitsschirmes (Computer + Weltanschluß) mit dem Freizeitschirm (TV-Gerät) gleichermaßen befördert werden. In jedem Fall steigert die Integration von Telearbeit und Television die Einschaltquoten der Apparate und die entsprechende Formiertheit der Bürger/innen.

Virtuelles Klassengefühl

Eigentlich ist der Zusammenhang zwischen Rationalisierung, Effizienzsteigerung der Apparate und Vernichtung von bezahlter Arbeit genauso ein offenes Geheimnis wie der Zwangscharakter der digitalen Erlösung. Eine räsonierende Debatte über Sinn und Unsinn von alten sowie neuen Arbeitsverhältnissen steht unter dem enormen Zeit- und Existenzdruck des beschleunigten Exerzierens technischer Notwendigkeiten. Entweder Freude am Schirm oder Terror der ökonomischen Selbstaufgabe!

Die Integration in die rettende Televison läuft aber als „stille Macht der Zutrittsgewährung".[6] Online-Insignien funktionieren als Markenzeichen und Gebote der virtuellen Klasse. Der ideologische Hype geht Hand in Hand mit kapitalistischen Expansionsbestrebungen, die in der dialektischen Logik von Mangel und Exzeß Armut und Krisenphänomene verschärfen müssen. Doch eingewoben in diese historisch bekannten Mechanismen der Liquidierung bestehender Zusammenhänge zwecks virtueller Profitsteigerung, erhält die Attraktion der Virtual Reality noch Auftrieb durch den bedenklichen Zustand postmoderner Subjektivität, die nicht nur theoretisch wie eine Sandspur am Meer verschwinden möchte.

Die digitale Wiederbelebung der Arbeit und des Körpers, die virtuelle Fröhlichkeit und dynamische Agilität, die Begeisterung an der Endloszirkulation toter Zeichen ist ein verzweifelter Kampf gegen die Depression der postindustriellen Kultur. Die Anschlußeuphorie ans Netz bezeugt und potenziert die vorhandene Panik. Die Multi-Media-Überproduktion beseitigt und schafft Fadesse sowie Horror vacui im rasanten Wechselspiel. Nach Kroker und Weinstein ist die hysterische Euphorie der Informationsgesellschaft die aggressive Revolte der Verlierer, die ihre eigene Existenz im Angesichte der Defizite und Verluste einer hypertrophierten Produktivität nicht mehr tolerieren können.[7] Diese Intoleranz, Ungeduld und Verzweiflung wird durch virtuelle Sättigungen und Simulationen aller Art technisch zwar aufgelöst, aber in der Realität massiv gesteigert. Ähnlich wie technisch bedingte Zeitersparnis in Terminstreß kippt, produziert die simulierte Weltverbundenheit und virtuelle Datenkommunikation in der Realität paranoiden Rückzug, aggressive Ressentiments und gewalttätige Kurzschlüsse. Abseits des Schirmes und der darin technisierten Imagination offenbart sich die Informationsgesellschaft als reaktionär. ■

Johanna RIEGLER hat Ethnologie und Publizistik studiert. Sie arbeitet als Forschungsassistentin im Zentrum für Soziale Innovation.

Anmerkungen

1 »Microbit« 5/83.
2 Arthur D. Little: Innovation und Arbeit im Informationszeitalter, Berlin, 1996.
3 Gunhild Lütge in »Die Zeit«, 24. 3. 1995, S. 42.
4 »Computer Zeitung«, Nr. 37, 14. 9. 1995.
5 Günther Anders in »Falter« Nr. 40/96, S. 18-21.
6 Arthur Kroker, Michael Weinstein: Datenmüll, Wien 1997, S. 27.
7 Ebenda, S. 121ff.

SoHo ist überall

Digitalisierung und die Erschöpfung des Produktionsparadigmas

Fritz BETZ

Die postindustrielle Gesellschaft hat in Europa zwei Formen von Arbeitslosigkeit hervorgebracht: Zum einen ist Lohnarbeit Mangelware geworden, wobei in Zukunft damit zu rechnen ist, daß nur noch ein Fünftel bis ein Viertel der Bevölkerung erwerbstätig sein wird. Zum anderen verdrängt ein durch Digitalisierung beständig wachsendes Dienstleistungssegment die Produktion von Materiellem durch die Zirkulation von Information.

Arbeit diente seit der Renaissance als zentrale gesellschaftliche Bestimmungsgröße. Sie, deren Schmerzen man ehemals dadurch zu lindern suchte, daß sie zum vorrangigen Mittel der Kultivierung von innerer und äußerer Natur stilisiert wurde, implodiert heute innerhalb des Produktionsprozesses selbst. In vernetzter Bildschirmarbeit erschöpft sie sich im selbstreferentiellen Verketten von globalem Datenmüll, im Kombinieren von präformierten Bild- und Textbausteinen, wobei die Tätigkeit und ihre Ergebnisse in facettenreicher Ähnlichkeit und Wiederholung nur durch die beständigen Anstrengungen der Sinnstiftung der Evidenz des Schwach-Sinns entrissen werden können.

Die „virtuelle Klasse"

Nicht zuletzt ist es die Funktionsweise der elektronisch-digitalen Produktionsapparate, durch die Sinnzerstörung prozessiert wird. Fragmentarisch und poetisch haben Arthur Kroker und Michael A. Weinstein im Versuch einer „politischen Ökonomie virtueller Realität" eine Theorie des „rekombinanten Zeichens" skizziert. Soviel läßt sich zusammenfassen: Über der Variabilität, Austauschbarkeit und maximierten Anschlußfähigkeit, die der binäre Code für die Formierung von Bedeutung eröffnet, erhebt sich die Ideologie des „rekombinanten Zeichens". Die Arbeitenden werden selbst zur „rekombinanten Ware", weil flexibel im Prozessieren von beliebiger Information verwertbar. In der Synergie von Bio- und Kommunikationstechnologien dient das „rekombinante Zeichen" als Prothese oder als Steuerungselement humanen Restfleisches, das zur wandelbaren technischen Produktivkraft eines auf globaler Ebene kybernetisch oder organizistisch entworfenen Gesellschaftskörpers mutiert ist.[1]

Sofern das elektronisch und gentechnologisch maschinisierte Restfleisch noch den Charakter der Arbeitskraft aufweist, ist sie mit der Expansion digitaler Netzwerke verschärft mit der globalen Konkurrenz von Dienstleistungen konfrontiert. Jedes betriebliche Intranet, jedes national besondere Informationsnetz ist nur eine Teilmaschine oder reduzierte Imitation des global expandierenden Netzes. Dessen Materialität bietet durch strukturelle Offenheit das technische Potential für die marktradikalen Strategien des Downsizing und Outsourcing im transnationalen und transorganisatorischen Export von Arbeit, sowie für die Renaissance des konservativen Konzepts der Klein- und Mittelbetriebe als Motoren gegen die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. In seiner zynischsten Version, aus kritischer Perspektive als „Scheinselbständigkeit" benannt, werden auch noch die sozial Marginalisierten, sofern sie einen Computer, Modem und Netzanschluß besitzen, zu „Mikro-Unternehmen" umgetauft.

Auf die Interdependenz von Kapitalismus und die Innovationen der Nachrichten- und Güterbeförderung (heute sind Nachricht und Ware ununterscheidbar) verwies schon das Kommunistische Manifest von 1848[2]: „Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schiffahrt, den Landkommunikationen eine unermeßliche Entwicklung gegeben." Mit der Überwindung der Ferne und der medientechnischen Industrialisierung von Zeit und Raum im 19. Jahrhundert „entwickelte sich die Bourgeoisie, vermehrte sie ihre Kapitalien, drängte sie alle vom Mittelalter her überlieferten Klassen in den Hintergrund."[3]

Wer aber wäre heute in der Ära des Trans-Politischen als herrschende Klasse zu bezeichnen? Kroker und Weinstein nennen sie die „virtuelle" Klasse, und dabei vorrangig den visionären Kapitalisten und den politischen Konstrukteur der Daten-Highways (Bill Gates und Bill Clinton beim Namen), aber auch „die visionslosen, zynischen Business-Kapitalisten und die vielleicht visionäre, vielleicht handwerklich orientierte, vielleicht aber auch unparteiische Techno-Intelligenzija der kognitiven Wissenschafter, Ingenieure, Computerwissenschafter, Videogame-Entwickler und all die anderen Kommunikationsspezialisten – in verschiedensten Hierarchien –, die aber alle von ihrer ökonomischen Unterstützung der Reise in die Virtualisierung abhängen".[4] Eklatant sind die Schwächen dieses Entwurfs: Es mangelt an der tiefergehenden Einsicht in die Prozesse, die eine „virtuelle Klasse" konstituierten, die eine semiologische oder wie immer datenkritische Erweiterung, Reformulierung oder Ersetzung des Wertmechanismus darstellen könnten, die plausibel machten, auf welche Weise die neue Klasse, wie von den Autoren behauptet, die Bourgeoisie ablöste. Wer oder was bildet das soziale Gegenüber oder die soziale Umgebung der „virtuellen Klasse"? Durch welche Prozesse oder Intentionen grenzt sie sich von dieser ab?

Solch inkonsequentes Bemühen um einen antiquierten Klassenbegriff schlägt sich andererseits mit der Allgemeinheit des Begehrens nach Virtualisierung (oder wie es bei Kroker/Weinstein post-nietzscheanisch heißt: dem „Willen zur Virtualisierung"), das durch alle sozialen Hierarchien hindurch mobilisiert zu sein scheint. Wenn die Produktion zur Kommunikation mutiert, ist die neue Klasse so breit gestreut, wie die materielle Struktur der elektronisch-digitalen Reproduktions- und Produktionsbedingungen. Die Tatsache der Verfügbarkeit über das Produktionsmittel Computer (oder das ihm Verfügbarsein) ist wiederum nicht hin-

reichend für eine soziale Positionierung.

Und schließlich bedeutet, die brüchige Definition dieser neuen Klasse durch prominente Personifizierung (Bill Gates!) wettmachen zu wollen, nichts anderes, als dem Fetischcharakter der Informationsware aufzusitzen, das heißt in diesem Fall, einen unpersönlichen Prozeß durch ein phantasmagorisches Porträt zu ersetzen.[5]

Identität statt Jobs und Berufe

Der Spannungszustand zwischen der „Arbeit als Sakrament“[6], als heiliger Pflicht und als verzweifeltem Recht, und der Tatsache, daß sie in erster Linie sich selber und ihre Produktionsmittel erzeugt, besteht nicht erst, seit es vernetzte Kommunikationstechnologie und von ihr mit verursachte Arbeitslosigkeit gibt. Retrospektiv ist spätestens das Kippen der Produktion in die Reproduktion von Lebensmodellen am Beginn unseres Jahrhunderts mit den Merkmalen der seriellen Fertigung und der künstlichen Stimulierung des Konsums als Ende der Geschichte rationaler Produktionsziele markiert worden. Und schon die älteren Massenmedien wie Film, Radio und Fernsehen bereiteten im Design von Leben den Sinn für jene Variabilität und Austauschbarkeit vor, wie sie jetzt auf der Basis des binären Codes als Grundprinzipien für alltägliches Fabrizieren an die Allgemeinheit verteilt sind. 1957 stellte der Soziologe Robert K. Merton sein Konzept des sozialen „Rollen-Sets“ vor[7], und 1964 resümierte der Medientheoretiker Marshall McLuhan:

„With automation, it is not only jobs that disappear and complex roles that reappear. Centuries of specialist stress in pedagogy and in the arrangement of data now end with the instantanious retrieval of information made possible by electricity. Automation is information and it not only ends jobs in the world of work, it ends subjects in the world of learning. The future of work consists of earning a living in the automation age. This is a familiar pattern in electric technology in general. It ends the old dichotomies between culture and technology, between art and commerce, and between work and leisure. Whereas in the mechanical age of fragmentation leisure had been the absence of work, or mere idleness, the reverse is true in the electric age. As the age of information demands the simultaneous use of all our faculties, we discover that we are most at leisure when we are most intensely involved (...).“[8]

Mit Automatisierung, die das Aussterben der Berufe im Sinn der Ausübung und Verwertung spezieller Fertigkeiten und eines in persönlichkeitsprägenden Lernerfahrungen gewonnenen Wissens nach sich zieht, entfalten sich die Theorien einer Vielfältigkeit von Rollen, die eine Person in verschiedenen sozialen Kontexten einnimmt. Eine Differenzierung in „Angestellter, Vater, Mitglied des Elternvereins, Waffenbesitzer und Tierschützer“, ein Beobachten von Rollenkonsistenzen und -inkonsistenzen, entwickelt sich mit den Erfahrungen der Unterdeterminiertheit der eigenen Position durch die Erosion des einen bestimmenden Kontextes namens Produktionsprozeß.

Endgültig evident wird die Unbestimmtheit von Arbeit heute, wo die Operationen der Produktionsprozesse abstrakt werden, wobei der Beschäftigung ein verortbares Produkt und die Illusion des Produktionsziels abhanden kommt, und wo es gleichzeitig unmöglich ist, beschäftigungslos zu sein, weil selbst noch Arbeitslose im elektronisierten Rest-Wohlfahrtsstaat als Ko-Produzenten für die Information über die Sozialleistungen, die sie empfangen, in Anspruch genommen werden. Gerade die Erschöpfung des Sinns der Produktion (oder wenn wir so wollen, der „Identität“, die sich mit ihr verband), provoziert die Explosion eines Diskurses über „Identitäten“: „ethnische“, geschlechts- und altersspezifische, ihr Zerbrechen, ihr Verschwinden, ihre Transformation.

Ideologie als Imperativ der Bilder

Ehemals wurde der Ursprung der Ideologie in der ökonomischen Praxis und der Funktionsbestimmung der Warenästhetik verortet, später die Ununterscheidbarkeit von Ideologie und Realität konstatiert. Geschenkt. Ein Seitenstrang der Ideologisierung der industriellen Arbeit zum zentralen gesellschaftlichen Wert läßt sich in der organisatorischen Praxis aufspüren: in der normierenden Kraft festgelegter Arbeitsorte und -zeiten für soziale Rhythmen[9] und in der Leistung der Individualisierung in der Arbeitsorganisation[10], die weitergehend in die Teilung von sozialer Zeit in Arbeitszeit und Freizeit, sowie in die Codierungen für öffentliche und private Räume wirkten. Auch wenn diese Architekturen äußerer Disziplinierung in der Moderne mit fortschreitender Transparenz, die noch ihren letzten materiellen und territorial bestimmbaren Ausdruck in Glasfassaden und in der Offenheit der Großraumbüros fanden, fortschreitend internalisiert wurde, blieb die Wiederholung und Routinisierung externer Zwänge in Ritualen erhalten, deren Leere ihre vorgebliche Notwendigkeit bekräftigte. Im telematischen Raum haben sich die zeitlich-räumlichen Koordinaten festgelegter Arbeitsstätten und der Orientierungsrahmen einer kontinuierlichen (Erwerbs-) Biographie endgültig verflüchtigt, ohne daß sich mit dem Fallen der äußeren Zeichen des Zwangs ein Nicht-Territorium der Freiheit eröffnet hätte.

Zusätzlich zur Bewußtseinsproduktion in einer diskursiven Praxis befestigten in der industriellen Gesellschaft sinnstiftende Diskurse das Produktionsparadigma und an prominenter Stelle die große Erzählung des Marxismus mit all seinen rivalisierenden und einander bekämpfenden Kommentaren, denen allerdings gemeinsam war, in der Dialektik von Knecht und Herrn die Selbstverwirklichung des Knechtes in der Arbeit (als Opposition zu seiner Entfremdung) zu preisen: „Indem er durch diese seine Bewegungen auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur. Er entwickelt die in ihr schlummernden Potenzen und unterwirft das Spiel ihrer eignen Kräfte seiner Botmäßigkeit.“[11] Schließlich kann man sich nicht andauernd die gleichermaßen vorhandene Einsicht vor Augen halten, daß Arbeiten „durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist“.[12] Im Lob der Arbeit stimmten nicht nur die einander feindlichen linken Brüder überein, auch mit dem Klassenfeind teilte man die Idee einer Heilsgeschichte, die über die Notwendigkeit zur Freiheit führen sollte, und die schließlich im Faschismus in das Unheil eines zynisch-tödlichen Programms kippte. Erst die Linken der Nachkriegszeit mäkelten kräftig an der Gewalt des zweckrationalen Verhältnisses der Arbeitsmänner gegenüber Frauen und Natur[13] und übten sich unter anderem in der anstrengenden Muße der Berliner Tunix-Bewegung.

„Die Kamera ist mein Werkzeug. Mit ihrer Hilfe mache ich alles um mich herum sinnvoll.“ (André Kertész).[14] Die vormalige Sinnstiftung besorgten nicht nur Texte, sondern auch bildhafte Diskurse, Photographien und Filme, die je nach Interessenslage anklagend sozialkritisch oder pathetisch

überhöhend argumentierten, oder die wissenschaftlich zur Steigerung der Effizienz des menschlichen Körpers dienten: die filmischen Rationalisierungslehrstücke Frank Bunker Gilbreths aus der Zwischenkriegszeit; die moralistische Fotografie von Lewis Hine, die in den USA zum Verbot der Kinderarbeit beitrug und seine Ästhetisierung der Arbeitswelt in „Man at Work"; das von seinem Schüler Roy Emerson Stryker geleitete FSA-Projekt, das sich der Hebung der Würde der Unterschichten mittels photographischer Verschönerung in der Ära des New Deal widmete, und in dem ab 1942 zur Ankurbelung des allgemeinen Optimismus in Kriegszeiten vor allem „junge Männer und Frauen, die in Fabriken arbeiten"[15] abgelichtet werden sollten; die Parodie Chaplins; Eisenstein; das politische Plakat mit dem starken Arm, der bei ausreichendem Willen alle Räder stillstehen läßt; Riefenstahl und Arno Breker; die pädagogischen Dokumentarbilder der Gewerkschaftszeitungen; die Lehrfilme des Deutschen Rationalisierungs-Kuratoriums; undundund.

Bei aller Verschiedenheit der Interessenslagen, bei allen feinen und groben Unterschieden des Stils – die industrielle Arbeit war mit den klassischen Medien der Moderne, der scheinbar objektivierenden Fotografie und dem Zeit und Bewegung inszenierenden Film – selbst Produkte und Motoren des Industriezeitalters – repräsentierbar. Einer der jüngeren Filme des britischen Kinos, „The Full Monty", behandelt die Arbeitslosigkeit in einer englischen Industriestadt und mit ihr den Verlust der männlich-proletarischen Identität. Der Vorspann verwendet einen Dokumentarfilm, vermutlich aus den siebziger Jahren, in dem das Aufblühen der Industriestadt unter Verwendung aller Klischees des Aufstiegs propagiert wird: Bilder der Industriearbeit, modernistischer Architektur, belebter Einkaufszentren und eines fröhlichen Automobilismus. Bereits dieser Vorspann ist für das illusionslose Kinopublikum der späten neunziger Jahre nichts anderes als ein prächtiger Witz, das, wenn es ihm nicht selbst an Lohnarbeit mangelt, mit Jobs ohne politisch-kulturelle Leitbilder auskommt. Virtuelle Teams finden in keinem Plot des Neorealismus Platz, sie geben nichts her für Skulpturen, für Enzykliken und Arbeitgeberansprachen. Telearbeiterinnen und die ephemeren, ortlosen und in ihrer Gestalt wechselnden Betriebseinheiten des digitalen New Business sind per Definition absent, weshalb sie auch nie streiken. Ohne Präsenz keine Repräsentation: Die Gewerkschaften erleben gegenwärtig einen dramatischen Mitgliederschwund. Ästhetiken des Maschinellen im Zusammenhang mit Arbeit sind so rar geworden, daß sie in Marathonläufen, Sportstudios und in der Pornographie erotisiert oder in der Verwandlung von Industriegebieten zu Landschaftsparks musealisiert werden.

Fragmentierung und Rekonstruktion des Arbeitsbilds

Nach den Befunden über die Entdifferenzierung von Arbeit und Freizeit, Konsum und Produktion und über das „rekombinante Zeichen", das nach dem Absterben der Fabriken den menschlichen Körper als Fabrik der Reproduktionstechnologie zu nutzen hilft, ist es wenig überraschend, daß die Inszenierung von Körperlichkeit, Gegenständlichkeit und Erzeugung auf die Science Fiction, auf die Sportseiten der Zeitung, und auf medizinische Fachjournale verstreut ist, und daß umgekehrt die Signifikate des Genusses, des Konsums und der Muße in jene Sphäre migriert sind, in der zwar Wertschöpfung stattfindet, die aber nur noch peripher mit dem Etikett der „Arbeit" versehen wird.

Ein Refugium der prekären und ambivalenten Herstellung von Arbeit als Nicht-Arbeit stellen jene Texte und Bilder dar, mit denen die IT-Industrie die von ihr erzeugten Produktionsapparate bewirbt, und dabei um deren Gebrauch Sinn stiften muß und weiters die propagandistischen Verlautbarungen jener politischen Institutionen, die nach wie vor (nichtsdestotrotz ratlos) die Ideologie der wachstumsorientierten Produktion verkünden.

Für Werbung, und speziell in diesem Segment, ist es schon lange nicht mehr ausreichend, sie, wie noch in der gebrauchswertorientierten Kritik der sechziger und siebziger Jahre, als manipulatorische Illusionsmaschinerie zur Erzeugung falschen Bewußtseins zu diffamieren. In der Dominanz des Tauschwerts ist eine Differenz von Sein und Schein reine Nostalgie und die Ästhetik der Informationsware flächendeckend. Werbedesign ist das Substrat der Proliferation eines Kulturbegriffs, mit dem sich Politik in persuasiven Stil und Performance, und Wirtschaft in Unternehmenskultur gewendet haben, während Kunst als Verdoppelung und Werbung für den gehobenen Geschmack bzw. als Kultivierung politischer Scheinpartizipation fungiert. Die Bewerbung der neuen Produktionsapparate ist also nicht nur persuasiv und präskriptiv wie seit eh und je, sie hat eine neue und paradoxe Aufgabe: Sie gehört selbst jenem „Reich der Zeichen" an, von dem das „Reich der Notwendigkeit" überwölbt ist, muß jene Verhältnisse darstellen, die Subjekte als flexible rekombinante Zeichen behausen und doch, weil es ja um den Verkauf rationalisierender Arbeitsmaschinen geht, so etwas wie „arbeitswillige Subjektivität"[16] konstruieren. Ähnlich kompensatorisch orientiert sind die Managementstrategien in der erodierenden Arbeitswelt: Auf die Fragwürdigkeit des Produktionsziels reagiert „management by objectives", auf die Entlebendigung im rekombinanten Zeichen „management by relations", „management by trust", oder „management by love".[17] Ist Liebe als Kompensation digitalen Kommunizierens erst als soziale Technik begrifflich gemacht, ist mit ihrer fortwährenden Abwesenheit zu rechnen.

Erinnerungsbilder

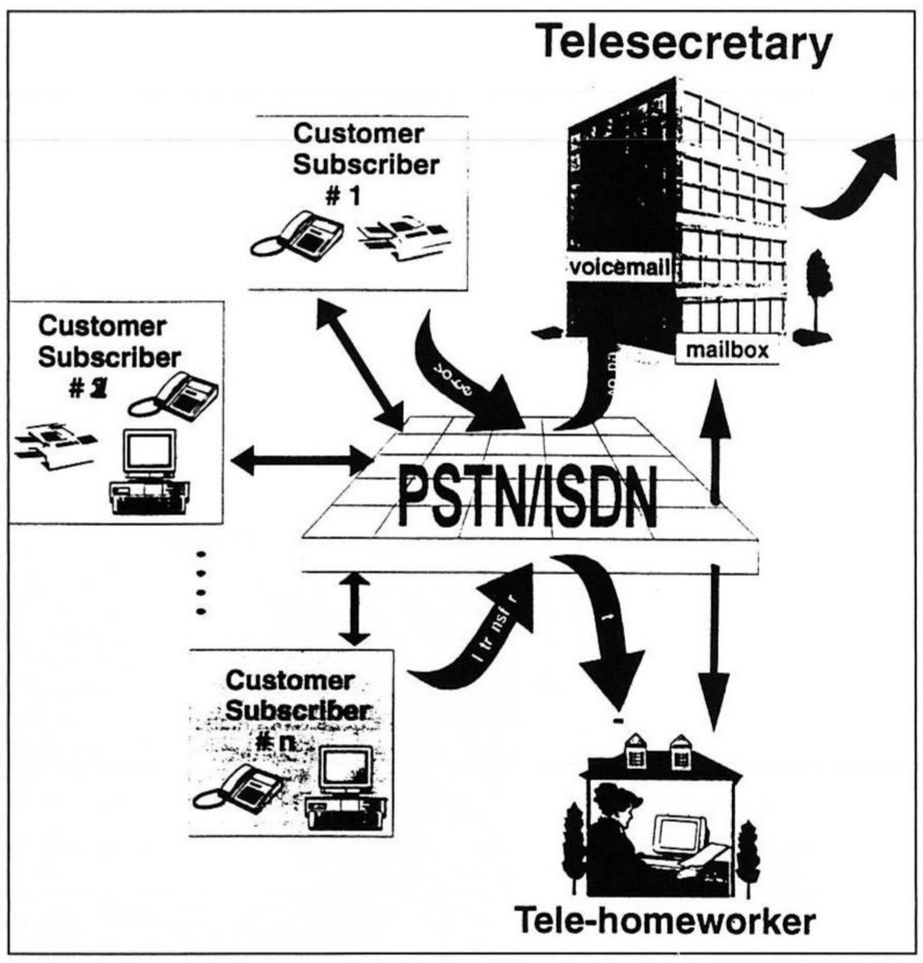
Gemeinsam mit Johanna Riegler habe ich angefangen, die prekären zeitgenössischen Bilder der Arbeit zu sammeln, und langsam beginnt sich so etwas wie eine erste, grobe Typologie abzuzeichnen. Da sind zunächst jene Bilder, die vorläufig „Erinnerungsbilder" genannt werden können, denn ähnlich wie technische Innovationen noch Symbole und Begriffe ihrer historischen Vorläufer tragen, so stellt ein Teil des Bildmaterials neue Apparate in den Zusammenhang alter sozialer Verhältnisse. Eine relativ simple Facette solcher Bildrhetoriken ist dabei die Gegenüberstellung von Bildern aus der traditionellen Ökonomie (Handel, Produktion) zum semantischen Nichts jener Illustrationen, die statische Körper vor Bildschirmen zeigen. Die „alten" Bilder füllen die „neuen", die für sich selbst leer wären, mit der Sichtbarkeit der Beziehungen zwischen Menschen und Menschen, Menschen und Gegenständen.

Eine weitere Variante der Erinnerungsbilder basiert auf dem Klischee des männlichen homo faber als traditionellem Motor der Produktion, erweitert es aber zur maskulinen Freiheitsphantasie des selbstbestimmten nomadisierenden Geistesarbeiters. „Plug in, wherever you are" – der Industrieslogan verspricht für die techni-

schen Körperextensionen ubiquitäres Kopulieren. IBM, Microsoft und Siemens haben es verstanden, die subjektphilosophische oder anti-subjektphilosophische Mode der „Nomadologie" aus den achtziger Jahren traditionalistisch zu kodieren und als Botschaft des vagabundierenden Ein-Mann-Zentrums zu nutzen, dessen kontrollierende Intervention von überall und jederzeit stattfinden kann. Privilegierte Platzhalter der Macht wie der finnische Außenminister, der politikberatende Top-Sozialwissenschafter, der zwischen New York und Wien pendelt, oder der Boß von Hewlett Packard, dienen dabei als die „realen" Vorlagen für jene jugendlichen Xerokopien, die in Werbebildern und wohlwollenden Artikelserien für die A-Leserschicht als postmoderne Business-Nomaden von Autos, Schiffen, Zügen und Flugzeugen in Bewegung und auf Distanz gehalten werden, um ihren Willen zu disseminieren. Solche Klischees maskuliner Ermächtigung des „Arbeite mit wem, wo und wann Du willst" müssen sich allerdings auch standhaft gegen die Einsicht stemmen, daß das Senden von überall und zu jeder Zeit auch orts- und zeitunabhängiges Verfüg- und Gefügigsein bedeutet, das Männer zu Empfängern macht.

Bildhafte Erklärungen, für Experten und interessierte Dilettanten am Schnittpunkt von EU-Forschungspolitik und Industrieinteresse gemacht, gehen die Zusammenhänge hingegen auf der Ebene eines naiven Reduktionismus an, dessen Organigramme an die heimelige Bilderwelt und damit den Fortschrittspathos von Kinderlexika der siebziger Jahre erinnern, wenn dort die Geheimnisse der Telefonie, des Wetters oder der seriellen Produktion gelüftet wurden. Solche Organigramme zeigen Männer in Büros, vor dem Hintergrund einer Industrielandschaft oder auf einem Traktor sitzend, Frauen im Büro oder zu Hause als nutzenorientierte Endpunkte einer verdrahteten Apparatewelt. Geschlechtsstereotype Arbeitsteilung, fallweise die Darstellung von Tätigkeiten (wie Hausarbeit und agrarische Produktion), von denen wir auch intuitiv wissen, daß sie niemals völlig rationalisierbar sein werden, beruhigen. Füttern und gefüttert werden: Die vorgeblich reine Funktionalität dieser Skizzen beherbergt mit dem Imago des äquivalenten Informationsaustausches zwischen Kommunikationsteilnehmern und Maschine auch noch die Restvorstellung des symbolischen Tausches als Geben und Nehmen zur Herstellung von Zusammengehörigkeit und vermittelt so den Charakter der alten Maschine als Verkörperung der Wunschproduktion, wie sie in den einleitenden Sätzen des „Anti-Ödipus" kraftvoll-poetisch beschrieben wird: „Es funktioniert überall, bald rastlos, dann wieder mit Unterbrechungen. Es atmet, wärmt, ißt. Es scheißt, es fickt. Das Es (...). Die Brust ist eine Maschine zur Herstellung von Milch, und mit ihr verkoppelt die Mundmaschine. (...) In diesem Sinn ist jeder Bastler; einem jeden seine kleinen Maschinen."[18]

Allerdings, auch wenn das die unausgesprochene – oder nur in der Science Fiction ausgesprochene –, weil völlig absurde Zielfunktion vernetzter Computertechnologie ist, wird die Kommunikationsmaschine als Quellenmaschine niemals substanzielle Nahrung distribuieren. Und anders als in der Ordnung der industriellen Produktion besteht das Setting vernetzter Kommunikation auch an seinen Input/Output-Öffnungen nicht mehr aus der linearen Koppelung von Menschen an Maschinen, sondern aus multimedialen Interfaces, die weniger als Disjunktionen („entweder/oder"), denn als Konjunktionen („und") von Gleichzeitigem konfiguriert sind. Mußte gegen die Ideologie der industriellen Produktion das Unbewußte der Verknüpfung, des Fließens und Unterbrechens von Strömen freigelegt werden, so ist im zirkulären und evident selbstreferentiellen Prozeß des Kommunizierens die Selektion von Verknüpfungen selbst und das Inganghalten und Unterbrechen der Zirkulation zum manifesten Inhalt geworden. Der Inhalt der Botschaften fungiert dabei nur noch als Fassade für den imperativen Charakter des „Und" zum Aufrechterhalten der Informationsströme.



ExperTeam TeleCom: IDATE-Forschungsbericht, Brüssel 1994, S. 15

Der digitale Organismus und SoHo

Schützen uns die Erinnerungsbilder vor der Erosion des Produktionsparadigmas, indem sie auf traditionelle Sinnhorizonte referieren, so rekontextualisiert der Typus der „synergetischen Bilder" bekannte Motive zum unverhüllten Entwurf der Weltmaschine als organischer Wunschmaschine. Als dynamischer Speicher kollektiven Wissens ist sie ein Inter-Subjekt der Erkenntnis, als „backbone" und „digitales Nervensystem" ein denkender Körper, ein globaler Gesellschaftskörper, dem, wo immer die Werbebilder arbeitende Teams um die Maschine gruppieren, die menschliche Arbeitskraft als eigenschaftsloses relationales Zeichen wie „kleiner als", „größer als", „und", „oder", zugeordnet ist, während Eigenschaften in das organizistisch entworfene Beziehungsgeflecht transferiert werden. „Es" wächst, denkt und handelt.[19]

Entterritorialisierung der Arbeit heißt, so der Tenor der Bildbotschaften, daß an menschlichen Organen als Werkzeugen nur noch Augen und Hände benötigt werden, der Rest ist an die ubiquitäre Organmaschine gespendet. Weiters bezeichnet Entterritorialisierung eine Strategie der lokalen Fixierung und Repatriierung ins vormals Private, wobei sich räumlich und in der zeitlichen Flexibilisierung oder Verfügbarkeit der Arbeitenden häusliche Reproduktion und Produktion entdifferenzieren. Mit seltenem Hang zur Ironie haben die Industrie und EU-Technokraten SoHo als Abkürzung für „small office, home office" unter die Leute gebracht, das eben noch einen groben historischen Vergleich mit dem Original aushält, wie ihn die Oberflächeninformation eines digitalen Reiseführers[20] anbietet: Nachdem das große Feuer von 1666 die Bausubstanz Londons zerstört hatte, wurde Soho, das bis dahin Ackerland gewesen war, zunächst von Privilegierten besiedelt. Bald entwickelte es sich

zu einem Geschäfts- und Handelsviertel, in das Griechen, Franzosen, Italiener, Deutsche, Juden und Chinesen einwanderten. Seit dem späten 18. Jahrhundert galt Soho als Platz der Vergnügungsindustrie, des Verbrechens, der Prostitution und des Aufruhrs. Dem Botschafter Marokkos wurde am Panton Square der Kopf abgeschnitten, Karl Marx residierte am Leicester Square und in der Dean Street. Das neue SoHo ist ein transnationaler Raum, in dem das vormalige Privileg der Computernutzung nun auch von der Unterschicht bewohnt wird, ein Raum, in dem Cyber-Dissidenz sich in kraftlosen, selbstgefälligen Gesten erprobt, und in dem Opfer wie Täter der Computerkriminalität operieren, in dem Markt, Arbeit und Amüsement in Gleichzeitigkeit präsent sind. SoHo war vor der Selbstzerstörung der Industrie und der Devastierung von Stadtlandschaften der weiblich besetzte Verbannungsort häuslicher Subsistenz.

Im Sinn traditioneller Stereotype entspricht vieles in der Praxis vernetzter Computerarbeit jenen Tätigkeiten, die Frauen im Setting der kleinbürgerlichen Familie zukommt: Moderieren, Kommunizieren, Harmonisieren, Verteilen, Versorgen. Am augenfälligsten ist die Professionalisierung dieser „Unwert-Position" an den schlecht bezahlten Hausfrauen und Studenten, die als Teilzeitkräfte in Call Centers arbeiten. Mit geschätzten 60 Prozent bilden allerdings die Männer die Mehrheit in der Telearbeit, die am verbreitetsten als alternierende Tele-Heimarbeit ist. Sie stellt eine konsequente Fortsetzung und Konkretisierung der von Claudia von Werlhof und Maria Mies Anfang der achtziger Jahre konstatierten Hausfrauisierung der Arbeitsverhältnisse im anwachsenden Dienstleistungssektor dar.[21] Im semi-privatisierten elektronischen Sammeln, Schlichten, Ordnen, Aufbewahren und Verteilen werden Männer wie Frauen hausfrauisiert oder sekretarisiert, während der traditionelle Beruf der Sekretärin zunehmend Rationalisierungsmaßnahmen geopfert wird. Unter diesem Aspekt sind auch die reisenden Business-Nomaden nichts anderes als mobile elektronische Junggesellenhaushalte. Wenn Werbekampagnen vornehmlich Frauen von der Putzfrau bis zur neuen Unternehmerin ins Bild rücken[22], dann reagieren sie zielgruppenadäquat und profitorientiert auf das plumpe politische Argument mit Emanzipationsanspruch, das eine mangelnde Repräsentanz von Frauen als Internet-Usern beklagt. Frauen können aber ohne Beschwernis als öffentliche Leitfiguren für die neuen Produktionsprozesse eingesetzt werden, wenn diese insgesamt den Charakter der Passivität des Hantierens mit vorgefertigter Software annehmen, für die Hausfrauenarbeit das historische Vorbild stellt.

IBM hat ein Bild entwerfen lassen, das uns in den grönländischen Sektor von SoHo führt und eine Konvergenz der Metaphern des Organischen mit jenen der entdifferenzierten häuslichen Sphäre leistet: Gesicht und Kleidung weisen eine schwangere Frau als Inuit aus, was uns gemeinsam mit dem Gletscherbruch im Hintergrund die Botschaft des Begleittextes anschaulich macht, nach der jegliche geographische Distanz mit einem Mausklick gelöscht werden könne. Offen, weil nicht mehr von Belang bleibt die Frage, ob es sich hier um eine Konsumentin oder eine Produzentin von Informationsware handelt. Das digitale Inter-Subjekt ist politisch korrekt: Frau und Inuit wären noch bis vor kurzem als Markierungen einer „double opression" verstanden worden, während das Bild uns in der Verbindung der Signatur des ehemals

IBM-Anzeige, in: »Der Standard«, 30./31. Mai/1. Juni 1998, S. 11

Unterdrückten mit Hochtechnologie eine emanzipatorische Perspektive vermittelt. In SoHo werden rassistische und sexistische Leitdifferenzen, soziales Alter und sexuelle Orientierung nicht ignoriert, auch nicht zur „melting pot"-Phantasie des digitalen Reiseführers, sondern zur multikulturellen Hausfrauenmaschine verschmolzen. In solchen synthetischen Akten werden im Wunschbild der humanoiden Restwelt noch einmal die operativen Modi der digitalen Apparate verarbeitet, deren hervorstechendste Merkmale Variabilität und Anschlußfähigkeit sind. Auf solcher Basis fusioniert das Kunsthandwerk des digitalen Picture Processing visuelle Unterschiedlichkeit zum universellen Schönheitsideal oder zur globalen „Rasse"[23] ebenso, wie sie die Bearbeitung und Veränderung der selben Buchhaltungstabellen von Terminals in New Delhi und Wien erlaubt.

Dort, wo noch gemessen wird, läßt sich die individuelle Verdichtung von „Arbeit" in der Telearbeit nachweisen. Die schwangere Frau auf unserem Bild ist ostentativ mit mehr an Restkörper versehen als mit Händen und mit den Augen, die sich in Verbindung mit der Körperöffnung (Screen) des intersubjektiven Organismus befinden. Während die linke Hand auf der Maus die Tätigkeit der Verkoppelung mit dem Computer als Organmaschine anzeigt, weist die rechte Hand den Bauch als zweiten Ort organischen Wachstums aus. Die Achse der beiden Hände suggeriert die Verknüpfung der physischen organischen Restfabrik mit der globalen Organmaschine, die ein Mehr, einen Überschuß generiert. Die kontemplative Regungslosigkeit der Sitzenden ist gleichermaßen Kontrast zur Idee einer ursächlichen Tätigkeit wie demonstrative Metapher für Beschäftigungslosigkeit als Erzeugungsprinzip in der Informationswirtschaft.

So wenig dieser Bauch einem Leib zugehört, sondern ein letztes lokalisierbares Produktionsbehältnis darstellt, so wenig ist auch der Gletscherbruch im Hintergrund noch Abbildung von Natur. Die Plausibilität seines Daseins ist zweifach verbürgt: Durch das Versprechen, an jedem Ort der Welt telepräsent sein zu können, und durch das Potential des Inter-Subjekts, überall jeden Ort der Welt zu simulieren. Diese Möglichkeit eines Bildes im Bild akzentuiert der halbierte Rahmen, den eine der Säulen und das Geländer auf der Terrasse bilden. Wenn nichts mehr natürlicher ist als das Artifizielle und das Private mit der Produktion im rekombinanten Zeichen verschmolzen, dann bedeutet „Lebensqualität" als eine der propagierten Hauptmotivlagen für Telearbeit in Europa nichts anderes mehr als die Harmonisierung mit zweiter und dritter Natur. Irritierend bleibt die Begrenzung des rechten Bildrands. Dort wiederholt sich im Negativ die Oberflächenstruktur jener Vertikalen, die auch das Gletscherbild rechts begrenzte. Diese Andeutung eines zweiten äußeren Rahmens läßt die Frage offen, ob nicht auch das gesamte Szenario von SoHo ein Bild im Bild im Bild sein könnte. ■

Fritz BETZ studierte Soziologie in Graz und Berlin. Er arbeitet als Publizist, Kultur- und Medienwissenschafter in Wien und am Fuß der Rax.

Anmerkungen

1 Vgl. Kroker, Arthur/Weinstein, Michael A.: Datenmüll. Wien: Passagen Verlag, 1997 (Kanada 1994), S. 45-62.

2 Für eine medientheoretische Lesart vgl. Betz, Fritz: Das Schweigen des Karl Kraus – Paradoxien des Medienalltags, Pfaffenweiler: Centaurus, 1994, S. 30f.; unlängst: Žižek, Slavoj: The Spectre is Still Roaming Around. An Introduction to the 150th Anniversary Edition of the Communist Manifesto, Zagreb: Bastard Books B/9, Arkzin D.O.O., 1998.

3 Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus. Stuttgart: Reclam 1979 (orig. 1848), S. 25.

4 Kroker/Weinstein, S. 29f.

5 Dazu Žižek 1998, S. 30f.

6 Baudrillard, Jean: Der symbolische Tausch und der Tod, München: Matthes & Seitz Verlag, 1991 (frz. 1976), S. 26f.

7 Merton, Robert K.: The Role-Set: Problems in Sociological Theory, in: British Journal of Sociology, VIII, 1957, S. 106-120.

8 McLuhan, Marshall: Understanding Media: The extensions of man. New York-Toronto-London: McGraw-Hill Book Company, 1964, S. 346 f.

9 Thompson, Edward P.: Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus, in ders.: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. Jahrhunderts, Frankfurt/Main-Berlin-Wien: Ullstein 1980, S. 35-66.

10 Foucault, Michel: Disziplin, in: ders.: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1991 (franz. 1975), S. 173-292.

11 Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Berlin: Dietz Verlag, 1962 (orig. 1890), S. 192.

12 Ebenda, Dritter Band (orig. 1984), S. 828.

13 Vgl. etwa Neusüß, Christel: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Hamburg-Zürich: Rasch und Röhrig, 1985.

14 Zitiert nach Sontag, Susan: Über Fotografie, 25.-26. Tausend, Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch, 1993 (US-amerik. 1979), S. 192.

15 Ebenda, S. 64.

16 Diesen Begriff verwendet Ramon Reichert im Zusammenhang mit den Motivationsstrategien des österreichischen Arbeitsmarktservice, in ders.: Die Arbeit an sich selbst. Selbst-Management in der Betriebsdemokratie, in: Lachmayer, Herbert/Louis, Eleonora (Hrsg.): Work@Culture. Büro. Inszenierung von Arbeit. Katalog zur Ausstellung (OÖ Landesmuseum 1998), Klagenfurt: Ritter-Verlag, 1998, S. 235-241 (240).

17 Vgl. ebenda.

18 Deleuze, Gilles/Guattari, Felix: Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie. 6. Auflage, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1992 (franz. 1972), S. 7.

19 Vgl. beispielsweise die Microsoft-Anzeige „Agieren, Reagieren, Anpassen...", in: »profil« 40, 28. 9. 1998, S. 83.

20 http://www.hubcom.com/channel/soho/history.htm, 9. 10. 1998

21 Mies, Maria: Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonisierung, in: »beiträge zur feministischen theorie und praxis«. Neue Verhältnisse in Technopatria. Zukunft der Frauenarbeit. 6. Jg. (1983), Heft 9/10, S. 115-125 (119) und ursprünglich bei: v. Werlhof, Claudia: Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?, in: diess./Mies, Maria, Bennholdt-Thomsen, Veronika (Hg.): Frauen, die letzte Kolonie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1983, S. 113-136.

22 Beispielsweise die Kampagne des Providers „Netway".

23 Siehe Betz, Fritz: Aller Welt Gesicht. Das Totalitäre in der digitalen Bildverarbeitung, in: »Ästhetik und Kommunikation«, Medium Gesicht, Die faciale Gesellschaft, Heft 94/95, Jg. 25, Dez. 1996, S. 69-76.

Markt und Staat in der Globalisierung

Zur Kritik eines falschen Gegensatzes[1]

Stephan GRIGAT

Sowohl in der politischen als auch in der wissenschaftlichen Diskussion über Globalisierung hat in den letzten Jahren eine Wiederbelebung des angeblich grundsätzlichen Gegensatzes von Markt und Staat stattgefunden.

In Österreich ist das zuletzt bei der Aufregung anläßlich der geplanten Übernahme der Supermarktkette Meinl durch den deutschen Rewe-Konzern besonders deutlich geworden. Durch die Fixierung der Kritik von Gewerkschaften, linken Parteien und fortschrittlichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen auf die zerstörerische Kraft des entfesselten Marktes gerät der Staat nicht nur aus der Schußlinie der Kritik, sondern er wird zum positiven Gegenüber des Marktes erhoben. Markt und Staat werden so nicht mehr als zusammengehörige Momente der kapitalistischen Produktionsweise begriffen, die sich nicht entgegenstehen, sondern notwendigerweise ergänzen. Statt dessen werden sie zu gegensätzlichen, sich nahezu ausschließenden Ordnungsprinzipien stilisiert. Gegen solche Vorstellungen einer einfachen Dichotomie, einer simplen Trennung in Markt und Staat soll im Folgenden die Auffassung vertreten werden, daß es sich bei marktvermittelter Vergesellschaftung ebenso wie bei staatlicher Planung um zwei sich zwangsläufig komplettierende Elemente einer Gesellschaft handelt, die ihre Existenz auf die Verwertung des Werts, also die Akkumulation von Kapital, gründet. Damit wird zugleich die eindeutig positive Bezugnahme auf den Staat seitens der Interessenvertreter und -vertreterinnen der abhängig Beschäftigten in Frage gestellt.

Daraus folgt der Widerspruch, daß einerseits die positive Bezugnahme auf den Staat für fortschrittliche Politik und konsequente Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten notwendig ist, andererseits aber aus dieser Staatsfixierung, die immer auch eine Staatsverteidigung ist, für eine Perspektive, die weiterhin an einer allgemeinen Emanzipation, also einer umfassenden Befreiung der Menschen, festhält, ernsthafte Probleme erwachsen. Um diese Widersprüchlichkeit darstellen zu können, wird zunächst das prinzipielle Verhältnis von Markt und Staat in Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise angerissen, und die Veränderungen, die in diesem Verhältnis im Prozeß der Globalisierung seit den siebziger Jahren stattgefunden haben, werden kurz aufgezeigt.

Markt und Staat im Kapitalismus

Gerne wird so getan, als wäre der Markt das Kapitalistische im Kapitalismus, der Staat hingegen das tendenziell Antikapitalistische. Der Markt wird dabei meist im Sinne eines Synonyms für die ökonomische Sphäre begriffen. Der Markt ist aber selbst nur ein Teil des gesamtgesellschaftlichen Produktionsverhältnisses. Die gesamtgesellschaftliche Produktion zerfällt in eine Produktions- und eine Zirkulationssphäre. Letztere ist das, was als Markt bezeichnet wird. Daher ist auch eine Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft unsinnig, denn die Marktwirtschaft ist nichts anderes als das dem Kapitalismus notwendigerweise zugehörige Zirkulationsverhältnis.[2] Wird der Markt selbst als Wesentliches im Kapitalismus betrachtet – egal ob in affirmativer, also bejahender und verteidigender, oder in kritischer Absicht – so bleibt dadurch die Produktionssphäre, in der die eigentliche Aneignung fremder Mehrarbeit stattfindet, bereits ausgeblendet.

Die schematische Trennung in Markt und Staat ist nur ein besonderer Ausdruck der für kapitalistische Gesellschaften allgemein charakteristischen Trennung des Ökonomischen vom Politischen.[3] Der Markt ist das dem Kapitalismus eigene Modell der Zirkulation; der Staat ist das der Warenproduktion zugehörige organisierte Gewaltmonopol. Bevor der Staat über Sozialgesetzgebungen etc. eine weitgehende Integration der ihm Unterworfenen vollzieht, vollbringt er eine sehr viel ursprünglichere Integration. Er organisiert den stummen Zwang der Verhältnisse und stiftet so die Integration aller Individuen in die kapitalistische Warenproduktion. Erst durch die zwanghafte Verpflichtung aller Individuen auf Kapitalproduktivität und Staatsloyalität erhält der Souverän die Möglichkeit, jene Funktionen wahrzunehmen, die ihm dann von den Unterworfenen hoch angerechnet werden. Der nationalstaatliche Sozialstaat scheint ihnen zwar das positive Gegenprinzip zum zersetzenden Markt zu sein, in Wirklichkeit ist er aber nur dessen adäquate Organisations- und Durchsetzungsform mit historisch jeweils unterschiedlichen Ausprägungen.[4] Als Beispiel kann hier die Arbeitslosenversicherung angeführt werden, die nie die Aufgabe hatte, die Bedürfnisbefriedigung der abhängigen Individuen zu gewährleisten (auch wenn sie das subjektiv mehr oder weniger gut leistet), sondern die objektiv sowohl historisch als auch aktuell die Funktion erfüllt, die individuelle Reproduktion von Subjekten, die für gewisse Zeit aus dem Verwertungsprozeß des Kapitals herausfallen, aufrechtzuerhalten, damit sie als zukünftige Lohnarbeiter oder -arbeiterinnen weiterhin zur Verfügung stehen.

Eine ausschließlich marktförmige Reproduktion des Kapitalismus ist nicht möglich. Der Staat ist immer anwesend, da selbst der Markt letztlich staatlich mitkonstituiert wird. Gegen eine auf den Markt fixierte gesellschaftlich voraussetzungslose Kritik ist daher darauf hinzuweisen, daß im Rahmen bürgerlicher Vergesellschaftung grundsätzlich von einer politischen Regulation in ökonomischen Prozessen auszugehen ist.[5]

Der Konflikt zwischen Markt und Staat konnte nur deswegen zu einem prinzipiellen Gegensatz aufgebauscht werden, da das variable Kapital in Form der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung historisch öfter gezwungen war, seine Ansprüche über den Staat und dessen Politik geltend zu machen, als das konstante Kapital in Gestalt der Unternehmer und Unternehmerinnen. Daraus entwickelte sich das nur

scheinhafte Gegensatzpaar von Wirtschaft und Kapital auf der einen Seite und Lohnarbeit und Staat auf der anderen Seite, das aber schon deswegen verquer ist, da sowohl Lohnarbeit als auch Kapital auf den Staat angewiesen sind. In der politischen Praxis wird das daran deutlich, daß Unternehmen in der Regel auf staatliche Unterstützung in der Form von Aufträgen, Förderungen, Zuschüssen oder Nachlässen angewiesen sind. Unternehmern und Unternehmerinnen geht es also nie um eine Abschaffung der Staatstätigkeit, sondern um eine Umorientierung der Staatsaktivitäten. Entgegen den propagandistischen Verlautbarungen wollen sie nicht die Aufgabe der Staatsinterventionen, sondern lediglich einen anders gearteten Dirigismus.[6]

Materielle Grundlage der Politik

Einerseits muß der Staat permanent in das Marktgeschehen eingreifen. Andererseits kann der Staat den Markt niemals aufheben, da die kapitalistisch organisierte Wirtschaft seine materielle Grundlage liefert. Die materielle Grundlage der Politik ist der Erfolg des unter der Obhut eines Staates produzierenden Kapitals. Der Staat hat die Grundlagen zur erfolgreichen Kapitalakkumulation zu garantieren und möglichst zu verbessern. Durch die Besteuerung des produzierten Mehrwerts und der Löhne eignet sich der Staat seine materielle Grundlage an und erhält so die Möglichkeit zur Politik. Das strukturelle Problem für emanzipative Politik besteht darin, daß der Staat, sobald seine politischen Maßnahmen eine Quantität und Qualität annehmen, daß sie tatsächlich als Beitrag zu einer Emanzipation verstanden werden könnten und nicht mehr nur eine andere Verteilung des Elends bedeuten, sich tendenziell selbst seine materielle Basis entzieht. Durch emanzipative Politik werden die Möglichkeiten zur Kapitalakkumulation in der Regel eingeschränkt. Die Masse des Mehrwerts sinkt und konservative Politikerinnen und Politiker sowie Wirtschaftsführer und -führerinnen behalten unabhängig von allem ideologischen und strategischen Brimborium recht, wenn sie meinen, wo nichts ist, kann auch nichts verteilt werden. Die Durchführbarkeit sämtlicher sozialstaatlicher Maßnahmen ist also ganz grundsätzlich daran gebunden, daß der Verwertungsprozeß des Kapitals als solcher auf Dauer nicht ernsthaft gestört wird.[7]

Der Staat in der Globalisierung

Bis zur Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates wurde die Aufteilung nach Markt- und Staatsfunktionen weitgehend akzeptiert. Selbst ultraliberale Marktfanatiker und -fanatikerinnen wußten die ordnende Rolle des Staates trotz aller antietatistischen Rhetorik zu würdigen. Mit den zunehmenden Krisenerscheinungen des kapitalistischen Weltsystems seit Ende der siebziger Jahre gerät die klassische wohlfahrtsstaatliche Regulierung jedoch zusehends unter Druck. Von neoliberalen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen und von liberal-konservativen Politikern und Politikerinnen wird eine verstärkte Kampagne gegen sozial- und wohlfahrtsstaatliche Regulierung geführt, die dann häufig von sozialdemokratischen Regierungen in reale Politik des Sozialabbaus umgesetzt wird. Die Angriffe von Alt- oder Neoliberalen gegen den Sozialstaat hat es allerdings in der einen oder anderen Form schon immer gegeben. Sie alleine erklären nicht, warum sich neoliberale Konzepte gerade in den achtziger Jahren und noch verstärkt in den neunziger Jahren fast weltweit durchsetzen konnten. Das Erringen einer Vormachtstellung neoliberaler Vorstellungen im gesellschaftlichen Diskurs geht einher mit jenen Phänomenen, die unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefaßt werden. Wie bei der Internationalisierung des Kapitals ist auch bei der zunehmenden Deregulierung davon auszugehen, daß die Gründe dafür sowohl in politischen Strategien als auch in ökonomischen Zwangsläufigkeiten zu suchen sind. Globalisierung, verstanden als Internationalisierung des Kapital*verhältnisses* und weitgehende Triadisierung der Kapital*masse*, also weitgehende Fixierung des realen Kapitals auf die drei großen industrialisierten Wirtschaftsblöcke, sowie neoliberale Gesellschaftsvorstellungen sind einerseits als eine bewußte Strategie, als ein Projekt des Klassenkampfs von oben, als eine berechnende Kapitalstrategie zur Lösung der Krise des Fordismus, also der Krise des nach 1945 vorherrschenden Regulationsmodells, zu begreifen.[8] Andererseits darf aber auch die Zwangsläufigkeit in der gegenwärtigen Entwicklung, die sich aus den tatsächlichen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals ergibt, nicht unterbelichtet bleiben. Wenn sich das Kapital allgemein in der Krise befindet, die nicht nur konjunkturelle, sondern strukturelle Ausmaße annimmt, ist staatliche Politik unabhängig von den gesellschaftspolitischen Vorlieben ihrer Träger und Trägerinnen zu Maßnahmen gezwungen, wie sie seit einigen Jahren in fast allen Ländern in Form von verstärkter Deregulierung zu beobachten sind. Hat man daran etwas auszusetzen, sollte man die prinzipielle Abhängigkeit der Gesellschaft von der Verwertung des Werts kritisieren und nicht deren mehr oder weniger zwangsläufige Folgen.

Soldatische Ausbildungsübung, Berlin 1925

überhaupt stattfinden. Staatlichkeit als solche wird implizit zur anthropologischen Konstante, zur immer schon existierenden und weiterhin immer notwendigen Bedingung menschlichen Zusammenlebens stilisiert.

Verkürzte Globalisierungskritik

Natürlich ist es für eine Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten im Rahmen der alltäglichen Behauptung im Klassenstaat unausweichlich, sich auf den Staat und dessen Politik zu beziehen. Wird der Staat aber zum Fetisch, zur verinnerlichten und unhinterfragten Instanz, dann gerät die Tatsache aus dem Blick, daß jede soziale oder auch politische Errungenschaft, die im Rahmen eines Nationalstaates erkämpft wird, immer Exklusivität beinhaltet, die im Wesen des Staates prinzipiell angelegt ist. Ist man sich über die Exklusivität des nationalen Kampfes, also die Tatsache, daß politische oder soziale Fortschritte auf Nationalstaatsebene in der Regel alle nicht zu diesem Nationalstaat zählenden Menschen ausschließt, nicht zumindest bewußt, droht sowohl sozialer Reformismus als auch sozialistischer Klassenkampf in Nationalismus abzugleiten.

In einer verkürzten Globalisierungskritik sind zahlreiche Gefahren angelegt. Ebenso wie dem bösen Markt der vermeintlich gute Staat gegenübergestellt wird, gibt es die Tendenz, dem angeblich verantwortungsvollen und Arbeitsplätze schaffenden produktiven Kapital, das positiv bewertet wird, das abstrakte, wurzellose, zerstörerische und asoziale Finanzkapital gegenüberzustellen. Das Finanzkapital ist schon auf Grund der Kapitalverflechtungen nicht eindeutig personell oder institutionell lokalisierbar. Es existiert kaum Kapital, das nur in der Produktions- oder nur in der Zirkulationssphäre tätig wäre. Aber selbst wenn dem nicht so wäre, würde die Fixierung auf den vermeintlichen Moloch Finanzkapital keinen Sinn machen und vielmehr die Gefahr in sich bergen, in eine gefährliche Nähe zu populistischen Argumentationen zu geraten, die in ihrer Konsequenz strukturelle Ähnlichkeiten zur nationalsozialistischen Unterscheidung in als arisch definiertes „schaffendes Kapital“ und angeblich jüdisches „raffendes Kapital“ aufweisen.[23] Um dem von vornherein zu entgehen sind Globalisierungsprozesse ausgehend von einem Gesellschaftsverständnis zu diskutieren, das sowohl Markt und Staat als auch produktives und zirkulatives Kapital als notwendige Bestandteile kapitalistischer Warenproduktion begreift und kritisiert.

Perspektivisch muß die Diskussion zur Globalisierung über die Dichotomie von Markt und Staat hinauskommen und die gesellschaftliche Totalität ins Auge fassen. Gewerkschaften, die dazu etwas beitragen wollen, anstatt weiterhin den Mitorganisator der falschen gesellschaftlichen Totalität abzugeben, sollten sich auf ihren historisch immer wieder eingeforderten Doppelcharakter besinnen,[24] der sie nicht von vornherein darauf festlegt und beschränkt, die Sachwalter der ehrlichen Arbeit und die Apologeten des Staates zu sein. ■

Stephan GRIGAT ist Politologe. Er arbeitet als freier Autor und Wissenschaftler.

Anmerkungen

1 Leicht überarbeitete Fassung eines Beitrags für den von der Gewerkschaft der Privatangestellten initiierten und von Hans Sallmutter herausgegebenen Sammelband „Wieviel Globalisierung verträgt unser Land? Zwänge und Alternativen.“ Wien 1998.

2 Vgl. Schandl, Franz/ Schattauer, Gerhard: Kapitalismus – Versuch einer Skizze. in: Dies.: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. Wien 1996, S. 20.

3 Vgl. Jessop, Bob: Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. in: Becker, Steffen/ Sablowski, Thomas/ Schumm, Wilhelm (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Berlin – Hamburg 1997, S. 50.

4 Vgl. Krug, Uli: Der regionale Wettbewerbsstaat. Europa am Ende des Keynesianismus. In: »Bahamas«, Nr. 24, 1997, S. 13.

5 Vgl. Röttger, Bernd: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster 1997, S. 10.

6 Vgl. Schandl/ Schattauer, a. a. O., S. 21.

7 Vgl. Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin – Amsterdam 1995, S. 26.

8 Vgl. Hirsch, Joachim: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin 1998, S. 22 ff.

9 Vgl. Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1997, S. 343.

10 Vgl. ebd., S. 377.

11 Vgl. Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat, a. a. O., S. 156. Das bedeutet aber nicht, das Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus nun von irgendeiner herrschenden Clique zwecks Durchsetzung neoliberaler Politikvorstellungen bewußt forciert werden. Sie sind vielmehr Basisideologien der Warengesellschaft und als solche ebenso, wenn auch in anderer Stärke und Ausprägung, strukturelles Zubehör keynesianischer Regulation.

12 Vgl. Krug, a. a. O., S. 12 ff.

13 Vgl. Hirsch: Vom Sicherheitsstaat..., a. a. O., S. 81.

14 Vgl. exemplarisch Ebermann, Thomas/ Trampert, Rainer: Die Offenbarung der Propheten. Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft. Hamburg 1995.

15 Vgl. »Gegenstandpunkt«, Nr. 4, 1996, S. 95.

16 Vgl. Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat, a. a. O., S. 28.

17 Vgl. Initiative Sozialistisches Forum: Metaphysik der Deutschmark. 1997 o. O.

18 Der Tiger läuft frei – Kapitalismus pur? ORF 2, 26. 8. 1998.

19 Vgl. Altvater, Elmar: Geld, Globalisierung, hegemoniale Regulierung. in: Becker/ Sablowski/ Schumm, a. a. O., S. 96 ff.

20 So etwa bei Dohnanyi, Klaus v.: Im Joch des Profits? Eine deutsche Antwort auf die Globalisierung. Stuttgart 1997, S. 108 ff.

21 Vgl. Zwickel, Klaus: Streiten für Arbeit. Gewerkschaften contra Kapitalismus pur. Berlin 1998, S. 102.

22 Boxberger, Gerald/ Klimenta, Harald: Die 10 Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes. München 1998, S. 96.

23 Vgl. dazu beispielsweise Lohoff, Ernst: Geldkritik und Antisemitismus. In: »Weg und Ziel«, 56. Jg., Nr. 2, 1998, S. 26 ff.

24 Vgl. dazu Zoll, Rainer: Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie. Frankfurt/M. 1982.

Die Hintergründe der asiatischen Krise*

Martin HART-LANDSBERG

Die Diskussion über die sogenannte Finanzkrise Asiens in den Medien verzerrt eher die gegenwärtigen Vorgänge, als sie zu erhellen. Die Wahrheit ist, daß die Ursachen jener ökonomischen Krise, die nun Thailand, Malaysia und Indonesien (kurz SEA-3 genannt) und gleichermaßen Südkorea verwüstet, nicht finanzieller Natur sind. Darüber reicht die Bedeutung dessen, was gerade in diesen Ländern passiert weit über Asien hinaus, nicht zuletzt, weil sie den Bankrott der kapitalistischen Entwicklungstheorien und auch Praxis entlarvt.

Die Funktionäre des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank und die für sie arbeitenden Ökonomen haben in letzter Zeit begonnen, sich vom ökonomischen Erfolg Südkoreas zu distanzieren, weil dieser vor allem auf umfangreiche staatliche Lenkung zurückzuführen war, der des Binnenmarktes genauso wie der internationalen Aktivitäten. Diese Strategie war natürlich in unmittelbarem Widerspruch zu den Beteuerungen von IWF und Weltbank über die Segnungen der freien Marktwirtschaft. Die SEA-3-Länder Thailand, Malaysia und Indonesien übten hingegen nur geringe staatliche Kontrolle aus, waren offener gegenüber den internationalen Kräften des Marktes, vor allem den ausländischen Direktinvestitionen (ADI), und so viel näher der konventionellen Weisheit von IWF/Weltbank. Sie wurden daher von IWF und Weltbank stets als Modelle für den Erfolg des kapitalistischen Entwicklungsweges angepriesen. Unabhängig von den Unterschieden in ihren Strategien sehen sich nun jedoch alle vier Länder mit großen Problemen konfrontiert. Ihre Währungen und Börsenkurse haben im letzten Jahr die Hälfte ihres Wertes verloren, viele ihrer Banken sind insolvent; alle befinden sich in einer schrecklichen Rezession und, damit verbunden, in zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut.

Was hier passiert, ist mehr als der Zusammenbruch einiger asiatischer Volkswirtschaften; hier dekonstruiert sich ein Entwicklungsmodell, das jene beiden wichtigsten kapitalistischen Institutionen stets als Beweis für die Tugenden einer *export-orientierten freien Marktwirtschaft* hinausposaunt haben.

Obwohl der IWF stets die Wirtschaftsphilosophie der SEA-3 vertreten und verteidigt hat, und sich erst zum Kritiker aufschwang, als die Krise nicht mehr länger geleugnet werden konnte, spielt er sich nunmehr abermals als Retter auf und belehrt die SEA-3 und Südkorea über die Notwendigkeit weiterer freiwirtschaftlicher Maßnahmen, wobei er die Zusage von dringend benötigten Devisen dazu benützt, den Regierungen seine Maßnahmen aufzuzwingen. Aber diese IWF Maßnahmen werden nicht das geringste lösen. Sie werden natürlich sicherstellen, daß ausländische Kreditgeber zu ihrem Geld kommen. Aber sie werden diese Volkswirtschaften schwächer denn je und die Arbeiterschaft ärmer denn je machen. Um zu verstehen, warum dies so kommen wird, müssen wir hinter die Schlagzeilen blicken, in denen alle Schuld an den gegenwärtigen Problemen der Freunderlwirtschaft und Korruption gegeben wird, und die tatsächlichen Ursachen der Krise analysieren.

Der Ursprung der Krise

Anfang der 1980er Jahre waren die Bedingungen in Südostasien so schlecht wie überall in Afrika und Lateinamerika; ihre Exporte von Naturprodukten verloren an Wert, und sie kämpften schwer, um eine ernste Schuldenkrise zu überwinden. Um der Zahlungsunfähigkeit zu entgehen, stimmten die Regierungen von Thailand und Indonesien zu, die Strukturanpassungsprogramme des IWF durchzuführen. Diese Programme, konzipiert, um die Interessen des internationalen Kapitalismus zu fördern, verlangten eine Reduzierung des allgemeinen Lebensstandards, die Privatisierung und Deregulierung aller wirtschaftlichen Aktivitäten, vorgeblich um damit Exporte anzukurbeln und ausländische Direktinvestitionen (ADI) anzulocken, sowie die Erneuerung der existierenden ausländischen Kredite. Die Regierung von Malaysia trachtete die Einmischung des IWF abzuwenden, indem sie „freiwillig" ihr eigenes Strukturanpassungsprogramm ausführte.

Im Gegensatz zu den meisten Latinos und Afrikanern entging jedoch die Bevölkerung der SEA-3 dem Leid der Strukturanpassungsprogramme aufgrund einer für sie glücklichen internationalen Konstellation. Im September 1985 gab die japanische Regierung dem Druck der US-Regierung nach, der Japans wachsender Handelsbilanzüberschuß ein Dorn im Auge war, und wertete den Yen gegenüber dem Dollar auf. Dies bedrohte die Rentabilität der japanischen Exporte und Japans exportorientierte Wachstumsstrategie an sich. Mit Unterstützung ihrer Regierung begannen die japanischen Konzerne, ihre Produktion in großem Maßstab nach Übersee zu verlagern. Obgleich ein Großteil dieses japanischen Kapitals anfangs nach Europa und den USA floß, landete doch ein beträchtlicher Betrag in Asien, und da vor allem in den SEA-3-Staaten (denen zwischen 1985-1990 mindestens 190 Milliarden Schilling an japanischem ADI zuflossen). Diese Investitionen bedrohten die südkoreanischen und taiwanesischen Produzenten, die nun ihrerseits begannen, ihre Produktion nach Südostasien auszulagern. Dieser unerwartete Zustrom von ausländischem Investitionskapital erlaubte es Thailand, Malaysia und Indonesien (vorübergehend), ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen und dem IWF und seinen Strukturanpassungsprogrammen zu entkommen. Dank diesem von Japan eingeleiteten Regionalisierungsprozeß wurden die SEA-3 beinahe über Nacht zu wichtigen Exporteuren im Welthandel mit zahlreichen Fertigwaren.[1]

Die Produktion dieser Exporte war jedoch großteils unter Kontrolle ausländischer multinationaler Konzerne[2], und zwar großteils japanischer.[3] Aus der Sicht der USA – dem Bestimmungsort der meisten SEA-3-Exporte – schienen diese drei Länder nichts als

---

* Übersetzung: Martin POTSCHKA

Erfolgsgeschichten zu sein. Schließlich wuchsen sie rasch und dies durch den Verkauf international wettbewerbsfähiger Produkte. Aber obgleich dieses Wachstum die Armutsrate senkte und eine wachsende Mittelschicht hervorbrachte, zahlte die Mehrheit der SEA-3-Arbeiterschaft doch einen hohen Preis dafür.

Der Grund dafür lag vor allem darin, daß sich die SEA-3 in einem Prozeß der *abhängigen Industrialisierung* befanden. Dies hatte zur Folge, daß sie zwar Überschüsse im Handel mit den USA erwirtschafteten, dafür aber umso größere Defizite im Handel mit Japan (siehe Tabelle). Je schneller diese Länder zu wachsen begannen, um so größer wurden ihre Leistungsbilanzdefizite.

	Handelsbilanz 1992		**Leistungsbilanzdefizit in % des BIP**	
	mit USA	mit Japan	1993	1995
Thailand	+ 37 Mrd. öS	- 105 Mrd. öS	5,9%	8,1%
Malaysia	+ 53 Mrd. öS	- 73 Mrd. öS	4,8%	8,5%

Angesichts dieser Handelsbilanzdefizite blieben die SEA-3-Regierungen unter ständigem Druck, mehr und abermals mehr ausländische Devisen ins Land zu holen; zu versagen hätte den Zusammenbruch ihrer Volkswirtschaften bedeutet. Deshalb zerschlugen sie alle Versuche der Arbeiterschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren, deshalb holten sie Gastarbeiter ins Land, um die Löhne niedrig zu halten, und deshalb setzten sie die unvernünftig rasche Ausbeutung der Bodenschätze fort. Die vom Wirtschaftswunder erbrachten Gewinne gingen hingegen großteils an die politischen und unternehmerischen Eliten. Seit 1994 gehört Thailand zu den fünf Ländern der Welt mit den größten Wohlstandsunterschieden innerhalb der Bevölkerung.

Der Zusammenbruch des freien Marktes

Die SEA-3-Länder konnten ihre wachsenden Handelsbilanzdefizite zwischen 1986 und 1990 ausgleichen, weil ständig weiteres japanisches Direktinvestitionskapital (ADI) ins Land strömte. Doch Anfang der 1990er Jahre begann das japanische ADI in Thailand und Malaysia zu sinken, nicht etwa weil Japan Asien aufgegeben hätte, sondern weil die japanischen Konzerne ihr Interesse auf China und Vietnam richteten, Ländern mit noch geringeren Löhnen und größeren Märkten. Das japanische ADI in Asien insgesamt übertraf sogar jenes in Europa.[4]

Die Veränderung von Japans Prioritäten hinterließ in Thailand und Malaysia leere Töpfe, und die Regierungen mußten sich aggressiv um andere Devisenquellen kümmern. Sie hatten „Glück“: Die Rezession, verbunden mit niedrigen Zinsen in der entwickelten kapitalistischen Welt, ließ bei den großen Anlagefirmen und internationalen Banken gesteigertes Interesse an den „aufkeimenden“ Märkten von Südostasien entstehen. Um ja nichts dem Zufall zu überlassen, umwarben Thailand und Malaysia (wie auch Indonesien und die Philippinen) die Investoren um die Wette, indem sie auf die Kontrolle der Devisenströme verzichteten, ihren Aktien- und Anleihenmarkt für ausländische Investoren öffneten, ihre Währungen fix an den Dollar koppelten, die Zinsrate erhöhten und neue Möglichkeiten für die ausländischen Banken schufen, direkt in Dollar gezeichnete Darlehen an lokale Geschäftsleute zu vergeben. Gigantische unbeständige Kreditströme flossen auch tatsächlich in die Region, vor allem nach Thailand.[5] Die hohen Wachstumsraten der vergangenen Jahre konnten so aufrecht erhalten werden, allerdings abermals um einen hohen Preis: Thailands Auslandsverschuldung etwa wuchs von 265 Milliarden Schilling im Jahr 1989 auf 1120 Milliarden Schilling im Jahr 1996.

Man muß hinzufügen, daß IWF und Weltbank keinerlei Beschwerden über diese Entwicklungen hatten (die sehr wohl die Freunderlwirtschaft und Korruption förderte und belohnte). Zuversichtlich zogen sie die Schlußfolgerung, daß, solange diese Finanztransaktionen von privater Hand und nicht von öffentlichen Funktionären getätigt würden, das Spiel der Kräfte am Markt schon dafür sorgen würde, daß sich angemessene Schuldenpegel einstellten und die Mittel effizient genützt würden.

Wie das thailändische Beispiel zeigt, floß das geliehene Geld aber nicht in produktive Investitionen. Thailändische Finanzgesellschaften und Banken verliehen einen Großteil des Geldes an Baugesellschaften weiter. Ende 1995 gab es mehr fertige Geschäftsräume und Luxuswohnungen, als Kunden, die sich diese auch leisten konnten. Anfang 1997 waren die Hälfte der im Bausektor vergebenen Darlehen uneinbringbar. Thailändische Finanzgesellschaften und Banken begannen bei ihren Auslandskrediten in Zahlungsverzug zu geraten.

Die ausländischen Investoren wollten nun nur eines: raus aus Thailand. Ihre Sorge wuchs angesichts der Zweifel, ob die thailändische Zentralbank überhaupt genug Dollar besaß, um die Entnahmen der Investoren zum festgelegten starren Wechselkurs durchführen zu können. Diese Sorge wiederum erhielt Auftrieb durch den Umstand, daß der thailändischen Exportinitiative der Dampf ausging; die Wachstumsrate bei Exporten sank von 26 Prozent im Jahr 1995 auf 1 Prozent im Jahr 1996. Kaum begannen die Investoren – jeder schneller als der andere – ihre Aktien und Anleihen los zu werden (und damit die entsprechenden Märkte zu ruinieren), sowie ihre Dollardarlehen aufzukündigen, wurde Gewißheit, daß die Reserven der Zentralbank dafür nicht ausreichen würden. Rasch begannen nun auch die Spekulanten, sich am Fall der thailändischen Währung, des *Baht*, zu beteiligen. Die Regierung erhöhte den Eckzinssatz und verpulverte ihre Reserven, konnte aber den Dollarrausch nicht stoppen. Am 2. Juli 1997 gab die thailändische Regierung den fixen Wechselkurs auf, der Baht fiel um 18 Prozent allein an diesem einen Tag. Dieser Absturz stimulierte weitere Verkäufe und Spekulation, und drückte die einheimischen Börsen- und Wertpapierkurse, wie auch den Baht, weiter nach unten.

Während Thailand am Prüfstand stand, begannen Investoren und Spekulanten ihre Aufmerksamkeit auch den anderen Ländern der Region zuzuwenden. Indonesien, Malaysia und die Philippinen hatten sich ebenfalls auf umfangreiche Auslandsschulden eingelassen, hatten große und wachsende Leistungsbilanzdefizite erwirtschaftet, hatten ihre Währungen an den Dollar gebunden, und hatten ihren Finanzgesellschaften und Banken erlaubt, ebenfalls viel zu viele Darlehen an einen bereits überschwemmten Immobilienmarkt zu vergeben. Wie nicht anders zu erwarten, begannen Investoren und

Spekulanten, ihr Geld auch aus diesen Ländern abzuziehen. Die Börsenkurse fielen, und noch bevor der Monat Juli zu Ende war, waren der philippinischen Peso, der malaiischen Ringgit, und die indonesische Rupiah in der Spirale abwärts.

Um einen vollständigen Zusammenbruch ihrer Volkswirtschaften abzuwenden, mußten Thailand (im August 1997) und Indonesien (im Oktober 1997) den IWF um Hilfe bitten, und im Gegenzug das Strukturanpassungsprogramm des IWF akzeptieren. Malaysia, wie schon früher, verschrieb sich sein eigenes Strukturanpassungsprogramm.

Der Zusammenbruch des staatlich gelenkten Kapitalismus

Südkoreas Krise scheint zwar von den Ereignissen in Südostasien ausgelöst worden zu sein, hat aber andere Hintergründe.[6] Im Unterschied zu den SEA-3- erlebte Südkorea eine lang anhaltende Periode einheimischer Industrialisierung, bei der ADI nur eine untergeordnete wenn auch wichtige Rolle spielten. Koreas Weg war ein Gewaltmarsch unter Leitung einer Militärdiktatur, aber er hob den Lebensstandard. Dieser Erfolg beruhte großteils auf einer Wachstumsstrategie, deren Prinzipe eine staatliche Lenkung der wirtschaftlichen Angelegenheiten waren. Sie beinhalteten die Unterdrückung der Arbeiterschaft und waren darauf angewiesen, daß Japan bereit war, Technologie, Halbfertigwaren und Maschinen an Südkoreas große Konglomerate (*Chaebol*) zu verkaufen – und daß die USA bereit waren, dies alles politisch und finanziell zu unterstützen und ihren Markt für Südkoreas Exporte zur Verfügung zu stellen. Es waren divergierende Kräfte, die Koreas Wachstumsstrategie gestalteten, und die dann auch entsprechende Widersprüche hervorbrachten.[7]

Diese Wachstumsstrategie begann Ende der 1980er Jahre zusammenzubrechen – als Folge ihres eigenen Erfolges. Südkorea erzielte die ersten Handelsbilanzüberschüsse in den Jahren 1986-1989. Diese Exporterfolge bedrohten die japanischen Produzenten, die daraufhin begannen, den südkoreanischen *Chaebol* unverzichtbare Produktionsmittel vorzuenthalten. Die Überschüsse veranlaßten ferner die US-Regierung, von Südkorea eine Aufwertung ihrer Währung zu verlangen, um ihre Produkte zu verteuern. Außerdem verlangten die USA eine Öffnung des koreanischen Binnenmarktes für US-Güter und -Firmen. Nicht zuletzt gaben die Handelserfolge den südkoreanischen *Chaebols* mehr Selbstbewußtsein und Unabhängigkeit von einem schwächer werdenden Staat, und dies gestattete ihnen, ihre Profite für spekulative Zwecke statt für produktive Investitionen einzusetzen. In dieser Periode des ökonomischen „Erfolges" wuchs auch die aufgestaute Unzufriedenheit der Arbeiter, die davon noch wenig gesehen hatten. Die gewerkschaftlichen Aktivitäten explodierten und es kam zu beachtlichen Lohnerhöhungen.

Das Zusammentreffen all dieser Faktoren untergrub rasch Südkoreas Exportinitiative. Und die Situation wurde durch die wachsende Konkurrenz der in den SEA-3-Ländern stationierten japanischen Firmen noch weiter verschlimmert. Südkoreas Leistungsbilanzdefizit verdreifachte sich in nur einem Jahr und betrug 1996 300 Milliarden Schilling; im selben Jahr fielen die Profite der obersten 30 *Chaebol* um 90 Prozent.[8]

Der Staat versuchte daraufhin, die Wettbewerbsfähigkeit und die Profite der *Chaebol* zu retten, indem er die Arbeiterschaft angriff, verfehlte jedoch sein Ziel, als die Arbeiter 1996-1997 mit einem Generalstreik antworteten. Einige der größten *Chaebol* mußten schließlich 1997 den Konkurs anmelden und dies nährte Zweifel an der Stabilität anderer *Chaebol* und am südkoreanischen Bankwesen. Zu diesem Zeitpunkt hatte Südkorea eine Auslandsverschuldung von mehr als 1400 Milliarden Schilling angesammelt, schlimmer noch – von dieser Summe waren binnen Jahresfrist 880 Milliarden Schilling zur Zahlung fällig.

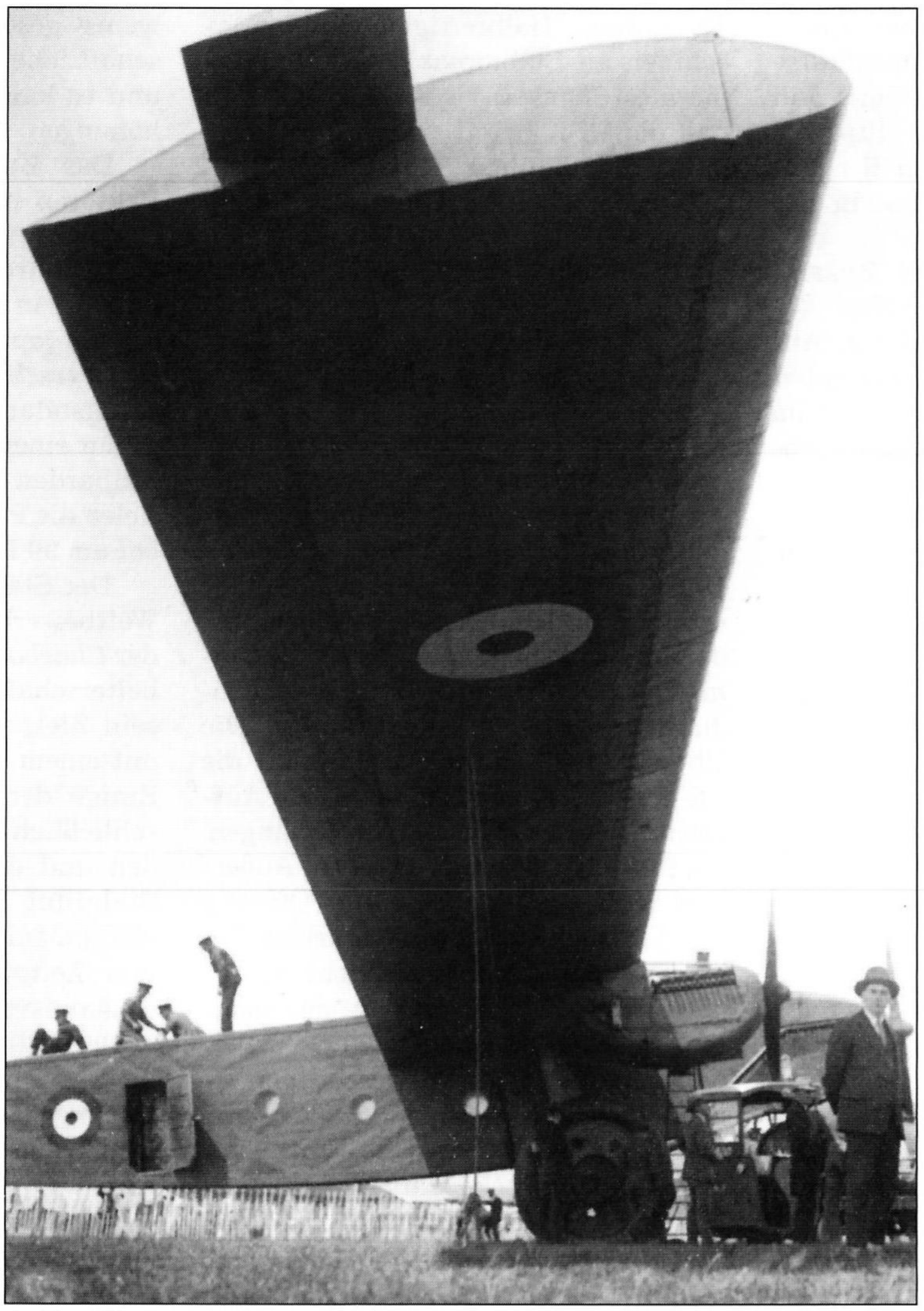
Als die Finanzkrise über Südostasien fegte, begannen ausländische Investoren sofort, auch die Kreditwürdigkeit von südkoreanischen Firmen und Banken anzuzweifeln, und ob denn die schwindenden Devisenreserven der Zentralbank ausreichen würden. Sie begannen Aktien zu verkaufen und Darlehen fällig zu stellen; Mitte November 1997 befand sich der Won (die südkoreanische Währung) in freiem Fall, und Südkorea war mit einer gravierenden Schuldenkrise konfrontiert. Widerwillig mußte die südkoreanische Regierung Anfang Dezember das IWF-Programm akzeptieren.

Obgleich die südkoreanische Erfahrung zeigt, daß die staatliche Lenkung der Wirtschaftsaktivitäten effizient sein kann, zeigt sie auch, daß staatlich gelenkte, exportorientierte Wachstumsstrategien ihre eigenen fatalen Widersprüche enthalten. Es ist vor allem notwendig zu erkennen, daß die sozialen, politischen, und ökonomischen Kosten der Industrialisierung der Mehrheit der Südkoreaner einen außerordentlich hohen Preis abverlangte, und dies selbst in Zeiten, als das Land hohe Wirtschaftswachstumsraten erzielte.

Modellflugzeug-Verein der königlichen Luftwaffe, England 1928

Die Lehren aus der Krise

Malaysias Premierminister Mahathir war rasch bei der Hand, die Schuld an der Krise den westlichen Spekulanten zuzuschreiben und er forderte strengere Kontrollen der Kapitalzirkulation (*Tobin Steuer*). Zweifellos haben Spekulanten eine entscheidende Rolle dabei gespielt, die Währungen in den Keller zu treiben und zweifellos sind Kapitalkontrollen nützlich. Aber sie greifen zu kurz. Denn die Chronologie der Ereignisse macht deutlich, daß Mahathir das Wesentlichste übersah. Die Wurzel der Krise liegt im Charakter der asiatischen Wachstumsstrategie selbst. Die südasiatischen Regierungen entschieden aus eigenen Stücken, die Finanzmärkte zu öffnen und auf Kontrollen zu verzichten, denn sie benötigten Mittel, um ihr wachsendes Leistungsbilanzdefizit auszugleichen. Diese Defizite aber waren großteils durch die *Dependenz* ihrer Exportindustrie bedingt (und zusätzlich durch die Konsumbedürfnisse der Reichen).



Inflexible, 1928

Diese Handelsprobleme wurden umso schlimmer, als immer mehr Länder Asiens versuchten, dieselben Grundgüter zu exportieren: petrochemische Produkte, Konsumgüter, Autos und Computerchips. Dieser Wettbewerb zwang China 1994 und Japan 1995, ihre Währungen abzuwerten, was den SEA-3 und Südkorea schadete. Schlimmer noch – die regionale Überproduktion führte 1996 zu fallenden Exportpreisen und noch stärker fallenden Wachstumsraten (für Thailand, Malaysia, die Philippinen und Südkorea).

Kurz gesagt, in Wahrheit kann die exportorientierte Wachstumsstrategie der Vergangenheit kein nachhaltiges nationales Wachstum mehr garantieren, egal ob mit oder ohne Kontrollen der Kapitalzirkulation.

Wie schon gesagt, gibt der IWF die Schuld an der asiatischen Krise der Freunderlwirtschaft und Korruption und behauptet, daß ein freier Markt und tatsächlich unabhängige öffentliche Kontrollbehörden (Schlagwort Demokratiedefizit) die Banken daran gehindert hätte, rücksichtslos Geld an befreundete, aber schlecht geführte Firmen für völlig undurchdachte Bautätigkeit und Investitionen zu vergeben. Obgleich Freunderlwirtschaft und Korruption tatsächlich ein ernstes Problem sind, zeigen die Ereignisse, daß die Krise in wesentlich entscheidenderem Maß auf das Konto der von den Regierungen eingeleiteten Deregulierung des Finanz- und Produktionssektors geht (die dann noch zusätzlich Freunderlwirtschaft und Korruption ermunterte). *Außerdem liegen die Ursachen in Asiens Strukturen der Produktion und nicht am Finanzwesen.*

Noch wichtiger ist es zu erkennen, daß die Strukturanpassungsprogramme des IWF nichts dazu beitragen werden, die asiatische Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln.

Die asiatischen Regierungen stellten fest, daß sie nicht genug Devisen besaßen, um es ihren Konzernen und Banken zu ermöglichen, die ausländischen Gläubiger zu bezahlen. Der IWF war bestrebt, daß die asiatischen Eliten nicht zahlungsunfähig wurden, und bot deshalb Notkredite an. Als Gegenleistung dafür und für die Aussicht, mehr Kredite zu erhalten, akzeptierten die Regierungen von Thailand, Indonesien und Südkorea die Strukturanpassungsprogramme des IWF, deren einziges Ziel es ist, daß sich die Zielländer noch mehr als bisher für die internationale Geschäftswelt öffnen, und daß ihre einzige und oberste Priorität zu sein hat, genug Devisen zu erwirtschaften, um die internationalen Schulden begleichen zu können.

Angeblicher Zweck dieser Programme ist, die internationalen Geldverleiher zu ermutigen, neue Kredite zu vergeben, wodurch eine längere Rezession/Depression und soziales Chaos vermieden und die herrschenden Regime stabilisiert würden. Die Strukturanpassungsprogramme des IWF verpflichten deshalb die Regierungen

- zu einer Hochzinspolitik (um Mittel ins Land zu holen und die Wechselkurse zu verteidigen);
- zu einer Kürzung der Ausgaben und Wachstumsverzicht (um die Einkommen und damit die Importe zu reduzieren);
- dazu, Sozialleistungen einzustellen, Arbeitsrechte auszuhöhlen und Gewerkschaften zu schwächen (um die Lohnkosten zu senken und dadurch Exporte anzukurbeln);
- und zur Privatisierung, Steuersenkung, weiterer Deregulierung und völliger Gleichstellung ausländischer Eigentümer mit Inländern (um Auslandsinvestitionen anzulocken).

Wie wir gesehen haben, ist die gegenwärtige Krise das Ergebnis einer

sich vom Ausland abhängig machenden Exportstrategie. Statt jedoch auf eine radikal andere Wirtschaftsstrategie umzuschwenken, besteht der IWF nur auf einer noch größeren Abhängigkeit dieser Länder von Exporten und ausländischen Konzernen. Im Zuge dieses Prozesses werden die Einkommen sinken und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung untergraben werden.

Zusätzlich wird diese „Lösung" weltweit die Handelsbilanzen noch unausgewogener machen und Reaktionen provozieren, die die Weltwirtschaft unausweichlich näher an eine krisenhafte Überproduktion führen.

Die Geschichte zeigt, daß der „Neoliberalismus" des IWF nicht funktioniert, außer vielleicht vordergründig im Sinne einer Verteidigung kapitalistischer Interessen. Doch auch alternative kapitalistische Strategien, wie zum Beispiel jene, denen Südkorea gefolgt ist, haben versagt und waren aufgrund ihrer eigenen inneren Widersprüche den Herausforderungen nicht (mehr) gewachsen.

Es ist also höchste Zeit für kühne Gedanken über institutionelle und strukturelle Reformen, die nötig sein werden, um demokratischere und mehr auf Binnenmärkte orientierte Wirtschaftsstrukturen zu schaffen, die auch die öffentlichen Bedürfnisse berücksichtigen, und die mit anderen Volkswirtschaftsräumen durch fair verhandelte Handelsabkommen verbunden sind.

Den Arbeitern in Asien stehen zweifellos harte Zeiten bevor. In Japan steigt die Arbeitslosigkeit, die Löhne fallen und Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, alles als Folge der Regionalisierungsstrategie des japanischen Kapitals (seinerseits Folge des Wirtschaftskrieges zwischen Japan und den USA). In Thailand, Malaysia und Indonesien nimmt die Armut ebenfalls zu, und zwar als Folge ihrer Eingliederung in das regionale Akkumulationsmodell, das mittels japanischer Investitionen geformt wird. Auch die Arbeiter Südkoreas sind mit denselben Problemen konfrontiert, denn auch Südkoreas Wachstumsstrategie ist dependent und unterliegt dem Druck der Regionalisierung. Allmählich organisiert sich jedoch Widerstand gegen die Krise und die IWF-Strategie, die der Arbeiterschaft alle Kosten aufbürdet. Die IWF-Auflagen, zum Beispiel, die in Indonesien die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben haben, haben damit entscheidend zur Rebellion und zum Sturz Suhartos beigetragen. Und sie haben im Juli 1998 zu einem Generalstreik in Korea geführt. Auch die Voraussetzungen, eine regionale Solidarität zu organisieren, scheinen gegeben.

Es besteht daher kein Grund, das Vertrauen zu verlieren, daß zum Kapitalismus Alternativen existieren, und daß wir gemeinsam in der Lage sind, etwas viel besseres zu schaffen. Wir müssen jedoch in unserem Denken die Hoffnungen auf jede Form von Staatskapitalismus und auf exportorientierte Wachstumsstrategien überwinden, etwa indem wir die Debatten und Kämpfe, die zur Zeit in Asien stattfinden, verfolgen, unterstützen, und von ihnen lernen. ■

Martin HART-LANDSBERG ist Professor für Ökonomie am Lewis and Clark College in Portland, Oregon USA. Der Essay beruht auf einem Vortrag, den er im November 1997 am People's Summit on APEC in Vancouver, Canada, gehalten hat und der vom Autor für »Weg und Ziel« überarbeitet wurde (eine davon abweichende Textfassung wurde in der Zeitschrift »Against the Current« Heft 73 veröffentlicht). Vor kurzem erschien sein Buch *Korea: Division, Reunification and US Foreign Policy*, New York, Monthly Review Press (1998).

Anmerkungen

1 Martin Hart-Landsberg / Paul Burkett, Contradictions of Capitalist Industrialization in East Asia: A Critique of „Flying Geese„ Theories of Development, »Economic Geography« 74(2) (1998).

2 In Malaysia betrug Ende der 1980er Jahre der Anteil an den Exporten, die von Firmen unter ausländischer Kontrolle stammten: 99 Prozent bei Elektronik, 90 Prozent bei Maschinen und elektrischen Geräten, über 80 Prozent bei Gummiprodukten und 75 Prozent bei Textil- und Bekleidungswaren. [Mitchell Bernard / John Ravenhill, Beyond Product Cycles and Flying Geese: Regionalization, Hierarchy, and the Industrialization of East Asia, »World Politics« 47(2) (1995): 196.]

3 Der japanische Aktienanteil am ADI des Fertigungssektors betrug 1992 73 Prozent in Malaysia und 68 Prozent in Thailand. 1994 waren rund 7 Prozent aller thailändischen Fabriksarbeiter von japanischen Firmen angestellt. Der Matsushita Elektrikkonzern alleine hatte in Malaysia einen Anteil von 4-5 Prozent am BIP. [Chai Siow Yue, Foreign Direct Investment in ASEAN Economies, »Asian Development Review« 11(1) (1993): 84; Walter Hatch / Kozo Yamamura, Asia in Japan's Embrace, Cambridge, UK: Cambridge University Press (1996), S. 11.]

4 Das Investitionsvolumen Japans in Thailand sank von 30 Milliarden Schilling im Jahre 1990 auf 7 Milliarden Schilling im Jahre 1993, doch Asiens Gesamtbedeutung stieg. Im Jahr 1994 betrug das japanische ADI: 220 Milliarden Schilling in den USA (davon nur 60 Milliarden Schilling im Produktionssektor), 122 Milliarden Schilling in Asien (davon mit 66 Milliarden Schilling sogar mehr im Produktionssektor als in den USA), und 78 Milliarden Schilling in Europa (früher an zweiter Stelle). [Edith Terry, An East Asian Paradigm?, »Atlantic Economic Journal« 24(3) (1996): 189-90.]

5 Die Portfolioinvestitionen (also der Ankauf von thailändischen Aktien und Wertpapieren, vor allem durch US Versicherungs- und Pensionsfonds) stiegen netto von jährlich durchschnittlich 8 Milliarden Schilling im Zeitraum 1985-1989 auf 70 Milliarden Schilling im Jahre 1993, und noch mehr in den folgenden Jahren. Noch viel umfangreichere Geldsummen wurden durch die Bangkok International Banking Facility ins Land geholt, die 1993 gegründet wurde. Sie ermöglichte es thailändischen Finanzierungsgesellschaften und Banken in nur drei Jahren nicht weniger als 630 Milliarden Schilling von ausländischen (meist japanischen) Banken in Bangkok zu leihen. [Walden Bello, Addicted to Capital: The Ten Year High and Present Day Withdrawal Trauma of Southeast Asia's Economies, »Focus-On-Trade« (Focus on the Global South, Bangkok, Thailand) Heft 20 (1997).]

6 Eine ausführlichere Analyse der koreanischen Situation findet sich im Artikel von Brenner et al., Die Reichsreform des IWF in Ostasien, »Weg und Ziel«, Heft 5/1998.

7 Martin Hart-Landsberg, Rush to Development: Economic Change and Political Struggle in South Korea, New York: Monthly Review Press (1993).

8 Darren McDermott / Michael Schuman, South Korea Economy Feels the Pressure, »Wall Street Journal« November 3 (1997): A18.

Herr Geier

Paul LAFARGUE

Das Finden einer Wohnung oder von Örtlichkeiten und Lokalen zur Unterbringung von Gewerbe und Handel wird in den Großstädten immer teurer; um sich jedoch seinen Lebensunterhalt zu verdienen, muß man – koste es, was es wolle – in den Städten wohnen, in denen sich der Handel und das Gewerbe konzentrieren.

Herr Geier besitzt ein Monopol: er gebraucht es und mißbraucht es. Der Grund und Boden der Städte ist keineswegs elastisch; er kann sich nicht in dem Maße ausdehnen, wie die Bevölkerung, Handel und Gewerbe wachsen; man kann den Boden nicht mit zunehmender Nachfrage vervielfältigen, wie es bei industriellen und Agrarprodukten der Fall ist. Herr Geier kann sich also ohne jedes Risiko das Recht, in den Städten zu wohnen, zu arbeiten und Handel zu treiben, immer teurer bezahlen lassen; und die Bürger ohne Eigentum müssen sich folgsam seinen Bedingungen unterwerfen. Er ist ein Despot, dem keiner widersteht.

Das Monopol des Herrn Geier

Warum ist Herr Geier so mächtig?

Die Politiker und Historiker wiederholen seit einem Jahrhundert ohne Unterlaß, daß die Revolution von 1789 den Menschen befreit hat, während sie in Wirklichkeit Herrn Geier neue Methoden zur Unterdrückung der Bürger ohne Eigentum verschafft hat, aus denen die Mehrheit der Nation besteht. Während die Philosophen, die Philanthropen, die Rhetoriker und Demagogen der Revolution das Land mit ihren Deklamationen über Freiheit, Gleichheit, die Menschenrechte und andere Späße für große Kinder betäubten, schmiedeten die Besitzenden und die Rechtsgelehrten in aller Stille das Recht auf Besitz; sie befreiten den Grundbesitz von der feudalen Sklaverei, die das Recht auf Besitz einschränkte; sie konsolidierten und erweiterten das Monopol des Herrn Geier.

Wenn man die Ursachen für die Ungerechtigkeiten, die Übelstände und die Ausbeutung in der kapitalistischen Gesellschaft finden will, so muß man zur Revolution von 1789 zurückgehen, welche dem Bürgertum zur gesellschaftlichen Diktatur verholfen hat.

Der aus der Revolution hervorgegangene Code Civil verleiht Herrn Geier das absolute Eigentum an Grund und Boden sowie dem Raum darüber und darunter, welches ihm das Feudalrecht nicht zugestanden hat. Der Artikel 552 lautet folgendermaßen:

„Das Grundeigentum schließt das Eigentum des Raumes über dem Boden und darunter ein.

Der Eigentümer kann darüber alle ihm erforderlich erscheinenden Bauten und Konstruktionen errichten lassen.

Er kann darunter alle Konstruktionen und Grabungen durchführen, die ihm angebracht erscheinen, und er hat Anspruch auf alle Produkte, die bei diesen Grabungen zutage gefördert werden."

Das Feudalrecht hatte das Gewohnheitsrecht übernommen und daher die Quantität und die Qualität der Anlagen festgelegt, welche der Besitzer errichten konnte; ihm wurde nur das Recht auf die Oberfläche des Bodens und die sich daraus ergebenden Ernten zugestanden; und auch dieser Besitz war nicht absolut, denn er (der Besitzer, A.D.) war verpflichtet, nach der Getreideernte, die für einen bestimmten Zeitraum angesetzt war, seinen Grund und Boden den Gemeindebewohnern zu überlassen, welche dort ihre Tiere weiden ließen.

Der Untergrund war im Feudalrecht Gemeindeeigentum; die Erträge der Bodenschätze, die man darin entdeckte, verblieben zuerst den Einwohnern, dann dem König. (...)

Herrn Geier kümmert es wenig, unter welchen Bedingungen seine Mieter leben und arbeiten, es kümmert ihn wenig, ob sie an der Tuberkulose oder dem Typhus zugrunde gehen oder ob ihre Wohnungen zu Ausbreitungsherden von Epidemien werden; er macht sich nur Sorgen um seine Mieten und denkt nur daran, wie er sie weiter erhöhen kann.

Die Stadtbewohner sind der fruchtbare Dünger, der die Bodenpreise in die Höhe schießen läßt, die in Paris die sagenhafte Summe von 200, 500 oder 1.000 und noch mehr Francs pro Quadratmeter erreichen. Die Arbeiter zahlen, im sechsten Stock, direkt unter den Dächern, 150 bis 200 Francs für Mansardenwohnungen, die im Sommer Schmelzöfen und im Winter Eiskeller sind. (...)

Paul Lafargue (1842-1911) ist weithin nur als jener Schwiegersohn von Karl Marx bekannt, der das „Recht auf Faulheit" proklamierte. Hier fehlt leider der Platz, die vielen Facetten seiner Persönlichkeit darzustellen. Interessierte LeserInnen müssen daher auf die von Leslie Derfler (Paul Lafargue and the Founding of French Marxisme 1842-1882, Cambridge/London 1991; Paul Lafargue and the Flowering of French Socialisme 1882-1911, London 1998) und Fritz Keller (In: Paul Lafargue: Geschlechterverhältnisse, Hamburg 1995) verfaßten Biographien verwiesen werden.

In den Jahren bevor er und seine Gattin Laura freiwillig ihrem Leben ein Ende setzten, engagierte sich der Begründer des marxistischen Flügels der französischen Arbeiterbewegung in Kampagnen für die „Kommunalisierung" verschiedenster Einrichtungen. Im vorliegenden Text, der erstmals auszugsweise von Anni DONNINGER übersetzt auf Deutsch erscheint, geht es um die Kommunalisierung des Wohnbaus. In Zeiten, in denen sogar die Gemeinde Wien unter dem verschämten Titel „Ausgliederung" die Privatisierung ebensolcher gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen betreibt, ist der vorliegende Text mehr als ein historisches Dokument: eine aktuelle Erinnerung an jene Motive, die einstmals die Sozialdemokraten veranlaßten, verschiedene Wirtschaftsbereiche den Klauen des Profitgeiers zu entreißen.

Fritz KELLER

Seit einem Jahrhundert regiert die Bourgeoisie; seit einem Jahrhundert läßt sie durch ihre Abgeordneten die Gesetze machen und sie durch die von ihr bezahlten Beamten ausführen, und es hat sich weder eine Regierung noch ein Staatsmann gefunden, der versucht hätte, dem Monopol des Herrn Geier Zügel anzulegen. Man hätte von ihnen gar keine revolutionären Maßnahmen erwartet, es hätte schon genügt, wenn sie ihn auf die gleiche Weise behandelt hätten wie die Fleischer, die Bäcker und die Geldverleiher. Man regelt den Preis von Fleisch und Brot im Interesse der Bürger; man regelt die Zinsen auf das Geld im Interesse des Handels und des Gewerbes.

Warum regelt man nicht die Mieteinnahmen des Herrn Geier im Interesse der Bürger, des Handels und des Gewerbes?

Die Privilegien des Herrn Geier

Herr Geier ist ein Feind des Volkes, der ohne Unterschied die Bürger aller Klassen ausbeutet und übervorteilt.

Die Sozialistische Partei, die es sich zum höchsten Ziel ihrer Bemühungen gesetzt hat, die öffentliche Macht zu erobern, um das persönliche Eigentum in ein soziales Eigentum umzuwandeln, ist die einzige Partei, die imstande wäre, seine Majestät Herrn Geier anzugreifen. Sie weiß, daß sie, indem sie gesetzliche Beschränkungen des ungerechten und unterdrückenden Monopols des städtischen Besitzrechts verlangt, ihre Pflicht als Verteidigerin der Ausgebeuteten und als Anklägerin der gesellschaftlichen Privilegien erfüllt. Herr Geier, der Privilegierteste unter den Privilegierten der bürgerlichen Klasse, gebraucht und mißbraucht Freiheiten und Rechte, die kein anderer Kapitalist besitzt.

König Geier steht über den Gesetzen: er tritt jene Gewohnheitsrechte und Gesetze mit Füßen, denen sich seine bürgerlichen und kapitalistischen Kollegen unterwerfen müssen.

Das Gewohnheitsrecht und das Gesetz verlangen, daß jeder beliebige, zum Verkauf ausgeschriebene Gegenstand jeder beliebigen Person ausgehändigt wird, die sich erbötig macht, den geforderten Preis zu bezahlen: ob dieser Käufer Arbeiter oder Arbeitgeber ist, in Lumpen daherkommt oder verkleidet als Zirkusreiter, wie das bei federbuschgeschmückten Generälen der Fall sein mag; wenn er einen Laden oder ein Kaffeehaus betritt, muß ihm der Händler oder der Kaffeehausbesitzer die Ware oder die Konsumation aushändigen, die er verlangt und für die er den festgesetzten Preis zu zahlen bereit ist.

Herr Geier erkennt dieses Gewohnheitsrecht und dieses Gesetz nicht an. Ein Bürger, der eine von ihm zur Vermietung angebotene Wohnung aufgesucht, den dafür geforderten Preis akzeptiert und dem Concierge die übliche Einstandszahlung bezahlt hat, kann diese nicht etwa in Besitz nehmen; bevor Herr Geier ihm die Ehre erweist, ihn als seinen Mieter anzuerkennen, muß er erst eine Untersuchung bezüglich seiner Familie, seiner Haustiere, seiner Besucher und seiner politischen Überzeugungen in die Wege leiten. (...)

Letzten Winter wurde ein Stuhlmacher vor die Tür des Hauses gesetzt, das er bewohnte, nicht etwa, weil er die Miete nicht bezahlt hatte, sondern weil er fünf Kinder hatte und seine Frau kurz davor stand, einem sechsten das Leben zu schenken. Der arme Teufel wanderte durch die Straßen, seine Möbel auf einen Karren geladen, um ein Nachtlager für seine Familie (wörtlich: Brut) zu finden; alle Unterkünfte wurden ihm verweigert, sobald man seiner fünf Kinder ansichtig wurde; er mußte schließlich unter einer Brücke Zuflucht nehmen, wo seine Frau vorzeitig niederkam.

Herr Geier veranlaßt nicht nur Nachforschungen nach den Meinungen, dem Betragen und dem Umgang der Familie eines Bürgers, der den Wunsch geäußert hat, bei ihm eine Wohnung oder Unterkunft zu mieten; bevor er dieses Ansuchen auch nur zur Kenntnis nimmt, schickt er seinen Zerberus oder seinen Verwalter zu dem früheren Mietherrn, um sich darüber zu informieren, ob der Antragsteller ein guter Mieter ist, ob er stets auf Heller und Pfennig bezahlt, und zwar zum festgesetzten Zeitpunkt, vor Mittag, und um zu überprüfen, ob die Möbel, die jener besitzt, von ausreichender Quantität und Qualität sind. Und das alles reicht noch lange nicht aus, um dem Antragsteller zu gestatten, sich in der Wohnung häuslich einzurichten; Herr Geier verlangt die Miete eines Viertel- oder halben Jahres im Voraus, je nach der Größe der Unterkunft: denn er kann nicht die geringste Verzögerung bei der Bezahlung seiner Mieten dulden; und selbst der beste Mieter kann einmal knapp bei Kasse sein und nicht am festgesetzten Tag und zur festgesetzten Stunde zahlen, sei es, wenn er Ladenbesitzer oder Gewerbetreibender ist, weil einige seiner Kunden im Zahlungsrückstand sind; oder, wenn er Arbeiter ist, weil er in letzter Zeit ohne Beschäftigung war. Herr Geier befaßt sich nicht mit solchen Fragen.

Die Vorauszahlung einer Ware zu verlangen, das ist in keinem Geschäft, in keinem Gewerbe üblich: das Gesetz verbietet dem Pfandleiher, im Voraus die Zinsen auf die geliehene Summe entgegenzunehmen; aber dieses Gesetz existiert nicht für Herrn Geier. Der Arbeiter muß seine Ware, das heißt seine Arbeit, eine Woche oder einen Monat lang liefern, bevor er den Lohn erhält, der der Preis für seine Arbeit ist. Der Hotelier oder Zimmervermieter verlangt die Bezahlung des möblierten Zimmers erst dann, wenn der Mieter wieder auszieht, sofern es sich nur um zwei oder drei Tage handelt, oder am Ende von ein oder zwei Wochen, wenn der Aufenthalt länger dauert. Herr Geier ist der einzige, der dieses allgemeine Gewohnheitsrecht verletzt.

Diese despotische Forderung garantiert ihm die vollkommene Sicherheit für seine Mieten.

Welcher Gewerbetreibende oder Kaufmann hätte je die Kühnheit besessen, sich jene Privilegien anzumaßen, die man als „autonom“ bezeichnen könnte, um sie von den gesetzlich festgelegten Privilegien zu unterscheiden? Zum Beispiel kann ein Schneider oder ein Händler, der einem Kunden ein Kleidungs- oder Möbelstück auf Kredit geliefert hat, ihm dieses, wenn er nicht zahlt, nicht wieder wegnehmen, indem er es einfach beschlagnahmen läßt; er muß vielmehr den Gerichtsweg beschreiten, um seine Bezahlung zu erhalten; und das Gericht gewährt dem Schuldner immer gewisse Fristen oder Erleichterungen für die Bezahlung seiner Schuld. Herr Geier geht keinen solchen Umweg; er beantragt beim Friedensrichter einen „Vollstreckungsbefehl“, den dieser niemals verweigert, und er verjagt und enteignet den Mieter, der nicht fristgerecht am festgesetzten Tag und zur festgesetzten Stunde bezahlt hat. Wer hat ihm das Recht dazu gegeben?

Der Händler muß, um die Bezahlung einer gelieferten Ware durchzusetzen, ein Gerichtsurteil erwirken, das ihn berechtigt, die Löhne, Pensionen oder sonstigen Einkünfte des Schuldners pfänden oder sein Mobiliar verkaufen zu lassen. Herr Geier hingegen beschlagnahmt und versteigert die Möbel des Mieters, ohne einen Gerichtsbeschluß zu erwirken. Dieses schnelle und rücksichtslose Vorgehen zwingt zu

einem Verkauf zu den schlechtesten Bedingungen und verursacht zusätzliche Kosten, die die Gesamtschuld wesentlich erhöhen. (...)

Das Gesetz hat Herrn Geier skandalöse Privilegien eingeräumt: das Gesetz verordnet, daß er vor allen anderen bezahlt werden muß. Ein Händler, bewaffnet mit einer Verfügung gegen seinen mit der Zahlung im Rückstand befindlichen Kunden, erscheint in dessen Domizil, um das Mobiliar beschlagnahmen und verkaufen zu lassen; – „Nichts da!", ruft ihm das Raubtier zu, „Euer Schuldner schuldet mir seine Miete, und meine Forderung kommt vor der Euren. Verkauft alles bis auf das letzte Hemd, das er am Leibe trägt und das Ihr nicht anrühren dürft, aber ich bin der erste, der das Geld einstreift; der Rest verbleibt Euch, wenn es überhaupt einen Rest gibt."

Die Gewinne des Herrn Geier

Herr Geier hat sich mit zahlreichen Privilegien bewaffnet, um seine Mieten aufs schnellste einzuheben, ohne dabei auch nur einen Centime zu verlieren oder auszugeben: Sein Monopol erlaubt es ihm, aus allen Veränderungen, die in einer Stadt vor sich gehen, Gewinn zu ziehen, indem er ständig den Preis der Grundstücke und den Betrag der Mieten erhöht – Verschönerungen der Straßen und Boulevards, Vermehrung der Transportmittel, Entwicklung von Gewerbe und Handel, Zunahme der Bevölkerung.

Die überhöhten Mieten, die von Herrn Geier eingehoben werden, sind Abgaben, die er aus eigener Machtvollkommenheit seinen Mitbürgern, die keine Eigentümer sind, vorschreibt: Sie sind drückender, belastender und räuberischer als der Zehent und die alte Salzsteuer, die den Zorn und die Brandreden der wütenden bürgerlichen Revolutionäre von 1789 entflammten.

Der Mieter ist die vogelfreie Beute, die Herrn Geier auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist; er dreht sie hin und wieder her, um besser ihr Blut trinken zu können.

Ist es einem Ladeninhaber gelungen, sein Geschäft durch kostspielige Reklame und durch Schaufenster, die den Blick der Passanten auf sich ziehen, in Schwung zu bringen, so erscheint Herr Geier, kaum daß der Mietvertrag ausgelaufen ist, und gratuliert ihm in ironischem Ton zu den guten Geschäften und den Gewinnen, die er macht; es sei nur recht und billig, daß auch er, Herr Geier, seinen Teil daran verlange, da das Lokal, das er ihm vermietet hat, zu seinem Wohlstand beigetragen habe; und um ihn für den kommerziellen Mehrwert zu belohnen, den er seinem Miethaus verschafft hat, erhöht er ihm die Miete. Wenn der Händler protestiert, so antwortet er ihm grob: „Ihr könnt es nehmen oder sein lassen, die Kunden kennen den Weg zu meinem Haus; und ich habe bereits einen Händler an der Hand, der gerne bereit ist, an Eure Stelle zu treten."

Wenn ein reicher Mann auf eigene Kosten in der Wohnung, die ihm gefällt, Änderungen und Reparaturen vornimmt, um sie nach seinem Geschmack und zu seiner Bequemlichkeit einzurichten, stattet ihm Herr Geier munter einen Besuch ab, betrachtet voll Entzücken die veränderten Räumlichkeiten und sagt ihm lächelnd: „Die Wohnung ist hübsch, ganz reizend; ich war mir ihrer Lieblichkeit gar nicht bewußt, sonst hätte ich sie nicht zu diesem Preis hergegeben; ich erhöhe Euch die Miete um 25 Prozent." Um seine Ausgaben nicht umsonst gemacht zu haben, ist der Mieter gezwungen, sich das Blut aussaugen zu lassen.

Ein Gewerbetreibender errichtet eine Werkstatt in einem wenig belebten Viertel, wo die Mieten niedrig sind und der Wert der Grundstücke gering ist; er hat Erfolg, er nimmt weitere Arbeiter auf, die, um es nicht weit zur Arbeit zu haben, sich in der Umgebung niederlassen; ihnen folgen die Gemischtwarenhändler, Obsthändler und andere, die den Arbeitern lebensnotwendige Dinge liefern; man errichtet neue Gebäude, das einstmals verlassene Viertel zählt immer mehr Einwohner; und sofort erhöht Herr Geier den Preis der Grundstücke und der Mieten. Auf diese Weise bestraft er den Gewerbetreibenden, die Arbeiter und die Ladeninhaber, die den Wert seiner vorher unbesetzten Grundstücke und seiner unbewohnten Häuser vermehrt haben.

Aus allem schlägt Herr Geier Gewinn: Die Untergrundbahn ist für ihn ein wahrer Segen geworden. Die Schnelligkeit und der mäßige Preis der Beförderung und die rasche und ständige Abfolge der Züge haben die überfüllten Stadtzentren entlastet und haben es den Arbeitern erlaubt, sich von ihren Werkstätten zu entfernen und weiter draußen ein wenig Luft, Lebensraum und weniger kostspielige Mieten zu suchen; aber wohin auch immer sie sich begeben, stoßen sie auf Herrn Geier, der immer höhere Ansprüche stellt, je zahlreicher sie werden, und zuletzt zahlen sie für ihre neuen Unterkünfte nicht weniger als für die, die sie verlassen haben. (...)

Die gigantischsten Reichtümer hat Herr Geier in Paris und seinen Vorstädten angehäuft; aber auch in Marseille, Lyon, Roubaix usw. hat er Millionen verdient.

Die Politik hat sich in Paris als Lieferantin großer Wohltaten, legaler sowie illegaler, für Herrn Geier erwiesen. Das Empire hatte, um die Aufstände und Revolten zu vermeiden, die die Zweite Republik von 48 und die Regierung von Louis-Philippe nicht zur Ruhe hatten kommen lassen, die Hauptstadt völlig umgestaltet, „haussmannisiert". Sie riß die alten, gewundenen und düsteren Straßen und Gassen ab, die so gut zum Verbarrikadieren geeignet waren, und ersetzte sie durch breite und geradlinige Avenues, die leicht mit Kanonenfeuer zu bestreichen waren. Die Dritte Republik setzte das von Haussmann begonnene Werk fort. Herr Geier beeilte sich, den Preis der Grundstücke und der Mieten in den umgestalteten Vierteln zu erhöhen, und diese Erhöhung breitete sich auf alle anderen Viertel aus.

Die Enteignungen und Umgestaltungen der Städte waren nicht ohne die Aufnahme von Anleihen durchführbar. Um die Gier der Herren Geier und der Spekulanten zu stillen, nahm die Stadt Paris von 1885 bis 1898 Anleihen in der Höhe von zwei Milliarden 720 Millionen auf. Herr Geier stürzte sich darauf wie auf ein Stück Aas.

Herr Geier, in seiner Eigenschaft als Kapitalist, borgte der Stadt Geld, um Herrn Geier in seiner Eigenschaft als Besitzer zu enteignen, um Paris zu verschönern und den Wert seiner Grundstücke und Liegenschaften zu erhöhen. Er gewann doppelt, sowohl als Kapitalist als auch als Eigentümer. Die Mieter verlieren doppelt: Sie zahlen höhere Mieten und müssen zugleich durch ihre Steuern die Zinsen für die Darlehen stützen, die ihrem Henker, Herrn Geier, soviel Gewinn gebracht haben.

Eine Geißel der Nation

Der vorangegangene Artikel hat gezeigt, wie Herr Geier bei den Enteignungen am hellichten Tag und ohne Bestrafung stiehlt; jetzt werden wir zeigen, wie er die Mieter der Vergiftung und dem Fieber aussetzt und dabei Herde von Epidemien schafft und Rekruten für die Armeen des Verbrechens heranzieht.

In einem seiner geistreichen Artikel im »Socialisme« hat Rappoport darauf hingewiesen, daß Dr. Brouardel aufgrund der Statistiken über den Einfluß der Wohnbedingungen auf die Volksgesundheit festgestellt hat, daß in Haushalten, deren Einkünfte nur eine Einzimmerwohnung erlauben, die Sterblichkeitsrate 23mal so hoch ist wie in Haushalten, deren Wohnung zumindest vier Zimmer umfaßt.

Wenn eine Arbeiterfamilie sich in einem einzigen Raum zusammendrängt, in einem unbeschreiblichen Durcheinander und unter den schlechtesten hygienischen Bedingungen, dann geschieht das nicht aus Vorliebe oder aus freiem Willen, sondern infolge einer gebieterischen Notwendigkeit. Diese harte Notwendigkeit wird ihnen von Herrn Geier, dem mitleidlosen Despoten, auferlegt. Die ständige Erhöhung der Mieten, während die Löhne gleich bleiben oder jedenfalls nicht proportional zu den ständig steigenden Lebenskosten erhöht werden, zwingen die Angestellten der Werkstätten oder Büros, in Wohnungen mit immer weniger und immer kleineren Zimmern zu leben, die manchmal nicht einmal das reinigende und gesundheitsfördernde Licht der Sonne empfangen, und manchmal müssen sie sogar die ganze Familie in einem einzigen Raum unterbringen. Dieses Leben auf engstem Raum, das den Bürgern, die keine Eigentümer sind, durch die zügellose Habgier des Herrn Geier auferlegt wird, erlaubt es den Infektionskrankheiten und Fieberepidemien, sich in den Großstädten dauerhaft festzusetzen.

Herr Geier besitzt alle Tugenden des rechtschaffenen Kapitalisten, achtbar und geachtet. Die allerchristlichste Nächstenliebe, die großherzigste Philanthropie und der aufs höchste gesteigerte Patriotismus veranlassen ihn dazu, die Sozialisten zu hassen und zu denunzieren, weil sie nach einer internationalen Vereinigung der Arbeitnehmer streben; diese seine Tugenden veranlassen ihn dazu, Paris zur Stadt des Lichts zu proklamieren, die auf der ganzen Welt nicht ihresgleichen hat, und dazu, jedes Jahr seine Mieter und Landsleute zu Zehntausenden aufzuopfern und den Typhus und die Tuberkulose zu Merkmalen von Paris zu machen, ebenso wie die Milde seines Klimas und die Eleganz seiner Frauen.

Die demographischen Statistiken von Paris sind das goldene Buch der karitativen und patriotischen Tugenden sowie der mörderischen Habgier des Herrn Geier. Schlagen wir sie auf. Ich habe nur jene zur Verfügung, die in den „Annuaires statistiques de la Ville de Paris“ veröffentlicht wurden und von 1874 bis 1906 reichen; aber sie genügen schon, um zu beweisen, daß sein erlesener Patriotismus, seine biblische Mildtätigkeit und seine liberale Philanthropie nur durch seine mörderische Habgier übertroffen werden. Die durch Lungentuberkulose verursachten Todesfälle, die 1874 noch 7.474 betrugen, erhöhen sich rasch in den folgenden Jahren:

1883	auf	10.307
1889	auf	10.380
1902	auf	11.405
1906	auf	10.310

Die Todesfälle infolge anderer Erkrankungen der Atemwege, die wie die Tuberkulose durch die schlechte Luft allzu beengter Wohnverhältnisse verursacht oder verschlimmert werden, betrugen:

1874	7.544
1880	10.194
1886	10.589
1891	11.211

Ab diesem Datum bewegt sich die Anzahl der Todesfälle um die 9.000. Mit anderen Worten, zwischen 1883 und 1906 sind in Paris etwa 20.000 Personen pro Jahr an Tuberkulose oder anderen Lungenkrankheiten gestorben.

Auch der furchtbare Typhus hat sich in Paris angesiedelt: jedes Jahr betrifft er Tausende von Einwohnern, von denen Hunderte und manchmal sogar Tausende sterben. Die durch Typhus verursachten Todesfälle betrugen:

1874	823
1880	2.003
1882	3.214
1883	1.880
1885	1.320
1889	803
1900	912

Der „Annuaire statistique de la Ville de Paris“ von 1882 merkt an, daß die Todesfälle infolge von Typhuserkrankungen, die früher nicht mehr als 5 bis 6 pro 10.000 Einwohner betrugen, sich im Jahre 1880 verdoppelten, 1881 auf 9,5 und 1882 auf 14,9 stiegen. Die Fieberepidemie beschränkte ihr Wüten nicht auf die Armenviertel, wo sie ständig zu Hause ist, sondern dehnte ihre verheerende Wirkung auf die gesamte Stadt aus. Eine Panik bemächtigte sich der Bürgerlichen und der Kapitalisten; sie flohen in Massen: Jene, die das verseuchte Paris nicht verlassen konnten, forderten, was sie niemals zuvor getan hatten, hygienische Maßnahmen zur Sanierung der Armenviertel, von denen sich die Epidemie ausbreitete, nämlich die Desinfektion der Abortgräben, eine generelle Verwendung von durchlässigen Aborteimern, eine Ausweitung der Kanalisation und die Zulieferung von Quellwasser in diese Viertel. Diese Vorsichtsmaßnahmen, nützlich, notwendig und mehr oder weniger ernsthaft ange-

wendet, haben die jährliche Anzahl von Todesfällen verringert, aber den Typhus nicht ausrotten können. Er ist immer noch in den Armenvierteln zu Hause; er kann ganz plötzlich seine Ansteckungsfähigkeit verdoppeln und, wie im Jahre 1882, bis in die Viertel der Reichen gelangen und dort den Tod verbreiten. Man hat seine hauptsächlichen Ursachen weder unterdrücken noch ins Wanken bringen können, nämlich die Habsucht des Herrn Geier, die überhöhten Mietkosten, die Zusammendrängung der Mieter auf engstem Raum.

Vor einigen Jahren, als mikroskopische Untersuchungen der Luft ergaben, daß sie von Mikroben durchsetzt war, die man auf den ausgehusteten Speichel der Schwindsüchtigen zurückführen zu können glaubte, kam die vorausschauende Polizeipräfektur, die sich nicht um die Anwendung der Gesetze über die ungesunden Wohnhäuser kümmert, zu dem Schluß, daß es zur Eindämmung der Tuberkulose genügen würde, das Ausspucken auf öffentlichen Plätzen zu verbieten. Philanthropische Gesellschaften wie die „Alliance d'hygénie sociale" unter der Leitung des früheren Ministers Monsieur Bourgeois; das „Œuvre de préservation de l'enfance" etc. etc. haben ihr den Krieg erklärt, mit Hilfe von Polikliniken, Luftkuren, Spitälern am Meer, Sanatorien, Kleinkinderheimen, Milchtropfen etc., aber sie haben es nicht gewagt, Herrn Geier anzugreifen, den großen Verbreiter der Tuberkulose.

Es genügt, die durch Tuberkulose und Typhus verursachen Todesfälle nach Arrondissements und Stadtvierteln aufzuschlüsseln, um die schwerwiegende Verantwortung von Herrn Geier festzustellen. Die Lungentuberkulose tötete 1902 in Paris 11.405 Personen, also 42,8 auf 10.000 Einwohner: Eine Analyse der Zahlen zeigt, daß die Sterblichkeit normalerweise dort am höchsten ist, wo die Einwohnerdichte am größten ist, das heißt, dort wo es die meisten Einwohner pro Hektar gibt.

Die Einwohnerdichte pro Hektar liefert freilich nur annähernde Daten; für eine genauere Untersuchung müßte man die Anzahl der Personen pro Zimmer kennen. Die Statistik über die Typhussterblichkeit von 1882 ist zwar nach der Anzahl von möblierten Wohnungen und Häusern und nicht nach Zimmern aufgeschlüsselt, erlaubt aber bereits genauere Schlußfolgerungen.

Die Sterblichkeitsrate pro 10.000 Einwohner für ganz Paris betrug 14,9.

Man kann also nicht bestreiten, daß die Habgier des Herrn Geier die hauptsächliche und beständige Ursache für die Pariser Sterblichkeitsrate an Tuberkulose und Typhus ist: aber es kommen noch andere Untaten auf sein Konto.

Nächtliche Überfälle sind zumeist Taten von armen Teufeln, die mit leerem Magen und ohne zu wissen, wo sie schlafen sollen, durch die Straßen streifen: von dringenden Bedürfnissen in die Enge getrieben, stürzen sie sich auf den Passanten wie die Katze auf die Maus. Die Justiz ist so sehr davon überzeugt, daß die Landstreicherei eine Neigung zum Verbrechen zur Folge hat, daß sie den Mangel einer Unterkunft wie ein Delikt bestraft: Wenn sie nicht eine klassengebundene Justiz wäre, würde sie nicht den Landstreicher verurteilen, sondern Herrn Geier bestrafen, der ihn, indem er ihm die Unterkunft verweigert, zum Begehen eines Verbrechens drängt. Da das rücksichtslose Vorgehen der Justiz keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielte, versuchte man es mit Philanthropie, man eröffnete Nachtasyle für Männer und Frauen, und die Anzahl der Festnahmen wegen nächtlicher Überfälle ging sofort zurück: Man könnte sie noch weiter verringern, wenn man die nicht vermieteten Lokalitäten des Herrn Geier zwangsweise dazu verwenden würde, jene Bürgerinnen und Bürger unterzubringen, die er einer Unterkunft beraubt.

Die Anzahl der Verbrechen und der Todesfälle in den Städten wird erst dann aufhören, zu steigen, wenn man der Habgier des Herrn Geier einen Riegel vorschiebt.

Arrondissements	Einwohner pro Hektar	Todesfälle pro 10.000 Einw.
I.	332	29,4
VII.	244	23,1
VIII.	269	11,6
IX.	632	47,7
XI	647	47,9
XVIII.	476	46,1
Villette (XIX.)	421	54,3
Belleville (XX.)	661	65,1

Stadtviertel	Todesfälle pro 10.000 Einw.	Einwohner	
		pro Haus	pro Wohnung
Champs-Elysées	9,7	16,8	415
Santé	8,6	21,1	817
Combat	22,1	32,6	1.490
Chapelle	26,2	33,7	1.679
Villette	28,1	33,7	1.533
Monnaie	28,3	38,8	1.476

Kampf dem Herrn Geier

Herr Geier ist ein Volksfeind. Wer es wagt, das laut zu sagen, was alle denken und leise murmeln, findet bei jedermann Zustimmung. Meine Artikel sind ein Aufschrei des öffentlichen Gewissens; sie haben mir zahlreiche ermutigende Briefe von Genossen und von Unbekannten eingebracht, die mir Tatsachen aus ihrer eigenen Erfahrung mitteilen und verlangen, daß meine Artikel als Broschüren veröffentlicht werden. Daß Herr Geier mich mit Beleidigungen überhäuft hat, zeigt mir nur, daß ich voll ins Schwarze getroffen habe.

Aber es darf sich nicht alles auf Bücher und Briefe beschränken; das wäre Herrn Geier nur allzu recht. Er ist an die Klagen und die Wut seiner Mieter schon gewöhnt: „Sollen sie doch wettern und jammern, Hauptsache, sie zahlen!", sagt er mit philosophischem Gleichmut.

Man muß also diesen Dingen eine Kampagne der Agitation gegen diese Geißel der Nation folgen lassen. Ich habe ein Alarmsignal ertönen lassen; es liegt nun an den Sozialisten und den Mietern, dem Aufruf zu folgen, sich zusammenzuschließen und zusammenzuarbeiten, um die Habgier des Herrn Geier in die Schranken zu weisen. (...)

Nur die Sozialistische Partei kann gegen Herrn Geier, sein Monopol und seine Privilegien zu Felde ziehen; nur die sozialistischen Mandatare können im Abgeordnetenhaus und in den Gemeinderäten nützliche und sofort durchführbare Reformen vorschlagen und unterstützen, um den Mietern zu Hilfe zu kommen, die Verbrechensrate zu senken und die Volksgesundheit zu schützen. ■

Pseudohistorisches Gehabe

Leserbrief zu Susanne Kowarc: Inszenierte Geschichte, in »Weg und Ziel« 5/1998

Die Geschichtsdarstellung der KPÖ, die lange Zeit in Österreich völlig ausgeblendet war, erfuhr ab Mitte der sechziger Jahre eine „Zuwendung", in deren Gefolge auch interessante Dissertationen und Veröffentlichungen entstanden, die aber kaum den Eingang in den nichtakademischen Bereich fanden. Verschweigen und Verfälschen waren weiterhin die die außeruniversitäre Rezeption (zumal in den Medien) prägenden Aspekte. Neu ist die Tendenz, daß nun aus dem Umfeld der Partei heraus auf diesem Niveau agiert wird.

Dabei kommt eine neue Generation von AkademikerInnen zu Wort, die Geschichte scheinbar nicht mehr als überprüfbare Wissenschaft betreiben, sondern als ein sich links verstehendes journalistisch angelegtes und an tagespolitischen Anforderungen ausgerichtetes Schreiben praktizieren, das außerdem noch durch das Fehlen grundsätzlicher handwerklicher Fertigkeiten gekennzeichnet ist (wie auch der zweite, von K. Schneider in »Weg und Ziel« verfaßte Artikel unter Beweis stellt). In ihrer sprachlichen Gestaltung sind beide Beiträge auch ein Beispiel für den engen Zusammenhang von Form und Inhalt.

Wenn auch der wissenschaftliche Leiter der Alfred Klahr Gesellschaft (AKG) nicht der Tutor solcher (Quasi-)HistorikerInnen sein kann, sollen für die strapazierten LeserInnen zu einem Artikel in der letzten Nummer von »Weg und Ziel« einige Hinweise gegeben werden.

Pseudohistorisches Gehabe unter die Lupe genommen

Wer hätte das gedacht? „Geschichte unterliegt steter Veränderung, sie wird in verschiedenen historischen Perioden (gibt's auch gleiche?-w.w.) unterschiedlich interpretiert, mitunter gänzlich umgeschrieben." Letzteres, möchte man meinen, war das Anliegen der Autorin, würde man nicht bald merken, daß das, was man als Umschreiben der Geschichte deuten könnte, in erster Linie nicht Ausfluß bewußter Neuinterpretation, sondern mangelnder Faktenkenntnis ist. Ob sich das hätte hintanhalten lassen können, wenn die Autorin bei ihrer Aufgabenstellung geblieben wäre – nämlich darüber zu berichten, wie die KPÖ in den letzten 70 Jahren ihre eigene Geschichte reflektiert hat – und nicht die LeserInnen hätte teilnehmen lassen wollen an den zwar für die Autorin neuen, im übrigen aber bekannten Details über das ehemalige Zentralorgan und das theoretische Organ der KPÖ, also über »Die Rote Fahne« und »Weg und Ziel«, muß bezweifelt werden. Gerade diese Anmerkungen zu den beiden „Parteiorganen" wurden von der Autorin unverhältnismäßig aufgebläht und sind mit Unrichtigkeiten gespickt. Daß dieser Artikel in einer heute noch so benannten Zeitschrift abgedruckt wurde, ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert:

1. Weil es durchaus eine Premiere darstellt, daß in dem ehemaligen theoretischen Organ der KPÖ das Verbotsdatum der KPÖ (die nicht am 19. Mai 1933, sondern am 26. Mai 1933 verboten wurde, was problemlos in der Parteigeschichte von 1987 nachgelesen werden kann und auch zum abgesicherten Wissen bürgerlicher Geschichtsschreibung gehört – offensichtlich aber nicht mehr zu dem, mit einem korrespondierenden Redaktionsmitglied skurril geschmückten »Weg und Ziel« unserer Tage) falsch wiedergegeben wird und

2. weil für dieses »Weg und Ziel« in persönlichen Briefen wie folgt geworben wird: „Es wird Ihnen nicht entgangen sein, daß Medieninhaber von »Weg und Ziel« die Kommunistische Partei Österreichs ist. Wir laden Sie dazu ein, dieses Wissen nicht mit Vorurteilen bezüglich der Qualität *theoretischer Organe zu belasten.* (...). Allzu große Rücksichten auf Organisationsinteressen des Medieninhabers werden der Redaktion dabei nicht abverlangt." (So versendet im November 1998.)

Das scheint, wie vorliegender Artikel belegt, nicht das Einzige zu sein, was der Redaktion nicht abverlangt wird. Oder ist die Wiedergabe des Artikels gar der kleine Rest an „Organisationsinteressen", die gefordert und, getreu der Eigenwerbung, „in der Qualität theoretischer Organe" so auch in die „letzte Zeitschrift Österreichs, die linke, theoretische Auseinandersetzungen" (Zitate aus dem erwähnten Brief) noch ermöglicht, gestellt wurde? Vielleicht gar um dem Medieninhaber eins auszuwischen? Fragen über Fragen.

Egal, was nun der wahre Grund ist, weshalb dieser Artikel erschienen ist; er wurde so gedruckt einer Öffentlichkeit vorgelegt, und fordert zu Reaktion. Es geht somit einerseits schlicht um die notwendige Richtigstellung falscher Fakten, andererseits darum, auf einen Erkenntnisstand hinzuweisen, der zum Großteil bereits Standard dieser beiden angesprochenen Organe der KPÖ in der Vergangenheit war, und letztlich geht es darum, den inszenierten Verlust des „Gedächtnisses der Partei" zu be- und verhindern. Es geht also nicht darum, eine Variante der „geschichtlichen Wahrheit" anzupreisen.

Die »Rote Fahne«

Die »Rote Fahne« war in der Legalität und dann auch in der Illegalität das „Zentralorgan der KPÖ" und erfüllte somit jene Ansprüche, die Kommunisten damals und danach als unabdingbar für ihren politischen Kampf ansahen, nämlich sich solch eine Zeitung zu „leisten", in der die Meinung der Partei, ihre Stellung zu tagespolitischen Fragen etc. zum Ausdruck gebracht wurde; in erster Linie natürlich für die Mitglieder der Partei. Die Zeitung war somit ein wichtiger Faktor in der Organisierung und Anleitung derselben und deren politischer Aktivitäten. Daran änderte sich weder inhaltlich noch graduell etwas in der Illegalität. Somit ist es nicht angebracht, in diesem Zusammenhang von „vor allem in der Illegalität wurde sie zum Sprachrohr" zu sprechen.

Die »Rote Fahne«, in der bekannten Art produziert (Kleinformat, großteils auf Dünndruckpapier im Buchdruckverfahren hergestellt, als „Zentralorgan der Kom-

munistischen Partei Österreichs“ im Untertitel ausgewiesen und mit dem seit Anbeginn an im großen und ganzen unveränderten Zeitungskopf), erschien nie in getarnter Form. Das läßt sich auch leicht mit einem Blick in das von Heinz Gittig verfaßte Standardwerk über illegale Tarnbroschüren verifizieren, zu dem ich dem Autor zuzuarbeiten, die Gelegenheit hatte (weil sich unter anderem einige der überlieferten Titel nur mehr im Archiv der Alfred Klahr Gesellschaft befinden).

Unrichtig ist auch die Feststellung der Autorin, daß nach dem Verbot der »Roten Fahne« (1933) diese „nur noch unregelmäßig als hektographiertes Flugblatt erscheinen“ konnte und erst wieder ab 1935 regelmäßig im Kleinformat. Tatsache ist, daß es im Jänner 1934 wieder eine gedruckte »Rote Fahne« im Kleinformat gab. Die letzte, 1934 erschienene Nummer ist mit Nr. 16 (fälschlicherweise als 17. Jahrgang bezeichnet) ausgewiesen. Übrigens kann man dem »Weg und Ziel«-Heft Nr. 8-9/1937 (S. 401) entnehmen, daß die Nummern der »Roten Fahne« nach dem Februar 1934 bis in die „entferntesten Winkel Österreichs“ Widerhall und Wirkung auslösten. Doch auch die einschlägigen Akten des Landesgerichts Wien (aus dem Jahr 1934) belegen die Existenz der »Roten Fahne« in diesem Jahr. Ein Großteil der produzierten Nummern wurde „gerichtsbekannt“, das heißt beschlagnahmt, darunter auch die Nr. 1 (Jän.) und die Nr. 15 (Dez.). Nicht nur das, im entsprechenden Akt finden wir auch Informationen über eine der Druckereien, in der »Die Rote Fahne« 1934 produziert wurde. In der Nr. 16/1934 (2. Aufl., S. 6) konnte man lesen: „Das Erscheinen der »Roten Fahne« und ihre Massenverbreitung in Österreich hat die Faschisten völlig wild gemacht.“

Ich weiß, daß es in diesem Zeitraum auch (!) illegale, hektographierte Zeitungen mit diesem Titel gab, diese sind aber nicht der »Roten Fahne» („Zentralorgan der KPÖ“) zuzurechnen. Es war auch eine Praxis im illegalen „Litapparat“, daß bestimmte Artikel der gedruckten »Roten Fahne« von Genossen auf Matrizen geschrieben, auf Saugpost abgezogen und so verbreitet wurden.

Was die Feststellungen von Kowarc zur Häufigeit des Erscheinens der »Roten Fahne« betrifft, so sind diese Zahlen falsch. 1934 erschienen 16 Nummern der »Roten Fahne« (laut Kowarc sollen in diesem Jahr überhaupt keine Nummern erschienen sein), 1935 15 Nummern (Kowarc schreibt von 17), 1936 16 Nummern (bei Kowarc 15), 1937 12 (Nr. 12 erschien im Dezember 1937. Es werden auch dann nicht 15 Nummern, wenn man die, außerhalb der durchgehenden Numerierung – zeitgleich mit der Nr. 8 – als Sondernummer erschienene »Rote Fahne«, dazuzählt); für 1938 sind mir 8 Nummern bekannt (Kowarc meint, es wären 15 erschienen). Die jeweils davon noch überlieferten Nummern können in der Alfred Klahr Gesellschaft eingesehen werden.

Herstellungsort, Redaktion, Redakteure

Was den Herstellungsort anlangt, von dem die Autorin behauptet, er wäre „unbekannt“, kann zur Komplettierung einschlägigen historischen Basiswissens folgendes gesagt werden: »Die Rote Fahne« wurde bis Mai 1935 (unter der Redaktion von Genossen Erwin Zucker-Schilling und Mitarbeit des bis 1934 bei dem SP-»Arbeiterwillen« in Graz tätigen Kurt Neumann) in Wien produziert. Die Redaktion befand sich in einer Möbelfabrik in Wien 7, Siebensterngasse. In einer kleinen Druckerei im 6. Bezirk wurde »Die Rote Fahne« hergestellt. Zucker-Schilling begab sich im Mai 1935, nachdem seine Überwachung offensichtlich wurde, nach Prag, wo auch die nächsten Nummern (im Prager Bezirk Weiberg) illegal produziert wurden, wobei die Genossen der KPC Unterstützung gewährten. Mit Zucker-Schilling war auch Genosse Jenö Kostmann redaktionell mit der Herstellung befaßt. Nachdem sich die Arbeitsbedingungen auch in Prag verschlechterten, wurde »Die Rote Fahne« zuletzt in der Druckerei des »Reichenberger Vorwärts« gedruckt. Für die Organisierung des Transports des Zentralorgans nach Österreich war das ZK Mitglied Erwin Puschmann verantwortlich.

Ergänzungsbedürftig sind auch die Aussagen der Autorin über die letzten Nummern der »Roten Fahne«, nachdem die Parteiführung Prag in Richtung Paris verlassen hatte müssen. Bis zum Kriegsausbruch wurde in der Pariser »Etoil«-Druckerei »Die Rote Fahne« umbrochen, wobei auch hier Zucker-Schilling die Zeitung redigierte. Danach (zwischen Nov. 1939 und Febr. 1940) wurden noch zwei (möglicherweise auch drei) weitere Nummern durch die nach Belgien geschickten Genossen Othmar Strobel, Alfred Klahr (Redakteur) und Heinrich Fritz hergestellt, die auch den Weg nach Österreich gefunden haben, wie aus Nazidokumenten ersichtlich ist. Es bestand auch, wie Dokumenten zu entnehmen ist, ein Kontakt zur Parteiführung nach Moskau, die auch in den Besitz dieser »Roten Fahne« gekommen sind und deren Inhalte positiv bewerteten. Kowarc zeitlich in diesem Zeitraum angesiedelte Aussage, daß „viele RedakteurInnen oder AutorInnen (...) in Haft waren“, mag zwar einem sprachlichen Feminismusbestreben Rechnung tragen, nicht aber der Realität. So zu schreiben, als hätte es in dieser Zeit einen breiten Redaktionsstab gegeben, um zu behaupten, daß „viele“ von ihnen „in Haft“ waren, hat nichts mit der Realität von damals zu tun, aber auch nicht mit der bis 1933 legal erschienenen »Roten Fahne«. Unangebracht ist auch das Feminismus-Suffix-„Innen“. Aus der Zeitspanne nach 1933 sind mir keine Frauen bekannt, die in der »Roten Fahne« Redakteurinnen oder Autorinnen gewesen wären.

Sozialfaschismus?

Wieso die Autorin behauptet, daß »Die Rote Fahne« bis 1935 (wo es doch, schenkt man ihren Ausführungen Glauben, »Die Rote Fahne« zwischen Mitte 1933 und 1935 nicht gegeben haben soll) „voll der Polemik gegen die Sozialdemokraten, die als Sozialfaschisten bezeichnet wurden“, gewesen sein soll, entzieht sich meiner Kenntnis. Wer sich je mit der Sozialfaschismusproblematik und ihrer Auswirkung in der KPÖ auseinandergesetzt hat (und dazu sich das einschlägige Material auch tatsächlich angesehen hat), dem konnte nicht entgangen sein, daß diese Phase (im Vergleich zu Deutschland) relativ kurz war. Es ist hanebüchen, zu behaupten, die KPÖ hätte sich (sogar nach 1934!) noch des Begriffs „Sozialfaschisten/Sozialfaschismus“ gegenüber der im Bürgerkrieg untergegangenen Sozialdemokratie bedient. Das zu behaupten zeigt eine Unkenntnis der Politik der KPÖ ab dem Beginn der dreißiger Jahre und natürlich auch der nach den Februarkämpfen.

Die überlieferten »Rote Fahne«-Nummern des Zeitraums 1934 und 1935 und speziell die Artikel, die sich mit der Einschätzung der

Februarkämpfe und den daraus zu ziehenden „Lehren“ beschäftigen, beweisen, daß in keinem dieser Artikel der damals bereits überholte Begriff strapaziert wurde. Es hätte ja auch einen Widerspruch dargestellt, eine Einheitsfront mit den aus der SDAPÖ hervorgegangenen „Revolutionären Sozialisten“ anzustreben (und auch in Abkommen zu bekräftigen) und gleichzeitig die Sozialdemokratie als ideologische(n) Bruder/-Schwester des Faschismus zu geiseln. Hat gar die Autorin nichts davon gelesen, sondern sich schlicht etwas „Passendes“ zusammengereimt?

»Weg und Ziel«

Die letzten Nummern der »Roten Fahne« bieten die Überleitung zum »Weg und Ziel«. Laut Kowarc soll »Weg und Ziel« bis 1942 (!) in Prag erschienen sein. Das ist ebenso unrichtig (und könnte auch einer Nichthistorikerin, die in einer Zeitschrift eine Redaktionskoordination ausübt, auffallen), wie die daran anschließende Behauptung, daß ab Jänner 1938 »Weg und Ziel« ein „verändertes Layout“ gehabt hätte und „hektographiert“ erschienen ist. Eine Autopsie des Originalmaterials hätte die Autorin eines Besseren belehrt. Unrichtig ist auch die Behauptung, daß „die Texte zumeist durch getarnte Broschüren“ in Umlauf kamen. Lediglich im lange Zeit vergessenen 1. Jahrgang von »Weg und Ziel« 1935/36 (vgl. dazu meine Anmerkungen in »Weg und Ziel« Nr. 5/1980) gibt es die Erscheinungsform der Tarnbroschüre, wobei auch hier die erste Nummer einen weißen, neutralen Umschlag hatte. Im übrigen handelt es sich bei dem von der Autorin angeführten Tarntitel „Urlaub in den Alpen...“ nicht um »Weg und Ziel« Nr. 2/3, sondern um die Nr. 2, denn nur das dritte (3/4) und letzte Heft (7/8) waren Doppelnummern. Daß sich hinter dem von ihr zitierten Tarntitel dieser Nummer nicht der Artikel „Die Krise der Einheitsfront...“ versteckte, sondern der Bericht über den VII. Sowjetkongreß und Anmerkungen zur Frage der „Sowjetdemokratie“, ist ihr offenbar entgangen.

Vorsicht ist auch bei den von der Autorin „belegten“ Zitaten geboten. Laut ihrer Fußnote Nr. 4 soll sich das entsprechende Zitat in »Weg und Ziel« Nr. 2, S. 49 befinden. Dort wird man es vergeblich suchen, denn es findet sich auf Seite 51, doch dort wird wiederum nicht von einer „faschistischen Koalition“ (wie bei Kowarc zu lesen ist), sondern von einer „faschistischen Reaktion“ geschrieben!

Wo wurde »Weg und Ziel« hergestellt?

Richtig ist, daß »Weg und Ziel«, wie »Die Rote Fahne«, solange in der ČSR produziert wurde, solange die Parteiführung in Prag war. Von der Nr. 1/1936 (August), bis zur letzten Nummer, die in der ČSR produziert wurde (Sept. 1938), hatte die Zeitschrift ein und dasselbe Aussehen; mit einer Einschränkung: Es gab eine Ausgabe, die auf Dünndruckpapier gedruckt wurde und für den illegalen Vertrieb in Österreich vorgesehen war, und eine Ausgabe auf normalem, stärkerem Papier mit einem bedruckten Umschlag (mit einer Schmuckfarbe zusätzlich), auf dem neben dem Zeitschriftentitel (»Weg und Ziel«) Artikelüberschriften des Heftes wiedergegeben wurden. Der Satzspiegel (und daraus resultierend die Paginierung) waren ident. »Weg und Ziel« wurde legal gedruckt und auch in der ČSR verkauft, wie unschwer an dem auch in Tschechenkronen angegebenen Verkaufspreis abzulesen ist. Auch hier natürlich mit tatkräfiger Unterstützung der tschechischen Genossen.

Wieso konnte »Weg und Ziel« legal, »Die Rote Fahne« aber nur illegal in der ČSR produziert werden? Das erklärt sich damit, daß die «Rote Fahne« solange sie in der ČSR hergestellt wurde, immer im Untertitel als „Zentralorgan der KPÖ“ bezeichnet wurde, »Weg und Ziel« aber nur in ihrem 1. Jahrgang als Herausgeber das „ZK der KPÖ“ auswies, aber nicht mehr ab dem Zeitpunkt, wo die erste Nummer 1936 des 2. Jahrgangs (der aber fälschlich als 1. ausgewiesen wurde, was dann 1946, als die Herausgabe von »Weg und Ziel« nach dem Krieg wieder aufgenommen wurde, dazu führte, daß man diesen Jahrgang als 4. statt 5. bezeichnete, weil man den tatsächlich ersten Jahrgang „vergessen“ hatte), der in der ČSR erschien, diesen Hinweis nicht mehr enthielt, statt dessen eine Einzelperson (R. Veitenhansel) als Herausgeber und verantwortlicher Redakteur im Impressum ausgewiesen wurde.

In Paris erschien »Weg und Ziel« nur mehr in drei Nummern (Nr. 1/1939 – Nr. 3/1939; diese sind mir bislang als überliefert bekannt) als Beilage der dort produzierten »Roten Fahne«. Sie hatten selbstverständlich ein anderes Aussehen und einen Umfang von vier bis acht Seiten. Damit endet die Geschichte von »Weg und Ziel« (Untertitel: „Blätter für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung“).

In der Folge gab es dann nochmals eine illegale Zeitung der KPÖ, die diesen Namen trug und in hektographierter Form zwischen 1940 und 1942 erschienen ist. Zahlreiche daran beteiligte GenossInnen (unter anderem der Leiter der Provinzkommission Leopold Fritzsche und das ZK-Mitglied Heini Gabler) wurden von den Nazis ermordet. Sie ist aber nicht als direkte Fortsetzung des hier besprochenen »Weg und Ziel« zu sehen. Was ihre Anmerkungen zu den Inhalten von »Weg und Ziel« in dieser Zeit betrifft, so muß es daneben gehen, in wenigen Zeilen tatsächlich ein für den Leser nachvollziehbares Bild zu liefern. Daß es bei der Auseinandersetzung mit dem Trotzkismus nicht, wie Kowarc formuliert, um „Seitenhiebe“ ging, sondern um eine gewichtige politische Auseinandersetzung (zu der auch der ihr zitierwürdig erscheinende Ernst Fischer einen – auch hier – überzogenen Beitrag lieferte), kann man dem Artikel entnehmen, aus dem sie (siehe oben: falsch) zitierte.

»Volksstimme«

Die substanzlosen Anmerkungen und die Schludrigkeit des Arbeitsstils der Autorin setzen sich auch dort fort, wo sie sich auf die Suche nach Sondernummern in der »Volksstimme« zum 40. Jahrestag der KPÖ begibt.

Dem Leser entzieht sich, weshalb die Autorin eine ellenlange Passage (dabei handelt es sich nur um die Überschrift und den Vorspann!) eines Artikels, der zur 40-Jahr-Feier in der Wiener Stadthalle einlädt, wiedergibt (bis hin zum Zitieren der Einlaßzeit! – soll das Ausdruck fundierter, akribischer Geschichtsschreibung sein?!). Das, was sie in diesem Zusammenhang (eine gewisse Süffisance ist durchaus herauszulesen) hervorhebt, daß eine Grußbotschaft der KPdSU an die KPÖ aus Anlaß des 40. Geburtstages der Parteigründung in der »Prawda« „an prominenter Stelle“ (daß in der »Volksstimme« aber von der „Seite 1“ die Rede ist, sei hier nur der Form halber angemerkt) abgedruckt war und von ihr als „höchste Ehrung“ inter-

pretiert wird, offenbart einerseits ihre Unkenntnis der einschlägigen Usancen, andererseits ihre offensichtlich aus bürgerlicher Journalistik gespeiste Bilder- und Vorurteilswelt. Daß sie aber dann noch schreibt: „Auch eine Sonderbeilage sucht man vergebens", aber wenige Zentimeter neben ihrem Zitatenquell, in der Einleitung eines Artikels von Friedl Fürnberg zu lesen ist, daß die »Volksstimme« bereits am 26. Oktober diesem Jahrestag eine „Festausgabe" gewidmet hat, zeigt doch eine gewisse Konsequenz in ihrem Arbeitsstil. Doch auch ohne „Sonderbeilagen" hätte sie fündig werden können, hätte herausarbeiten können, wie die Partei diesen „Jahrestag" begangen hat, wie er sich in einschlägigen »Volksstimme«-Artikeln und Broschüren niedergeschlagen hat. Ob das dann ihrer „kritisch-analytischen" Wertung und Einschätzung standgehalten hätte, steht auf einem anderen Blatt.

Staatspartei?

Auch wenn man von woanders abschreibt, daß die KPÖ nach 1945 eine „Staatspartei" (mit „staatstragendem Gehabe"; eine Beweisführung dieser Aussage erspart sich und glücklicherweise auch uns die Autorin) gewesen sei, wird diese Aussage nicht richtig. Auch unter der Annahme, daß die Autorin „staatstragende Partei" meint, zeigt die darauf aufbauende Aussage (Schlußfolgerung): daher brauchte sie eine „repräsentative Parteigeschichte", daß sie hier im Dunkeln tappt, obwohl doch der von ihr aufgedeckte „Schatten Moskaus" heute doch nichts mehr verdunkeln kann. Wie man weiß, „brauchten" weder SPÖ noch ÖVP damals eine „repräsentative Parteigeschichte", also wieso gerade die KPÖ? Natürlich brauchte sie diese genauso wenig wie die anderen Parteien. Lediglich die Autorin braucht diese Behauptung, wie sonst hätte sie diesen seit W. Garschas Artikel in einer »Volksstimme«-Beilage eingeführten Mythos-Begriff strapazieren können und schon gar den in letzter Zeit inflationär benutzen Namen des ehemaligen ZK-Mitglieds Franz Koritschoner, mit dessen Namensnennung scheinbar etwas als signifikant behauptet wird, was in Wirklichkeit die marginale Ausnahme war. Doch aneinandergereihte Reizvokabel mögen zwar die beabsichtigten Assoziationen hervorrufen, dürfen aber nicht als tiefergehende Geschichtsbetrachtung mißverstanden werden. Was in diesem Zusammenhang in diesem Artikel noch zusammenkombiniert und in Beziehung gesetzt wird, entzieht sich so einer ernsthaften Auseinandersetzung.

Kowarc apodiktisches Fazit: Die KPÖ war in der Vergangenheit nicht willens, „sich inhaltlich komplex und kritisch mit der Vergangenheit" auseinanderzusetzen (wieso glaubt sie eigentlich, daß das jeweils zu den runden „Geburtstagen" hätte erfolgen müssen? Was versteht sie unter inhaltlich-komplex und was unter kritisch? Vor allem: kritisch in bezug auf welche Inhalte?). Diese Feststellungen nach solch einer „Untersuchung" zeigen mehr ihre mangelnde Selbstreflexionsfähigkeit denn scharfe Geschichtsanalyse.

Sollte sie uns mit ihrem Artikel gar den Vorgeschmack eines Beitrags zu einer „komplexen und kritischen" Beschäftigung mit Aspekten anderer Abschnitte der Geschichte der KPÖ unter ihrem alter ego Lis Kato geliefert haben, so sind Zweifel und Befürchtungen berechtigt.

Willi Weinert

Fortsetzung von Seite 21

Schritt vor dem ersten. Versäumt hat das heutzutage dominierende „New Work"-Konzept bislang aber den ersten Schritt: den Aufbau einer kohärenten, radikalen Kritik an der Warengesellschaft und die erste Erprobung „wirklich, wirklicher" gegengesellschaftlicher Strukturen. Noch ist das letzte Wort über „New Work" nicht gesprochen. „New Work" ist eine offene, dialogbereite Bewegung auf der Suche und so sind seine Protagonisten, auch und vor allem Bergmann. Die scharfe Kritik der Betrachtungen, wir wollen das betonen, soll nicht im entferntesten eine Schmähredе auf einzelne Personen sein – viele Kritisierte werden von uns als Persönlichkeiten sehr geschätzt –, sondern zielt auf Verhältnisse, unter denen sich ungewollt emanzipatorische Absichten und Zwecke in ihr Gegenteil verkehren können. Diese Tendenz aufzuzeigen, hatten wir uns an diesem Ort verschrieben, weil es die vorherrschende Tendenz ist. Das muß nicht so bleiben. Gleich, ob es sich um die „Bremer Commune", den Hamburger „Arbeitskreis Lokale Ökonomie" und das Kölner „Institut für Neue Arbeit" handelt, es gibt Teile in der „New Work"-Bewegung, die die richtigen Ansätze von „New Work" radikalisieren und die emanzipatorischen Ziele damit in der Praxis aufbewahren. Wir hoffen, dazu beigetragen zu haben, daß den wirklichen Lohnarbeitskritikern und nicht den Marktwirtschaftlern die Zukunft im Rahmen der „New Work"-Bewegung gehört. ■

Volker HILDEBRANDT ist Politikwissenschaftler und freier Publizist. Er lebt in Hamburg.

Anmerkungen

1 Vgl. Ricci, J.: Philosopher of the New Work order, in: »Detroit Free Press« vom 28. März 1993.
2 Martens, E.: Zeit für die dritte Revolution, in: »Die Zeit« vom 18. März 1994.
3 Bergmann, F.: On Being Free, Notre Dame 1977, S. 230. Das vorliegende Zitat ist eine für diesen Artikel eigens vorgenommene Übersetzung des auf Englisch erschienenen Textes. Da das meiste in diesem Essay Zitierte nur in englischer Originalversion vorliegt, haben wir uns dafür entschieden, alles ad hoc zu übersetzen und im weiteren Text auf dieses Verfahren nicht mehr zu verweisen.
4 Interview mit Professor Frithjof Bergmann, in: »Frankfurter Rundschau« vom 21. November 1998.
5 Im vorliegenden Text werden die Namen der Zitierten nicht genannt, resp. diese werden anonymisiert durch Verwendung erfundener Namen.
6 Bergmann im Interview: „Wir verbrennen Geigen, um Dampfmaschinen anzuheizen (...)", in: »Contraste«, Juni 1998.
7 Bergmann 1998.
8 Die prägnanteste Formel heißt auf Englisch: „Create yourself as a business."
9 Bergmann 1998.
10 Ebd.
11 Ebd.
12 Bergmann, F.: Arbeitslosigkeit durch Automatisierung – Neue Arbeitszeitmodelle, unveröffentlichtes Manuskript eines transkribierten Tonbandmitschnittes, 1994.
13 Ebd.
14 Ebd.

Abobedingungen

Das »Weg und Ziel«-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe nebenstehendes Angebot). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (5 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:
Österreich: . . . . . .250,— öS
Deutschland: . . . . . 45,— DM
übriges Ausland: . . . . . .250,— öS zzgl. Porto

Probeabonnement

Wenn Sie »Weg und Ziel« kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezuges überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal eingerichtet werden.

WEG UND ZIEL

Preis je Heft: 40,- öS (ab Heft 1/97: 50,- öS) zuzüglich Porto

WUZ9201	Weg und Ziel 1/92	Amerika! Amerika!
WUZ9202	Weg und Ziel 2/92	Menschenbilder
WUZ9203	Weg und Ziel 3/92	Leo Kofler 85
WUZ9204	Weg und Ziel 4/92	Fortschritt
WUZ9205	Weg und Ziel 5/92	Das österreichische „Wesen"
WUZ9206	Weg und Ziel 6/92	Rückkehr des Politischen
WUZ9301	Weg und Ziel 1/93	Nation(alismus)
WUZ9302	Weg und Ziel 2/93	Ästhetik
WUZ9303	Weg und Ziel 3/93	Dritte Welt im Abseits
WUZ9305	Weg und Ziel 5/93	Menschenrechte
WUZ9306	Weg und Ziel 6/93	Der reale Kapitalismus
WUZ9401	Weg und Ziel 1/94	„Kalte Frauen"?
WUZ9402	Weg und Ziel 2/94	Europa der Regionen?
WUZ9403	Weg und Ziel 3/94	Alles Öko?
WUZ9404	Weg und Ziel 4/94	Medienwirklichkeit
WUZ9405	Weg und Ziel 5/94	Individualisierung
WUZ9501	Weg und Ziel 1/95	Mensch-Maschinen-Geister
WUZ9502	Weg und Ziel 2/95	Das politische System
WUZ9503	Weg und Ziel 3/95	Mega-Stadt-Raum
WUZ9504	Weg und Ziel 4/95	Inszenierte Literatur
WUZ9505	Weg und Ziel 5/95	Der Nürnberger Prozeß
WUZ9601	Weg und Ziel 1/96	Armut im Überfluß
WUZ9602	Weg und Ziel 2/96	Liebe, Sex & Sinnlichkeit (in Fotokopie)
WUZ9603	Weg und Ziel 3/96	Welt-Meisterschaft
WUZ9604	Weg und Ziel 4/96	Oh, du teure Bildung
WUZ9605	Weg und Ziel 5/96	Kirche/Religion
WUZ9701	Weg und Ziel 1/97	Auto/Industrie/Global
WUZ9702	Weg und Ziel 2/97	Surrealismus/Marxismus/ Psychoanalyse
WUZ9703	Weg und Ziel 3/97	Von Klassen-, Geschlechter- und Liebesgefechten
WUZ9704	Weg und Ziel 4/97	80 Jahre Russische Revolution
WUZ9705	Weg und Ziel 5/97	Pop
WUZ9801	Weg und Ziel 1/98	Brecht/Eisler
WUZ9802	Weg und Ziel 2/98	Antisemitismus
WUZ9803	Weg und Ziel 3/98	Un/mverteilung
WUZ9804	Weg und Ziel 4/98	Haider und die Freiheitlichen
WUZ9805	Weg und Ziel 5/98	Sozialdemokratie
WUZ9901	Weg und Ziel 1/99	Arbeit! Arbeit?

Folgende Bücher können bei uns portofrei bestellt werden:

Gero Fischer / Maria Wölflingseder (Hg.): Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, 260 Seiten, 215 Schilling, 29.80 DM. (Bestellcode: BuchBIO)

Franz Schandl / Gerhard Schattauer: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, 600 Seiten inklusive Anhang, 499 Schilling, 69 DM. (Bestellcode: BuchGRÜ)

WEG UND ZIEL – Abo

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Abonnement zu den oben genannten Bedingungen.

Datum Unterschrift

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Probeabo über 3 Ausgaben.

Einzelhefte

❍ Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte:

Bestellnummer	Stück

Datum Unterschrift

Einladung zur Präsentation von WEG UND ZIEL 1/1999

Diskussion zum Thema ARBEIT

Mit
Franz Schandl
Karl Öllinger
Luise Gubitzer (angefragt)
Vertreter der Gruppe FAZ
(Für andere Zustände) (angefragt)

Diskussionsleitung: Julius Mende

Dienstag, 13. April 1999, 20 Uhr

Neues Institutsgebäude, HS 2, 1010 Wien, Universitätsstraße 7

„Fleißig, sagt man, wären diese Menschen wie Unsummen Bienen. Ergo summ. Sie würden immer, sagt man, schuften, schinden, hetzen. Vorher könnten sie nicht ruh'n. In der Arbeit liegt, sagt man summa summarum ihr Lebenszweck. Man sagt auch, daß man sagt, man sagte, daß sie werken wie besessen, nicht gemütlich wären, weil man sagt, es gäbe ständig etwas zu tun. Hesiod sagt: Arbeit schändet nicht. Und Benn sagt: Arbeit heißt Steigerung zur geistigen Form. Das Arbeiten ist meinem Gefühl nach dem Menschen so gut ein Bedürfnis als Essen und Schlafen, sagt Humboldt. Man sagt auch, daß man sagt, man sagte, daß sie werken wie besessen, nicht gemütlich wären, weil man sagt, es gäbe ständig etwas zu tun. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, sagt man. Ora et labora. Arbeit macht frei. Arbeit, sagt man, macht erst das Leben süß."

Franzobel, Die Krautflut. Erzählung, Frankfurt am Main 1995, S. 27.

P.b.b. Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1020 Wien

Absender:
Bitte gut leserlich ausfüllen!!!

Name

Straße

Ort

6.50

An
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste KEG
Weg und Ziel-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
1010 Wien